G 1800 EX

Blätter für deutsche und internationale Politik

Brandt/Essl/Kelly/Mies/Möllemann/Niemöller/Weber
Zehn Jahre Moskauer Vertrag
Beiträge zu Stand und Perspektiven der deutsch-sowjetischen Beziehungen

Helmut Wolfgang Kahn
Kleine Chronik der Fallengelassenen

Dieter Boris
Putsch in Bolivien

Josef Schmitz
„Redemokratisierung" in Brasilien

Hans-Dieter Bamberg
Notizen zum Wahlkampf 1980

Bernd Greiner
Kandidat Reagan

US-Präsidentschaftswahlen:
Reagan-Rede und Programm der Republikaner

8 '80

August 1980 Einzelheft 5,50 DM Im Abonnement 4,00 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 3,50 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

August 1980

CHRONIK DES MONATS JULI 1980 897

KOMMENTARE UND BERICHTE

Kandidat Reagan ..... *Bernd Greiner* 900

Putsch in Bolivien nach chilenischem Muster ..... *Dieter Boris* 903

Demontage der Mitbestimmung ..... *Christian Seegert* 906

HAUPTAUFSÄTZE

Zehn Jahre Moskauer Vertrag
Beiträge zu Stand und Perspektiven der deutsch-sowjetischen Beziehungen 909

– Ein historischer Vertrag ..... *Willy Brandt* 910

– Die Bilanz ist positiv ..... *Erwin Essl* 912

– Moskauer Vertrag und grüne Politik ..... *Petra K. Kelly* 914

– Gedanken zum deutsch-sowjetischen Verhältnis ..... *Herbert Mies* 920

– Die Entspannungspolitik fortsetzen ..... *Jürgen Möllemann* 932

– Zuversicht und Hoffnung nach zehn Jahren Moskauer Vertrag ..... *Martin Niemöller* 934

– Das Beispiel Hamburg-Leningrad ..... *Gerhard Weber* 938

Kleine Chronik der Fallengelassenen ..... *Helmut Wolfgang Kahn* 941

Westeuropa als neue Weltmacht?
Entwicklungsstand und Ambitionen
der EG-Außenpolitik (II) ..... *Heinz-Jürgen Axt* 956

„Redemokratisisierung" in Brasilien
Möglichkeiten und Grenzen des ökonomischen Aufstiegs
einer Schwellenmacht ..... *Josef Schmitz* 971

Notizen zum Wahlkampf 1980
Sozialliberale und konservative Parolen
zur bundesdeutschen Innenpolitik ..... *Hans-Dieter Bamberg* 982

Das Potsdamer Abkommen und die Außenpolitik der USA ..... *Gerhard Kade* 999

MEDIENKRITIK

„Die Reinheit des Herzens" von Robert van Ackeren
oder: Junger Deutscher Kitsch ..... *Günter Giesenfeld* 1008

WIRTSCHAFTSINFORMATION

Die Krise in der Automobilindustrie
(Wirtschafts- und sozialstatistische Daten) ..... *Jörg Goldberg* 1009

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

US-Präsidentschaftswahlen 1980 (Rede Ronald Reagans vor dem Nationalkonvent der Republikanischen Partei vom 17. Juli 1980 (Auszüge); Wahlprogramm der Republikanischen Partei vom 15. Juli 1980 (Auszüge)) 1012

Interview mit Wadim Sagladin, Erster Stellvertreter des Leiters der Abteilung für internationale Beziehungen im ZK der KPdSU, in Radio Luxemburg am 5. Juli 1980 (Auszüge) 1022

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatszeitschrift · Fünfundzwanzigster Jahrgang · Heft 8/1980

Herausgegeben von

WILFRIED FRHR. V. BREDOW
HELGA DEPPE-WOLFINGER
JÖRG HUFFSCHMID
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KÜHNL
JUTTA MENSCHIK
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HELMUT RIDDER
FRITZ STRASSMANN
GERHARD STUBY

Mitbegründet von

HILDE BENTELE
HERMANN ETZEL
GERHARD GOLLWITZER
HANS RHEINFELDER
ROBERT SCHOLL
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

REINHOLD BILLSTEIN
KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Gottesweg 54

Chronik des Monats Juli 1980

1. 7. – UdSSR/BRD. Bundeskanzler Schmidt und Bundesaußenminister Genscher beenden ihren Besuch in der sowjetischen Hauptstadt (vgl. „Blätter", 7/1980, S. 771). Es wird ein Kommuniqué veröffentlicht, der Bundeskanzler gibt am 3. 7. einen Bericht vor dem Bundestag (vgl. die Texte in „Blätter", 7/1980, S. 881–884). Zur Unterrichtung der amerikanischen Regierung reist Außenminister Genscher schon am 2. 7. nach Washington und legt einen Zwischenaufenthalt in Paris ein.

2. 7. – UdSSR. Das Parteiorgan „Prawda" schreibt zur Lage in Afghanistan, Voraussetzung für eine politische Lösung seien die Einstellung der Aggression und der bewaffneten Einfälle imperialistischer und reaktionärer Söldner vom Gebiet der Nachbarstaaten aus sowie die Beendigung der subversiven Aktionen aus dem Ausland. Entsprechende Garantien würden „günstige Voraussetzungen für die Lösung der Frage weiterer Schritte in der Richtung des Rückzuges sowjetischer Truppen aus Afghanistan schaffen". – Am 8. 7. erläutert die „Prawda" in einem umfangreichen Beitrag die sowjetische Haltung zu Abrüstungsproblemen in Europa. Die Zeitung, die die Rolle der Bundesrepublik bei der Durchsetzung der „Nachrüstungspläne der NATO" kritisiert, schreibt u. a.: „Ohne die früher unterbreiteten Vorschläge aufzugeben, könnte die UdSSR Fragen, die die Mittelstreckenraketen betreffen, auch noch vor der Ratifizierung des SALT-II-Vertrages erörtern. Dabei soll die Rede nicht nur von nuklearen Raketenwaffen mittlerer Reichweite sein, sondern

auch von amerikanischen atomaren Raketenwaffen in vorgeschobenen Positionen. Diese beiden Probleme sollen gleichzeitig und in organischer Verbundenheit erörtert werden."

7. 7. – Indien/Kampuchea. Die indische Regierung anerkennt die von Heng Samrin geführte Regierung von Kampuchea mit Sitz in Phnom Penh. Zwischen beiden Staaten wird die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vereinbart.

7.–11. 7. – BRD/Frankreich. Auf Einladung von Bundespräsident Carstens hält sich Präsident Giscard d'Estaing zu einem Staatsbesuch in der Bundesrepublik auf. Giscard besucht neben Bonn, wo am 10. und 11. 7. die regelmäßigen Konsultationen mit Bundeskanzler Schmidt stattfinden, auch Baden-Baden, Kassel, Würzburg und Lübeck. In Baden-Baden nehmen Giscard und Schmidt eine Parade beider Streitkräfte ab, in Würzburg trifft der Präsident u. a. mit dem CSU-Vorsitzenden Strauß zusammen.

8. 7. – Abrüstung. Die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten unterrichten den Abrüstungsausschuß in Genf in einem gemeinsamen Bericht über Fortschritte in ihren seit 1977 geführten bilateralen Verhandlungen über eine Konvention zum Verbot chemischer Waffen. Fortschritte seien vor allem bei der Definition der Vertragsbegriffe erreicht worden. – Am 10. 7. erklärt sich die Sowjetunion bei den Verhandlungen über die Begrenzung von Streitkräften und Rüstungen in Mitteleuropa in Wien bereit, zusätzlich zu den 20 000 Soldaten und 1 000 Panzern aus der DDR (vgl. „Blätter", 11/1979, S. 1286) weitere 20 000 Soldaten aus Mitteleuropa abzuziehen. Als Gegenleistung werde von den USA der Rückzug von 13 000 Soldaten aus Westeuropa erwartet. Die 21. Runde der Verhandlungen in Wien wird am 24. 7. abgeschlossen.

10. 7. – China/USA. Am Rande der Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen japanischen Ministerpräsidenten Ohira (vgl. „Blätter", 7/1980, S. 770) führen der amerikanische Präsident Carter und der chinesische Parteivorsitzende Hua Guofeng in Tokio ein längeres Gespräch, an dem auch der amerikanische Außenminister Muskie und Sicherheitsberater Brzezinski sowie Huan Nianlong vom chinesischen Außenministerium teilnehmen.

11. 7. – Iran. In Teheran werden Meldungen über einen gescheiterten Putsch gegen die Regierung verbreitet. Ausgangspunkt der Verschwörung sei der Luftwaffenstützpunkt Nogeh gewesen. In einem Kommuniqué des Revolutionsrates heißt es, es seien „einige der Verschwörer hingerichtet, ein Teil verhaftet und eine gewisse Anzahl weiterer Beteiligter identifiziert" worden. – Am 20. 7. richtet Ayatollah Khomeini die Forderung an das in Teheran tagende Parlament, eine „hundertprozentig islamische Regierung" einzusetzen. – Am 26. 7. nominiert Präsident Bani Sadr den bisherigen stellvertretenden Innenminister Mustafa Mirsalim für das Amt des Ministerpräsidenten. Später wird das Parlament ersucht, die Abstimmung über diesen Kandidaten vorläufig zu verschieben. – Am 27. 7. erklärt ein Sprecher des Präsidenten zum Tod des ehemaligen Schahs Mohammed Reza Pahlewi am Vormittag in Kairo, dieses Ereignis werde auf die iranisch-amerikanischen Beziehungen „keine bedeutenden Auswirkungen" haben.

15. 7. – Großbritannien. Verteidigungsminister Francis Pym kündigt vor dem Unterhaus eine weitreichende Modernisierung der britischen Nuklearverteidigung an. Nach Angaben des Ministers soll das „Polaris-System" mit einem Kostenaufwand von rund fünf Mrd. Pfund (verteilt über 15 Jahre) durch „das von den USA entwickelte U-Boot-abgefeuerte Trident-Raketensystem" ersetzt werden.

16. 7. – USA. Der 32. Parteikonvent der Republikanischen Partei in Detroit nominiert Ronald Reagan mit 1939 von 1994 Delegiertenstimmen zum Präsidentschaftskandidaten der Partei. Reagan schlägt George Bush, früher Chef des Geheimdienstes, als seinen Vizepräsidenten vor. (vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen").

– IOC. Wenige Tage vor Beginn der Sommerolympiade in der sowjetischen Hauptstadt (19. 7.–3. 8.), an der Mannschaften aus 81 Ländern teilnehmen, wählt das Internationale Olympische Komitee (IOC) auf einer Sitzung im Moskauer Gewerkschaftshaus den spanischen Diplomaten Juan Antonio Samaranch zum neuen Präsidenten; Samaranch tritt die Nachfolge von Lord Killanin (Irland) an.

17. 7. – Bolivien. Das Militär übernimmt nach einem Staatsstreich die Macht und erklärt die amtierende Präsidentin Lidia Gueiler, die in der Vertretung des Vatikans Zuflucht findet, für abgesetzt. Gleichzeitig werden die Ergebnisse der Wahlen vom 29. Juni d. J. an-

nulliert, bei denen die Demokratische Volkseinheit (Unidad Democratica y Popular/UDP) unter Hernan Siles Zuazo mit 38,7 % der Stimmen stärkste Partei geworden war. Der Oberbefehlshaber der Armee, General Luis Garcia Meza, wird von den Militärs als Präsident eingesetzt und bildet eine aus 15 Offizieren und zwei Zivilisten bestehende Regierung. Außenminister ist General Javier Cerruto.

– Japan. Das Parlament wählt mit 291 von 508 Stimmen Zenko Suzuki, den neuen Parteivorsitzenden der Liberaldemokratischen Partei (LDP), zum Ministerpräsidenten. Die fünf Kandidaten der Opposition erhalten zusammen 217 Stimmen. Suzuki ist in beiden Ämtern Nachfolger des verstorbenen Masayoshi Ohira (vgl. „Blätter", 7/1980, S. 770). Das Außenministerium übernimmt Masayoshi Ito.

18. 7. – Indien. Nach der Sowjetunion (1957), den USA (1958), Frankreich (1965), Japan und der Volksrepublik China (1970), gelingt es indischen Wissenschaftlern, einen Satelliten aus eigener Produktion mit einer Vierstufenrakete in eine Erdumlaufbahn zu befördern. Ein erster Versuch am 10. August 1979 war gescheitert.

– Kuba / USA. Der kubanische Präsident Fidel Castro, der sich anläßlich der Feiern zum ersten Jahrestag der Sandinistischen Revolution in Nikaragua aufhält, trifft in der Hauptstadt Managua mit Vertretern der amerikanischen Regierung zusammen. An der Unterredung nehmen von seiten der USA teil: UN-Botschafter Donald McHenry, der stellvertretende Außenminister William Bowdler sowie Lawrence Bezzullo, Botschafter in Managua. Es handelt sich um die ersten offiziellen Regierungskontakte seit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwiscnen den beiden Ländern im Jahre 1961.

22.–29. 7. – UNO. Auf Antrag des Senegal, der gegenwärtig den Vorsitz im UN-Ausschuß für die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes stellt, findet in New York die 7. Notstandssondertagung (Emergency Special Session) der Generalversammlung statt, die sich ausschließlich mit dem Palästinaproblem beschäftigt. In einer Resolution wird Israel aufgefordert, mit dem Abzug seiner Truppen aus den besetzten Gebieten (einschließlich Ostjerusalems) bis zum 15. November d. J. zu beginnen. In Ziffer 4 der Resolution werden „die unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes in Palästina" bekräftigt, „darunter: a) das Recht auf Selbstbestimmung ohne Einmischung von außen sowie auf nationale Unabhängigkeit und Souveränität; b) das Recht auf Errichtung seines eigenen unabhängigen, souveränen Staates". Das Dokument wird mit 112 gegen 7 Stimmen bei 24 Enthaltungen angenommen. Gegenstimmen kommen u. a. von den USA, Kanada und Israel, die Mitglieder der Europäischen Gemeinschaften üben Stimmenthaltung.

27. 7. – OAS. Die Organisation amerikanischer Staaten (OAS) hält eine Sondersitzung über die Ereignisse in Bolivien ab, in der 16 von 23 Delegationen den Putsch „bedauern" und sich darüber „zutiefst besorgt" äußern. Gegen eine entsprechende Resolution stimmen nur Bolivien, Chile und Paraguay; Argentinien, Brasilien, Guatemala und Uruguay enthalten sich der Stimme.

28. 7. – EG. Ratspräsident Gaston Thorn, EG-Vizepräsident Wilhelm Haferkamp und der rumänische Außenhandelsminister Cornel Burtica unterzeichnen in Bukarest zwei Abkommen, die den gegenseitigen Handel mit gewerblichen Erzeugnissen sowie die Einsetzung eines Gemischten Ausschusses EWG-Rumänien betreffen. Es handelt sich um die erste offizielle Vereinbarung zwischen den Europäischen Gemeinschaften und einem osteuropäischen Mitglied des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe.

– Peru. Nach zwölfjähriger Militärherrschaft (vgl. „Blätter", 11/1968, S. 1115) geht die Regierungsgewalt wieder auf eine Zivilregierung über. Vor dem Kongreß in Lima wird Präsident Fernando Belaunde Terry vereidigt, dessen Volks-Aktion (Accion Popular) nach den Wahlen vom 18. Mai d. J. im Parlament über eine klare Mehrheit verfügt. Belaunde Terry hatte das Amt des Präsidenten schon in den Jahren 1963–1968 ausgeübt.

29. 7. – Vanuatu. Als „Republik Vanuatu" erlangen die Neuen Hebriden, bisher französisch-britisches Kondominium, nach 74 Jahren Kolonialherrschaft die Unabhängigkeit. Die Inselgruppe hat 112 000 Einwohner.

30. 7. – Israel. Mit 69 gegen 15 Stimmen verabschiedet die Knesset ein Gesetz, das ganz Jerusalem (einschließlich des seit 1967 von Israel eroberten arabischen Ostteils der Stadt) zur „ewigen Hauptstadt Israels" erklärt. Jerusalem soll Sitz des Präsidenten, des Parlaments, der Regierung und des Obersten Gerichts sein.

Kandidat Reagan

Die New Yorker Wall Street, seit Jahren gebeutelt von der Schwindsucht des Dollar, sah im Juli dieses Jahres endlich wieder einen Grund zum Feiern: die Nominierung des republikanischen Kandidaten ließ die Aktien steigen – immerhin hatte der Mann als jahrelanger politischer Berater von General Electric bewiesen, daß er mehr kann als nur B-Rollen in drittklassigen Western zu spielen. Vielleicht glaubte man auch, rechtzeitig auf das richtige Pferd setzen zu müssen, denn jüngsten Meinungsumfragen zufolge führt Reagan mit 61% weit vor Carter (33%).

Ein weiterer Grund könnte sein, daß sich die Finanzmagnaten von Reagan vorbeugende Maßnahmen gegen die möglichen politischen Konsequenzen der absehbaren Wirtschaftskrise und der immer weiter um sich greifenden sozialen Not erhoffen. Reagans innenpolitisches Programm gibt allen Anlaß zu dieser „Hoffnung". Es ist ein Programm der sozialen Konfrontation: wirtschaftliches Krisenmanagement à la Thatcher und Milton Friedman mit striktem Monetarismus, Abbau von Sozialprogrammen (Gesundheitsfürsorge, Arbeitslosenunterstützung), „Zügelung" der Gewerkschaften, explizites Votum gegen die Gleichberechtigung von Schwarzen und Frauen, Abtreibungsverbot, Wiedereinführung der Todesstrafe.

Die widerspenstigen Europäer und mit ihnen die Japaner sollen sich endlich nibelungentreu der US-Globalstrategie beugen, Neutronenbomben, Cruise Missiles und Pershing II stationieren, die Mehrkosten einer Ausweitung des NATO-Operationsbereichs tragen und überhaupt vom Selbstbetrug der Entspannungspolitik abrücken.

Dies erfordert konsequenterweise vor allem eins: Wie im Kalten Krieg rüsten, rüsten und nochmals rüsten, bis die Sowjets wirtschaftlich ausgeblutet sind und/oder aus Angst vor dem locker sitzenden amerikanischen Atom-Colt den USA zu Kreuze kriechen. SALT II soll dabei selbstverständlich auf der Strecke bleiben.

Amerika, Gottes eigenes Land, sei selbstverständlich immer und überall auch der moralisch Überlegene. Wie sagte doch Reagans Intimus Guy van der Jagt in einer Grundsatzrede auf dem Parteitag der Republikaner: „Amerika ist gut, und das ist es, was es groß macht."[1])

Selbst bürgerliche Kommentatoren – sofern sie Reagan nicht als Kronzeugen für den *bundesrepublikanischen Kandidaten* bemühen – waren entsetzt über den Ablauf des republikanischen Nominierungskongresses: über das primitive Feindbild, das Schwarz-Weiß-Denken, das intellektuelle Niveau des Kandidaten; über den grenzenlosen Chauvinismus der Delegierten, über die angekündigte Eskalation im Verhältnis zu den Entwicklungsländern und den sozialistischen Staaten und nicht zuletzt über die bündnispolitischen Perspektiven unter einem Präsidenten Reagan.

Es drängt sich die Frage auf: Schoß man hier aus wahltaktischen Überlegungen mal wieder weit übers Ziel hinaus (obwohl bereits dies ein bezeichnendes Licht auf den innenpolitischen Zustand der USA werfen würde); ist nicht doch zu erwarten, daß auch ein ehemaliger Westernheld – konfrontiert mit der politischen Realität – leiser auftreten würde? Zweifellos: selten klafften Anspruch und Wirklichkeit, amerikanische Wünsche und Fähigkeiten so weit auseinander wie auf diesem Parteitag. Und dennoch kann

1) „Frankfurter Rundschau" v. 21. 7. 1980.

es nicht damit getan sein, auf diesen Widerspruch zu verweisen und ansonsten auf Reagans selbstverständliches Scheitern zu warten.

Ronald Reagan greift unverblümt auf eine Traditionslinie nordamerikanischer Außenpolitik zurück, die in den frühen 70er Jahren etwas in den Hintergrund getreten war und schließlich von Carter mit der Menschenrechtskampagne in salbungsvollem Moralismus vorgetragen wurde: nämlich den seit Beginn des 20. Jahrhunderts vertretenen Hegemonialanspruch der USA damit zu rechtfertigen, daß Amerika eine von „Gott und der Geschichte" zur Führung der Welt „auserwählte Nation" sei.

Zu Beginn und während des Kalten Krieges wurden dieses machtpolitische Interesse und diese Ideologie am lautesten propagiert und mit den brutalsten Mitteln durchzusetzen versucht. Ein „amerikanisches Jahrhundert" wollte man – und die Welt „nicht für die Demokratie, sondern für Amerika sicher machen" (so Außenminister Byrnes auf der Potsdamer Konferenz 1945). In allen Fragen und gegenüber allen Staaten sollten die USA ihr hegemoniales Einspruchsrecht geltend machen können – und zwar mit dem vorrangigen Ziel, den Sozialismus „zurückzurollen" und als politischen Faktor von der Weltbühne zu drängen.

Im Grunde genommen war dieses Streben nach „Weltherrschaft" von Anfang an illusionär – kein Staat, selbst der mächtigste, hatte (oder wird) jemals die dazu erforderlichen Mittel aufbringen können. Und *trotzdem* gingen die USA in gefährlicher Verkennung der realen internationalen Kräfteverhältnisse daran, ihren Anspruch auch in der politischen Praxis anzumelden; die herrschenden Kreise der USA seit 1945 wurden gewissermaßen immer wieder zum Opfer ihrer eigenen Ideologie: die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki töteten Hunderttausende, verfehlten aber ihre eigentliche Bestimmung, nämlich durch die Demonstration amerikanischer Stärke die Nachkriegsverhältnisse zu diktieren und insbesondere den Aufbau der osteuropäischen Volksdemokratien zu verhindern. Ihren zweiten Rückschlag erlitt die „atomare Diplomatie" im Koreakrieg, von dem man sich anfänglich erhofft hatte, daß er endlich den „Verlust Chinas" (1949) wettmachen könne. Gleichermaßen in grenzenloser Selbstüberschätzung wurde der Vietnam-Krieg geführt und verloren – zu einer Zeit, als die in den Nachkriegsjahren akkumulierte beispiellose Macht der USA längst brüchig geworden war und ihr Führungsanspruch selbst im kapitalistischen Lager von Westeuropa und Japan bereits nachhaltig in Frage gestellt wurde.

Freilich war dieses Hegemonialstreben niemals *nur* Illusion oder *nur* ideologische Verblendung. Man hatte ja schließlich trotz aller Rückschläge immer auch reale Erfolge verbuchen können: in Lateinamerika, Afrika, dem Nahen und Mittleren Osten der 50er und 60er Jahre, in Chile 1973 . . . Und immerhin sind die USA auch heute noch der mächtigste bürgerliche Nationalstaat mit dem größten wirtschaftlich-technologischen und militärischen Potential der Erde.

Ein weiterer wichtiger Punkt: Die Entspannungspolitik als grundsätzliche Alternative zur traditionellen amerikanischen Konfrontationspolitik konnte sich in den USA zu keinem Zeitpunkt als dominante politische Linie durchsetzen. Auch unter Nixon und Kissinger war sie stets von der einflußreichen Fraktion der Kalten Krieger bedroht, die unbeirrt an der Politik der „Stärke" festhielten. Die jetzt zu neuem Ruhm gekommenen Ronald Reagan, Barry Goldwater oder Alexander Haig gehörten von Anfang an zu den wortgewaltigen Verfechtern dieser Linie.

Was lag also näher, als diese Politik erneut zum Allheilmittel in einer Situation zu erklären, da die bürgerlichen Staaten (allen voran die USA) in die tiefste politi-

sche und wirtschaftliche Krise der Nachkriegszeit gerieten, ihnen ihre dominierende Position in den Entwicklungsländern immer mehr streitig gemacht wurde bzw. die rohstoffproduzierenden Länder darangingen, neue, ihre Interessen berücksichtigende Verteilungsverhältnisse auf dem Weltmarkt zu fordern.

Es ist kein Zufall, daß Reagan, Thatcher und Strauß etwa zur gleichen Zeit in den politischen Aufwind kamen und daß sich alle des gleichen propagandistisch-demagogischen Grundmusters bedienen: die Entspannung habe lediglich weitere Rückschläge gebracht, und wenn nicht alle Felle davonschwimmen sollen, müsse man eben auch bereit sein, die eigenen Interessen gewaltsam durchzusetzen. Auf alle Fälle dürften nicht noch weitere Länder „verloren" gehen.

Dabei wird beileibe nicht nur an den „Rohstoffkrieg" mit den Entwicklungsländern gedacht. Stets wird die Möglichkeit einkalkuliert, daß diese „begrenzten Konflikte" die gesamte Welt in Brand stecken können. Wozu sonst bedarf es – wie im republikanischen Programm gefordert – nuklearstrategischer Überlegenheit, die einen Weltkrieg mit der UdSSR zugunsten der USA entscheiden soll? Wozu sonst dienen die Versuche, mit Raketenabwehrsystemen (ABM) und neuen Interkontinentalraketen (MX) das eigene Potential unverwundbar zu machen und gleichzeitig die USA zu befähigen, mit Mittelstreckenraketen in Europa und neuen Mehrfachsprengköpfen die sowjetischen Raketen auszuschalten? Wozu die Sprengköpfe für die Pershing-Raketen, die tief im Erdinnern detonieren und die unterirdischen Startbunker sowjetischer Raketen zerstören sollen? Wenn die NATO angeblich nur auf feindliche Angriffe „reagiert", dann stellt sich doch wohl die Frage, „welchen Sinn ein Sprengkopf hat, der nach Angriffsbeginn nur auf leere Startschächte treffen würde – es sei denn, er wird für einen atomaren Präventivschlag benutzt"[2]).

2) „stern" v. 24. 7. 1980, S. 124.

Zweifellos wird deshalb morgen noch kein Atomkrieg ausbrechen, und zweifellos sitzen die amerikanischen Planer erneut einer Illusion auf, wenn sie glauben, langfristig die UdSSR damit wirtschaftlich und militärisch in die Knie zwingen zu können. Aber jedes neue Waffensystem erhöht die Möglichkeit militärischer Eskalation – und wer will ausschließen, daß die USA eines Tages erneut in völliger Verkennung der Kräfteverhältnisse glauben, nukleare Erpressungskonstellationen schaffen zu können (siehe Hiroshima 1945); oder mit ihren Eingreiftruppen einen Krieg gegen Entwicklungsländer erfolgreich führen zu können, der unter Umständen die sozialistischen Länder miteinbezieht (eine im Korea- und Vietnamkrieg stets drohende Möglichkeit); oder eine „begrenzte atomare Auseinandersetzung" mit Hilfe der Neutronenbombe auf Europa beschränken zu können – unter Inkaufnahme der garantierten Vernichtung allen Lebens zwischen Ural und Atlantik; oder mit ihren neuen Partnern in China die UdSSR militärisch in die Zange nehmen zu können.

Hört man Reagans starke Worte, so erscheinen solche Möglichkeiten durchaus nicht ausgeschlossen. Politikern seines Schlages erscheint ein Krieg im Atomzeitalter wohl auch deshalb noch immer als geeignetes Mittel der Politik, weil sie sich daran erinnern, daß die USA als einziger Staat aus zwei Weltkriegen umfassend gestärkt hervorgegangen sind.

Im Unterschied zur Strauß-Linie in der BRD scheint sich der Reagan-Kurs in den USA im Augenblick zur dominierenden Position zu entwickeln – er wurde schließlich durch die Cartersche Konfrontationspolitik auch optimal vorbereitet. Auf alle Fälle ist bei den Republikanern keine Alternative in Sicht. Und ob die Demokraten einen mehrheitsfähigen Gegenkandidaten präsentieren können, ist mehr als zweifelhaft. Sollte schließlich Carter wider Erwarten im Weißen Haus bleiben (bei nur 50%iger Wahlbeteili-

gung ist diesbezüglich in den USA alles möglich), dann nur um den Preis einer weiteren Anpassung an die Reagan-Linie.

Auch das Hoffen auf realistischere Kräfte um Henry Kissinger und Gerald Ford trügt: Einerseits ist augenblicklich ziemlich unklar, inwieweit Kissinger sein früheres Entspannungskonzept auch heute noch vertritt; andererseits ist das „Programm Reagan" von der Person Reagan weitgehend unabhängig – es werden sich immer Schauspieler finden, um es an den Mann zu bringen. Wie im Falle Strauß' handelt es sich um ein *langfristiges Konzept* einer Krisenbewältigung mit konfrontativen Mitteln – und ein Ende dieser Krise ist nicht abzusehen.

Konflikte sind also vorprogrammiert, insbesondere mit den Staaten des sozialistischen Lagers und der Dritten Welt; freilich auch Konflikte (in bisher unbekannter Schärfe) mit den europäischen Bündnispartnern – solange die Kräfte um Reagan an ihrem Hegemonialanspruch festhalten und damit selbst verbal hinter die Carterschen Bekundungen einer solidarischen Bündispolitik zurückfallen.

Gerade aus den bündnispolitischen Konflikten ergeben sich jedoch auch Chancen. Für Westeuropa geht es letzten Endes um mehr als die Verteidigung des eigenen politischen Einflusses oder um ökonomische Vorteile gegenüber dem amerikanischen Konkurrenten. Westeuropa wird sich im Grunde genommen aus existentiellen Gründen – nämlich um der Vermeidung eines die eigene Vernichtung bringenden Krieges willen – gegen die US-Ansprüche zur Wehr setzen müssen.

Ein solches Interesse wird sich gegen die USA jedoch nur dann erfolgreich durchsetzen lassen, wenn die Konfrontationslinie in Westeuropa selbst erfolgreich zurückgedrängt wird – also die Kräfte um Strauß, Thatcher und Co. Das heißt: Es wird in hohem Maße von der demokratischen Bewegung in diesen Ländern abhängen, ob z.B. England oder die BRD zu Helfershelfern einer abenteuerlichen amerikanischen Politik werden.

Bernd Greiner

Putsch in Bolivien nach chilenischem Muster

Der Putsch des bolivianischen Militärs vom 17. Juli 1980 kam keineswegs überraschend; im Kontext der Geschichte und der politischen Struktur dieses Landes[1]) ist der Militärputsch eher normaler Modus des Regierungswechsels. Kaum ein Jahr (seit August 1979) hatte das Land wieder eine zivile „Übergangsregierung", die den 1977/78 eingeleiteten Prozeß der Demokratisierung – der auch von der gegenwärtigen US-Regierung propagandistisch unterstützt wurde – fortsetzen sollte. Nach der für bolivianische Verhältnisse vergleichsweise langen Herrschaft des rechten Militärdiktators Hugo Banzer (1971–1978) war der Weg zu bürgerlich-zivilen Herrschaftsformen außerordentlich mühsam und stets von Rückschlägen begleitet. Selbst nach dem Rückzug der Militärs aus der vorderen politischen Frontlinie blieben diesen auch unter der (letzten) Regierung der Präsidentin Gueiler entscheidende Machtpositionen erhalten. Z. B. sah sich die Präsidentin nicht in der Lage, den damaligen Oberbefehlshaber der Streitkräfte und jetzigen Juntavorsitzenden García Meza zu entlassen, obwohl dieser an dem von Oberst Natusch angeführten und nach heftiger, verlustreicher Gegenwehr der Bevölkerung gescheiterten Putschversuch vom November 1979 mitbeteiligt war. Zudem konnten es sich führende Militärs leisten, sich offen gegen die (am 29. Juni dieses Jahres

1) Vgl. Dieter Boris, Zur Lage in Bolivien, in: „Blätter", 1/1971, S. 52–63.

gung ist diesbezüglich in den USA alles möglich), dann nur um den Preis einer weiteren Anpassung an die Reagan-Linie.

Auch das Hoffen auf realistischere Kräfte um Henry Kissinger und Gerald Ford trügt: Einerseits ist augenblicklich ziemlich unklar, inwieweit Kissinger sein früheres Entspannungskonzept auch heute noch vertritt; andererseits ist das „Programm Reagan" von der Person Reagan weitgehend unabhängig – es werden sich immer Schauspieler finden, um es an den Mann zu bringen. Wie im Falle Strauß' handelt es sich um ein *langfristiges Konzept* einer Krisenbewältigung mit konfrontativen Mitteln – und ein Ende dieser Krise ist nicht abzusehen.

Konflikte sind also vorprogrammiert, insbesondere mit den Staaten des sozialistischen Lagers und der Dritten Welt; freilich auch Konflikte (in bisher unbekannter Schärfe) mit den europäischen Bündnispartnern – solange die Kräfte um Reagan an ihrem Hegemonialanspruch festhalten und damit selbst verbal hinter die Carterschen Bekundungen einer solidarischen Bündispolitik zurückfallen.

Gerade aus den bündnispolitischen Konflikten ergeben sich jedoch auch Chancen. Für Westeuropa geht es letzten Endes um mehr als die Verteidigung des eigenen politischen Einflusses oder um ökonomische Vorteile gegenüber dem amerikanischen Konkurrenten. Westeuropa wird sich im Grunde genommen aus existentiellen Gründen – nämlich um der Vermeidung eines die eigene Vernichtung bringenden Krieges willen – gegen die US-Ansprüche zur Wehr setzen müssen.

Ein solches Interesse wird sich gegen die USA jedoch nur dann erfolgreich durchsetzen lassen, wenn die Konfrontationslinie in Westeuropa selbst erfolgreich zurückgedrängt wird – also die Kräfte um Strauß, Thatcher und Co. Das heißt: Es wird in hohem Maße von der demokratischen Bewegung in diesen Ländern abhängen, ob z.B. England oder die BRD zu Helfershelfern einer abenteuerlichen amerikanischen Politik werden.

Bernd Greiner

Putsch in Bolivien nach chilenischem Muster

Der Putsch des bolivianischen Militärs vom 17. Juli 1980 kam keineswegs überraschend; im Kontext der Geschichte und der politischen Struktur dieses Landes[1]) ist der Militärputsch eher normaler Modus des Regierungswechsels. Kaum ein Jahr (seit August 1979) hatte das Land wieder eine zivile „Übergangsregierung", die den 1977/78 eingeleiteten Prozeß der Demokratisierung – der auch von der gegenwärtigen US-Regierung propagandistisch unterstützt wurde – fortsetzen sollte. Nach der für bolivianische Verhältnisse vergleichsweise langen Herrschaft des rechten Militärdiktators Hugo Banzer (1971–1978) war der Weg zu bürgerlich-zivilen Herrschaftsformen außerordentlich mühsam und stets von Rückschlägen begleitet. Selbst nach dem Rückzug der Militärs aus der vorderen politischen Frontlinie blieben diesen auch unter der (letzten) Regierung der Präsidentin Gueiler entscheidende Machtpositionen erhalten. Z. B. sah sich die Präsidentin nicht in der Lage, den damaligen Oberbefehlshaber der Streitkräfte und jetzigen Juntavorsitzenden García Meza zu entlassen, obwohl dieser an dem von Oberst Natusch angeführten und nach heftiger, verlustreicher Gegenwehr der Bevölkerung gescheiterten Putschversuch vom November 1979 mitbeteiligt war. Zudem konnten es sich führende Militärs leisten, sich offen gegen die (am 29. Juni dieses Jahres

1) Vgl. Dieter Boris, Zur Lage in Bolivien, in: „Blätter", 1/1971, S. 52–63.

schließlich durchgeführten) Wahlen auszusprechen und mit immer neuen Putschdrohungen aufzuwarten. Überraschend war das Zuschlagen des Militärs also nicht, wohl aber die Tatsache, daß der Putsch *nach* den Wahlen stattfand und mit einer Radikalität und Systematik durchgeführt wurde, die, wie die Tagespresse zu Recht bemerkt, chilenischen bzw. argentinischen Mustern folgt – und dies angesichts einer für das Militär keineswegs günstigen innen- und außenpolitischen Situation. Die über tausend Todesopfer und mehr als zweitausend Verschwundenen, die der extrem brutale Putsch bisher schon gefordert hat, gehören zweifellos zu der erschütternden neuen Qualität dieses vorläufig letzten Aktes im bolivianischen Drama.

Als Träger dieses Putsches kann vor allem die ostbolivianische Agrarbourgeoisie um die Provinz und die Stadt Santa Cruz gelten sowie bedeutende Teile des Militärs, das sich z. T. innerhalb staatlicher Unternehmen zu einer Art Staatsbourgeoisie in den letzten zehn Jahren entwickelt hat und das sich nun im Zeichen einer immer näher rückenden Demokratisierung nicht zuletzt in diesen eroberten ökonomischen Positionen bedroht fühlen mußte. Ähnliches gilt für die von der bisherigen Militärregierung massiv unterstützte und auch in vielen illegalen Geschäften gedeckte Agrarbourgeoisie im Osten Boliviens, die zu einem nicht unerheblichen Teil ihre Geschäfte auch durch den Anbau und den Handel mit der Koka-Pflanze bzw. Kokain macht.

Auch das Militär war und ist in diesem immer bedeutender werdenden Geschäftszweig stark vertreten und hat bei einer demokratischen Kontrolle dieses Bereichs der militärischen Mißwirtschaft viel zu befürchten. Angesichts des Ausgangs der Wahlen vom 29. Juni, der gegenüber den beiden vorangegangenen Wahlgängen noch eine Verstärkung der zu einem erheblichen Teil sozialdemokratisch geprägten Demokratischen Volksunion (UDP) und der linkssozialistischen Partei (PS-1) auf fast 50 % brachte, in denen andererseits die Partei des ehemaligen rechten Militärdiktators Banzer und der faschistischen Falange-Partei nur 20 % der abgegebenen Stimmen erreichten, schien eine demokratische Säuberung des Staatsapparats und des Militärs unabwendbar und darüberhinaus eine Linksentwicklung möglich, die unter Umständen sehr schnell nicht mehr kontrollierbar sein würde. Gegenüber dieser massiven Eigenbedrohung müssen auch die energischen Warnungen der US-Regierung vor einem erneuten Militärputsch geringer bewertet werden, zumal sie von einer Regierung kamen, die nur noch einige Monate im Amt ist und womöglich durch eine weiter rechts stehende Reagan-Administration abgelöst wird; und die im übrigen von Institutionen und Beratern ausgingen, die die Militärs lange Jahre hindurch und bis zuletzt mit Waffen unterstützt hatten und deren Demokratie- und Menschenrechtsappelle ohnehin wegen inkonsequenter Interpretation und unterschiedlicher Praxis in diesem Bereich offenbar nicht allzu ernstgenommen werden mußten. Zum anderen – als Positivum in den Augen des Militärs – bot sich Hilfe und Unterstützung aus dem Kreis der „harten Militärdiktaturen" des Cono Sur, also des südlichen Kegels, vor allem aus Argentinien, offensichtlich aber auch aus Chile, Paraguay und Uruguay an. Außer Chile (zu dem Bolivien traditionell wegen des 100jährigen Grenzkonflikts keine diplomatischen Beziehungen unterhält) haben just diese Staaten sowie Brasilien die neuen Machthaber in Bolivien (als bisher einzige Regierungen) diplomatisch anerkannt.

Wie zu erwarten war, stieß der Putsch auf z. T. heftigen Widerstand, insbesondere von seiten der Minenarbeiter, die schon seit Jahrzehnten zu den klassenbewußtesten Teilen des Proletariats in Lateinamerika gehören; Studenten, Intellektuelle und andere Vertreter städtischer

kleinbürgerlicher Schichten sowie – erstmals seit der Revolution von 1952 wieder – auch Teile der bäuerlichen Bevölkerung sind an diesen schweren und verlustreichen Abwehrkämpfen beteiligt. Desgleichen hat die bolivianische Kirche mehrheitlich den Putsch entschieden verurteilt. Nur mit extremer Brutalität und einheitlichen Aktionen des Militärs sowie bedeutender ausländischer militärischer, finanzieller und moralisch-politischer Unterstützung kann der entschiedenen Opposition von 80 % der bolivianischen Bevölkerung, deren Politisierung sich in den letzten drei Jahren beträchtlich erhöht und verbreitert hat, begegnet werden.

Erstaunlich breit und einhellig war auch die internationale Verurteilung des Militärputsches. Bekanntlich reagierten die USA mit dem Abbruch der Wirtschafts- und Militärhilfe relativ energisch, die Andenpaktländer verurteilten die neue (und unerwartete) Entwicklung in dem Nachbar- und Mitgliedsland ähnlich scharf, und sogar die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), die sonst zu ähnlichen Vorgängen keine Stellungnahmen abzugeben pflegt, hat die Intervention des bolivianischen Militärs gleichfalls einer harten Kritik unterzogen. Desgleichen reagierten einige westeuropäische Länder – darunter die Bundesrepublik Deutschland – relativ eindeutig, was offensichtlich vor allem auf die signalsetzende Reaktion der US-Regierung zurückzuführen ist.

Für die weitere Entwicklung in Bolivien wird es entscheidend sein, ob sich die vorhandenen Widerstandsformen und -fronten (zuletzt proklamierte die allgemeine Gewerkschaftszentrale (COB) die Einrichtung einer Nebenregierung) stabilisieren lassen oder ob sie durch die weiteren Aktionen des Militärs zerbrochen werden können; ob die Einheit des Militärs sich durchhalten läßt, wofür – je mehr Zeit seit dem Putsch verstreicht – umso weniger Anzeichen sprechen. Vor allem aber wird es darauf ankommen, daß die bisherige fast vollständige internationale Isolierung aufrechterhalten wird. Denn nur hierdurch könnten die demokratischen Kräfte in Bolivien, die eine schwere Niederlage haben hinnehmen müssen, wieder gestärkt werden.

Es ist sehr fraglich, ob die USA ihre „neue Lateinamerikapolitik", die seit etwa der Mitte der siebziger Jahre (wieder einmal) auf eine partielle und „kontrollierte" Demokratisierung der politischen Institutionen und reformkapitalistische Versuche abzielt, angesichts der Mißerfolge dieser Strategie weiter fortsetzen wird oder ob nicht die sogenannte „harte Linie" wieder Auftrieb erhält. Das permanente – durchaus systembedingte – Dilemma der US-Außenpolitik gegenüber Lateinamerika scheint darin zu bestehen, daß die USA Reformregime erst in dem Augenblick zu unterstützen bzw. zu kreieren beginnen, in dem die soziale Basis hierfür – auf Grund fortgeschrittener sozialer Polarisierung – bereits nicht mehr gegeben ist (siehe El Salvador z. B.); oder aber, daß sie dort, wo die soziale Basis für ein Reformregiment noch vorhanden ist, ein solches Modell aus Sorge um „Stabilität" und Totalkontrolle um jeden Preis nicht energisch und früh genug von ihnen unterstützt wird. Nicht zuletzt in Bolivien wird sich zeigen, ob die US-Politik gegenüber Lateinamerika tatsächlich neue Elemente enthält, die auch die demokratischen und linken Kräfte teilweise begünstigt, oder ob sie nach gescheiterten Experimenten dieser Art wieder auf „Nummer Sicher" setzt – und damit ungewollt auf längere Sicht den Boden für radikale soziale und politische Umwälzungen vorbereiten hilft.

Dieter Boris

Demontage der Mitbestimmung

Die nach Kriegsende zunächst unter besatzungsrechtlicher Aufsicht als Kompromiß ausgehandelten Mitbestimmungsregelungen – sie sahen die paritätische Besetzung der Aufsichtsräte in 24 nach der Entflechtung z.T. neu gegründeten Gesellschaften der Eisen- und Stahlproduktion vor – wurden, nachdem der Prozeß der ökonomischen und politischen Restauration abgeschlossen war, prompt wieder zur Disposition gestellt. Die Verteidigung der Mitbestimmungsrechte hing allein von der Bereitschaft der gewerkschaftlich organisierten und aktiven Arbeiter und Angestellten ab. Dabei verband sich der Kampf um ihre Erhaltung zugleich mit der Frage nach dem Umfang des außerparlamentarischen gewerkschaftlichen Handlungsspielraums.

Nach erfolglosen Verhandlungen mit den Unternehmen konnte die durch einen Gesetzentwurf der Bundesregierung geplante Wiederherstellung unternehmerischer Alleinherrschaft durch eine Streikurabstimmung in der Metallindustrie und (kurz danach) im Bergbau verhindert werden. Das auf diesen (außerparlamentarischen) Druck hin zustandegekommene Verhandlungsergebnis wurde umgehend durch Bundestag und Bundesrat ratifiziert, trat im Mai 1951 in Kraft und bezog den Bergbau in die Mitbestimmungsregelung ein.

Während der (seitens der FDP) gegen die Streikdrohung gerichtete Hinweis auf § 105 des Strafgesetzbuches (Nötigung von Verfassungsorganen) bereits die Schärfe kommender Auseinandersetzungen erahnen ließ, richteten CDU und CSU ihr Augenmerk zunächst in stärkerem Maße auf die erwarteten Gegenleistungen für die eingeräumten Aufsichtsratssitze: die Beachtung des Vorrangs der Unternehmerinteressen, der Verzicht auf gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen, die unbedingte Einhaltung des sozialen Friedens und eine „geradezu demonstrative Leistungssteigerung".

Auch wenn durch die Streikdrohung den Unternehmern erneut ein Mitbestimmungskompromiß abgerungen werden konnte, wurden die v.a. in den Gewerkschaften vielfach gehegten Hoffnungen auf eine dauerhafte einvernehmliche Kooperation in der Produktion enttäuscht. Charakteristisch für die Entwicklung in den folgenden Jahrzehnten wurde stattdessen der Abbau der Mitbestimmungsrechte. Durch den nach Gegenstand, Rechtsform und weiteren betrieblichen Kennziffern beschränkten Geltungsbereich des Mitbestimmungsgesetzes war eine Palette ökonomischer und juristischer Fluchtmöglichkeiten in diesem Modell angelegt, die durch die periodischen Anpassungsgesetze kaum begrenzt werden konnten.

Was die ökonomische Seite betrifft, so sahen sich die Interessenvertreter der Arbeiter und Angestellten in den Aufsichtsräten vor das gleiche Dilemma gestellt, wie es vielen Betriebsräten heute in der Formel: Erhalt des Arbeitsplatzes contra Humanisierung der Arbeitsbedingungen entgegentritt. Die Kohleproduktion wurde zunehmend reduziert, sei es wegen betrieblicher Unwirtschaftlichkeit, der Unrentabilität geplanter oder kurz vorher durchgeführter Investitionen, billiger Konkurrenzkohle oder wegen des preiswerten Öls. Auch der Kohlepfennig kam schließlich zunehmend weniger gegen die Subventionsströme für die Grundlagenforschung der Nuklearindustrie an. Die gleichen ökonomischen Mechanismen führten in der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie zum Rückgang der Beschäftigung durch Stillegungen und Rationalisierung.

Von kaum geringerem Gewicht waren allerdings die durch das Montanmitbe-

stimmungsgesetz und das Aktiengesetz gegebenen juristischen Möglichkeiten der Beschränkung der Mitbestimmungsrechte bzw. ihrer Umgehung. Einerseits wurden die Vertreter der Beschäftigten in ihrer Tätigkeit von ihrer sozialen Basis weitgehend isoliert. Neben der gesetzlich festgelegten Ausrichtung ihrer Arbeit am Wohl des Unternehmens gehörten hierzu die Einbindung in ein (Kapitaleigner zweifellos motivierender) aktienrechtliches Treueverhältnis, ihre Unterwerfung unter eine weitreichende Schweigepflicht und das Prinzip der Nichtverantwortlichkeit gegenüber der Belegschaft und den Gewerkschaften. Dieser Widerspruch von sozialer Interessenbindung und juristischer Verpflichtung bewirkte, daß die Verletzung von Belegschaftsinteressen sanktionsfrei blieb, während ihre Wahrnehmung häufig zu Kollisionen mit auferlegten Pflichten und in einer Reihe von Fällen zu Entlassungen führte.

Neben dieser Strategie immanenter Einschränkung stand von Anfang an jene der Manipulation der gesellschaftsrechtlichen Strukturen. Ein bereits vor Verabschiedung des Montanmitbestimmungsgesetzes erstellter Plan zur Errichtung von dreiundzwanzig Dachgesellschaften (Holdings) stand am Beginn und führte bei Mannesmann zu einem Jahre dauernden Konflikt über die Frage der Anwendung der Mitbestimmung auf diese Dachgesellschaft. Die Konzernseite wollte die Zahl der Beschäftigtenvertreter auf ein Drittel der Aufsichtsratssitze – nach dem Betriebsverfassungsgesetz 1952 – reduzieren. Der Gefahr, daß die Mitbestimmungsrechte durch die Auslagerung wesentlicher Entscheidungsbefugnisse in die Dachgesellschaften schon wenige Jahre nach ihrer Durchsetzung leerliefen, wurde schließlich 1956 durch das 1. Mitbestimmungsergänzungsgesetz begegnet, jedoch um den Preis der Schwächung des Einflusses der Beschäftigtenvertreter und der Gewerkschaften in den Dachgesellschaften.

Eine weitere Variante zur Umgehung der Mitbestimmungsregelung bestand in der Ausgliederung von Betriebsteilen und ihrer Weiterführung als juristisch selbständige Unternehmen, die man aufgrund der neuen Rechtsform oder weil die gesetzliche Zahl von „in der Regel mehr als eintausend Arbeitnehmern" nicht mehr erreicht wurde, dem Mitbestimmungsgesetz nicht mehr unterlagen.

Der über die Dachgesellschaften organisierte, durch die Steuergesetzgebung geförderte und durch die krisenhafte Entwicklung in den beiden Wirtschaftszweigen ökonomisch erzwungene Konzentrationsprozeß bedrohte die Mitbestimmungsrechte jedoch bald auf andere Art. In den fusionierten Tochtergesellschaften wurden die Mitbestimmungsorgane beseitigt, so daß oft nur noch die schwächeren Rechte des 56er Gesetzes verblieben. Der für die Konzerne u.a. steuer- und mitbestimmungsrechtlich interessanten Fusionswelle sowie den maßgebend in den Anteilseignerversammlungen und im Rationalisierungsverband beschlossenen, durch Entschädigungsprämien und Rationalisierungskredite subventionierten Stillegung im Bergbau folgten sog. Betriebspachtverträge und mit der Novellierung des Aktiengesetzes 1965 weitere Stationen der Einschränkung der Mitbestimmungsrechte. Innerhalb von zwanzig Jahren ging die Zahl der mitbestimmten Unternehmen und Dachgesellschaften von 108 auf 63, die von den Beschäftigten wahrgenommenen Aufsichtsratsmandate von 1050 auf gut 400 zurück. Die durch die Konzentrations- und Zentralisationsprozesse erheblich diversifizierten Produktionsprogramme veränderten entsprechend die Umsatzverhältnisse, so daß zur Sicherung der Mitbestimmung in den Mitte der sechziger Jahre noch verbliebenen drei Holdings in der sog. Lex Rheinstahl festgelegt wurde, daß die Beseitigung der Mitbestimmung erst bei Unterschreitung des gesetzlich geforderten 50%-Anteils der mitbestimmten Unternehmen am Ge-

samtumsatz in fünf aufeinander folgenden Geschäftsjahren möglich ist. Im Mitbestimmungsfortgeltungsgesetz von 1971 wurde diese Quote nochmals gestaffelt herabgesetzt.

War die 1951 durchgesetzte Mitbestimmungsregelung auch die letzte erfolgreich verteidigte Rückzugsposition aus einem mehr oder weniger konsistent formulierten Konzept gesellschaftlicher Neuordnung, so widerspiegelte die – angesichts der unter dem Grundgesetz eingeführten Montanmitbestimmung z.T. grotesk anmutende – Kontroverse um die Verfassungsmäßigkeit der paritätischen Mitbestimmung wie auch der 1976 verabschiedete Mitbestimmungstorso letztlich nur die Dominanz des Kapitals auch in den *Formen* seiner Auseinandersetzung mit der Arbeit. Bietet das Mitbestimmungsgesetz 1976 noch vielfältigere Möglichkeiten juristischer Feinregulierung der Mitbestimmungsrechte, so konnte es angesichts des Zurückbleibens hinter der Montanmitbestimmung von 1951 geradezu als Signal zum weiteren Abbau der letzteren aufgefaßt werden.

Die Realisierung des Vorstandsplaners der Mannesmann AG, die Hüttenwerke aus dem Konzern in die juristisch selbständigen Röhrenwerke zu überführen, hätte zur Folge, daß in der Dachgesellschaft die 76er Mitbestimmung an die Stelle der Montanmitbestimmung treten würde.

Daß der Gesamtbetriebsratsvorsitzende der Mannesmann-Röhrenwerke für den Erhalt der Montanmitbestimmung mit dem Hinweis wirbt, ohne sie wäre die Wegrationalisierung von 13 000 Arbeitsplätzen seit 1970 nicht möglich gewesen, verweist auf die Grenzen einer Mitbestimmungskonzeption, welche sich nur auf Teile der sich ständig verändernden kapitalistischen Produktionsstruktur bezieht und – ohne gesamtgesellschaftliche Eingriffsmöglichkeit – auf betrieblicher Ebene notwendigerweise immer wieder der Rationalität kapitalistischer Verwertung erliegt.

Wenn allerdings der Präsident der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände den eiligst gegen die Mannesmann-Pläne konzipierten Entwurf eines dritten Montanmitbestimmungssicherungsgesetzes als Pression, „Manipulation des Rechts" und Verletzung der Rechtssicherheit charakterisiert, dann bleibt zu hoffen, daß solch vordergründig – demagogische Reklamation von Rechtsprinzipien nicht auch noch diesen Versuch parlamentarischer Rettung der Reste jenes (bescheidenen) Neubeginns gegenüber dem unverändert absoluten Herrschaftsanspruch des großen Eigentums zunichte macht. Es sei nur auf so sensible Bereiche wie die Steuer- und Abschreibungsgesetzgebung, die freie Hand der Subventionsexekutive oder die höchst flexible Mischung beider von Rechtsstaats wegen zu trennenden Seiten in Konzentrationsangelegenheiten verwiesen, alles Felder garantiert fruchtbarer Betätigung in Sachen Rechtsstaat.

Das Mitbestimmungsgesetz des Jahres 1976 hat alle Hoffnungen auf friedliche Kooperation von Kapital und Arbeit enttäuscht, das Aussperrungsurteil 1980 dagegen die schärfste Waffe der Unternehmer gegen die Lohnabhängigen und ihre Organisationen erneut legitimiert. Diese Weichenstellungen – selbst Resultate gesellschaftlicher Kräftekonstellationen – sind Hinweise auf den Charakter kommender Auseinandersetzungen. Die Verteidigung der Reste der Montanmitbestimmung sowohl auf parlamentarischem Wege wie durch außerparlamentarische Aktivitäten der betroffenen Belegschaften wie ihrer Gewerkschaft wäre die angemessene Reaktion auf das erneut drohende „roll back" mühsam erkämpfter Arbeiterrechte.

Christian Seegert

Zehn Jahre Moskauer Vertrag

Beiträge zu Stand und Perspektiven der deutsch-sowjetischen Beziehungen

Vor zehn Jahren, am 12. August 1970, unterzeichneten der damalige Bundeskanzler Willy Brandt und Außenminister Walter Scheel in Moskau den „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken"), der als „Moskauer Vertrag" in die Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen eingegangen ist.*

Im Moskauer Vertrag bekunden beide Seiten u. a., „die Entwicklung friedlicher Beziehungen zwischen allen europäischen Staaten" auf der Basis „der in diesem Raum bestehenden wirklichen Lage" zu fördern und verpflichten sich, alle Streitfragen „ausschließlich mit friedlichen Mitteln" und unter Beachtung der Unverletztlichkeit der „Grenzen aller Staaten in Europa" zu lösen.

Der Abschluß des Vertrages mit der Sowjetunion verschaffte der kaum ein Jahr regierenden sozialliberalen Koalition die Chance, die in den 50er und 60er Jahren betriebene Politik des Kalten Krieges und unhaltbare territoriale Ansprüche ohne politischen Gesichtsverlust zugunsten einer realistischeren politischen Praxis auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz zu revidieren und öffnete zugleich den Weg für die zahlreichen, in der Folgezeit mit der Sowjetunion, Polen, der DDR, der Tschechoslowakei und anderen sozialistischen Staaten abgeschlossenen politischen, ökonomischen und kulturellen Verträge und Vereinbarungen.

Aus Anlaß des zehnjährigen Jubiläums des Moskauer Vertrages, der wie kein anderer zur Vertiefung des Entspannungsprozesses und zum Frieden in Europa beigetragen hat, haben wir die Vorsitzenden von SPD, CDU, FDP, DKP und der Partei „Die Grünen" sowie Einzelpersönlichkeiten – die sich z. T. seit Jahrzehnten für die Verbesserung des Verhältnisses zur Sowjetunion einsetzen – gebeten, ihre Auffassung zu Stand und Perspektiven der deutsch-sowjetischen Beziehungen darzulegen. Zu Stellungnahmen bereit zeigten sich der FDP-Vorsitzende Hans-Dietrich Genscher, der DKP-Vorsitzende Herbert Mies, Petra Kelly vom Vorstand der Grünen sowie Pastor Martin Niemöller und – stellvertretend für die Freundschaftsgesellschaften BRD-UdSSR – Hermann Essl und Gerhard Weber. Während (mit Ausnahme Genschers) alle Genannten der Redaktion Beiträge schickten, ließ Brandt durch den SPD-Sprecher Schwartz mitteilen, „. . . daß es ihm aus zeitlichen Gründen nicht möglich sein wird, den . . . gewünschten Beitrag zur Verfügung zu stellen", man jedoch bereit sei, mit „Materialien und bereits vorlie-

*) Text in „Blätter", 9/1970, S. 996-997.

genden Stellungnahmen von Herrn Brandt (aus den Jahren 1970 und 1975; d. Red.) zum Thema . . . behilflich zu sein". Daher geben wir im folgenden die uns übermittelte, der Führung der SPD nach wie vor aktuell erscheinende Fernsehansprache Brandts zum Vertragsabschluß vom 12. August 1970 wieder.

Hans-Dietrich Genscher ließ der Redaktion mit Schreiben vom 3. Juni 1980 mitteilen, daß er „gerne bereit" sei, den „erbetenen Beitrag zu schreiben", zog dann jedoch aus „zeitlichen Gründen" seine Zusage wieder zurück. Statt dessen veröffentlichen wir einen entsprechenden Beitrag des FDP-Bundestagsabgeordneten und Genscher-Vertrauten Jürgen Möllemann. D. Red.

Ein historischer Vertrag

Von Willy Brandt*)

Die Unterzeichnung des Vertrages zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland ist ein wichtiger Augenblick in unserer Nachkriegsgeschichte.

25 Jahre nach der Kapitulation des von Hitler zerstörten Deutschen Reiches und 15 Jahre, nachdem Konrad Adenauer hier in Moskau die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vereinbart hatte, ist es an der Zeit, unser Verhältnis zum Osten neu zu begründen – und zwar auf dem uneingeschränkten gegenseitigen Verzicht auf Gewalt, ausgehend von der politischen Lage, wie sie in Europa besteht.

Mit der Arbeit an diesem Vertrag hat die Bundesegierung eine Aufgabe erfüllt, die sie sich in ihrer Regierungserklärung selbst stellte. Darin heißt es: „Unser nationales Interesse erlaubt es nicht, zwischen dem Osten und dem Westen zu stehen. Unser Land braucht die Zusammenarbeit und die Abstimmung mit dem Westen und die Verständigung mit dem Osten. Das deutsche Volk braucht den Frieden im vollen Sinne dieses Wortes auch mit den Völkern der Sowjetunion und allen Völkern des europäischen Ostens." Dies war und dies ist unsere Richtlinie, und diesem Friedenswerk dient der Vertrag.

Ich weiß mich frei von Wunschdenken – wie die meisten unter Ihnen. Dieses Jahrhundert – von Blut und Tränen und harter Arbeit gezeichnet – hat uns Nüchternheit gelehrt. Diese Nüchternheit hat sich gerade dann zu bewähren, wenn wir Zeugen und Partner geschichtlicher Wandlungen sind. Sie dürfen

*) Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD).

wir auch dann nicht preisgeben, wenn wir Anlaß zu Genugtuung und neuer Hoffnung haben, wenn wir – ich scheue das Wort nicht – mit gutem Recht von einem Erfolg sprechen können. Und dieser Vertrag mit der Sowjetunion ist ein Erfolg deutscher Nachkriegspolitik. Er ist ein entscheidender Schritt, um unsere Beziehungen zur Sowjetunion und zu unseren östlichen Nachbarn zu verbessern – ein Vierteljahrhundert nach der Katastrophe, die von den Völkern, im Osten noch mehr als im Westen, unsägliche Opfer gefordert hat.

Es entspricht dem Interesse des ganzen deutschen Volkes, die Beziehungen gerade zur Sowjetunion zu verbessern. Sie ist nicht nur eine der großen Weltmächte – sie trägt auch ihren Teil der besonderen Verantwortung für Deutschland als Ganzes und für Berlin.

Morgen sind es neun Jahre her, daß die Mauer gebaut wurde. Heute haben wir, so hoffe ich zuversichtlich, einen Anfang gesetzt, damit der Zerklüftung entgegengewirkt wird, damit Menschen nicht mehr im Stacheldraht sterben müssen, bis die Teilung unseres Volkes eines Tages hoffentlich überwunden werden kann.

Europa endet weder an der Elbe noch an der polnischen Ostgrenze. Rußland ist unlösbar in die europäische Geschichte verflochten, nicht nur als Gegner und Gefahr, sondern auch als Partner – historisch, politisch, kulturell und ökonomisch.. Nur wenn wir in Westeuropa diese Partnerschaft ins Auge fassen, und nur wenn die Völker Osteuropas dies auch sehen, können wir zu einem Ausgleich der Interessen kommen.

Liebe Mitbürgerinnnen und Mitbürger, mit diesem Vertrag geht nichts verloren, was nicht längst verspielt worden war. Wir haben den Mut, ein neues Blatt in der Geschichte aufzuschlagen. Dies soll vor allem der jungen Generation zugute kommen, die im Frieden und ohne Mitverantwortung für die Vergangenheit aufgewachsen ist und die dennoch die Folgen des Krieges mittragen muß, weil niemand der Geschichte seines Volkes entfliehen kann. Dieser Vertrag beeinträchtigt in keiner Weise die feste Verankerung der Bundesrepublik und ihrer freien Gesellschaft im Bündnis des Westens. Die zuverlässige Partnerschaft mit Amerika bleibt ebenso gewahrt wie die Aussöhnung mit Frankreich. Es bleibt auch bei dem beharrlichen Willen, immer mehr Staaten Europas mit dem Ziel einer politischen Gemeinschaft immer enger aneinander zu binden.

Der Vertrag gefährdet nichts und niemanden. Er soll mithelfen, den Weg nach vorn zu öffnen. Und wenn er dies tut, dann wird er dem Frieden, Europa und uns allen nützen.

Ich grüße Sie zu Hause in Deutschland.

Die Bilanz ist positiv

Von Erwin Essl*)

Der zehnte Geburtstag des Moskauer Vertrags ist für ein internationales Vertragswerk kein allzulanger Zeitabschnitt, für die Geschichte der Sowjetunion gleichermaßen wie für die Bundesrepublik Deutschland aber ein bedeutungsvoller Vorgang; denn mit dem Moskauer Vertrag wurde ein neuer Akzent für die Beziehungen der beiden Länder, der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland, gesetzt.

Das Ausmaß des Fortschritts, der in den persönlichen, aber auch offiziellen Beziehungen zwischen verantwortlichen Politikern und den beiden Ländern, der BRD und der UdSSR, erreicht worden ist, kann nur der ermessen, der sich zurückerinnert, wie hoffnungslos die Lage in den ersten 25 Nachkriegsjahren und insbesondere noch vor zehn Jahren war.

In der unmittelbaren Phase der Nachkriegszeit wurde Europa durch den Eisernen Vorhang getrennt. Das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion war geprägt von gegenseitigem tiefen Mißtrauen. Die osteuropäischen Staaten sahen eine permanente Gefahr für den Frieden und die Sicherheit in Europa, auf der anderen Seite wurde in der Bundesrepublik Deutschland die kommunistische Staatenwelt, die in Ost- und Südosteuropa die gesellschaftspolitische Situation bestimmt, als eine gefährliche Bedrohung unserer Sicherheit empfunden. Die Außenpolitik nach der Gründung der Bundesrepublik war konzentriert auf die Aussöhnung mit dem Westen, wohingegen auf den Versuch, auch mit den Ostblockländern ins Gespräch zu kommen, vollständig verzichtet wurde. Die Gefahr, daß durch diese einseitige Haltung die Bundesrepublik Deutschland zunehmend in eine Isolierung kommen würde, war seinerzeit außerordentlich groß. Konkret wurde erst nach der Bildung der sozial-liberalen Koalition mit der Politik der Entspannung und einer neuen Ostpolitik der Versuch gemacht, mit den Ostblockländern ins Gespräch und auch zu konkreten Vereinbarungen zu kommen.

Bei den im Bundestag vertretenen Parteien, gleichermaßen wie in der Bundesregierung, setzte ein langwieriger Prozeß politischer Diskussionen ein, in deren Verlauf sich immer mehr die Erkenntnis der Notwendigkeit der Entspannungspolitik mit dem Osten durchsetzte. Es war eine Politik der kleinen Schritte, die schließlich zu einem großen Ergebnis führte.

Als Ergebnis der Ostpolitik erinnere ich an den Moskauer Vertrag vom 12. August 1970, den Vertrag mit der Volksrepublik Polen vom 7. Dezember 1970 und schließlich an die Berlin-Regelung – das Viermächteabkommen von Berlin vom 3. September 1971 und die ergänzenden Vereinbarungen vom 17. Dezember 1971.

*) Vorsitzender der Bayerischen Gesellschaft zur Förderung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion e. V., Stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Gesellschaften der BRD-UdSSR.

Mit Recht stellt sich an diesem Geburtstag die Frage, ob die Hoffnungen – welche von beiden Seiten in diese Vertragswerke gesetzt wurden – auch erfüllt wurden. Diese Frage kann man nur beantworten, wenn man sich die Ziele vor Augen hält, welche sich die Entspannungspolitik gesetzt hat.

Es sind insbesondere:

– die Friedenssicherung in Europa und in der Welt,
– die Milderung der Folgen der Teilung Deutschlands und Europas,
– die Verbesserung der Situation der Menschen (ihre Freizügigkeit und ihre Grundrechte,)
– die Familienzusammenführung,
– Reiseerleichterungen,
– Informations- und Kulturaustausch,
– die Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

Erinnert sei an die wirtschaftlich guten Beziehungen, die mit allen Ostblockländern eingeleitet werden konnten, an das langfristige Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit, das zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion bei dem Besuch des Parteisekretärs und Staatschefs Leonid Breschnew abgeschlossen werden konnte, und erinnert sei schließlich auch daran, daß auf vielen Gebieten die Beziehungen zwischen den Menschen hüben und drüben vertieft werden konnten, daß man sich kennengelernt und sicher auch besser verstehen gelernt hat.

Bei nüchterner Betrachtung sind wir auf dem Wege zu diesen Zielen ein ganzes Stück vorangekommen. Die Bundesrepublik und ihre europäischen Nachbarn verbindet heute eine Anzahl von Verträgen und Absprachen, die als tragfähige Grundlage betrachtet werden und auf denen die Politik der Entspannung auch weitergeführt werden kann.

Realistisch betrachtet, kann man feststellen, daß die Entspannungspolitik ohne harte Alltags- und Kleinarbeit nicht fortgesetzt und auch nicht erfüllt werden kann. Für euphorische Betrachtungen haben die abgeschlossenen Verträge nur wenig Raum. Richtig aber ist, daß sich in der durch die Weltpolitik schwieriger gewordenen Zeit der Moskauer Vertrag bewährt und bestätigt hat.

Was ist zu tun?

1. Ich halte es für notwendig und vordringlich, daß die Entspannungspolitik nicht aufgegeben wird;
2. wir sollten uns trotz besonderer Erschwernisse nicht dazu verleiten lassen, in politische Hysterie zu verfallen;
3. wir sollten nicht Brücken einreißen, die in langwieriger und schwerer Arbeit zwischen unseren Völkern gebaut worden sind;
4. wir sollten die Verbindungen nicht aufgeben, die durch viele Initiativen auf Regierungsseite hüben und drüben, aber auch durch vielfältige private Initiativen geschaffen und gefunden worden sind – auf wirtschaftlichem,

kulturellem, wissenschaftlichem, sportlichem und auch auf dem Gebiet des Tourismus;
5. wir sollten aus der Vergangenheit, aus Irrtümern und Fehlern lernen, um für die Zukunft vieles besser zu gestalten.

Das scheint mir der einzige und richtige Weg zu sein, den wir zur Erfüllung des Moskauer Vertrags zu gehen haben.

Moskauer Vertrag und grüne Politik

Von Petra K. Kelly*)

„. . . Über die Adenauersche Sicherheitspolitik der sogenannten Westintegration (Freundschaft usw., Versöhnung mit Frankreich z.B.) hinaus, doch unter Voraussetzung ihrer Festlegungen, definierte die sozialliberale Koalition die *Sicherheit* auch als Berührung, als vermehrte Kooperation und Kommunikation. Sie definierte „Sicherheit" auch als partielle Verflechtung mit dem Konfliktgegner, um Kriegsverhinderung nicht nur durch militärische Abschreckung, sondern auch und zunehmend durch politische Strukturen zu gewährleisten . . . ."[1])

So eigentlich könnte man die neue Dimension der „Sicherheit" im Ost-West-Konflikt seit der Unterzeichnung des Vertrags von Moskau am 12. August 1970 umschreiben. Eines kann und darf man nicht vergessen, wenn man diese Dimension im geschichtlichen und aktuellen Rahmen betrachtet: Es kann *keine* Gleichgültigkeit im Verhältnis zwischen Deutschen und Russen geben, *kein* Unbeteiligtsein des einen Staates an dem Schicksal des anderen.

Die Multilateralisierung der Entspannung in den 70er Jahren war auch wichtig im Rahmen von KSZE und MBFR, denn so konnten und können die Deutschen am Entspannungsprozeß, an der Versöhnung unmittelbar mitwirken und mitteleuropäische Sicherheitsinteressen in die sogenannte Diplomatie der Entspannung *direkt* miteinbringen. Wie schon deutlich wurde in den vergangenen Jahren, kommt den beiden deutschen Staaten eine besondere Verantwortung für die europäische Sicherheit zu. Beide deutsche Staaten wären als erste vom Krieg betroffen oder – bei geostrategisch geringer Kriegsintensität – schweren Zerstörungen ausgesetzt. Die deutschen Staaten haben das „Grundinteresse, einen Krieg im Keim zu verhindern". So verfügt die BRD z.B. unter der sozialliberalen Koalition über besondere Beziehungen zur Sowjetunion (Vertrag 1970) wie auch über eine äußerst wichtige Position im westlichen Bündnissystem (NATO).

*) Vorsitzende und Sprecherin der Grünen.
1) Klaus v. Schubert, in: „Politik und Zeitgeschichte" v. 8. 3. 1980.

Der Moskauer Vertrag ermöglichte ein spezielles Netz der Kommunikation, obwohl er noch lange nicht zu den intensiven politischen Beziehungen geführt hat, die man sich vielleicht darunter vorstellt.

Dieser Vertrag hat durchaus den Weg zu *besseren* Beziehungen gezeigt, doch sollten meines erachtens diese Beziehungen über Menschen, Kultur, Sport, den Bildungs-, Jugend-, Lehrlingsaustausch usw. viel stärker intensiviert werden, so daß es zu echten freundschaftlichen Beziehungen an der *Basis* kommt, so daß endlich Vorurteile abgebaut werden. (Die Grünen waren und sind *gegen* den Olympia-Boykott – auch wenn Gruhl (in eigener Verantwortung) im Bundestag für den Olympia-Boykott gestimmt hat.)

Dieser Vertrag hat auch in bezug auf die „friedliche Koexistenz" in Europa einen wichtigen Beitrag geleistet – *nach* 20 Jahren CDU-geführter Regierungen, die sich in diesen 20 Jahren geweigert haben, den Schritt von der Kriegs- zur Friedenspolitik zu tun. Zwei Weltkriege gingen von Europa, von deutschem Boden aus, und es war notwendig, daß, wie Karl D. Bredthauer 1970 schrieb, „die Stimmen der Vernunft (jahrelang verketzert) . . . laufend an Resonanz gewonnen haben"[2]).

Die *Präambel* des Abkommens von 1970 spricht von einer „Entschlossenheit zur Verbesserung und Erweiterung der Zusammenarbeit . . . einschließlich der wirtschaftlichen Beziehungen sowie der wissenschaftlichen, technischen und kulturellen Verbindungen im Interesse beider Staaten . . . ".

Zum Punkt „Ausbau, Erweiterung der *wirtschaftlichen* Beziehungen" möchte ich aber sehr kritisch sagen, daß diese Verflechtung, dieses Ineinandergreifen (z.B. Mannesmann-Röhren für Erdgas usw.) der wirtschaftlichen Bereiche, welches viel, viel Positives an sich hat, auch gleichzeitig Sorgen macht! Besonders die multinationalen Konzerne (z.B. IBM) haben großes Interesse daran, diesen Kooperationsvertrag voll in *ihrem* eigenen Interesse auszubauen. Charles Levinson meint dazu, „das Zeitalter des Wodka Cola war angebrochen . . . " Während z.B. die Sowjetunion und die Ostblockstaaten große Kredite von westlichen Regierungen und privaten Banken erhalten, um ihre Importe (Industriebetriebe, Technologien und unternehmerisches Know-how) zu finanzieren, gab es „Gegenkäufe" vom kapitalistischen Partner. Diese Transaktionen erstrecken sich häufig auf ganze Werke. Was resultiert aus dieser „Wodka-Cola"-Allianz, und wie entwickelt sich der Entspannunsprozeß auf wirtschaftlicher Ebene?

Erstens haben die westlichen, die bundesdeutschen Firmen sehr schnell begriffen, daß die kommunistischen Volkswirtschaften Quellen beträchtlicher Gewinne sein können. „Vorteile" (wie sie das nennen) in den Staaten des Ostblocks sind z.B. niedrige Gehälter, keine Streiks, niedrigere Produktionskosten. Die meisten riesigen Firmen, die Lenin wiederholt als Symbole des neuen Imperialismus angegriffen hat, gehören heute den „Multis", die

2) Karl D. Bredthauer, „Ein neues Kapitel aufschlagen", in: „Blätter", 9/1970, S. 898–906.

daran interessiert sind, die Konsumgüterproduktion/-industrie der UdSSR auszubauen (Siemens, Krupp, Deutsche Bank, General Electric, Chase Manhattan usw. . . .).

Ein amerikanisches Beispiel (auch ein Teil der „Entspannungspolitik"): IBM! IBM ist in fast jedem kommunistischen Land vertreten, in dem Computer (oder ähnliches elektronisches Gerät) importiert, gepachtet, hergestellt und exportiert wird. IBM rechnet sich zu den engagiertesten Befürwortern der Entspannung, doch *gleichzeitig* betont IBM – ein Konzern, der *tief* im Rüstungsgeschäft verstrickt ist – die Notwendigkeit einer *verstärkten* Verteidigungsbereitschaft auf allen Gebieten.

Meine große Angst ist genau, daß diese unheilige Allianz von kapitalistischen und staatskapitalistischen Managern, der Großbürokratien der westlichen und östlichen Staatsmonopole *gemeinsam* im Zuge der Entspannungspolitik eine weltweite atomare Aufrüstung herbeiführen. Denn wo z.B. kooperieren die bundesdeutschen und sowjetischen Regierungen *besonders* intensiv? Z.B. auf dem Gebiet der „friedlichen" Nutzung der Atomenergie! Im Bereich der sich weltweit vollziehenden wissenschaftlich-technischen Revolution – die zugleich Rationalisierung, Automation, Mikroelektronik und vielleicht sogar verstärkte zukünftige Kontrolle und „Überwachungssysteme" im Osten wie im Westen bedeutet! Natürlich wirkt eine wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und Kooperation (friedliches Miteinander und Entspannung) sehr faszinierend, und man verspricht sich davon weitere Verbesserungen der Beziehungen – aber diese Kooperation, die eigentlich „Friedensgüter" ausbauen und die zur Bekämpfung von Krankheiten und zum Schutz von Natur und Menschen vorrangig eingesetzt werden sollte, dient eher der gemeinsamen Nutzung der Atomenergie, dem Import von angereichertem Sowjet-Uran für deutsche Reaktoren usw. Es muß hier deutlich gesagt werden, daß Wissenschaft und Technik in der BRD sowie in der Sowjetunion eine andere und neue Bedeutung und Wertung erhalten müssen – zugunsten des Menschen, orientiert am Frieden und nicht an der Ausbeutung der Natur, an der Erniedrigung des Menschen oder an der uns im Westen bekannten Profitmaximierung!

Wenn die BRD und die Sowjetunion z.B. intensiv gemeinsame Krebsforschungsprogramme finanzieren und unterstützen, sollten sie sich lieber *beide* den Wahrheiten der Krebsverursachung nähern und *nicht* gemeinsam diese verschleiern (z.B. Niedrigstrahlung aus AKW und ihre Gefährlichkeit über Generationen hinweg). Warum fördert ein solches Kooperationsabkommen nicht mehr „Ehrlichkeit" untereinander, so daß (z.B. das Atom-Unglück im Ural vor 22 Jahren) auch voneinander mehr gelernt werden kann?

Man sollte auch „ehrlicher" mit all den Vorurteilen im „deutschen Lande" in bezug auf „Anti-Kommunismus" umgehen. Viele Bundesbürger sind z.B. jahrelang für Initiativen verfolgt worden, die heute als offizielle Politik der Bundesregierung gelten. Ferner sitzen z.B. deutsche DGB- und Industrie-Vertreter zusammen mit kommunistischen Kollegen aus Frankreich und

Italien im EG Wirtschafts- und Sozialausschuß und im Europa-Parlament, trinken gemeinsam ihren Kaffee oder Tee und arbeiten zusammen in Ausschüssen und Fachgruppen – doch zu Hause wird der Antikommunismus weitergehegt, werden junge Menschen völlig isoliert, und „rote, kommunistische Unterwanderungspolitik" ist ein Wort, das allzuoft bei jeder politischen alternativen Bewegung in der BRD aus dem Munde der Etablierten und Herrschenden kommt. „Sagt man nur ein kluges Wort – schon ist man Kommunist."

Zu Artikel 2 des Vertrags: die Lügen in der „Nachrüstungsstrategie"

In Artikel 2 des Vertrags mit der Sowjetunion wird von „friedlichen Mitteln" gesprochen, mit denen Streitfragen zu lösen sind: „. . . . Und übernehmen die Verpflichtung, sich in Fragen, die die Sicherheit in Europa und die internationale Sicherheit berühren, sowie in gegenseitigen Beziehungen gemäß Artikel 2 der Charta der Vereinten Nationen der Drohung mit Gewalt oder Anwendung von Gewalt zu enthalten."

Was hat sich aber in dieser Frage seit 1970 in der Politik abgespielt? Man könnte es auf die einfache Formel reduzieren: *„Nachrüsten tun sie alle."* Militärstrategien von seiten der NATO, der BRD, die im Rahmen des westlichen Bündnisses Machtpolitik betreibt, sowie der Sowjetunion verdrängen das *politische Ziel.* Politiker werden dadurch zu einem kriegsvermeidenden und krisenbeherrschenden Handeln gezwungen (die berühmten Sachzwänge!) und Friedenspolitik wird dann nichts weiter als „Kriegsverhinderung".

Die im Jahre 1979 unter den Schlagworten „Nachrüstung", „TNF-Modernisierung", „SS 20" und „Pershing II " geführte Diskussion (im Nuklearzeitalter), hinter der sich in Wahrheit eine umfassende europäisch-amerikanische Strategiedebatte und eine west-östliche Sicherheitsdiskussion verbergen, offenbart die gegenwärtige Sicherheitsproblematik der Europäer in allen Dimensionen. Beide Seiten behaupten von der Gegenseite, daß diese Entwicklung neue Waffensysteme mit neuen Handlungsmöglichkeiten schafft. Der Westen erklärt, die Sowjetunion könne zum ersten Mal mit zielgenauen und beweglichen, also nur präventiv bekämpfbaren Mittelstreckenraketen militärische Ziele in Westeuropa angreifen. Die Sowjetunion sagt, dies wisse der Westen mit seinen vorgeschobenen Mittelstreckensystemen (Forward Based Systems, FBS) schon lange; mit der Beschaffung von „Pershing II" und „Cruise Missiles" verbessere er die Fähigkeit noch, verkürze die Vorwarnzeit auf 4 Minuten und mache obendrein deutsches Territorium zur Abschußrampe. Diese Diskussion führt wieder zum Status: Wettbewerbspolitik zwischen Machtrivalen. Sie führt zu einem „Noch-Nachrüsten", wie es z.B. der Westen zusammen mit der BRD betreibt, um über „SS 20" verhandeln zu können, die „Forward Based Systems" allerdings vorausgesetzt. Der sowjetische Außenminiter Gromyko erklärte daraufhin, daß die Sowjetunion nun auch „noch – nachrüsten" müsse.

Die ganze Diskussion über die Einführung der neuen Waffensysteme (NATO Kommuniqué vom 12. Dezember 1979) beruht im NATO-Lager auf einem „Akt der Selbsttäuschung", wie August Haußleiter von den Grünen vor einigen Tagen schrieb. Sie beruht auch auf einer *Irreführung der Öffentlichkeit,* die die Grünen im bevorstehenden bundesdeutschen Wahlkampf deutlich machen und ans Tageslicht bringen wollen.

Die Sowjetunion empfand ihrerseits die „Modernisierung" ihrer „SS 20"-Raketen als „Nachrüstung" und als unvermeidliche Antwort auf die vorhergehende „FBS"-Raketenbedrohung durch die Amerikaner. Moskau wird also über die Einschränkung aller Mittelstreckenraketen-Systeme nur verhandeln, wenn auch die U-Boot-Raketen und die Bombenangriffswaffen des Westen in solche Verhandlungen mit einbezogen werden. Dazu sind die Amerikaner jedoch nicht bereit. So werden weiterhin „Scheinverhandlungen" (wie Helmut Schmidt in Moskau) geführt, und die BRD wird mit „Pershing II" und „Cruise Missiles" vollgestopft werden!

General Bastian schrieb in seinem Memorandum im Januar 1980[3]: „Während die USA und Großbritannien, die Nuklearmächte der militärischen Allianz, verständlicherweise von Anfang an für eine Erweiterung der nuklearen Fähigkeiten des Bündnisses in Europa eintreten, plädiert die Mehrzahl der kontinentaleuropäischen Verbündeten zunächst für Zurückhaltung. Lediglich in der BRD setzten sich die Befürworter einer ‚Nachrüstung' durch. Ihre Haltung trägt entscheidend dazu bei, dem Vorhaben schließlich den Weg zu ebnen."

Aus diesen Sätzen läßt sich auch herauslesen, welchen Einfluß die BRD innerhalb der NATO hat und inwieweit die sozialliberale Koalition in der Friedenspolitik mit „Tricks" arbeitet. Alle bisherige Aufrüstung wurde mit der Lüge begründet, man strebe durch sie nur das „Gleichgewicht" mit der Gegenseite an. Diese Lüge bleibt auch die Basis der Nachrüstungsstrategie des Bundeskanzlers. Durch sein Eintreten für den „Nachrüstungsbeschluß" der NATO vom 12. Dezember 1979 hat Helmut Schmidt die Bundesrepublik zur *Atomraketen-Abschußrampe der USA* gemacht. Damit wird die BRD in jedem globalen Konflikt das Atomwaffenziel der ersten Stunde sein – und damit werden auch neutrale Länder wie Irland (nicht NATO-Mitglied) usw. „Fallout"-Opfer dieser ersten Stunde sein.

General Bastian schrieb zum Schluß seines Memorandums: „Bei einer Neuverteilung der nuklearen Kapazitäten, wie sie am 12. 12. 1979 in Brüssel beschlossen worden ist, wären die Überlebenschancen der Mitteleuropäer bei einem Versagen der Abschreckung allerdings noch geringer, nämlich gleich Null."

3) Vgl. „Blätter", 2/1980, S. 246-249.

Die ehemalige „Anti-Rüstungs"-Partei SPD hat aber unter Helmut Schmidt diese neue Aufgabenverteilung innerhalb der NATO nicht zurückgewiesen, nicht für gefährlich gehalten. Diese fortdauernde Verhärtung der Positionen und die Provokationen sind völlig gegen den Geist des Moskauer Vertrages zwischen der BRD und der Sowjetunion gerichtet. Nach Auffassung von F. Barnaby (SIPRI) nähern sich die Vereinigten Staaten durch die Entwicklung neuer präziserer Waffensysteme der Fähigkeit, mit einem ersten Schlag die zur Zeit verwundbarere sowjetische Atomstreitmacht auszuschalten, die zu fast 80% auf dem Land stationiert ist[4]).

Unter Bundeskanzler Schmidt wird keine echte „Friedensmacht BRD" aufgebaut. Man täte besser daran, endlich ein „Abrüstungsamt" oder ein „Friedensministerium" aufzubauen. Innerhalb der vielen Gewerkschaften des DGB wird bis jetzt nur sehr zaghaft von „Konversionsplänen" gesprochen – d.h. von der Umstellung der Kriegs-/Waffenproduktion auf sozial notwendige Friedensgüter –, und man behauptet weiterhin, daß die Rüstungsproduktion in der BRD Arbeitsplätze sichern könne. Kai Uwe v. Hassel (CDU) plädiert im Rahmen der WEU für die Aufhebung mancher Restriktionen bei der Waffen-/Rüstungsproduktion in der BRD.

Unter Schmidt wird die BRD jährlich ihren Rüstungetat um real 3%, de facto also um 9–10% erhöhen. Diese reale Steigerung des Rüstungshaushalts zwingt zu Kürzungen im Sozialetat und im Gesundheitshaushalt. Wir verwandeln uns zu einer Großmacht, gerade auch im konventionellen militärischen Bereich und über die massive Einflußnahme der BRD auf die Haltung anderer europäischer Staaten.

Die aktuellen Entwicklungen im atomaren und wirtschaftlichen Bereich der BRD, als stärkster konventioneller Militärmacht Westeuropas, machen spürbar, daß es ernstzunehmende Expansions- und Vormachtbestrebungen in den herrschenden Kreisen der BRD gibt. Viele in der Alternativ-, der Friedens- und Frauenbewegung, der Antikriegsdienst- und der Ökologiebewegung Tätigen haben die Arroganz und Unehrlichkeit der SPD-Politik gerade im Friedensbereich satt. Sie treten deswegen bei den Bundestagswahlen im Herbst 1980 an.

„Den Bürokratismus erleben, wo sie Hilfe erwarten, die Resolutionen über Diktaturen, Unfreiheit und Hunger in der 3. Welt zur Kenntnis nehmen und zugleich sehen, wie die sozialliberale Koalition Realpolitik mit Mercedes, Siemens, VW und der deutschen KWU in diesen Ländern macht . . . Eine Wählerschaft, die hört und sieht, wie Friedens- und Abrüstungsparolen auf unseren Parteitagen die Runde machen und zugleich die Löcher für atomare Mittelstreckenraketen gebuddelt werden."[5])

4) „Süddeutsche Zeitung" v. 13. 6. 1980.
5) Günther Jansen (SPD) am 29. 11. 1979.

Die *Grünen* in der BRD haben mit ihren Aussagen zur Friedenspolitik, mit ihren Forderungen deutlich gemacht, daß man aus der jetzigen Weltlage nur die Konsequenz der „kalkulierten Vorleistungen" ziehen kann, um es mit dem Frieden *ernst* zu meinen! Das heißt, daß in jedem Land unbhängig vom Stand der Abrüstungsverhandlungen einseitig abgerüstet werden muß als unübersehbares Zeichen des tatsächlichen Friedenswillen eines Volkes. Die west-östlichen Beziehungen drohen bei geringer Machtverschiebung in harte Konfrontationen umzukippen, trotz Moskauer Vertrag. So fordern wir in diesem Bundestagswahlkampf als Priorität:

1. Einseitige Abrüstungsschritte (Politik der kalkulierten Vorleistung).
2. Umwandlungen der militärischen in zivile Ausgaben sozialer Art usw. [6]).

6) Vgl. Bundesprogramm der Grünen.

Gedanken zum deutsch-sowjetischen Verhältnis

Von Herbert Mies*)

Die Beziehungen zur Sowjetunion sind für unser Land noch niemals eine diplomatische „Routineangelegenheit" gewesen. Ob man dieses Problem unter einem historischen Blickwinkel oder nach aktuell-politischen Gesichtspunkten betrachtet: hier ging und geht es für unser Volk stets um fundamentale Existenz- und Lebensfragen.

Das Verhältnis zur Sowjetunion gehört zu jenen grundlegenden Faktoren, die wesentlich darüber mitbestimmen, welchen politischen Kurs die Bundesrepublik einschlägt und welche Rolle sie in der Welt spielt. Vor allem hängt von dem Verhältnis zu diesem ersten und mächtigsten sozialistischen Staat der Erde in ganz entscheidendem Maße die friedliche Zukunft unseres Landes und unseres Kontinents ab.

All das ist Anfang Juli 1980 anläßlich der Begegnung von Helmut Schmidt und Leonid Ilitsch Breschnew in Moskau erneut für jedermann sichtbar geworden. Sichtbar geworden ist, daß die Zukunft der internationalen Entspannung nicht nur eine Frage des sowjetisch-amerikanischen Verhältnisses ist, sondern auch eine Frage des Verhältnisses zwischen der Sowjetunion und unserem Land.

*) Vorsitzender der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP).

Die *Grünen* in der BRD haben mit ihren Aussagen zur Friedenspolitik, mit ihren Forderungen deutlich gemacht, daß man aus der jetzigen Weltlage nur die Konsequenz der „kalkulierten Vorleistungen" ziehen kann, um es mit dem Frieden *ernst* zu meinen! Das heißt, daß in jedem Land unbhängig vom Stand der Abrüstungsverhandlungen einseitig abgerüstet werden muß als unübersehbares Zeichen des tatsächlichen Friedenswillen eines Volkes. Die west-östlichen Beziehungen drohen bei geringer Machtverschiebung in harte Konfrontationen umzukippen, trotz Moskauer Vertrag. So fordern wir in diesem Bundestagswahlkampf als Priorität:

1. Einseitige Abrüstungsschritte (Politik der kalkulierten Vorleistung).
2. Umwandlungen der militärischen in zivile Ausgaben sozialer Art usw. [6]).

6) Vgl. Bundesprogramm der Grünen.

Gedanken zum deutsch-sowjetischen Verhältnis

Von Herbert Mies*)

Die Beziehungen zur Sowjetunion sind für unser Land noch niemals eine diplomatische „Routineangelegenheit" gewesen. Ob man dieses Problem unter einem historischen Blickwinkel oder nach aktuell-politischen Gesichtspunkten betrachtet: hier ging und geht es für unser Volk stets um fundamentale Existenz- und Lebensfragen.

Das Verhältnis zur Sowjetunion gehört zu jenen grundlegenden Faktoren, die wesentlich darüber mitbestimmen, welchen politischen Kurs die Bundesrepublik einschlägt und welche Rolle sie in der Welt spielt. Vor allem hängt von dem Verhältnis zu diesem ersten und mächtigsten sozialistischen Staat der Erde in ganz entscheidendem Maße die friedliche Zukunft unseres Landes und unseres Kontinents ab.

All das ist Anfang Juli 1980 anläßlich der Begegnung von Helmut Schmidt und Leonid Ilitsch Breschnew in Moskau erneut für jedermann sichtbar geworden. Sichtbar geworden ist, daß die Zukunft der internationalen Entspannung nicht nur eine Frage des sowjetisch-amerikanischen Verhältnisses ist, sondern auch eine Frage des Verhältnisses zwischen der Sowjetunion und unserem Land.

*) Vorsitzender der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP).

Und mag es auch ein Zufall sein, daß der Schmidt-Besuch fast mit dem zehnten Jahrestag der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 12. August 1970 zusammengefallen ist, so veranlaßt dieses zeitliche Zusammentreffen beider Ereignisse doch zum Nachdenken. Ebenso wie in der Periode des Zustandekommens, der Unterzeichnung und der Ratifizierung des Moskauer Vertrags im vergangenen Jahrzehnt scheiden sich auch jetzt wieder in der Frage der Beziehungen zur Sowjetunion die Geister. 1970 ging es für die Bundesrepublik darum, aus der gefährlichen Sackgasse des Kalten Krieges und der Nichtanerkennung der europäischen Realitäten herauszukommen. Der Moskauer Vertrag öffnete den Weg dazu. Aber harte Kämpfe waren nötig, damit dieser Weg gegen den erbitterten Widerstand der Reaktion beschritten werden konnte. Jetzt sammeln sich sowohl in den USA als auch in der Bundsrepublik erneut aggressive imperialistische Kreise, die zurück zur Konfrontationspolitik des Kalten Krieges wollen.

In dieser Situation ist es von nicht geringer Bedeutung, daß die höchsten staatlichen Repräsentanten der Bundesrepublik und der Sowjetunion erklärt haben, daß sie sich „weiterhin von den geschlossenen vertraglichen und politischen Dokumenten bei der Gestaltung ihrer Beziehungen in praktischen Bereichen leiten lassen" und „für die Ausweitung der vertraglichen Grundlagen ihrer Zusammenarbeit" eintreten, daß sie „nach wie vor . . . die Entspannung für notwendig, möglich und nützlich" halten und „ihrem Willen Ausdruck (geben), mit allen Mitteln dazu beizutragen, daß sie die ausschlaggebende Tendenz in den internationalen Beziehungen sein muß". In der Tat: „Zur friedlichen gleichberechtigten Zusammenarbeit zwischen den Staaten gibt es keine vernünftige Alternative."[1])

Die Treue zu diesen hier noch einmal ausdrücklich bekräftigten Prinzipien des Moskauer Vertrags von 1970 wird ein ganz entscheidender politischer Prüfstein für jede Regierung der Bundesrepublik sein. Denn bei der Regelung der Beziehungen zur Sowjetunion geht es für uns um Fragen von wahrhaft historischer Tragweite. Auf die einfachste Formel gebracht, besagen die Erfahrungen der Geschichte: Friedliche und gute Beziehungen zur Sowjetunion waren für unser Land immer vorteilhaft, Feindschaft gegenüber der Sowjetunion hingegen hat für unser Volk stets verheerende Folgen gehabt.

1. Zur Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen

Zwischen kapitalistischen und sozialistischen Staaten bestehen fundamentale – auf den unterschiedlichen Interessen und Intentionen der jeweils herrschenden Klassen beruhende – ideologische und politische Klassengegensätze. Diese Gegensätze können auch durch eine Politik der Entspan-

1) Gemeinsames Kommuniqué zum Abschluß des Besuchs von Helmut Schmidt in Moskau, in: „Unsere Zeit" v. 3. 7. 1980.

nung und der friedlichen Koexistenz nicht aus der Welt geschafft werden. Das ist aber nur ein Aspekt der internationalen Beziehungen der Gegenwart. Ein anderer – nicht minder wichtiger – Aspekt ist der, daß alle Völker und Staaten, alle vernünftigen Menschen ein elementares Interesse daran haben, daß diese Klassengegensätze in den zwischenstaatlichen Beziehungen nicht mit den Mitteln des Krieges ausgetragen werden.

Im Verhältnis zur Sowjetunion hat es Perioden normaler und friedlicher Beziehungen gegeben. Es gab aber auch Perioden, in denen die Prinzipien der friedlichen Koexistenz verletzt wurden. Ob man den Abschnitt 1917–45 betrachtet oder die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg – immer standen diese beiden Tendenzen miteinander im Widerstreit. Und es sei an dieser Stelle mit aller Deutlichkeit ausgesprochen: Niemals war es die Sowjetunion, die den Kurs der friedlichen Koexistenz verlassen und unser Land bedroht hat. Die Behauptung einer angeblichen Bedrohung aus dem Osten findet in der Realität der über 60jährigen deutsch-sowjetischen Beziehungen keinerlei Rückhalt; diese Bedrohungslüge ist ein konstruiertes, auf Tatsachenverdrehungen beruhendes „Alibi" der gleichen reaktionären und aggressiven Kräfte des deutschen Imperialismus, die selbst mehrfach – allein oder im Bündnis mit anderen – gegenüber der Sowjetunion einen Aggressionskurs eingeschlagen haben.

„Die Arbeiter- und Bauernregierung, die durch die Revolution vom 24.–25. Oktober geschaffen wurde und sich auf die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten stützt, schlägt allen kriegführenden Völkern und ihren Regierungen vor, sofort Verhandlungen über einen gerechten demokratischen Frieden aufzunehmen. . . . . ein solcher Frieden ist nach der Auffassung der Regierung ein sofortiger Frieden ohne Annexionen . . und ohne Kontributionen."[2]) Mit diesem Dekret über den Frieden wandte sich der erste sozialistische Staat der Geschichte bereits am Tage nach seiner Geburt an die Weltöffentlichkeit – vor allem an Deutschland.

Die herrschende Klasse Deutschlands hat diesen Friedensappell mit einer bewaffneten Aggression beantwortet. Aber das unter Ausnutzung der damaligen militärischen Schwäche der jungen Sowjetmacht erzwungene Diktat von Brest-Litowsk hatte keinen Bestand. Deutschland wurde nach seiner Niederlage im Ersten Weltkrieg selbst Opfer eines „Friedens"-Diktats mit Annexionen und Kontributionen – wie man es eigentlich Sowjetrußland zugedacht hatte.

Weit zurück liegt inzwischen auch der im April 1922 in Rapallo unterzeichnete deutsch-sowjetische Vertrag. Seine historischen Lehren sind jedoch ebenso wenig zu übersehen wie die positiven Auswirkungen der mit ihm eingeleiteten Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Staaten: Als einziges Land hatte Sowjetrußland das Versailler Diktat als einen „Vertrag

2) W.I. Lenin, Zweiter gesamtrussischer Kongreß der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten. 25.–26. Oktober (7.–8. November) 1917. Dekret über den Frieden, in: Werke, Bd. 26, Berlin 1974, S. 239.

von Räubern und Wegelagerern", als einen „Frieden von Wucherern und Würgern"[3]) stets strikt abgelehnt. Lenin, von dem diese Einschätzung stammt, stellte fest, daß Deutschland, „geknebelt durch den Versailler Vertrag, „natürlicherweise zu einem Bündnis mit Rußland" gedrängt werde: „Es liegt in der Natur der Dinge, daß die einzige Rettung für Deutschland ein Bündnis mit Sowjetrußland ist."[4]).

Die Politik von Rapallo war ein solches – wenn auch in seiner Zielsetzung begrenztes – Bündnis. Rapallo führte die Weimarer Republik aus der außenpolitischen Isolierung heraus und verhinderte, daß sie von den Westmächten für einen antisowjetischen Kreuzzug mißbraucht wurde. Zugleich wurden damit die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß Deutschland in den Genuß der beträchtlichen Vorteile kam, die die Position des wichtigsten sowjetischen Außenhandelspartners bot: Im Zeitraum 1924–1932 lag der Wert der deutschen Exporte in die Sowjetunion nur um 15% unter den entsprechenden Lieferungen der USA, Frankreichs und Großbritanniens zusammengenommen[5]).

Vom Standpunkt der Sowjetunion war Rapallo eine prinzipielle Festlegung auf die Politik der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, auf eine Politik freundschaftlicher Beziehungen zu Deutschland. 1923 hob das Volkskommissariat für Auswärte Angelegenheiten der UdSSR hervor, daß „das vom triumphierenden Imperialismus zerschmetterte Deutschland in der Person seiner Regierung in diesem Augenblick genügend Mut und Weitblick hatte, um den Rapallovertrag zu unterzeichnen. Deshalb haben wir in der Vergangenheit die Festigung der freundschaftlichen Beziehungen mit Deutschland, die Erweiterung der ökonomischen Beziehungen und die gegenseitige Unterstützung bei der Entwicklung dieser ökonomischen Beziehungen verfolgt, und auch für die Zukunft bleibt dies eine Grundlage unserer Politik[6])."

Mit dem Prozeß der Liquidierung der Weimarer Republik ging zugleich die Beendigung der Rapollo-Politik einher. Jene extrem reaktionären und aggressiven Kräfte des deutschen Imperialismus, die der Faschismus an die Macht gebracht hatte, wollten keine friedliche Koexistenz mit der Sowjetunion, sie wollten Krieg. Trotz aller Anstrengungen hat die sowjetische Seite diesen Krieg nicht verhindern, sondern nur verzögern können. Die Hitlerfaschisten brachen den deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag von 1939, ihre Absicht war es, die sozialistische Sowjetunion zu vernichten und zu versklaven. Das Ergebnis ist bekannt: Über 20 Millionen Sowjetbürger, aber auch rund sechs Millionen Deutsche, verloren ihr Leben. Und schließlich

3) Ders., Rede auf der Konferenz der Vorsitzenden der Exekutivkomitees der Kreis-, Amtsbezirks- und Dorfsowjets des Moskauer Gouvernements. 15. Oktober 1920, in: Werke, Bd. 31, Berlin 1974, S. 317.

4) Ders., Referat über die Konzessionen, gehalten in der Sitzung der KPR(B)-Fraktion des VIII. Sowjet-Kongresses. 21. Dezember 1920, in: Werke, Bd. 31, Berlin 1974, S. 471.

5) Vgl. Alfred Anderle, Die deutsche Rapallo-Politik. Deutsch-sowjetische Beziehungen 1922–1929, Berlin 1962, S. 170.

6) Zit. nach: Deutsch-sowjetische Beziehungen 1922-1925. Vom Rapallovertrag bis zu den Verträgen vom 12. Oktober 1925. Dokumentensammlung, 1. Halbbd., Berlin 1978, S. 20.

marschierte nicht die Hitlerwehrmacht in Moskau, sondern die Rote Armee in Berlin ein.

Der Antisowjetismus der herrschenden Kreise des deutschen Imperialismus hatte in einem völligen Fiasko geendet. Aber trotz der vom deutschen Faschismus während des Krieges praktizierten Politik des Völkermords blieb die Sowjetunion ihrer prinzipiellen Linie der friedlichen Koexistenz und der Völkerfreundschaft treu: Die Sowjetunion wollte den Hitlerfaschismus vernichten und vernichtete ihn; gegenüber dem deutschen Volk nahm sie jedoch nicht die Mission eines Rächers, sondern eine Befreiungsmission wahr. So war die bedingungslose Kapitulation der Hitlerwehrmacht im Mai 1945 eine Niederlage nur für den deutschen Imperialismus, für das deutsche Volk brachte sie die Befreiung von einem Terrorregime, das unerhörte Großverbrechen begangen und Deutschland mit Schande bedeckt hatte. Die nationale Katastrophe, in die das deutsche Großkapital unser Volk gestürzt hatte, barg die historische Chance eines Neubeginns in sich – die Möglichkeit sowohl einer demokratischen Umgestaltung im Innern als auch einer grundlegenden Umorientierung der auswärtigen Beziehungen in Richtung auf eine Politik des Friedens und der guten Nachbarschaft mit allen Staaten.

Diese Chance wurde jedoch allein dort genutzt, wo nicht mehr das Monopolkapital, sondern das arbeitende Volk bestimmte. Der sozialistische deutsche Staat, die DDR, brach endgültig mit der verhängnisvollen Tradition des Antisowjetismus. Ausgehend von der fundamentalen Gemeinsamkeit der Friedens- und Fortschrittsinteressen der Arbeiterklasse haben sich zwischen der DDR und der UdSSR stabile, klassenmäßig begründete Freundschaftsbeziehungen entwickelt.

Wir werfen der deutschen Bourgeoisie nicht vor, daß ihre Beziehungen zum real existierenden Sozialismus den Stempel ihrer kapitalistischen Klasseninteressen tragen. Die historische Schuld der westdeutschen Großbourgeoisie liegt darin, daß sie Ende der vierziger und in den 50er Jahren gemeinsam mit den USA und den anderen Westmächten die Bundesrepublik zu einem gegen die Sowjetunion gerichteten Stoßkeil machte und daß sie sich der Notwendigkeit der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung verschloß. Sie wollte weder die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges anerkennen noch auf die Fortsetzung ihrer alten antisowjetischen Außen- und Militärpolitik verzichten. In ihrem Einflußbereich wurde – unter Mißachtung elementarer nationaler Interessen des deutschen Volkes – der Antisowjetismus erneut zur obersten Staatsdoktrin gemacht. Das Ergebnis dieser ebenso antinationalen wie friedensfeindlichen Politik war die Spaltung Deutschlands, die Unterordnung der Politik der Bundesrepublik unter die Interessen Washingtons und fast ein Vierteljahrhundert Kalter Krieg.

Wem hat das alles genutzt? Unserem Volk gewiß nicht. Aber auch für die herrschenden Kreise der Bundesrepublik ist die Bilanz von über zwei Jahrzehnten „Politik der Stärke" nicht positiv. Das völlge Scheitern dieser revanchistischen Strategie zwang sie dazu, die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs schließlich doch vertraglich anzuerkennen.

Dreimal hat eine kurzsichtige und verantwortungslose Politik unser Land auf den Kurs des Antisowjetismus geführt. Dreimal hat die deutsche Bourgeoisie damit Schiffbruch erlitten. Das ist der gesetzmäßige Bankrott einer Politik, die sich gegen elementare historische Entwicklungstendenzen zu stellen, offen zutage liegende Lehren der Geschichte zu mißachten versuchte.

2. Ergebnisse der Entspannungspolitik für die Bundesrepublik

Ende der 60er Jahre waren die herrschenden Kreise der Bundesrepublik mit ihrer Politik der Alleinvertretungsanmaßung und der Nichtanerkennung der Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs am Ende ihres Lateins. Ihr außenpolitischer Handlungsspielraum war denkbar gering geworden, eine Tendenz zur internationalen Isolierung war unübersehbar. Die Einschätzung, „daß die Kiesinger-Regierung mit dem alten aggressiven Kurs keine einzige vor der BRD stehende Frage – weder im Westen noch im Osten – lösen konnte"[7]), trifft den Nagel auf den Kopf. Nicht zufällig stellte der spätere Bundesaußenminister Walter Scheel im Frühjahr 1969 fest, daß es der Bundesrepublik gelungen sei, „sich zwischen alle Stühle zu setzen", und daß ihre außenpolitische Lage „schlimmer denn je" sei[8]).

Eine Wende zum Besseren trat erst ein, als sich die Bundesrepublik von den Fesseln der lebensfremden Hallstein-Doktrin zu befreien und die Tätigkeit eines weltpolitischen Störenfrieds zurückzuschrauben begann. Diese Wendung ist untrennbar mit dem Moskauer Vertrag vom August 1970 verbunden. Dieser Vertrag ebnete den Weg für die Normalisierung der bilateralen Beziehungen zwischen unserem Land und der Sowjetunion. Darüber hinaus schuf die darin enthaltene völkerrechtlich verbindliche Anerkennung der europäischen Grenzen durch die Bundesrepublik auch grundlegende Voraussetzungen für die Ingangsetzung des internationalen Entspannungsprozesses überhaupt.

Der Moskauer Vertrag wurde so gewissermaßen zum politischen und völkerrechtlichen Fundament für ein ganzes Geflecht sowohl bilateraler als auch multilateraler Abkommen und Verträge, die in den 70er Jahren in Europa die Wende vom Kalten Krieg zur Entspannung markierten. Seine Grundelemente fanden Eingang in die Verträge mit der DDR, mit der Volksrepublik Polen und der CSSR, in das Vierseitige Westberlin-Abkommen und in die Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit von Helsinki. So trat 1970 unser Land in eine neue Etappe seiner Entwicklung ein, es wurde – um eine weitere Formulierung des FDP-Politikers Scheel zu verwenden – „politisch volljährig"[9]).

Die vertragliche Anerkennung der bestehenden europäischen Grenzen und die Normalisierung der Beziehungen zu den sozialistischen Staaten durch die

7) V.N. Belezki, Die Politik der Sowjetunion in den deutschen Angelegenheiten in der Nachkriegszeit 1945–1976, Berlin 1977, S. 334.
8) Zit. ebd., S. 335.
9) Zit. ebd., S. 341.

damalige SPD/FDP-Regierung hatte seine Hauptursache darin, daß die Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses die Fortsetzung der alten revanchistischen Politik unmöglich gemacht hatte. Und hinter der „neuen Ostpolitik" verbarg sich nicht zuletzt die Konzeption, den realen Sozialismus – da seine gewaltsame Beseitigung offenkundig nicht möglich war – mit Methoden der ideologischen Diversion zu schwächen und auszuhöhlen.

Dennoch: das Abgehen von der Politik der offenen Konfrontation war ein wichtiger Beitrag zur Minderung der Spannungen und der Kriegsgefahr in Europa. Die Sicherheit und das internationale Ansehen der Bundesrepublik verbesserten sich. Darin liegt die positivste Auswirkung der Wende vom Kalten Krieg zur Entspannung. Daraus vor allem ergibt sich die historische Bedeutung des Moskauer Vertrags.

Es ist bemerkenswert, in welchem Maße die Einschätzung dieses Vertrags durch die führenden Repräsentanten beider Staaten übereinstimmt. Helmut Schmidt 1975 in einem „Prawda"-Interview: „Mit dem Vertrag vom 12. August 1970 ist ein solides Fundament für die Entwicklung der Beziehungen zwischen unseren Ländern und für die Entspannung in Europa gelegt worden. Von ihm gingen wesentliche Impulse für die Regelung unserer Beziehungen zu den andern osteuropäischen Ländern und zur DDR aus."[10]) Leonid Breschnew im gleichen Jahr im „Vorwärts": „Die Normalisierung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland gehört zu den wichtigsten Ereignissen in der Nachkriegsgeschichte Europas. Ein entscheidender Schritt in diesem komplizierten Prozeß war ohne Zweifel die Unterzeichnung des Moskauer Vertrags, in dem die prinzipiellen politischen Fragen der Beziehungen zwischen unseren Staaten ihre Regelung gefunden haben."[11])

Der Prozeß der Normalisierung der Beziehungen zur Sowjetunion ist aber keineswegs allein in außenpolitischer Hinsicht bedeutungsvoll. Er hat praktisch alle gesellschaftlichen Bereiche – die Wirtschaft wie die Politik, das geistige Leben wie das gesamte innere „Klima" – positiv beeinflußt und befruchtet. Unser Volk hatte davon einen großen Nutzen:

Zwischen 1968 und 1979 erhöhte sich der Außenhandel der Bundesrepublik mit der Sowjetunion auf mehr als das Sechsfache und erreichte ein Volumen von über 14 Mrd. DM. Im gleichen Zeitraum hat sich der Warenaustausch mit der Gesamtheit der sozialistischen Staaten Europas mehr als vervierfacht. Sein Anteil am gesamten Außenhandel erreichte damit 7,8 %. In absoluten Zahlen gemessen, hat er mit rund 48 Mrd. DM ein höheres Volumen als der Handel mit den USA und Kanada (46,6 Mrd. DM) oder mit den OPEC-Ländern (45,9 Mrd. DM) erreicht[12]).

10) Zit. nach: Zwischenbilanz. Zur Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion, Köln 1978, S. 11.
11) Zit. ebd., S. 17.
12) Vgl. Statistisches Jahrbuch für die BRD 1971, S. 276, 298 f.; „Wirtschaft und Statistik", 2/1980, S. 119ff., Nr. 3/1980, S. 184.

Bereits von seiner Größe her ist dieser „Osthandel" für die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik ein Faktor von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Etwa 2 % des bundesdeutschen Sozialprodukts werden über die Exporte in die sozialistischen Länder Europas realisiert. Bei 25 Millionen Erwerbstätigen bedeutet dies, daß von diesen Exporten etwa eine halbe Million Arbeitsplätze abhängen.

Faktisch sind die „Ostexporte" für eine Reihe von wichtigen Industriezweigen der Bundesrepublik für eine einigermaßen normale Kapazitätsauslastung inzwischen unentbehrlich geworden. 1978 beispielsweise nahmen die europäischen sozialistischen Länder (ohne die DDR und Jugoslawien) bei Eisen und Stahl über 17 %, bei den Erzeugnisgruppen „Arbeitsmaschinen verschiedener Art" und „Metallbearbeitungs-Maschinen" etwa 13 % ab[13]). Die sozialistischen Länder importierten vor allem Produkte der modernsten Technologie, deren Fertigung wesentlich darüber entscheidet, inwieweit ein Industrieland international konkurrenzfähig ist. Ohne den Zugang zum Markt des realen Sozialismus wären die bestehenden Forschungs- und Produktionskapazitäten für diese hochwertigen Erzeugnisse bei uns kaum noch in dem erforderlichen Ausmaß aufrechtzuerhalten.

Schließlich sind die RGW-Staaten inzwischen zu wichtigen Roh- und Brennstofflieferanten unseres Landes geworden. Die bundesdeutschen Importe aus der Sowjetunion bestehen zu über 60 % aus Erdgas, Mineralöl und Nichteisenmetallen. Über 15 % unseres Erdgasverbrauchs beruhen bereits auf sowjetischen Lieferungen. Bei Erdöl erreichten die Einfuhren 1979 eine Menge von etwa 3,5 Mio. Tonnen. Auch bei einer Reihe von Buntmetallen trägt die Sowjetunion wesentlich zur Bedarfsdeckung der Bundesrepublik bei[14]).

Parallel zur Normalisierung der politischen Beziehungen und zum Aufschwung des Warenaustauschs erfuhren auch die kulturellen, sportlichen und touristischen Kontakte eine positive Entwicklung. Gastspielreisen von bekannten Orchestern und Solisten gehören inzwischen ebenso zur Normalität unserer Beziehungen mit der sozialistischen Staatengemeinschaft wie sportliche Wettkämpfe, wie der Austausch von Wissenschaftlern und Studenten sowie – nicht zuletzt – ein umfangreicher privater Reiseverkehr. Diese Beziehungen tragen insgesamt einen ausgesprochenen Massencharakter; in sie sind – sei es als Besucher von Kultur- oder Sportveranstaltungen, sei es als Touristen – heute viele Millionen Menschen einbezogen.

In der Reisesaison 1978/79 unternahmen etwa 3,5 Millionen Bundesbürger Urlaubs- oder Erholungsreisen in ein europäisches sozialistisches Land[15]). Und nicht zuletzt zeigt die Tatsache, daß zwischen 1968 und 1979 die Zahl der Reisenden aus der Bundesrepublik in die DDR von 1,1 auf 3,6 Millionen

13) Vgl. Statistisches Jahrbuch für die BRD 1979, S. 254 f.
14) Vgl. „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 22. 1. 1980 und v. 20. 5. 1980; „Neue Zeit", 25/1980, S. 21 f.
15) Vgl. „Wirtschaft und Statistik", 2/1980, S. 117 f.

und die Zahl der Transitreisenden von und nach Westberlin von 7,3 auf 18,6 Millionen gestiegen ist[16]), wohl mehr als deutlich, wieviele Menschen von den Ergebnissen der Entspannungspolitik sehr direkt profitieren. Das gilt um so mehr, als gerade der Aufschwung dieses Reiseverkehrs viel zur Lösung jener humanitären Probleme beiträgt, die sich aus der Trennung von Familien im Gefolge von Kriegs- und Nachkriegsereignissen ergeben. Wenn allein in den Jahren 1976-78 rund 200 000 Personen aus den sozialistischen Ländern Europas in die Bundesrepublik ausreisen konnten[17]), so beweist das klar, daß gerade auch in diesem Bereich unter den Bedingungen der Entspannung viele Probleme geregelt werden können.

Die in den zehn Jahren seit Abschluß des Moskauer Vertrags erfolgten Wandlungen des Verhältnisses zu den sozialistischen Ländern haben auch im Bewußtsein der Menschen tiefe Spuren hinterlassen. Die Einstellung zu den sozialistischen Ländern, zu ihrer Gesellschaftsordnung und zu ihrer Politik uns gegenüber hat sich zweifellos beträchtlich versachlicht. Das ist – nicht zuletzt auch aus innenpolitischen Gründen – den Herrschenden hierzulande ein besonderer Dorn im Auge und für sie ein zusätzlicher Grund, ständig aufs neue antisozialistische Verleumdungen in die Welt zu setzen. Aber wie tief die Lüge von der „Bedrohung aus dem Osten" auch noch wirken mag – Tatsache ist, daß die Bürger der Bundesrepublik heute auch auf den Höhepunkten antisowjetischer Hetzkampagnen mit großer Mehrheit für die Weiterentwicklung der Beziehungen zur Sowjetunion und für die Fortsetzung der Entspannungspolitik plädieren[18]).

Vor allem auf der Grundlage dieser Massenstimmung konnte 1972 sowie 1976 der CDU/CSU die Rückkehr an die Regierungsmacht verwehrt werden, existieren auch 1980 gute Voraussetzungen dafür, die militantesten Gegner der Entspannungspolitik erneut zurückzudrängen. Die darin zum Ausdruck kommenden positiven Veränderungen des innenpolitischen Klimas der Bundesrepublik sind untrennbar mit dem Zustandekommen des Moskauer Vertrags und mit seinen Ergebnissen verbunden.

3. Perspektiven der Beziehungen zur Sowjetunion

Vom Standpunkt der nationalen Interessen unseres Landes kann es zur Politik friedlicher Beziehungen zur Sowjetunion, wie sie im Moskauer Vertrag von 1970 vereinbart wurde, keine Alternative geben. Und zweifellos will die überwältigende Mehrheit unseres Volkes, daß diese Politik fortgesetzt wird. Absolut eindeutig ist schließlich die Entschlossenheit der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten, an ihrer Generallinie der Politik der Entspannung und der friedlichen Koexistenz festzuhalten.

Im übrigen ist ein normales und gutes Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion für alle Völker und Staaten von Vorteil. Friedliche

16) Angaben der Ständigen Vertretung der DDR in der BRD.
17) Vgl. „Frankfurter Rundschau" v. 15. 12. 1978.
18) Vgl. etwa: „Die Welt" v. 1. 2. 1980; FAZ v. 14. 4. 1980 und 12. 6. 1980.

Beziehungen zwischen unseren Ländern sind gegen niemanden gerichtet. Sie haben auch keine antiamerikanische Stoßrichtung. Sie lassen die Realitäten der Bündnisbeziehungen beider Partner des Moskauer Vertrags von 1970 unberührt.

Die EG, die NATO und generell die „Westintegration" der Bundesrepublik gehören heute ebenso zur europäischen Wirklichkeit wie der RGW, der Warschauer Pakt und die Zugehörigkeit der DDR zum sozialistischen Weltsystem. Die Sowjetunion ist nicht so töricht, von der Bundesrepublik zu verlangen, ihre Allianz mit den USA und den westeuropäischen Ländern zu lockern. Es sind allein die Vereinigten Staaten, die unserem Land eine bestimmte politische Linie aufzwingen wollen.

Im Stil der 50er und 60er Jahre versucht die gegenwärtige US-Regierung mit massivem Druck, unser Land in eine Position der Feindschaft zur Sowjetunion zu bringen. Aber diese von Washington neu aufgelegte Konfrontationspolitik ist nicht nur antisowjetisch, sie ist vom Standpunkt der Bundesrepublik aus gesehen auch antinational und darüber hinaus antieuropäisch. Denn sie ist darauf gerichtet, unser Land faktisch zu einer Geisel der amerikanischen Abenteurerpolitik zu machen und unvermeidlich auch in einen Gegensatz zu den Interessen unserer europäischen Nachbarn – in West wie in Ost – zu bringen.

Und die herrschenden und regierenden Kreise der Bundesrepublik haben auch selbst Schleusen zugunsten der von der Carter-Administration vollzogenen Kursänderung von der Entspannung zur Konfrontation geöffnet. Ja, zumindest was die entscheidende Frage der atomaren Hochrüstung angeht, haben sie sogar eine Pilotfunktion übernommen. Diese gezielt antisowjetische Politik verstößt gegen fundamentale nationale Interessen unseres Landes.

Die wirtschaftlichen Beziehungen der Bundesrepublik zur Sowjetunion haben sich in den 70er Jahren relativ kontinuierlich weiterentwickelt; immer mehr praktische Fragen konnten durch Verträge und Abkommen mit den sozialistischen Ländern geregelt werden. Demgegenüber sind alle Initiativen der Warschauer Vertragsstaaten, die politische Entspannung durch Maßnahmen der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung zu untermauern, bei der NATO auf taube Ohren gestoßen. Und nicht nur das: Der Westen hat eine neue Welle der Hochrüstung in Gang gesetzt, deren Dynamik die ernste Gefahr einer Torpedierung des internationalen Entspannungsprozesses insgesamt beinhaltet. Dem Langzeithochrüstungsprogramm der NATO vom Mai 1978 folgte im Dezember 1979 der NATO-Beschluß zur Produktion und Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen der USA in Westeuropa.

Die treibende Kraft bei diesem abenteuerlichen Versuch, das militärische Kräfteverhältnis in Eruopa zugunsten der NATO zu verändern, ist ohne Zweifel die gegenwärtige US-Regierung. Aber auch in unserem Land sind die gleichen reaktionären Kräfte, die sich in den 50er und 60er Jahren einer Normalisierung der Ost-West-Beziehungen in den Weg stellten, wieder sehr

lebendig geworden – und zwar keineswegs nur innerhalb der CDU/CSU, sondern auch innerhalb von SPD und FDP. Die Regierung der Bundesrepublik hat sowohl durch ihre eigene Hochrüstungspolitik („Tornado", „Leopard" etc.) als auch durch ihrer tatkräftige Mitwirkung beim Zustandekommen der NATO-Beschlüsse wesentlich zum Anheizen des Wettrüstens in Europa beigetragen. Sie hat ihr ganzes Gewicht in die Waagschale geworfen, um diese Hochrüstungsbeschlüsse auch gegen die beträchtlichen Bedenken und Widerstände anderer westeuropäischer Staaten durchzupeitschen.

Die Tatsache, daß sich Helmut Schmidt in aller Öffentlichkeit rühmt, er selbst habe den Anstoß für den Plan einer Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen der USA in der Bundesrepublik gegeben, bedarf wohl kaum noch eines Kommentars. Viel mehr als die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung hätte auch eine CDU/CSU-Regierung in dieser Hinsicht nicht tun können. Auch was den Boykott der Moskauer Olympiade angeht, unterscheiden sich die Positionen der derzeitigen Regierungs- und Oppositionsparteien allenfalls im Ton voneinander – in der Sache selbst sind sie identisch.

Übrigens sollte niemand die psychologischen und politischen Auswirkungen des bundesdeutschen Olympiaboykotts unterschätzen. Diese Brüskierung hat nicht wenig von dem Vertrauen zerstört, das die sowjetische Staatsführung und Bevölkerung seit 1970 in unser Land gesetzt haben. Geradezu verheerende Auswirkungen auf die gegenseitigen Beziehungen aber würde die Realisierung des Brüsseler Raketenbeschlusses haben. Insbesondere nach den Erfahrungen des faschistischen Überfalls von 1941 ist von der UdSSR kaum zu erwarten, daß sie es einfach hinnimmt, wenn sich die Bundesrepublik in eine antisowjetische Raketenrampe verwandelt!

Die Realität sieht – leider – so aus, daß vor allem in der entscheidenden Frage der atomaren Hochrüstung die herrschenden Kreise der Bundesrepublik allesamt einen antisowjetischen Kurs steuern, der im Kern darauf hinausläuft, die nationalen Interessen unseres Landes der aggressiven Globalstrategie des US-Imperialismus unterzuordnen. Und diese Politik ist – darüber sollte sich niemand Illusionen machen – mit den Erfordernissen der Entspannungspolitik, mit Geist und Buchstaben des Moskauer Vertrags unvereinbar.

Wie würde es um den europäischen Frieden bestellt sein, wenn auf dem Territorium der Bundesrepublik Mittelstreckenraketen der USA stünden, deren Flugzeit in die Sowjetunion nur wenige Minuten beträgt? Was würde geschehen, wenn dann Computer des amerikanischen Frühwarnsystems – wie dies bereits mehrfach geschehen ist – fälschlich einen sowjetischen Raketenangriff signalisieren? Noch so gute Verträge, noch so umfangreiche Handelsgeschäfte mit der Sowjetunion könnten kaum etwas daran ändern, daß dann die Gefahr eines Krieges und damit der atomaren Vernichtung unseres Landes vermutlich größer sein würde als jemals seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Und es ist fraglich, ob unter derartigen Bedingungen

eine normale Weiterentwicklung der Ost-West-Beziehungen überhaupt möglich ist.

Dabei sind gerade auch die Möglichkeiten des Handels mit den sozialistischen Staaten bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Gemessen am Wirtschaftspotential beider Seiten existieren hier – sowohl bei den Exporten als auch bei den Importen – zweifellos beträchtliche Reserven. Und eine Reihe lukrativer Angebote liegt auf dem Tisch. Etwa das Angebot der Sowjetunion, die Erdgaslieferungen beträchtlich zu erhöhen und auch elektrischen Strom über ein gesamt-europäisches Verbundnetz zu liefern. Diese Angebote sind um so vorteilhafter, als sie nicht nur die Energieversorgung unseres Landes sicherer machen, sondern auch entsprechende Aufträge für die bundesdeutsche Industrie – und damit mehr Arbeitsplatzsicherheit – zur Folge haben würden. Und in Gestalt des im Mai 1978 für 25 Jahre abgeschlossenen „Abkommens über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit der UdSSR und der BRD auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie" existiert hierfür ein vertraglicher Rahmen bis ins kommende Jahrtausend hinein. Es wäre eine große Torheit, derart perspektivreiche Wirtschaftsbeziehungen aufs Spiel zu setzen.

Aber man gebe sich keinen Illusionen hin: Eine günstige Perspektive haben die Entspannung und die Beziehungen zur Sowjetunion nur unter der Voraussetzung, daß von der Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen auf dem Territorium unseres Landes Abstand genommen wird. Es sei nicht bestritten, daß innerhalb der SPD-Führung Elemente eines realistischen und vernünftigen Herangehens an die Frage Krieg oder Frieden stärker ausgeprägt sind als bei der FDP oder gar bei der CDU/CSU. Aber es ist ganz offensichtlich, daß die Spitzen aller derzeitigen Bundestagsparteien aufgrund ihrer antisowjetischen Grundeinstellung und ihrer engen Bindung an den US-Imperialismus immer wieder dazu neigen, zu den militaristischen Doktrinen und Praktiken der „Politik der Stärke" zurückzukehren. So zeigen gerade die Erfahrungen der jüngsten Zeit: Die Sache der Entspannung bedarf des aktiven außerparlamentarischen Engagements der Friedenskräfte, der eindeutigen Bekundung des Friedenswillens der arbeitenden Menschen.

Es sei in diesem Zusammenhang an die Erfahrungen des Kampfes um die Wende vom Kalten Krieg zur Entspannung erinnert, nicht zuletzt auch an die Erfahrungen des Kampfes um die Ratifizierung des Moskauer Vertrags . Die Entscheidungen darüber sind nicht nur in den Amtszimmern der Ministerien, in den Plenarsälen von Bundestag und Bundesrat gefallen. Ohne den Druck „der Straße", ohne die engagierten Willensbekundungen breiter Kreise des werktätigen Volkes der Bundesrepublik wäre der Moskauer Vertrag weder 1970 unterzeichnet noch 1972 ratifiziert worden. Und allein Druck „von unten" kann jetzt die Gefahr abwenden, daß unser Volk erneut in die Schützengräben des Kalten Krieges zurückgetrieben oder gar in „heiße" amerikanische Kriegsabenteuer hineingezogen wird.

Bei der Verteidigung der Entspannungspolitik und ihrer Ergebnisse geht es um Sein oder Nichtsein der Bundesrepublik. Es steht aber auch die Frage „Kanonen oder Butter" – also die Frage, ob die arbeitenden Menschen sich damit abfinden können, daß ihnen immer neue und schwerere Lasten für die Hochrüstung und die Unterstützung reaktionärer amerikanischer Marionettenregime aufgebürdet werden. Die Lebensinteressen unseres Volkes verlangen gebieterisch, daß der Weg, der mit dem Moskauer Vertrag beschritten wurde, nicht verlassen, sondern konsequent weitergegangen wird. Sie erfordern tätiges Engagement: „Außenpolitik betrifft alle und geht alle an. Frieden und Sicherheit sind erreichbar, wenn alle fortschrittlichen Kräfte dafür einstehen und den Friedensinteressen unseres Volkes Nachdruck verleihen."[19]) Man muß nicht Kommunist sein, um zu dieser Feststellung des Programms der Deutschen Kommunistischen Partei Ja zu sagen.

Ja sagen kann jeder vernünftige Mensch auch zu dem, was Leonid Iljitsch Breschnew im Frühjahr 1980 in dem Geleitwort zu seinem in der Bundesrepublik veröffentlichten Buch „Für Frieden, Entspannung, Abrüstung" schreibt: „Eine bessere Zukunft, frei von der Gefahr einer militärischen Katastrophe, kommt nicht von selbst. Aber im vereinten Bemühen, wenn die Völker zielstrebig und beharrlich handeln, können die Kräfte des Krieges und des Hasses überwunden werden, kann sich ein dauerhafter Frieden auf unserem Planeten durchsetzen."[20])

19) Programm der Deutschen Kommunistischen Partei. Beschlossen vom Mannheimer Parteitag der DKP, 20.–22. Oktober 1978, S. 57.
20) L.I. Breschnew, Für Frieden, Entspannung, Abrüstung. Aus Reden und Interviews 1971 – Februar 1980, Frankfurt/M. 1980, S. 12.

Die Entspannungspolitik fortsetzen

Von Jürgen Möllemann*)

Nach den unseligen Jahren des Kalten Krieges hat der Moskauer Vertrag eine neue Epoche im Verhältnis zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland eingeleitet. Doch mehr noch: Er war eines der wichtigsten Signale zum Abbau der Konfrontation in Europa und hat zu einer Festigung des Friedens auf unserem Kontinent beigetragen. Der Moskauer Vertrag von 1970 hat die militärische Sicherheit, die uns das NATO-Bündnis und die Partnerschaft mit den USA gibt, durch eine realistische Politik der Entspannung ergänzt. Mit Unterzeichnung des Vertrages war die Bundesrepublik Deutschland 21 Jahre nach ihrer Gründung endgültig politisch mün-

*) Bundestagsabgeordneter der Freien Demokratischen Partei (FDP).

dig geworden. Dadurch, daß die tatsächliche Lage Europas zum Ausgangspunkt aller außenpolitischen Überlegungen gemacht worden war, konnte eine bedrohliche Isolierung unseres Landes noch rechtzeitig verhindert werden. Der Weg wurde frei für grundlegende Fortschritte bei der Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und ihren Nachbarn in Osteuropa. Das Abkommen bildet die Basis, auf der es möglich wurde, über die Gräben der deutschen Teilung hinweg neue Brücken zu bauen und mit dem Viermächteabkommen über Berlin die Lage der Stadt zu stabilisieren und dem freien Teil Berlins wieder eine Zukunftschance zu geben. Mit dem Moskauer Vertrag ist viel gewonnen worden, ohne daß etwas gegeben wurde, was nicht ohnehin durch den Krieg verloren gewesen wäre. Die Bundesrepublik ist durch ihren Beitrag zur Entspannungspolitik, die für uns mit dem Moskauer Vertrag ihren Anfang nahm, zu einem aktiven Partner in der internationalen Politik geworden, der in der Welt geachtet wird.

Zu den Befürwortern und Motoren einer breit angelegten Politik der Verständigung auch gegenüber den Staaten des Warschauer Pakts gehörten seit eh und je die Liberalen. Die Freien Demokraten haben die Entspannungspolitik der Bundesregierung, die 1969 eingeleitet wurde, bereits in den zwei Jahrzehnten zuvor geistig und praktisch politisch vorbereitet. Die Freien Demokraten waren stets bemüht, einen Ausweg aus jener Sachgasse zu finden, in die Deutschland und Europa durch den Zweiten Weltkrieg geraten waren. Doch die Politik der Verständigung und des Ausgleichs mit den osteuropäischen Staaten wurde erst durch den Eintritt der FDP in die Regierung 1969 möglich. Als einzige Partei haben die Freien Demokraten damit die beiden für die Sicherheit unseres Landes bedeutsamsten Entscheidungen initiiert und mitgetragen: Die Integration der Bundesrepublik Deutschland in die Familie der westlichen Demokratien und die Vertragspolitik mit den Ländern Osteuropas. Für die Liberalen bestand von Anfang an kein Zweifel daran, daß eine realistische Entspannungspolitik allein auf der Basis der Partnerschaft im westlichen Bündnis möglich ist. Für die FDP war und ist die Entspannungspolitik ein Bein, auf dem die Sicherheit unseres Landes steht, das andere ist die Verteidigungsfähigkeit. Deshalb auch hat der Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan die Liberalen nicht wie andere, für die Entspannung auch mit Illusionen verbunden war oder ist, zu einer Kurskorrektur ihrer Außenpolitik veranlassen müssen. Die sowjetische Invasion war ein Schlag gegen den Geist der Entspannung, sie hat dem Ost-West-Verhältnis schweren Schaden zugefügt. Ebenso wie 103 andere Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen halten wir unverändert an der Forderung nach einem Rückzug aller sowjetischen Truppen aus Afghanistan fest. Wenn der Frieden weltweit erhalten bleiben soll, darf der Geist der Entspannung nicht nur auf Europa beschränkt bleiben.

Besorgt macht auch das Ausmaß in der sowjetischen Rüstung. Bei allem Verständnis für das sowjetische Sicherheitsbedürfnis: Der Frieden läßt sich auf Dauer nur auf der Basis des militärischen Gleichgewichts bewahren. Wir wünschen dieses Gleichgewicht auf einem möglichst niedrigen Niveau der

Rüstung. Deshalb hat die NATO am 12. Dezember 1979 durch ihren Beschluß deutlich gemacht, daß sie zu Verhandlungen über eine Begrenzung im Bereich der Mittelstreckenwaffen bereit ist. Sollte sich die Herstellung des militärischen Gleichgewichts auf dem Verhandlungswege jedoch als nicht möglich erweisen, wird die NATO ihrerseits eine Stationierung entsprechender Waffensysteme nicht umgehen können. Dabei ist nicht zu übersehen, daß diese Verhandlungen durch jede neue von der Sowjetunion stationierte Mittelstreckenrakete erschwert werden.

Wir nehmen die Vorschläge der Sowjetunion zu Fragen der Rüstungsbegrenzung sehr ernst und werden sie gewissenhaft prüfen. Worauf es jetzt entscheidend ankommt, ist, einen Stillstand der Verhandlungsbemühungen zu verhindern. Die Vorschläge der Volksrepublik Polen und Frankreichs für eine europäische Abrüstungskonferenz sind eine mögliche Grundlage für weitere Fortschritte. Ebenso erhoffen wir von der KSZE-Folgekonferenz in Madrid wichtige Impulse für einen weiteren Ausbau des Systems vertrauensbildender Maßnahmen.

Auch wenn das Verhältnis zur Sowjetunion nach Unterzeichnung des Moskauer Vertrages nicht ohne Störungen geblieben ist, hat sich das Abkommen bewährt. Die Freien Demokraten haben ohnehin mit dem Abschluß des Vertrages niemals die Illusion völlig störungsfreier Beziehungen verbunden. Aber vieles hat sich seither verbessert, sowohl im Bereich der politischen als auch der wirtschaftlichen, technologischen und kulturellen Zusammenarbeit. Es bleibt noch viel zu tun, damit sich die Menschen beider Völker besser verstehen lernen. Es wird deshalb unser aller Aufgabe bleiben, den Moskauer Vertrag und jene Verträge, die ihm inzwischen gefolgt sind, mit Leben zu erfüllen. Wenn beide Länder ihr Verhalten am Geiste dieses Vertrages orientieren, ist das ein wichtiger Beitrag zum Frieden in Europa und der Welt.

Zuversicht und Hoffnung nach zehn Jahren Moskauer Vertrag

Von Martin Niemöller*)

Vor zehn Jahren – am 12. August 1970 – setzten Brandt und Scheel für die Bundesrepublik Deutschland, Kossygin und Gromyko für die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ihre Unterschriften unter den „Moskauer Vertrag".

Für unser deutsches Volk hatte es seit mehr als 25 Jahren keinerlei Beteiligung an kriegerischen Vorgängen mehr gegeben. Der unleugbare Gegensatz innerhalb der Gruppe der Siegermächte hatte jeden Gedanken an eine

*) Präses der Evangelischen Kirche von Hessen-Nassau a. D.

doch noch mögliche Wiedervereinigung der beiden Staatsbevölkerungen (Bundesrepublik Deutschland und Deutsche Demokratische Republik) zur puren Illusion werden lassen. Seit der Schaffung von zwei „deutschen" Armeen (Bundeswehr und Nationale Volksarmee) und ihrer wesensmäßigen Zugehörigkeit zum Nordatlantikpakt bzw. Warschauer Pakt ist es klar und niemals angezweifelt worden, daß die beiden „souveränen" Staatsgebilde mit deutscher Bevölkerung in ihren außenpolitischen Beziehungen (Bezogenheiten, Relationen) eben nicht „souverän", nicht unabhängig von anderen Staaten und ihrem Wollen sind, nicht frei zu eigenen Entscheidungen und selbständigem Handeln. – Die beiden heutigen deutschen Staaten sind zwar keine Kolonien der Besatzungsmächte, aber doch so etwas wie Vasallen der USA bzw. der UdSSR geworden, stützende Pfeiler der NATO wie auch des Warschauer Pakts. Im übrigen hat sich das Bild der Welt im letzten Jahrzehnt radikal und rasant gewandelt: es gibt bis auf weiteres nur zwei Supermächte auf der nördlichen Halbkugel, die – theoretisch wenigstens – ihr Ringen um die Vorherrschaft durch Anwendung kriegerischer Gewalt zu entscheiden versucht sein könnten. Theoretisch! Denn im Ernst will keine der Supermächte das Risiko auf sich nehmen, weil seit den 50er Jahren beide die Wasserstoff-Bombe haben, also das Mittel, den Gegner restlos zu vernichten, doch mit dem Risiko, dabei ebenso restlos von ihm vernichtet zu werden. So bleibt für den Supermacht-Politiker, wenn er sich seine „Politik der Stärke" nicht anders als in Gestalt militärischer Überlegenheit vorstellen kann, keine Alternative: Ein – aber ein vernichtender Präventivschlag, und der Krieg ist aus. Was dann freilich nach einem solchen „Erfolg" übrigbleibt und ob es dann überhaupt noch die Möglichkeit geben wird, „ein neues Kapitel aufzuschlagen", das läßt sich nicht im voraus experimentell feststellen; schon der Versuch könnte tödlich sein. Hoffen wir also, daß auch bei den Politikern dem Machtrausch ein ernüchtertes Erwachen folgt, und das, ehe es – vielleicht ein für allemal – zu spät ist.

Der Moskauer Vertrag von 1970 vermeidet es denn auch sorgfältig und ausdrücklich, als ein Vertrag des westdeutschen Teilstaates mit der östlichen Supermacht, bei den Staaten des NATO-Bündnisses und vor allem bei der westlichen Supermacht Mißtrauen oder gar den Verdacht aufkommen zu lassen, die Bundesrepublik Deutschland beabsichtige, ihre Bündnisverpflichtungen mit den westlichen Staaten loszuwerden. Dieser Verdacht ist denn auch in der Bundesrepublik selber – wohl im Blick auf die bevorstehenden Bundestagswahlen – verbreitet worden; es darf und muß aber mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß in Artikel 4 die Vertragschließenden beiderseits und gemeinsam, und damit vertraglich bindend, festgestellt haben: „Dieser Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken berührt nicht die von ihnen früher abgeschlossenen zweiseitigen und mehrseitigen Verträge und Vereinbarungen."

Wir werden rückblickend sagen müssen, daß unser Staat in seinem Verhalten an dieser Feststellung niemals einen Zweifel aufkommen ließ. Wohl aber

hat er im Rahmen des ihm verbliebenen Handlungsfreiraums zwei, uns als seine Staatsbürger bedrängende und bislang noch nicht eindeutig beantwortete besorgte Fragen der Lösung einen guten Schritt näher gebracht – wenn nicht alles täuscht. Nach der Kapitulation von 1945 war für uns deutsche Menschen der Hitlerkrieg, vor allem aber die Nazityrannei zu Ende – trotz der vielen Millionen Blutopfer, trotz der vieler hundert Stadt- und Dorfruinen, trotz des Flüchtlingselends von zigtausend Vertriebenen, die unterwegs vor Hunger und Erschöpfung liegenblieben und umkamen, weil niemand mehr die Kraft hatte, ihnen zu helfen. Trotz alledem: es hatte noch Schlimmeres, noch Furchtbareres gegeben. Das Nazisystem hatte bereits vor Hitlers „Machtergreifung" erkannt und war zutiefst davon durchdrungen, daß die Erzeugung und – wo nötig – ständig erneuerte Erzeugung von Angst bei dem wirklichen oder potentiellen Gegner das vielleicht wirksamste Machtmittel ist und bleibt; in der Hitlerära hat man es derart perfektioniert, daß jeder vor jedem Angst hatte und sich auch dann als Nationalsozialist ausgab, wenn er alles ihm noch Mögliche zum Sturz Hitlers beizutragen suchte. Vertrauen zu haben, konnte, bis in die eigene Familie hinein, zum lebensgefährlichen Wagnis werden, Mißtrauen wurde zur „normalen" Grundhaltung, und zwölf Jahre in einer von Mißtrauen verpesteten Atmosphäre existieren müssen, das ist ein unmenschliches Dasein, in der Tat noch schlimmer, noch quälender als alles körperliche Entbehren und Leiden. – So haben denn viele denkende und nachdenkende Menschen erleichtert aufgeatmet, als mit Hitler auch sein „tausendjähriges Reich" von unserem Erdboden verschwunden war; wir hatten freilich aus den Augen verloren, daß Angst als Machtmittel schon seit vielen Jahrtausenden zum politischen Handwerkszeug feiger Tyrannei gehört, wie es der altrömische Cäsarenspruch unumwunden zum Ausdruck bringt: „Man mag mich gerne hassen, wenn man bloß die Angst vor mir behält!"

Nach 1945 löste sich das Anti-Hitler-Bündnis der Siegermächte naturgemäß schnell auf, und das 1918/20 offen ausgebrochene Ringen zwischen den beiden aus dem 19. Jahrhundert überkommenen Entwicklungsströmungen mußte seinen Fortgang nehmen, weil der Stau die Dämme brach. Und wir können wohl gar nicht ahnen, daß sie in vielleicht wenigen Jahrzehnten – möglicherweise noch vor Beginn des neuen Jahrhunderts – dem rückschauenden Betrachter dieses ganze unruhige 20. Jahrhundert nur noch als Intermezzo, als eine kleine gischtsprühende Stromschnelle (mit der Klippe „Einstein") in der Erinnerung haften wird. Wir Menschen von heute stecken allerdings noch mitten drin in dem wieder losgebrochenen Wirbelstrom, und nun machen wir uns selber Angst – und haben auch alle Ursache dazu, vor dem, was kommen könnte, Angst zu haben; jedenfalls sehr ernsthaft zu suchen, ob wir nicht doch einen Ausweg entdecken. Denn eins ist gewiß: kommt es in näherer Zukunft zu einem kriegerischen Zusammenstoß zwischen der kapitalistischen und der sozialistischen Welt, zwischen Ost und West, dann ist Mitteleuropa und damit Deutschland der programmierte Kriegsschauplatz, dann gibt es, wie Nehru bereits 1962 zu mir sagte, „nach 24 Stunden kein Deutschland und auch keine deutschen Menschen mehr".

Wir Deutschen können und dürfen keinen Krieg mehr wollen; wir müssen, ob wir wollen oder nicht, Pazifisten, Friedensmacher sein – oder wir hätten unseren Beruf verfehlt! Die östliche Supermacht will auch keinen Krieg mehr, sie hat ihn im eigenen Lande fünf Jahre lang ertragen und erdulden müssen, wie schon des öfteren in den letzten 200 Jahren. Die Supermacht im Westen hat uns schon seit 1945 immer aufs neue Angst vor dem kommunistischen Weltgeltungstrieb und sowjetischen, nach Westeuropa zielenden Eroberungsabsichten zu machen versucht. Diese Angst, die weithin innerhalb der Bundesrepublik bestand und keineswegs überwunden ist, wird durch Artikel 2 des Moskauer Vertrags als gegenstandslos abgetan, indem hier die beiden vertragschließenden Parteien sich verpflichten, „ihre Streitfragen ausschließlich mit friedlichen Mitteln (zu) lösen" und sich „in ihren gegenseitigen Beziehungen gemäß Artikel 2 der Charta der Vereinten Nationen der Drohung mit Gewalt oder der Anwendung von Gewalt zu enthalten".

Hier darf und muß darauf hingewiesen werden, daß die UdSSR niemals einen von ihr unterschriebenen Vertrag (ohne die vereinbarte Aufhebungsfrist usw. zu erfüllen) „gebrochen" hat. Und sie hat auch in den zehn Jahren dieses Vertrags mit der Bundesrepublik Deutschland nirgendwo eine Anzweiflung ihrer Vertragstreue und der Ehrlichkeit des Vertragstextes aufkommen lassen. Trotzdem hat dieser Vertrag natürlich auch bittere Kritik gefunden, die sich verständlicherweise gegen Artikel 3 richtet, der mit dem für 1970 unanfechtbaren Satz beginnt, „daß der Friede in Europa nur erhalten werden kann, wenn niemand die gegenwärtigen Grenzen antastet". Auf Grund dieser gemeinsamen Erkenntnis verpflichten sich also die beiden Vertragspartner zur uneingeschränkten Achtung aller Staaten Europas „in ihren heutigen (1970) Grenzen". Darauf folgt die Erklärung, daß beide Staaten keine Gebietsansprüche „gegen irgend jemand haben und solche auch in Zukunft nicht erheben werden". Das ist natürlich ein Stein des Anstoßes für die Heimatvertriebenen, der bei der Teilung Deutschlands nicht allein von der Bundesrepublik und der Sowjetunion vom Fleck bewegt werden kann. Im Schlußabsatz dieses Artikels 3 steht nämlich die Verpflichtung der beiden Vertragschließenden, daß sie „heute und künftig" die Grenzen aller Staaten in Europa „als unverletzlich betrachten", „einschließlich der Oder-Neiße-Linie" als „Westgrenze der Volksrepublik Polen" und „der Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik".

Alles in allem: Der Moskauer Vertrag nimmt die Reste einer Angst von uns, die man uns mit der „großen Lüge" eingepflanzt hatte und die uns – höchst einfah – zu grundsätzlichen Antikommunisten umgestalten sollte. Die Sowjetunion ist kein Paradies, was sie ja auch nicht zu sein beansprucht, aber sie ist auch keine vorprogrammierte Hölle. Sie ist jedenfalls die staatliche Repräsentanz eines großen Teils unserer heutigen Menschheit, der das Leben auf unserem Planeten noch ernst nimmt und sich seiner Verantwortung nicht entzieht. Das ist in jedem Fall Anlaß zu Freude und Hoffnung.

Das Beispiel Hamburg–Leningrad

Von Gerhard Weber*)

Wenn in diesem Jahr die Auswirkungen des Moskauer Vertrags auf die Beziehungen zwischen der BRD und der Sowjetunion gewürdigt werden, dann darf hierbei nicht der hamburgische Aspekt fehlen. Nicht weil die Hamburger etwas Besonderes sind, sondern weil gerade von Hamburg aus schon lange vor Abschluß des Moskauer Vertrags Kontakte auch in Richtung Sowjetunion geknüpft wurden. Hamburg war schon immer bekannt für seine Weltoffenheit. Hanseatischer Kaufmannsgeist, gepaart mit dem Willen zu realistischer, nüchterner Politik, ließ sich auch zu Zeiten des Kalten Krieges seine Wirtschaftspartner von niemanden vorschreiben. Der Hamburger Hafen, stolz „Tor zur Welt" genannt, war schon immer auch für die Flaggen aus Osteuropa offen. Heute legen jährlich fast 1000 sowjetische Schiffe im Hamburger Hafen an.

Von daher ist es nicht verwunderlich, daß schon lange vor dem Moskauer Vertrag politische, wirtschaftliche und kulturelle Kontakte zwischen Hamburg und der Sowjetunion, besonders zur Hafenstadt Leningrad, geknüpft wurden. Neben dem Hamburger Senat und dem Hafen waren es gerade die Jugendverbände der Hansestadt, die schon 1959 die Verbindung zur Jugend Leningrads aufnahmen und eine sowjetische Delegation an der Elbe empfingen. Daß es sich hierbei nicht um eine „Eintagsfliege" handelte, zeigte der Hamburger Gegenbesuch ein Jahr später an der Newa. Vertreter des Hamburger Jugendrings nahmen in Leningrad offizielle Beziehungen zur Jugend der Stadt auf und schlossen ein Abkommen über regelmäßigen Jugendaustausch zwischen beiden Städten. Allen Skeptikern zum Trotz hat diese Vereinbarung dazu beigetragen, daß unabhängig von der politischen Großwetterlage jährlich eine Hamburger Jugenddelegation Leningrad besucht, und die Leningrader haben diese Besuche regelmäßig erwidert.

Ein solcher Austausch, trotz Kalten Krieges und über ideologische Gräben hinweg, fand nicht überall nur Zustimmung. Springer-Zeitungen, vereint mit dem „Rheinischen Merkur", sahen den Jugendring „von Moskau geködert", da wurde sogar die „rote HJ" aus Leningrad an der Elbe gesichtet. Die Katholische Jugend zog daraus die Konsequenzen und stieg aus dem Jugendring aus. Schon ein Jahr später, 1961, nahm der Hamburger CVJM direkten Kontakt zur sowjetischen Jugend auf, der bis heute fortgesetzt wurde. Gerade in diesen Tagen wurde im Hamburger CVJM-Haus der 2500. Gast aus der Sowjetunion begrüßt.

Der Jugendaustausch, der zu Zeiten des Kalten Krieges klein anfing, hat sich später auf der Basis des Moskauer Vertrags ausgeweitet und dazu geführt, daß seit Jahren Hamburger Jugendgruppen und Schulklassen regelmäßig

*) Vorsitzender der Gesellschaft zur Förderung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion, Regionalverband Hamburg.

die Partnerstadt Leningrad besuchen, und junge Leningrader, aber auch Sowjetbürger aus anderen Teilen des Landes zu Gast in Hamburg sind. Dieser eigene Beitrag der Jugendverbände zur Verbesserung der Beziehungen zwischen den Menschen beider Länder ist in seiner Breite und Intensität einmalig in der BRD. Er hat zweifellos zu einem vorurteilsfreieren Umgang junger Menschen aus beiden Staaten geführt.

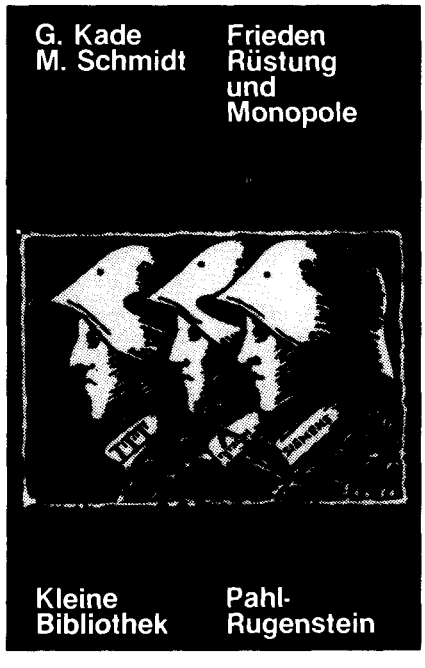
Die Kontakte des Senats waren demgegenüber nicht so spektakulär, trotzdem können sie sich sehen lassen. Der Austausch von Hafen-, Bau- und Verkehrsfachleuten, von offiziellen politischen Delegationen soll hier erwähnt werden. Zu den Besonderheiten gehört auch das Generalkonsulat der BRD in Leningrad und das sowjetische in Hamburg. Die Hamburger Universität war die erste Universität der Bundesrepublik, die einen offiziellen Vertrag über Zusammenarbeit mit einer sowjetischen Universität schloß. Leningrader Dozenten und Studenten kommen für einige Zeit zu Studienaufträgen zu uns und Hamburger nach Leningrad. In diesem Zusammenhang muß man unbedingt auch die kulturellen Kontakte erwähnen. Schon zweimal gastierte das Leningrader Maxim-Gorki-Theater mit großem Erfolg in Hamburg. Sein Regisseur und Intendant Georg Tostonobow führte außerdem am „Thalia"-Theater Regie. Das „Thalia"-Theater war zum Gegenbesuch in Leningrad und in der Sowjetunion.

Höhepunkt der Beziehungen zwischen beiden Städten waren zweifellos die Leningrader Tage im November vergangenen Jahres in Hamburg. Über 250 Leningrader Bürger, Politiker, Künstler, Sportler und Wissenschaftler waren acht Tage lang zu Gast in Hamburg und haben eine ausgezeichnete Visitenkarte ihrer Heimatstadt abgegeben. Im Jahr 1981 sollen die Hamburger Tage in Leningrad folgen. Dieser Hamburger Aspekt des Moskauer Vertrags zeigt, daß die Beziehungen zwischen beiden Staaten nicht nur auf politischer Ebene oder allein auf wirtschaftlichem Gebiet zum normalen Alltag gehören. Gerade die menschlichen Begegnungen haben erheblich dazu beigetragen, daß alte Klischeevorstellungen langsam abgebaut wurden.

Auf dem Hintergrund der schrecklichen Erfahrungen Leningrads im Zweiten Weltkrieg – immerhin war die Stadt 900 Tage lang von deutschen Truppen belagert und hat aus dieser Zeit über 600 000 Tote zu beklagen – sind solche engen Beziehungen auch heute keine Selbstverständlichkeit. Auf der anderen Seite kann man erfreulicherweise feststellen, daß sich das verzerrte, antikommunistische Russenbild der Deutschen – geprägt durch Hitler und Adenauer, durch die Ideologie des Nationalsozialismus und die Kalte Kriegsperiode der 50er und 60er Jahre – langsam verändert hat. Während jahrzehntelang mit dem Ruf „die Russen kommen" bei uns Ängste ausgelöst wurden, hat sich in den letzten zehn Jahren im Zuge der Entspannungspolitik die Situation verändert. Daran vermögen glücklicherweise auch die Ereignisse in Afghanistan nichts zu ändern, wenn sie auch von der Opposition dazu benutzt werden, die Russenangst erneut zu schüren.

Auf der anderen Seite haben in den letzten Jahren – auch ein Ergebnis des Moskauer Vertrags – Tausende von Bürgern der BRD die Gelegenheit gehabt, die Sowjetunion kennenzulernen, mit den Menschen zu sprechen, ihre Meinungen zu erfahren. Diese persönlichen Begegnungen mit dem anderen Land, mit den Menschen dort haben erheblich dazu beigetragen, die Angst vor den Russen abzubauen, und haben gleichzeitig auch persönliche Freundschaften über Grenzen hinweg ermöglicht.

Die Erfahrungen nicht nur der Beziehungen zwischen Hamburg und Leningrad zeigen, daß Deutschenhaß, Kriegstheorien oder Eroberungsideen im Leben der Sowjetbürger keinen Platz haben. Die russischen Menschen lieben den Frieden über alles. Sie haben so wenig Interesse am Krieg wie die Bürger unseres Landes. Wenn die menschlichen Begegnungen dazu beigetragen haben, daß diese Erkenntnisse bei den Menschen in beiden Ländern zur eigenen Erfahrung gehören, dann brauchen wir auch für die nächsten zehn Jahre im Blick auf die Fortsetzung der normalen Beziehungen zwischen unseren Völkern keine Befürchtung zu haben.



Gerhard Kade / Max Schmidt

Frieden, Rüstung und Monopole

Konzerne und internationale Sicherheit
Kleine Bibliothek Band 188
276 Seiten, DM 14,80

An der Schwelle der 80er Jahre ist die Auseinandersetzung über die Fragen von Krieg und Frieden härter geworden. Die Gewährleistung dauerhafter Sicherheit ist eine Schlüsselfrage internationaler Politik für das kommende Jahrzehnt. In dieser Auseinandersetzung gewinnen Untersuchungen über die Akteure im System der internationalen Beziehungen an Bedeutung. Zu ihnen gehören zweifellos die internationalen Monopole, die in ihren heutigen Dimensionen materiell und politisch direkt in das internationale Geschehen eingreifen. 46 Wissenschaftler aus 18 Ländern haben den Einfluß der Multis auf die internationale Politik und Wirtschaft untersucht. Die Ergebnisse werden in dieser Schrift vorgelegt.

Kleine Chronik der Fallengelassenen

Von Helmut Wolfgang Kahn

In einer Aesopschen Fabel antwortet der Fuchs dem in der Höhle krank liegenden Löwen auf die Frage, warum er nicht nähertrete: „weil ich die Spuren vieler Hineingehender, aber weniger Hinausgehender sehe", und Horaz ließ den Fuchs das geflügelte Wort prägen: „Die Spuren schrecken." Da der Fuchs als schlau und vorsichtig gilt, besagt die Fabel ferner, daß Vertrauensseligkeit tödlich sein kann.

In letzter Zeit wetteiferten westdeutsche Politiker im Bekennen einer nibelungenhaften Bündnissolidarität – auch die Nibelungen waren am Ende alle tot – mit dem kranken Löwen USA. Da dieser angesichts seines Machtverfalls auch ein „Angstbeißer" ist, wie ein schon früherer deutscher Verbündeter, das moribunde Österreich-Ungarn, im Juli 1914 einer war, hat der Bundeskanzler mit gutem Grund 1980 zu 1914 in Parallele gesetzt. Aber noch wichtiger ist, die zahlreichen, bis in die jüngste Zeit reichenden Spuren jener klar zu sehen, die von den USA und früheren „Leittieren" der westlichen Löwengesellschaft verraten, geopfert und fallengelassen wurden. Wer das tut, wird heute gegenüber den USA eine gesunde Distanz wahren und die oft beschworenen „gemeinsamen Werte" nicht überschätzen. („Blätter"-Freunde haben diesen Rat sicher nicht nötig; sie können ihn aber, anhand der folgenden Chronik, denen vermitteln, die sich noch in Illusionen wiegen.)

Lange vor 1917: Aggressionen gegen Rußland

Da westlicher Antisowjetismus von einer fast rassistisch zu nennenden Russenfeindlichkeit durchsetzt ist (siehe z. B. die Hicks-Karikaturen in der „Welt"), muß man die Zeit vor 1917 in die Chronik einbeziehen. Ein hier nur gedrängt möglicher Abriß zeigt, daß der Westen „gemeinsame Werte" schon mit früher Tücke gegen Rußland verriet – und bald auch seine „Vorkämpfer", wenn russische Gegenschläge diese ereilten; er lehrt aber auch, daß gut fuhr, wer sich dem Westen nicht zur Verfügung, sondern „auf die eigene Seite" und mit Rußland gut stellte.

Der „gemeinsame Wert" des Christentums hinderte schon im 13. Jahrhundert das „christliche Abendland" nicht daran, den von den Mongolen (Tataren) überrannten und versklavten ostchristlichen Russen Dolche in den Rücken zu stoßen: Im ersten kriegerischen Konflikt zwischen Deutschen und Russen konnten die Nowgoroder Russen unter Alexander Newski allerdings die römisch-christlichen Deutschritter auf dem Eis des Peipussees 1242 vernichtend schlagen, nachdem sie zwei Jahre zuvor schon einen schwedischen Angriff an der Newa abgewehrt hatten. Wie der deutsche Historiker Günter Stökl schrieb, erschienen die beiden Angriffe den Russen „als Teile eines großangelegten päpstlichen Operationsplanes, der sich gegen die kirchliche

und politische Unabhängigkeit der Russen richtete und die Katastrophe der russischen Christenheit im Mongolensturm gewissenlos ausnützte"[1]). Die Russen sind seither mit Grund mißtrauisch gegenüber dem Westen (besonders einem, der mit asiatischen „Karten" spielt).

In den folgenden Jahrhunderten war besonders das katholische Polen der großen Magnaten ein „Vorkämpfer" Europas. Im Zusammenspiel mit den Tataren und später Türken dehnte es sich tief in die Ukraine aus, und während Rußlands „Zeit der Wirren" (1605–1612) raubte es ihm Smolensk mit Weißrußland und besetzte zeitweilig sogar Moskau. Dann spielte Schweden die Rolle des Aggressors – der 1709 bei Poltawa in der Ukraine die erste große „Rußlandkatastrophe" der Neuzeit erlitt. Auch Polen wurde zurückgeschlagen und schließlich zwischen Rußland, Preußen und Österreich aufgeteilt. Daraufhin wollte der polnische Offizier Sokolnicki schon 1797 mit einem gefälschten „Testament Peters des Großen" Frankreich veranlassen, „gegen Rußland Krieg zu führen" [2]). Als Napoleon dies 1812 tat, ließ er das „Testament" zur Rechtfertigung seines Angriffs mit der französischen „Zutat" eines russischen „Drangs zum Persischen Golf" veröffentlichen (im Zusammenhang mit „Afghanistan" feierte die Fälschung unlängst wieder Auferstehung); aber auch Napoleon erlebte mit seiner ersten „Europaarmee" der Geschichte seine Rußlandkatastrophe. Die Polen gewannen nichts und erhielten auch bei ihren Aufständen im 19. Jahrhundert aus dem Westen nur schöne Worte.

Im 18. Jahrhundert hatte Friedrich II. („der Große") von Preußen schlechte Erfahrung als „Festlandsdegen" Englands und Gegner Rußlands gesammelt, dessen Zarin Elisabeth er sich leichtsinnig zur Feindin gemacht hatte. Er erhielt Subventionen von England nur, bis er ihm „Kanada in Schlesien gewonnen" hatte, und vor dem Ruin rette ihn nur der Tod der Zarin. Danach beeilte er sich allerdings, sich mit Rußland gut zu stellen, und riet auch seinen Nachfolgern dazu.

Nachdem trotzdem ein preußisches Korps mit Napoleon in Rußland einmarschiert war, stellten General Yorck und der in russische Dienste getretene Carl von Clausewitz bei Tauroggen im Dezember 1812 die preußisch-russische Eintracht wieder her, die den Frieden in Mittel-Osteuropa ein Jahrhundert lang bewahren sollte. Als England und Frankreich 1854 im Namen der „Zivilisation" auf seiten der christenverfolgenden Türkei den Krimkrieg gegen Rußland begannen, blieb Preußen neutral, obwohl auch in Berlin eine „liberale" Partei forderte, es solle im Bunde mit England und als „Vorkämpfer Europas" die „Zerstückelung Rußlands" herbeiführen. Der realistische Diplomat Otto von Bismarck wandte sich erfolgreich gegen diese „windigen", „kindischen Utopien" mit dem Argument, „daß wir absolut keinen

1) Günter Stökl, Russische Geschichte, 3. Aufl. Stuttgart 1973, S. 131.
2) Die Fälschung wurde schon vor mehr als hundert Jahren akribisch nachgewiesen durch: Harry Breßlau, Das Testament Peter's des Großen, in: Historische Zeitschrift (Hrsg. Heinrich von Sybel), 41. Band, München 1879, S. 385-409.

eigenen Kriegsgrund gegen Rußland hätten und kein Interesse an der orientalischen Frage . . . Wir würden die Rolle eines indischen Vasallenfürsten übernehmen, der im englischen Patronat englische Kriege zu führen hat"[3]).

Als Reichskanzler ließ Bismarck das Deutsche Reich niemals den Festlandsdegen oder „Hetzhund" Englands und Österreichs gegen das „unzerstörbare Reich russischer Nation" spielen; balkanisch-orientalische Händel waren ihm „nicht die gesunden Knochen eines einzigen pommerschen Musketiers wert"[4]) (wieviel weniger Afghanistan?); und einen Präventivkrieg, wie ihn hohe Militärs in Berlin und Wien unter dem (heute für die NATO typischen) Hinweis auf eine „Bedrohung aus dem Osten" forderten, lehnte er strikt ab. 1887 schloß er seinen berühmten „Rückversicherungsvertrag" mit Rußland über gegenseitige Neutralität bei Angriffen Dritter ab – etwa seines Verbündeten Österreich-Ungarn gegen Rußland. (In einem lichtvollen, aber leider nicht verweilenden Augenblick rief der Bundeskanzler anläßlich des Breschnew-Besuchs in Bonn im Mai 1978 Bismarcks Rückversicherungsgedanken in Erinnerung[5]).

Das imperialistische Deutschland Wilhelms II., das 1890 nach Bismarcks Entlassung den Rückversicherungsvertrrag nicht verlängerte, trieb Rußland in die Arme der Westmächte und fand sich folgerichtig 1914 im Zweifrontenkrieg wieder. Nachdem Deutschland 1918 im Vertrauen auf die vierzehn Punkte des US-Präsidenten Woodrow Wilson den Kampf eingestellt hatte, fand es sich schnell von den Westmächten hereingelegt, die die Hungerblokkade fortsetzten, während sie die hochherzigen Prinzipien Wilsons unversehens in das „Diktat von Versailles" verwandelten – für welches Deutschland freilich mit seinem Diktat von Brest-Litowsk gegen das junge Sowjetrußland selbst einen Präzedenzfall geschaffen hatte.

Bewaffnete Intervention in Rußland

Mit der bolschewistischen Oktoberrevolution von 1917, die den ersten proletarischen Staat der Geschichte ins Leben rief, hatte der Kampf des Westens gegen Rußland Systemcharakter angenommen: Um das sowjetische „Baby in der Wiege zu erwürgen" (wie Winston Churchill sagte), schürte die kapitalistische Umwelt von Anfang an den Bürgerkrieg der reaktionären russischen „Weißen" gegen die Sowjetregierung und unterhielt im Rahmen einer bewaffneten Intervention zeitweilig rund eine Million Soldaten (aus England, Frankreich, den USA, Japan, Rumänien, Italien, Jugoslawien, Griechenland, der Tschecholslowakei etc. – aus insgesamt 14 Staaten) auf russischem Boden. Aber die Intervention scheiterte, und die Interventen zogen ab und

3) Otto von Bismarck, Gedanken und Erinnerungen (hrsg. von Reinhard Jaspert), Berlin (West) o.J., S. 80.
4) Bismarck-Rede vom 5. 12. 1876, zit. nach: Robert Ingrim (Hrsg.), Bismarck selbst. Tausend Gedanken des Fürsten Otto von Bismarck, Stuttgart 1950, S. 126.
5) Schmidt-Interview in: ARD-Fernsehsendung Panorama am 9. 5. 1978; „Die Welt" v. 10. 5. 1978, S. 5.

ließen ihre „weißen" Werkzeuge großenteils im Stich. Während die Tschechen den „weißen Regenten" Koltschak seinen Feinden auslieferten, die ihn exekutierten, konnten sich einige „Weiße" auf alliierte Schiffe retten, aber viele andere nicht. Im Februar 1920 beobachtete der Schriftsteller Konstantin Paustowskij im Hafen von Odessa diese typische Szene: „Langsam neigten sich die Dampfer unter der Last der Menschen, welche die Bordwände gepackt hatten und sich hinaufzogen, zur Seite. Matrosen und Soldaten versuchten, die Menge zurückzudrängen, doch stieß man sie weg und trat sie nieder . . . Wir sahen, wie die Leinen gekappt wurden und die Dampfer abstießen, ohne die Laufstege einzuholen. Die Stege glitten ab und stürzten mit den Menschen ins Meer."[6]) (Vergleichbare Szenen sollten sich Ende April 1975 abspielen, als die letzten Amerikaner Saigon verließen.)

Weimarer Republik

Obwohl die junge deutsche Republik sich gleich nach Ende des Ersten Weltkrieges den Westmächten als „antibolschewistisches Bollwerk" angedient hatte, erlegten diese ihr harte Friedensbedingungen auf. Die Weimarer Republik erinnerte sich daraufhin Bismarcks und machte unter dem Zentrums-Reichskanzler Josef Wirth, für den der Feind rechts stand, im Rapallovertrag von 1922 ihren Frieden mit Sowjetrußland, welches – auch weil die kleine Reichswehr gute Beziehungen zur großen Roten Armee unterhielt – Polen im Osten ruhig hielt, als Frankreich und Belgien im Jahr darauf das Ruhrgebiet okkupierten. 1926 schloß die Weimarer Republik den Berliner Neutralitätsvertrag mit der Sowjetunion ab, der deren Furcht milderte, daß Deutschland als Durchmarschgebiet für eine neue westliche Intervention im Gewand des „Völkerbundes" dienen könnte. Gefühlsmäßig neigte der rechtsliberale Reichsaußenminister Gustav Stresemann jedoch dem Westen zu – der ihn bitter enttäuschte. Ein halbes Jahr vor seinem Tode im Jahre 1929 klagte Stresemann dem britischen Diplomaten Bruce Lockhart: „Ich habe ehrlich auf Frieden und Versöhnung hingearbeitet. Ich habe Deutschland in den Völkerbund geführt. Ich habe Locarno unterzeichnet. Ich habe gegeben, gegeben und immer wieder gegeben, bis sich meine Landsleute gegen mich gewandt haben. Aber Ihr Engländer habt nichts gegeben, und die einzigen Zugeständnisse, die Ihr gemacht habt, sind immer zu spät gekommen."[7]) Dann stürzte der „schwarze Freitag" an der Wall Street auch Deutschland in eine tiefe Wirtschaftskrise, in der ihm nur die großen „Russenaufträge" Linderung brachten. Nachdem Deutschlands wirtschaftlich Mächtige Hitler an die Macht gebracht hatten, gewährte besonders England diesem schnell, was es der Weimarer Republik verweigert hatte.

Völkerbund

Der von England und Frankreich beherrschte Völkerbund praktizierte von Anfang an das Verraten von Mitgliedern: Polen durfte Anfang der zwanziger

6) Konstantin Paustowskij, Beginn des unbekannten Zeitalters, München 1962, S. 244–246.
7) Zit. nach: Gösta von Uexküll, Gustav Stresemann, in: Wolfgang Venohr (Hrsg.), Ungeliebte Deutsche, Hamburg 1971, S. 141.

Jahre den Litauern ihre Hauptstadt Wilna rauben und wurde nicht mit Ausschluß bestraft. China erhielt keine Hilfe, als das militaristische Japan ihm 1931 die Mandschurei wegnahm und zu seinem Satelliten „Mandschukuo" machte. Äthiopien wurde 1935 dem faschistischen Italien Benito Mussolinis geopfert; die gegen letzteres ergriffenen Wirtschaftssanktionen wurden u. a. durch US-amerikanische Öllieferungen unterlaufen. Die faschistischen Diktaturen wurden immer mehr begünstigt. Als der von Italien und Hitler-Deutschland unterstützte Putschist Francisco Franco 1936 den Bürgerkrieg gegen die spanische Republik begann, erstickten die Westmächte deren Widerstand unter dem Leichentuch einer „Nichtinterventionspolitik".

Appeasementpolitik

Das konservative Großbritannien hatte Hitler grünes Licht für die Aufrüstung gegeben (z. B. mit dem Flottenabkommen von 1935) und im März 1936 seinen Verbündeten Frankreich an einer militärischen Gegenaktion gehindert, als Hitler unter Bruch des Locarnovertrages das Rheinland remilitarisierte. Premierminister Stanley Baldwin hatte sich im folgenden Sinne geäußert: „Glücklicherweise hätten die Nasties (wörtlich: die Garstigen = Nazis) die Macht ergriffen als ein Instrument zur Vernichtung der Bolshies (Bolschewiken). Er könne sich nicht vorstellen, daß die britische Diplomatie so töricht sei, sich in einen Krieg mit den einen oder anderen zu verwickeln, bevor sie sich gegenseitig an der Gurgel gepackt hätten. Dann könnten wir ja eine Weile mitansehen, wie es weiterginge."[8]) Baldwin, der Hitlers „Mein Kampf" gelesen hatte und dessen „Lebensraum"-Pläne kannte, äußerte im Sommer 1936 ferner: „Wir alle kennen den deutschen Wunsch, sich nach Osten zu wenden, wie er (Hitler) es in seinem Buch gesagt hat. Und wenn er sich gegen den Osten wendet, dann wird mein Herz nicht brechen . . . Wenn in Europa gekämpft werden muß, dann würde ich es gern sehen, daß die Bolschewiken und die Nazis dies besorgen."[9]) Das Ziel der britischen Appeasementpolitik war, Hitler von Westeuropa weg gegen den Osten zu lenken, in der Hoffnung, daß er die Sowjetunion vernichten und Deutschland dabei ruinieren werde, mit England als lachendem Dritten. Damit Nazi-Deutschland die Sowjetunion angreifen konnte, mußte man ihm die zwischen ihnen liegenden Länder als Sprungbretter ausliefern. Dies besorgte Neville Chamberlain, der 1937 Baldwins Nachfolger wurde.

Österreich

Das erste Opfer wurde am 12. März 1938 Österreich, dessen Unabhängigkeit England und Frankreich erst drei Jahre zuvor in Stresa beschworen hatten. Am Tag vor dem „Anschluß" ließ der britische Außenminister Halifax dem österreichischen Kanzler Schuschnigg, der London um „dringenden Rat" gebeten hatte, mitteilen, „daß Seiner Majestät Regierung nicht die Verant-

8) Keith Middlemas/John Barnes, Baldwin. A Biography, London 1969, S. 955.
9) Ebd., S. 497, 955.

wortung übernehmen könne, dem Kanzler (Schuschnigg; d. Verf.) zu irgendeiner Handlungsweise zu raten, die sein Land Gefahren aussetzen könnte, gegen die S.M. Regierung keinen Schutz garantieren könne"[10]). Zum scheidenden deutschen Botschafter von Ribbentrop, der sich anschickte, Reichsaußenminister zu werden, sagte Halifax zwar, Gewaltandrohung sei eine „unerträgliche" Methode, aber Chamberlain schwächte diese geringe Unmutsäußerung sofort ab, indem er hinzufügte: „Sobald wir alle diese unangenehme Angelegenheit hinter uns gelassen haben", könne man ernsthaft damit beginnen, für eine deutsch-britische Verständigung zu arbeiten[11]).

Tschechoslowakei

Die Tschechoslowakei, die mit Österreich, wo nun deutsche Truppen standen, eine unbefestigte Grenze hatte, wurde das nächste Opfer. Während die Sowjetregierung durch Außenkommissar Litwinow am 17. März 1938 erklärte, „daß sie ihrerseits nach wie vor bereit ist, an kollektiven Aktionen teilzunehmen, die . . . das Ziel verfolgen, einer weiteren Entwicklung der Aggression Einhalt zu gebieten und der verstärkten Gefahr eines neuen Weltgemetzels zu steuern"[12]), hatte Chamberlain, wie er am 20. März schrieb, „jegliche Idee fallen gelassen, der Tschechoslowakei oder den Franzosen im Zusammenhang mit ihren Verpflichtungen gegenüber der Tschechoslowakei Garantien zu geben"[13]). Frankreich unter Edouard Daladier verriet darauf sein Bündnis mit der Tschechoslowakei, griff wiederholte Hilfeangebote der Sowjetunion nicht auf und übte zusammen mit England massiven Druck auf Prag aus, die Forderungen Hitlers zu erfüllen. Präsident Eduard Benesch, zu seinem Verderben ein „Westler", kapitulierte schließlich und ging ins Exil, wo er zu dem amerikanischen Historiker D.F. Fleming sagte: „Ich hatte niemals irgendeinen Zweifel, daß Rußland uns mit allen Mitteln, die ihm zur Verfügung standen, helfen würde, aber ich wagte nicht zu kämpfen, weil ich wußte, daß die britische und französische Regierung mein Land zu einem neuen Spanien werden lassen würden."[14])

Am 29./30. September 1938 machten Daladier, der „auffallend nervös" war, und Chamberlain, der „ständig gähnte"[15]), zusammen mit Hitler und Mussolini in München die Tschechoslowakei zunächst lebens- und verteidigungsunfähig, indem sie die Sudetengebiete von ihr abtrennten und zu Deutschland schlugen, in denen ihre wichtigsten Industrien und Grenzbefestigungen lagen. Letztere waren auch für die Sowjetunion die erste Verteidigungslinie gegen einen deutschen Marsch in die Ukraine gewesen, von dem

10) Ian Colvin, The Chamberlain Cabinet. How the Meetings in 10 Downing Street 1937-9 Led to the Second World War. Told für the First Time from the Cabinet Papers, London 1971, S. 105.
11) A.J.P. Taylor, The Origins of the Second World War, London 1961, S. 147.
12) I.M. Maiski, Wer half Hitler? Aus den Erinnerungen eines sowjetischen Diplomaten. Moskau o. J., S. 65f; „Iswestija" v. 18. 3. 1938.
13) Keith Feiling, The Life of Neville Chamberlain, London 1946, S. 347f.
14) D.F. Fleming, The Cold War and Its Origins 1917–1960, London 1961, Bd. I, S. 84.
15) William L. Shirer, Aufstieg und Fall des Dritten Reiches, München-Zürich 1963, Bd. I, S. 443f.

nunmehr im Westen erwartungsvoll geredet wurde, wobei man die karpato-ukrainische Ostspitze des Reststaates als Hitlers auf Kiew zielende Pistole betrachtete. Als die Tschechoslowakei, die die einzige Demokratie westlichen Musters in Mittelosteuropa gewesen war, nur fünfeinhalb Monate später unter Hitlers Druck völlig aufgelöst wurde, erklärte Chamberlain am 15. März 1939 vor dem Unterhaus: „Laßt uns deshalb nicht von unserem Kurs abweichen."[15a]) – er wollte die Appeasementpolitik offenbar unverändert fortsetzen. Erst zwei Tage später, nachdem ihm klar geworden war, daß Hitler einen Zug in die Ukraine vorerst vertagt hatte und sich möglicherweise zuerst gegen den Westen wenden würde, ließ er ungewohnt markige Worte vernehmen: „Ist dies der letzte Angriff auf ein kleines Land oder sollen ihm noch andere folgen? Ist dies in der Tat ein Schritt in Richtung auf einen Versuch, die Welt mit Gewalt zu beherrschen?"[16])

Polen

Polen, das nun im Norden (bis Memel), im Westen und im Süden (in der „unabhängigen" Slowakei) von deutschen Truppen umzingelt war, wurde das nächste Opfer Hitlers – und der Westmächte. Hatte Chamberlain Österreich und die Tschechoslowakei geopfert, indem er ihnen Garantien verweigerte, so gab er Polen den Todeskuß mit einer britischen „Garantie" vom 30. März 1939, obwohl er genau wußte, daß die Westmächte Polen nicht wirksam helfen konnten und daß Polen selbst nur kurze Zeit standhalten konnte; dann würde Hitlers Wehrmacht jedoch an den Grenzen der Sowjetunion stehen, und die Nazis könnten endlich „als ein Instrument zur Vernichtung der Bolshies" in Funktion treten – und dabei ihr eigenes Land ruinieren. Zweifellos zog Chamberlain es vor, England nicht vorzeitig gegen Deutschland in die Schranken treten zu lassen. Deshalb versuchte er im Sommer 1939, hinter dem Rücken der Polen, von der Notwendigkeit, seine „Garantie" zu erfüllen, wieder loszukommen, indem er Deutschland insgeheim große wirtschaftliche Offerten machen ließ, wenn es vom Krieg gegen Polen absehe; Polen wäre dann „mit Deutschland alleingelassen", wie Botschafter Dirksen feststellte[17]), müßte Hitlers Forderungen wahrscheinlich erfüllen und würde vielleicht sogar in dessen Hakenkreuzzug gen Osten eingereiht werden. Was Chamberlain überhaupt nicht wollte, war eine „Große Allianz" mit der Sowjetunion, wie sie u. a. sein innerparteilicher Kritiker Churchill forderte, und als er unter dem Druck der Öffentlichkeit Verhandlungen mit Moskau aufnehmen mußte, führte er sie schleppend und halbherzig.

Polens autoritäre Führung, die schon 1934 zum ersten Vertragspartner Hitlers geworden war, mit dem sie in Russenfeindlichkeit und Antisemitismus verbunden war, und die noch im Herbst 1938 als sein Schakal an der Fledderung der Tschechoslowakei (Gebiet von Teschen) teilgenommen hatte, war der

15a) Colvin, Cabinet, S. 186.
16) Ebd., S. 187.
17) Dokumente und Materialien aus der Vorgeschichte des 2. Weltkrieges, Moskau 1949, Bd. II, S. 192f. Die Sowjets hatten Dirksens Akten über Chamberlains Avancen vom Sommer 1939 auf dessen ostdeutschem Landsitz gefunden.

Gefangene der Eroberungen, die Polen nach seiner Wiederherstellung im Ergebnis des Ersten Weltkrieges wieder einmal auf Kosten seiner damals schwachen Nachbarn gemacht hatte; im Osten hatte es sich 4,5 Millionen Ukrainer und 1,5 Millionen Weißrussen einverleibt. Das Polen der großen Landeigentümer und Obristen war daher unfähig und unwillens, die einzige Macht, die ihm hätte helfen können, die Sowjetunion, Truppenhilfe leisten zu lassen. Als die Westmächte schließlich Militärkommissionsgespräche mit den Sowjets führten – die Briten unernst, die Franzosen etwas ernsthafter –, erklärte Polens Außenminister Oberst Józef Beck am 19. August 1939 den anfragenden Franzosen hochmütig: „Ich lasse nicht zu, daß man in irgendeiner Weise über die Benutzung eines Teiles unseres Gebietes durch ausländische Truppen diskutiert. Das ist für uns eine Frage des Prinzips. Wir haben kein Militärabkommen mit der UdSSR; wir wollen keines haben."[18])

Als Hitler am 1. September 1939 Polen angriff, erhielt es keine Hilfe von seinen westlichen „Verbündeten". Ihre Kriegserklärungen erfolgten erst am 3. September; ihre 76 Divisionen an der Westfront, denen nur 32 deutsche gegenüberlagen, blieben fast völlig untätig, obwohl Frankreich den Polen „Offensivaktionen" versprochen hatte; die britische Luftwaffe unternahm außer Flugblattabwürfen nichts, um die deutsche zu zwingen, ihre Bomber von den polnischen Städten abzuziehen; ein britischer 8-Millionen-Pfund-Kredit (Warschau hatte 60 Millionen gewünscht) blieb „unerfüllt; keine britische Bombe, kein Gewehr ging nach Polen ab"[19]).

Hat auch die Sowjetunion Polen und – wichtiger – den Weltfrieden „verraten", als sie am 23. August 1939 mit Deutschland einen Nichtangriffspakt schloß und eine Interessengrenze in Polen, im Baltikum und auf dem Balkan vereinbarte? Tatsache ist, daß Hitler vom Kriege gewiß nicht mehr abzuschrecken war, nachdem Chamberlains Desinteresse und Becks verblendete Ablehnung das Zustandekommen einer „Großen Allianz" vereitelt hatten. Unter diesen Umständen konnte es für die Sowjets nur noch darum gehen, eine Atempause zu gewinnen, Hitlers Armeen nicht an ihre alte Vorkriegsgrenze herankommen zu lassen und die bisher polnisch-beherrschten Ukrainer und Weißrussen vor der Nazi-Herrschaft zu bewahren. Die vorverlegte Westgrenze der Sowjetunion stimmte ziemlich genau mit der ethnographischen „Curzon-Linie" überein, die die Westmächte nach dem Ersten Weltkrieg als Ostgrenze Polens empfohlen hatten. Das Vorrücken der Roten Armee auf diese Linie war daher für die Westmächte kein Anlaß, auch der Sowjetunion den Krieg zu erklären; der damalige Marineminister Chrchill konstatierte in einer Rundfunkansprache am 1. Oktober 1939 vielmehr befriedigt: „Eine Ostfront ist geschaffen worden."[20])

18) George Bonnet, Fin d'une Europe, Genf 1948, S. 282. Bonnet war damals französischer Außenminister.
19) Taylor, Origins, S. 221.
20) Winston S. Churchill, The Gathering Storm, S. 353.

Die Exilpolen

Als Hitler am 22. Juni 1941 den Nichtangriffspakt brach und die Sowjetunion überfiel, begrüßte Churchill sie als Verbündeten und veranlaßte auch die in London ansässige polnische Exilregierung, sich mit Moskau zu arrangieren. Die Exilregierung, die ihre Legitimation von dem Warschauer Obristenregime herleitete, wollte jedoch auf das überwiegend nicht-polnisch besiedelte „Ostpolen" nicht verzichten und zeigte nicht einmal Bereitschaft zur Rückgabe des 1938 geraubten Gebietes von Teschen an die Tschechoslowakei. Die Exilpolen gingen von der Annahme aus, daß die Sowjetunion bei Kriegsende so geschwächt sein würde, daß Polen eine dominierende Rolle in einer osteuropäischen Föderation vom Baltikum bis zum Bosporus spielen könne – eine grandiose Illusion, die durch die Realität zunichte gemacht wurde. Die Exilpolen wurden jedoch auch von den Anglo-Amerikanern nicht unterstützt: Die britische Regierung erklärte schon am 30. Juli 1941 durch Außenminister Anthony Eden im Unterhaus, daß sie Polens Vorkriegsgrenzen nicht garantiere, und der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt sagte Mitte März 1943 bei Gesprächen mit Eden: „Schließlich hätten die Großmächte zu bestimmen, was Polen haben sollte, und er, der Präsident, habe nicht die Absicht, sich zur Friedenskonferenz zu begeben, um mit Polen und anderen kleinen Staaten zu verhandeln."[21]) Nach der Konferenz von Teheran im Herbst 1943 forderte Chruchill die Exilpolen vehement, aber erfolglos auf, die Curzon-Linie als Ostgrenze zu akzeptieren, während Roosevelt, der auf polnisch-amerikanische Wähler Rücksichten nahm, den Exilpolen gewisse Hoffnungen machte, das hinter der Curzon-Linie liegende Gebiet von Lwow (Lemberg) behalten zu können. Nachdem die Exilregierung in ihrem „alles-oder-nichts"-Starrsinn ihre sämtlichen Karten verspielt hatte, entzogen ihr die Westmächte 1945 die Anerkennung und übertrugen diese auf die prosowjetische Warschauer Regierung, aus der die Volksrepublik Polen hervorging. (Trotz mißlichster Erfahrungen mit westlichen „Verbündeten" zeichnen sich russophobe Polen bis heute durch Irrationalität aus: Im Dunstkreis polnischer „Dissidenten" spuken immer noch phantastische Föderationsprojekte unter Einschluß Weißrußlands und der Ukraine, und der ehemalige Sejm-Abgeordnete Stefan Kisielewski bekennt sich aus Warschau zu dem „europäischen Patrioten" Franz Josef Strauß als einem Garanten „aller Hoffnungen" [22]). Eine andere ihrer Hoffnungen ist zweifellos Zbigniew Brzezinski, der als Sohn eines exilpolnischen Diplomaten und Ehemann einer Großnichte des tschechoslowakischen Präsidenten Benesch dem versunkenen „Ancien régime" Osteuropas doppelt verhaftet ist, das Vertrauen David Rockefellers genießt und als „Sicherheitsberater" des US-Präsidenten Jimmy Carter weltweit für Unsicherheit und Spannungen sorgt.)

21) Robert E. Sherwood, Roosevelt und Hopkins, Hamburg 1950, S. 581.
22) Kisielewski in dem Londoner exilpolnischen Wochenblatt „Tydzien Polski", laut: „Die Welt" v. 25. 6. 1980.

Der deutsche konservative Widerstand

Wie die russophoben Polen, setzte auch der deutsche konservative Widerstand gegen Hitler seine Hoffnungen allein auf den Westen – der ihn enttäuschte. Schon während der Tschechoslowakeikrise von 1938 hatte Chamberlain durch seine Flüge zu Hitler nach Berchtesgaden und München Pläne der Verschwörer für die Gefangennahme und Aburteilung Hitlers durchkreuzt und vereitelt, so daß sein Berliner Botschafter Henderson sechs Tage nach „München" konstatieren konnte: „Dadurch, daß wir den Frieden gerettet (sic) haben, haben wir auch Hitler und sein Regime gerettet."[23]) Der damalige italienische Botschafter Bernardo Attolico äußerte sich sarkastisch über die Annahme der konsvervativen Widerständler, England würde einer konservativen deutschen Regierung volle Sympathie entgegenbringen, „Sympathie aufgebaut auf einem gemeinsamen ‚Gentleman-Begriff' – all das ist dumm wie Vorstellungen von Kadettenschülern."[24])

Dieser „Kadettenschüler"-Glaube an „gemeinsame Werte" ließ den konservativen Widerstand, in dem (mit Ausnahme des ehemaligen Moskau-Botschafters Friedrich-Werner Graf von der Schulenburg) die Bismarck-Tradition verkümmert war, dann im Kriege der Chimäre eines Westfriedens nachjagen und die Möglichkeit eines Ostfriedens verwerfen, die besonders von Ende 1942 bis Herbst 1943 bestand („Nationalkomitee Freies Deutschland" etc.). Um die Deutschen in ihrer Ablehnung eines Ostfriedens zu bestärken, schürten die Westmächte bewußt trügerische Hoffnungen auf westliche Sympathien für ein in Mittel-Osteuropa weiterhin einflußreiches, gegen die Sowjetunion gerichtetes Deutschland – so der damalige US-Geheimdienstmann in der Schweiz (und spätere CIA-Direktor), Allen Welsh Dulles, Mitte Februar 1943 gegenüber dem SD-Vertrauensmann Prinz Max Egon zu Hohenlohe-Langenburg[25]); so ein angeblicher Emissär Roosevelts Anfang Oktober 1943 gegenüber dem deutschen Botschafter in Ankara, Franz von Papen[26]); so Churchill selbst im Herbst 1943 gegenüber dem für Carl Goerdeler sondierenden schwedischen Finanzier Markus Wallenberg[27]). Nach dem gescheiterten Putsch vom 20. Juli 1944 sprach Churchill im Unterhaus am 2. August 1944 verächtlich von einer „Verschwörung der Militaristen, einem Fall gegenseitigen Mordens unter den höchsten Persönlichkeiten des Deutschen Reiches", und auch führende US-Zeitungen setzten die Widerständler mit den Nazis gleich[28]). (Tatsächlich waren die konservativen Frondeure – ausgenommen Stauffenberg und einige Jüngere – mit Hitler im Antikommunismus und Antisowjetismus vereint, die ihre politi-

23) Documents on British Foreign Policy 1919–1939, 3. Serie, London, Bd. II, S. 615.
24) Carl Jacob Burckhardt, Meine Danziger Mission 1937–1939, Bern–München–Wien 1971, S. 326.
25) „Nowoje Wremja" (Moskau), Nr. 7/1960, veröffentlichte Hohenlohes Bericht, den die Sowjets in Berlin erbeutet hatten, als Facsimilie; s. a. „Der Spiegel" v. 13. 2. 1967, S. 58.
26) Franz von Papen, Der Wahrheit eine Gasse, München 1952, S. 574.
27) Spiegelbild einer Verschwörung. Die Kaltenbrunner-Berichte, hrsg. vom Archiv Peter, Stuttgart 1961, S. 246f., 505.
28) John J. McCloy II, Die Verschwörung gegen Hitler, Stuttgart 1963, S. 57.

schen Erben (auch Sozialdemokraten) in Westdeutschland nach dem Kriege im Vertrauen auf „gemeinsame Werte" mit dem Westen nahtlos fortsetzen sollten, womit sie die Spaltung Deutschlands unausweichlich machten.)

Der Mohr, der seine Schuldigkeit tat

Am Tage nach Hitlers Einfall in die Sowjetunion hatte der demokratische US-Senator (und spätere Präsident) Harry S. Truman im Senat erklärt: „Wenn wir sehen, daß Deutschland den Krieg gewinnt, sollten wir Rußland helfen, und wenn Rußland gewinnt, sollten wir Deutschland helfen, damit sie wechselseitig so viele wie möglich umbringen, wenn ich auch unter keinen Umständen einen Sieg Hitlers sehen möchte."[29]) Das war, geringfügig modifiziert, wieder der schon von den britischen Appeasern gehegte Wunsch, daß Deutschland sich beim Ruinieren der Sowjetunion selber ruinieren sollte – zum Vorteil des Westens. Wenn Roosevelt und Churchill Trumans Ratschlag auch nicht zu ihrer offiziell verkündeten Politik machten, so zögerten sie doch eine wirksame „Zweite Front" drei Jahre lang hinaus und führten „ihren" Krieg relativ blutsparend in peripheren, nicht entscheidenden Gebieten, während sie die verbündete Sowjetunion die Hauptlast des Kampfes tragen und einen ungeheuren Blutzoll erbringen ließen: 20 Millionen Tote – gegenüber 386 000 Kriegstoten Englands und 259 000 der USA (an allen Fronten). Im gleichen Mißverhältnis stand die materielle Verwüstung, die in den USA gleich null war. Für das in Strömen vergossene russische Blut zahlten die USA mit den Materiallieferungen der „Leih- und Pacht"-Hilfe, die rund 11 Milliarden Dollar betrug (3,5 Prozent der Gesamtkriegskosten der USA); aber Großbritannien erhielt fast dreimal soviel Leihpachthilfe von den USA, und das gelieferte amerikanische Kriegsmaterial machte nur einen Bruchteil der sowjetischen Rüstungsproduktion aus und war in manchen Sparten, z. B. bei Kampffahrzeugen, sowjetischem Kriegsgerät nicht ebenbürtig. Noch die Schlacht von Stalingrad, die den Krieg wendete, schlug die Rote Armee fast ausschließlich mit Kriegsgerät aus eigener Produktion[31]).

Nachdem die Rote Armee die Nazi-Kriegsmaschine an der Ostfront förmlich ausgeweidet hatte, landeten die Westalliierten im Juni 1944 endlich in Frankreich. Danach war es besonders Churchills Bestreben, den Sowjets in Wien, Berlin und Prag „zuvorzukommen", während von Allen Dulles geführte Verhandlungen um eine deutsche Kapitulation in Oberitalien den Verdacht der Sowjets nährten, daß ihre Alliierten sich von der Wehrmacht, die im Osten verbissen weiterkämpfte, die Fronten öffnen ließen. In ihren ersten befreiten Gebieten Nordafrika und Italien hatten die Westmächte den Sowjets eine politische Mitsprache verweigert; eine solche forderten sie jedoch in den von der Sowjetunion eroberten Balkanländern. 1943 waren Roosevelt und seine Stabschefs davon ausgegangen, daß die Sowjetunion bei

29) „New York Times" (NYT) v. 24. 6. 1941.
30) Entfällt.
31) Alexander Werth, Rußland im Kriege, S. 348.

Kriegsende in Ost- und Mitteleuropa vorherrschend sein werde; Roosevelt hatte dies akzeptiert[32]). Von dieser „Geschäftsgrundlage" wichen die Westmächte jedoch in dem Maße ab, in dem sich der Krieg seinem Ende näherte und sie der Roten Armee nicht mehr bedurften: Der Mohr hatte seine Schuldigkeit getan und sollte nun leer ausgehen.

Beginn des Kalten Krieges

Nachdem Deutschland und Japan geschlagen waren, begannen die USA den Kalten Krieg gegen die Sowjetunion mit dem Versuch, ihr eine Sicherheits- und Einflußzone in Osteuropa zu bestreiten (während Washington seiner Hegemonie über die westliche Hemisphäre den ganzen Pazifik sowie alsbald West- und Südeuropa als Einflußsphären hinzufügte). Präsident Truman, der schon auf diplomatischem Wege und während der Potsdamer Konferenz die Umbildung der gegenüber der Sowjetunion „freundlichen" Regierungen Bulgariens und Rumäniens gefordert und ihnen die diplomatische Anerkennung verweigert hatte, erklärte am 9. August 1945 – nach den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki – auch öffentlich mit Bezug auf Rumänien, Bulgarien und Ungarn: „Diese Nationen sollen keine Einflußsphäre irgendeiner Macht werden."[33])

Die bürgerlichen Osteuropäer

Damit wandte er sich – von der britischen Labour-Regierung unterstützt – über die zuständigen Waffenstillstandskommissionen hinweg direkt an die Öffentlichkeit der drei Länder, wo sich die Oppositionen ermutigt fühlten und bürgerkriegsähnliche Verhältnisse entstanden, die die sowjetische Besatzungsmacht schwerlich dulden konnte. In Polen hielt der US-Botschafter Arthur Bliss Lane enge Fühlung mit den antikommunistischen Partisanen, die sowjetische Soldaten und Juden ermordeten, und kompromittierte damit den Mann des Westens in der Warschauer Regierung, den Bauernparteiführer Stanislaw Mikolajczyk.[34]) Andere Angehörige des „Ancien régime" in Osteuropa traten jenen Parteien bei, die ihnen am wenigsten „links" schienen – so ehemalige ungarische Großgrundbesitzer der „Kleinlandwirtepartei" – und drängten sie nach rechts und in gefährliche Konspirationen[35]) Während Moskau die westeuropäischen Kommunisten anhielt, in und mit den bürgerlichen Regierungen zu kooperieren, spornte umgekehrt der Westen, besonders die USA, die Untergrund- und Verschwörungstätigkeit in Osteuropa an, was eine zunehmende Repression seitens der kommunistisch-geleiteten Sicherheitsapparate herausfordern mußte.

32) Laut Robert I. Gannon, The Cardinal Spellman Story, New York 1962, S. 222–224, hatte Roosevelt am 3. September 1943 zu Kardinal Spellmann gesagt: „Die Europäer werden die russische Vorherrschaft einfach ertragen müssen in der Hoffnung, daß sie in zehn oder zwanzig Jahre mit den Russen gut auskommen werden."

33) Ernst Deuerlein (Hrsg.), Potsdam 1945. Quellen zur Konferenz der „Großen Drei", München 1963, S. 380.

34) Joyce and Gabriel Kolko, The Limits of Power. The World and United States Foreign Policy 1945–1954, New York 1972, S. 205–207.

35) Entfällt.

Endgültig verraten waren die „Freunde des Westens" in Osteuropa, als die „Truman-Doktrin" vom 12. März 1947 alle Nationen ultimativ aufforderte, „zwischen den beiden Lebensformen zu wählen"[36]), der stellvertretende Außenminister Dean Acheson vor dem Auswärtigen Ausschuß des US-Senats eingestand: „Es wäre töricht zu glauben, daß wir in Rumänien, Bulgarien oder Polen irgendetwas Wirksames tun können"[37]), und Frankreich und Italien unter amerikanischem Druck am 4. bzw. 12. Mai 1947 ihre kommunistischen Minister ausbooteten. Nachdem der bürgerliche ungarische Ministerpräsident Ferencz Nagy am 28. Mai 1947 von der Schweiz aus seinen Rücktritt erklärt hatte und im Ausland geblieben war, wurde Anfang Juni 1947 die bis dahin führende Kleinlandwirtepartei unter dem Vorwurf der Verschwörung entmachtet. Ebenfalls im Juni 1947 wurde der bulgarische Oppositionsführer Nikola Petkoff verhaftet und im August wegen Verschwörung zum Tode verurteilt. Im Oktober 1947 flüchtete Mikolajczyk aus Polen in den Westen. Im November wurden in Rumänien Maniu und andere Oppositionelle wegen Hochverrats zu lebenslanger Haft verurteilt; König Michael dankte ab und ging ins Ausland. Nachdem ihre Ermutigung der oppositionellen Kräfte in deren Verderben geendet hatte, erkannten die USA im Juli und Oktober 1947 die Regierungen Rumäniens und Bulgariens endlich diplomatisch an.

Die Tschechoslowakei, die der bürgerliche Präsident Benesch nach dem westlichen Verrat von München aus freien Stücken 1943 auf einen prosowjetischen Kurs orientiert hatte, war von diesem wieder abgewichen, als sie im Sommer 1947 der Verlockung amerikanischer Marshallplan-Hilfe zunächst erlag. Als im Westen Anfang 1948 über die Gründung des „Westunions"-Militärpaktes (der Keimzelle der NATO) und die Bildung eines westdeutschen Staates (mit Millionen „rußlanderfahrener" Exsoldaten) verhandelt wurde, fühlten sich bürgerliche Kräfte der Tschechoslowakei zu einem weiteren Umsturz des Status quo ermutigt: Am 20. Februar 1948 boten zwölf konservative Minister ihren Rücktritt an, um Benesch zur Entlassung der von Klement Gottwald geführten Regierung mit kommunistisch-sozialistischer Mehrheit zu veranlassen. Aber Gottwald blieb im Amt, bildete die Regierung um, und die prowestlichen Minister katapultierten sich nur selbst aus der Regierung hinaus und führten damit das Ende der letzten „westlichen Demokratie" in Osteuropa herbei. (Zwanzig Jahre später sollten tschechoslowakische „Reformer" abermals und wieder erfolglos beweisen, daß „München" sie keines Besseren belehrt hatte.)

US-Subversionspolitik

Nachdem die USA von 1945 bis 1948 ihre „bürgerlichen" Freunde in Osteuropa erst zur Opposition und Konspiration ermuntert und dann ihrem Schicksal überlassen hatten, nahmen sie 1950 im Zeichen der „Politik der Stärke"

36) Harry S. Truman, Memoiren, Stuttgart 1955, Bd. II, S. 115.
37) Daniel Yergin, Shattered Peace. The Origins of the Cold War and the National Security State, London 1978, S. 295.

ihre Offensive wieder auf und suchten sich neue Opfer. Das im April 1950 beschlossene Grunddokument dieser Politik, NSC-68, definierte die offensive „Eindämmungspolitik" als eine auf „überlegener militärischer Gesamtstärke" basierende „Politik des kalkulierten und allmählichen Zwanges" (calculated and gradual coercion), welche „mit allen Mitteln außer Kriegshandlungen" „einen Rückzug der Kontrolle und des Einflusses des Kremls induzieren" sollte[38]). U. a. wurde vorgesehen, die intensivierte Anwendung von „verdeckten Mitteln (covert means) der ökonomischen, politischen und psychologischen Kriegführung mit dem Ziel, in ausgewählten strategisch wichtigen Satellitenstaaten Unruhen und Aufstände zu schüren und zu unterstützen"[39]). Bei dieser Subversionspolitik spielten die Gebrüder Dulles eine finstere Rolle. John Foster Dulles, republikanischer Berater des State Department (1953–1959 Außenminister), hatte in seinem im Frühjahr 1950 erschienenen Buch „Krieg oder Frieden" zwar beteuert: „Wir haben keinen Wunsch, die Sowjetunion auf Kosten des Lebens derjenigen zu schwächen, die uns vornehmlich am Herzen liegen" (und deren Herzen er vornehmlich durch den Münchner CIA-Sender „Radio Free Europe" stärken wollte)[40]), aber in einem Memorandum vom 30. November 1950 forderte er das „Ankurbeln subversiver Aktivitäten in Gebieten unter sowjetischer Kontrolle"[41]), und solche Aktivitäten kosteten natürlich Menschenleben.

Die „Nationalkommunisten"

Die Auswahl der Opfer besorgte sein Geheimdienstbruder Allen Welsh Dulles (der seine Tarnung in der gemeinsamen Anwaltsfirma Sullivan & Cromwell aufgab, als er 1950 in die CIA eintrat, in der er im August 1951 zum stellvertretenden Direktor und 1953 zum Direktor avancierte): Diesmal waren es „liberale Nationalkommunisten" wie Traitscho Kostoff in Bulgarien, Laszlo Rajk in Ungarn, Rudolf Slanský und Vlado Clementis in der Tschechoslowakei und Wladyslaw Gomulka in Polen, die Allen Dulles um so lieber an die Galgen und in die Kerker Stalins lieferte, als sie ihm und seinem Bruder kaum „am Herzen" lagen. Nach der Darstellung des Engländers Stewart Steven bediente sich Allen Dulles seines Agenten im polnischen Geheimdienst, Jósef Swiatlo, und des ehemaligen US-Diplomaten Noel Field (der nach dem Kriege in Osteuropa Asyl gesucht hatte), um die führenden Nationalkommunisten bei den Sowjets als westliche und zionistische Agenten, Titoisten und Trotzkisten in Verdacht zu bringen. Mit der Verfolgung dieser Männer in einer Serie von Spionage- und Hochverratsprozessen zwischen 1949 und 1953 sollte Stalin zu einer Unterdrückungswelle veranlaßt werden, von der Dulles erwartete, daß sie in Osteuropa Revolten und die

38) NSC-68, A Report to the National Security Council by the Executive Secretary on the United States Objectives and Programs für National Security, 14. 4. 1950, in: „Naval War College Review", H. 6, Mai–Juni 1975, S. 68.
39) Ebd., S. 100 f.
40) John Foster Dulles, War or Peace, New York 1950, S. 247, 249.
41) Townsend Hoopes, The Devil and John Foster Dulles, S. 115.

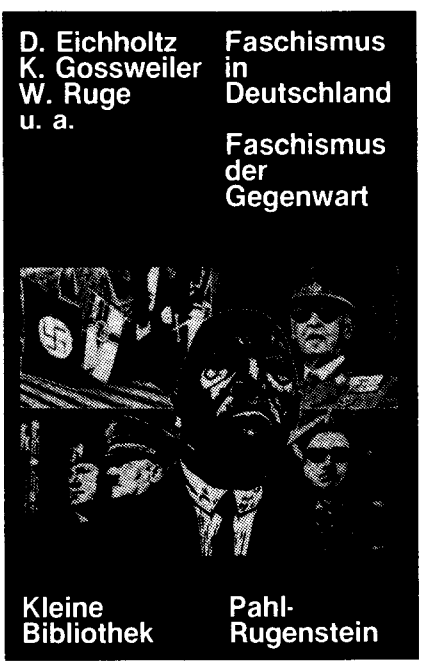
Abspaltung von der Sowjetunion herbeiführen werde[42]). Steven meint, dieses „Unternehmen Splinter Factor war der absolute Tiefpunkt der amerikanischen Außenpolitik" – aber weitere sollten folgen.

US-„Befreiungspolitik"

Im amerikanischen Wahlkampf von 1952 forderte John Foster Dulles namens der Republikaner die Ersetzung der „feigen" Eindämmungspolitik durch eine „dynamische" Politik der „Befreiung" (liberation) und des „Zurückrollens" (roll back) der Sowjetunion hinter ihre Vorkriegsgrenzen. Im Mai 1952 verlangte er in der Illustrierten „Life" unter dem Titel „Eine Politik der Kühnheit", die USA müßten „öffentlich wissen lassen, daß sie die Befreiung wünschen und erwarten" – teils, um den „Mut" der „Satellitenvölker" aufrechtzuerhalten, teils, um „den Kerkermeistern neue Erschwernisse aufzubürden"[43]). Er legte sich schwarz auf weiß auf die Prophezeiung fest: „Wir können überzeugt sein, daß innerhalb von zwei, fünf oder zehn Jahren beträchtliche Teile der gegenwärtigen gefangenen Welt die nationale Unabhängigkeit friedlich wiedererlangen werden. Das wird den Anfang vom Ende des Strebens des sowjetischen Despotismus nach Weltherrschaft markieren."[44])

(Zweiter Teil folgt)

42) Stewart Steven, Sprengsatz. Die Operation Splinter Factor der CIA, Stuttgart 1975
43) John Foster Dulles, A Policy of Boldness, in: „Life" v. 19. 5. 1952, S. 154.
44) Ebd.



Dietrich Eichholtz / Kurt Gossweiler / Wolfgang Ruge

Faschismus in Deutschland Faschismus der Gegenwart

Kleine Bibliothek Band 176
308 Seiten, DM 14,80

In diesem Band werden neue Forschungsergebnisse veröffentlicht und bisher unbekanntes Quellen- und Archivmaterial ausgewertet. Außerdem setzen sich die Verfasser kritisch mit der bisherigen Faschismusforschung auseinander. Teil I und Teil II befassen sich mit der Entstehung und Entwicklung des deutschen Faschismus vor und nach 1933: Die Entstehung der Naziideologie; Monopolbourgeoisie, faschistische Massenbasis und NS-Programmatik vor 1933; Faschismus und Ökonomie; der faschistische Staat; über den Terror und seine Institutionen in Nazideutschland; von der Vertreibung zum Genozid – die antijüdische Politik des deutschen Faschismus. Den Faschismus in der Gegenwart behandelt Teil III des Buches.

Westeuropa als neue Weltmacht?

Entwicklungsstand und Ambitionen der EG-Außenpolitik (II)*

von Heinz-Jürgen Axt

Die Beziehungen zwischen der EG und den Ländern Lateinamerikas sowie Asiens

Die Beziehungen zu den *lateinamerikanischen Staaten* hat die EG bislang weniger intensiv entwickelt als gegenüber den AKP-Staaten, obwohl gerade die Bundesrepublik im Bereich der Kapitalinvestitionen diesen Ländern eine hohe Priorität beimißt. Es besteht lediglich eine Reihe von nichtpräferenziellen Handelsabkommen, die nach der Verabschiedung der „Erklärung von Buenos Aires" im Jahre 1970 durch die Sonderkommission für lateinamerikanische Koordinierung (CECLA) abgeschlossen wurden. Seit diesem Zeitpunkt findet auch regelmäßig ein halbjährliches Treffen auf Botschafterebene zwischen EG und lateinamerikanischen Staaten statt, wobei allerdings die Konfrontation gegensätzlicher Standpunkte dominierte. Von einem „System der Zusammenarbeit", wie es in der „Erklärung von Buenos Aires" gefordert wurde, ist man noch weit entfernt[47]). Auf der Grundlage von Artikel 113 des EWG-Vertrags, wonach die Gemeinschaft und nicht die Mitgliedsstaaten Handelsabkommen mit Drittländern schließt, hat die EG folgende nichtpräferenzielle Handelsabkommen abgeschlossen: mit Argentinien 1972, Brasilien 1974, Mexiko 1975 und Uruguay 1974. Mit Kolumbien und zusätzlich mit Brasilien wurden 1976 Abkommen über den Handel mit Textilerzeugnissen vereinbart[48]). Obgleich sich die Exporte der EG-Länder nach Lateinamerika zwischen 1958 und 1976 um das Fünffache und die Importe aus dieser Region um das Vierfache erhöht haben, ist die Bedeutung der Länder Lateinamerikas im Außenhandel der EG-Länder relativ zurückgegangen. Betrug der Anteil Lateinamerikas an den Drittländer-Importen der EG 1958 noch 11%, so halbierte er sich 1976 fast auf 6%. Die EG-Expoerte nach Lateinamerika erreichten 1958 noch einen Anteil von 9% an den Drittländerausfuhren, 1976 waren es nur noch 6,6%. Aus der Sicht der lateinamerikanischen Länder erhält die EG dagegen eine ganz andere Gewichtung. Im Durchschnitt der Jahre 1971 bis 1975 entfiel rund ein Fünftel der gesamten Exporte der Länder Lateinamerikas auf die EG[49]).

Der Handel EG – Lateinamerika wird dabei vom traditionellen Austauschmuster zwischen Entwicklungsländern und entwickelten kapitalistischen Staa-

*) Vgl. Heft 7/1980, S. 789–807.

47) Vgl. hierzu grundlegend G. Koopmann/K. Matthies, EG und Lateinamerika. Suche nach neuen Kooperationsformen, in: H. Hasenpflug (Hrsg.), Die EG-Außenbeziehungen . . . . , a.a.O., S. 339–372.

48) Vgl. EG-Kommission, Liste der Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Drittländern, in: „Information Außenbeziehungen", Brüssel, 139 (1977), S. 12.

49) Vgl. G. Koopmann/K. Matthies, EG . . ., a.a.O., S. 342 ff.

ten gekennzeichnet: Die lateinamerikanischen Länder exportieren überwiegend Nahrungsmittel (1971 bis 1975 durchschnittlich 40%) und Rohstoffe. Industriewaren erreichen durchschnittlich nur einen Anteil von knapp 20% der Gesamtexporte. Die EG-Länder führen dagegen zu knapp 90% Industriewaren in die Länder Lateinamerikas aus. Daß sich der Handel mit den lateinamerikanischen Staaten wenig dynamisch entwickelte, liegt vor allem daran, daß die Präferenzabkommen der EG mit den Rest-EFTA-Staaten (vor allem mit den Mittelmeerländern) und den AKP-Staaten den Zugang von Produkten aus Lateinamerika erschweren. Die Mittelmeerländer, die ein ähnliches Produktionsprofil und ein ähnliches Entwicklungsniveau wie die lateinamerikanischen Länder aufweisen, verursachen im Bereich traditioneller verarbeitender Industrien (Textil, Bekleidung, Leder, Schuhe u.ä.) und bestimmter landwirtschaftlicher Produkte wie z.B. Südfrüchte eine scharfe Konkurrenz. Nach einer Erweiterung der EG um Griechenland, Portugal und Spanien wird der Export z.B. von argentinischem Fleisch in diese Länder erschwert, unterliegen sie doch dann den protektionistischen Regelungen des EG-Agrarmarkts. Die lateinamerikanischen Länder sehen darüber hinaus ihre Marktpositionen durch die Abkommen von Lomé mit den AKP-Staaten beeinträchtigt. Von den zwölf STABEX-Produkten des Lomé-I-Vertrags zählen fünf zu den wichtigsten Exportgütern Lateinamerikas. Die Exporterlösgarantie von STABEX und der weitgehend ungehinderte Zugang zum EG-Markt verschaffen den AKP-Staaten entscheidende Konkurrenzvorteile gegenüber den Ländern Lateinamerikas. Das Allgemeine Präferenzsystem der EG (s.o.), durch das die AKP-Staaten die ihnen eingeräumten Präferenzen gefährdet sehen, hat die den lateinamerikanischen Ländern entstandenen Nachteile nicht ausgleichen können. Die Vorteile des Systems der allgemeinen Zollpräferenzen sind höchst ungleich verteilt: Die führenden Staaten Lateinamerikas – Brasilien, Argentinien, Mexiko, Venezuela, Chile und Peru – bestreiten etwa 90% der zollbegünstigten Ausfuhren. Zahlreiche, für die lateinamerikanischen Länder besonders wichtige landwirtschaftliche Produkte sind überhaupt nicht erfaßt. Textil- und Lederwaren unterliegen als sensible und semi-sensible Produkte ebenfalls erheblichen Beschränkungen.

In diesem Zusammenhang zeigen sich also auch die Grenzen einer von der EG betriebenen politischen Strategie der ökonomischen Anbindung von Entwicklungsländern zur Gewinnung und Sicherung spezifischer regionaler Einflußzonen. Je mehr Handelspräferenzen die EG einer Region, einer Gruppe von Staaten einräumt, desto weniger kann sie anderen Regionen und Ländern bieten. Was der EG gegenüber den AKP-Staaten und den Mittelmeerländern bislang gelungen ist, nämlich bevorzugter Kooperationspartner mit dem Effekt zu werden, diese Länder nicht nur wirtschaftlich, sondern in bestimmten Grenzen auch politisch auf sie zu orientieren und an sie zu binden, gelingt der EG gegenüber den lateinamerikanischen Staaten kaum mehr. Daß hier die Mittel der EG-Außenwirtschaftspolitik – und damit in gewisser Weise auch der EG-Außenpolitik – beschränkt sind, mag zwar vor dem Hintergrund der handelspolitischen Bedeutung Lateinamerikas für die EG verständlich sein, muß aber andererseits überraschen, wenn man die

Tatsache berücksichtigt, daß Lateinamerika als Anlagesphäre westeuropäischer Kapitalexporte eine herausragende Stellung besitzt. Lateinamerika bildet bezüglich bundesdeutscher Investitionen in Entwicklungsländern eindeutig den Schwerpunkt. In den 50er Jahren, als die bundesdeutsche Außen- und Entwicklungspolitik zur Sicherung ihres außenpolitischen Alleinvertretungsanspruchs in den lateinamerikanischen Länder noch auf eine überwiegend prowestliche Haltung traf, zog vor allem der relativ hohe Stand der industriellen und wirtschaftlichen Entwicklung in Lateinamerika westdeutsche Direktinvestitionen an. Der relative Anteil Lateinamerikas an den bundesdeutschen Kapitalexporten sank zwar in der Folgezeit – die bundesdeutsche Wirtschaft investierte vor allem stärker in europäischen Entwicklungsländern –, erreichte seit 1973 jedoch einen erneuten Anstieg, um Ende 1977 wieder fast die Hälfte der deutschen Entwicklungsländerinvestitionen auszumachen. Bezogen auf die gesamten Auslandsinvestitionen erreichten 1977 die Investitionen in Lateinamerika mit 7355 Mio. DM einen Anteil von 14,1%. Auf Afrika entfielen 4,7 und auf Asien 3,7%. Von 1967 bis 1973 verdoppelten sich die Investitionen in europäischen Entwicklungsländern von 636 auf 3429 Mio. DM und erreichten einen Anteil von 10,6%[50]). Das „Vertrauen privater (westdeutscher, d. Verf.) Kreditgeber, deren Investitionsneigung nicht nachläßt", wird dabei auf die hohen Wachstumsraten, den steigenden Anteil Lateinamerikas am Welthandel und auf die „Stabilität der Region" zurückgeführt[51]). Über enge Beziehungen zu den lateinamerikanischen Ländern erhofft man sich auch Einflußmöglichkeiten auf die Zusammenarbeit der Entwicklungsländer, zu deren Sprecher sich lateinamerikanische Länder im „Nord-Süd-Dialog" gemacht haben.

Trotz der Parteinahme für die Länder der Dritten Welt, so wird argumentiert, verstehe sich Lateinamerika als Teil der westlichen Demokratien, dem es aufgrund seines wirtschaftlichen Entwicklungsniveaus wie den entwickelten kapitalistischen Ländern darum gehen müsse, die „Möglichkeiten weltweiter Arbeitsteilung" zu erhalten, also den „offenen Welthandel" und die „liberale Weltwirtschaftsordnung" gegenüber „dirigistischen" Eingriffen in die Preisbildung von Rohstoffen zur Verbesserung der Austauschverhältnisse zugunsten der Entwicklungsländer zu schützen[52]). Während einerseits die westdeutsche Entwicklungshilfepolitik für Lateinamerika parallel zum US-amerikanischen Programm der „Allianz für den Fortschritt" einsetzte, deutet andererseits das relativ starke Engagement bundesdeutscher Investoren in Lateinamerika darauf hin, daß diese Länder in dieser Kapitalanlage ein gewisses Gegengewicht zum US-Kapital sehen und sie deshalb begünsti-

50) Vgl. u.a. D. Boris, Geschichte und Struktur der Außenwirtschaftsbeziehungen der Bundesrepublik, in: U. Albrecht u.a., Beiträge . . . ., a.a.O., S. 155–200, hier S. 178.

51) Vgl. Rede von Außenminister H.-D. Genscher vor den Missionschefs der lateinamerikanischen Länder in Bonn am 12. 4. 1978, in: Auswärtiges Amt (Hrsg.), Dritte Welt. Materialien zur Politik der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1979, S. 99 f.

52) Vgl. Rede des Bundespräsidenten Walter Scheel vor dem Ibero-Amerika-Verein in Hamburg am 12. 10. 1976, in: ebd., S. 97 f.

gen[53]). Erreichten die amerikanischen Investitionen in Brasilien 1969 z.B. mit 816 Mio. Dollar noch einen Anteil von 47,7% der gesamten Auslandsinvestitionen und die aus den EG-Ländern mit 403 Mio. Dollar einen Anteil von 23,6%, so sank der amerikanische Anteil mit 3938 Mio. Dollar auf 36,1% im Jahr 1977, während der europäische Anteil mit 3432 Mio. Dollar auf 30,6% stieg[54]). Daß die Bundesrepublik an den Investitionen in Lateinamerika in besonderer Weise beteiligt ist, ist wiederum nur die Kehrseite der Tatsache, daß englische und französische Invstitionen weniger in lateinamerikanische Länder als vielmehr in Gebiete ihrer früheren Kolonien geflossen sind. Von dem britischen in Entwicklungsländern angelegten Kapital ist nur ein Fünftel in Lateinamerika investiert worden, während der überwiegende Teil nach Afrika und Asien ging. Es wird ein Trend erkennbar, daß sich die lateinamerikanischen Länder aus der einseitigen Abhängigkeit von amerikanischen Investitionen lösen wollen. Angesichts dieser Entwicklung und der Tatsache, daß Investoren aus EG-Ländern in den lateinamerikanischen Staaten einen beträchtlichen Spielraum haben und über eine Ausweitung der Direktinvestitionen verstärkte Exportaktivitäten entfalten können, wie dies das Beispiel der Arbeitsteilung zwischen den VW-Betrieben in Brasilien, Mexiko und der Bundesrepublik zeigt, wird es als notwendig erachtet, die Beziehungen zwischen der EG und Lateinamerika zu intensivieren und Handelsbeschränkungen abzubauen[55]).

Zwar hat die EG mit einer Reihe asiatischer Staaten Handelsabkommen abgeschlossen – so mit Südkorea, Hongkong, Japan und Macau 1975/76 Abkommen über den Handel mit Textilerzeugnissen und mit Laos eine Vereinbarung über bestimmte handgefertigte Waren –, der Schwerpunkt der EG-Außenbeziehungen liegt in dieser Region jedoch eindeutig bei den *ASEAN-Staaten.* ASEAN umfaßt als regionale Einheit die Länder Indonesien, Malaysia, die Philippinen, Singapur und Thailand. Erst rund zehn Jahre nach Gründung der ASEAN im Jahre 1967 haben sich allerdings die Beziehungen zur EG verdichtet, wobei es irreführend wäre, den Status der ASEAN-Länder mit dem der AKP-Staaten gleichzusetzen. Auch das 1978 paraphierte und 1980 unterzeichnete Kooperationsabkommen zwischen der EG und ASEAN räumt den südostasiatischen Ländern keineswegs die den AKP-Staaten gemachten Zugeständnisse ein[56]). Trotz der relativen Größe des ASEAN-Marktes, des Vorhandenseins wichtiger Rohstoffe und des schnellen Wirtschaftswachstums besitzt der Handel der EG mit den ASEAN-

53) Vgl. D. Oberndörfer, Lateinamerika als Bezugsfeld westdeutscher Außenpolitik, in: H.-P. Schwarz, Handbuch der deutschen Außenpolitik, München/Zürich 1976, S. 348–354.

54) Vgl. G. Koopmann/K. Matthies (EG . . . , a.a.O., S. 368 f.), die für den US-Anteil 1977 allerdings falsche Prozentangaben machen: es sind 35,1 und nicht 30,4%.

55) Vgl. ebd., S. 371.

56) Insofern ist die Darstellung von R. Falk in der „Deutschen Volkszeitung" v. 20. 3. 1980 unzutreffend. Dort wird nämlich das ASEAN-EG-Abkommen als dem Lomé-Abkommen nachempfunden dargestellt. Während den AKP-Ländern aber mehr als nur Meistbegünstigung eingeräumt wurde, müssen sich die ASEAN-Länder mit dieser begnügen. Auch erhalten die ASEAN-Länder keine dem Stabex-System vergleichbaren Zuwendungen, wie Falk behauptet.

Ländern bislang geringere Bedeutung; 1978 erreichte er lediglich einen Anteil von 2,3 % des EG-Außenhandels, während der Handel mit den AKP-Ländern 6,9 % und mit den lateinamerikanischen Staaten 5,3 % ausmachte. Allerdings ist in den letzten Jahren eine bedeutende Zunahme des Handels zu beobachten: Zwischen 1973 und 1978 erhöhten sich die EG-Einfuhren aus ASEAN von 1777 auf 4234 Mio. ERE und die EG-Ausfuhren von 1656 auf 3860 Mio. ERE[57]). Mittlerweile ist Japan der Haupthandelspartner von ASEAN mit einem Anteil von über 25 % an dessen Außenhandel geworden, gefolgt von den USA mit ungefähr 18 %. Unter den EG-Ländern ist die Bundesrepublik der bedeutendste Exporteur in die ASEAN-Länder. 1976 führten bundesdeutsche Unternehmen Waren im Wert von 1,18 Mrd. Dollar in diese Region aus, während die Bundesrepublik Importe in Höhe von 1,16 Mrd. Dollar aus ASEAN bezog. Der Bundesrepublik gelang es also auch in dieser Region, die auf den ehemaligen Kolonialbeziehungen beruhenden Vorzugspositionen Großbritanniens und Hollands zu ihren Gunsten abzubauen. „Damit sind die Zeiten endgültig vorbei, in denen die Briten den Rohstoffreichtum Malayas, heute Malaysia und Singapur, und die Holländer den des indonesischen Inselreiches beherrschten" – so kommentiert die bundesdeutsche Presse diese Entwicklung[58]).

Bei den Exporten der EG-Länder in die ASEAN-Staaten dominieren Fertigwaren nach dem traditionellen Muster des Austauschs zwischen entwickelten und wenig entwickelten Ländern. 1976 betrug der Fertigwaren-Anteil 93,8 %. Bezüglich der Direktinvestitionen westeuropäischer Unternehmen spielt bislang die Region der ASEAN-Staaten ebenfalls eine untergeordnete Rolle. Hier überwiegen mit einem Anteil von über 32 % an den gesamten ausländischen Investitionen japanische Direktinvestitionen, gefolgt von amerikanischen mit einem Anteil von 16 % und EG-Investitionen mit einem Anteil von 14 %. Wenn die Bundesregierung gemeinsam mit den ASEAN-Ländern in der Vergangenheit auf einen freien, nicht-protektionistischen Welthandel drängte, hatte sie dabei gleichwohl auch das Interesse westdeutscher Investoren z. B. aus dem Textilbereich an einem möglichst ungehinderten Reexport in die EG vor Augen. Angesichts der wachsenden politischen Bedeutung des ASEAN-Raumes hat sich die EG vermehrt um eine Intensivierung ihrer Beziehungen zu dieser Region bemüht. Einerseits sollen unmittelbare ökonomische Interessen der EG-Länder befriedigt wie andererseits der politische Einfluß Westeuropas in diesem Gebiet erhöht werden, nachdem die USA hier einen beträchtlichen Teil ihres Einflusses verloren haben.

Der unmittelbare Anstoß zu einer Verdichtung der Beziehungen zwischen der EG und ASEAN auf der Ebene regionaler Einheiten und nicht bloß zwischen den einzelnen Staaten kam zum einen von der ersten Erweiterung der EG um England und andere Staaten. Hier sollte ein Ersatz für die

57) Vgl. EG-Kommission, ASEAN und die Europäische Gemeinschaft, in: „Europa Information: Auswärtige Beziehungen", Nr. 27, Brüssel 1979, S. 3.
58) So FAZ v. 16. 4. 1980.

Commonwealth-Präferenzen geschaffen werden. Zum anderen wollten die südostasiatischen Staaten ihre Verhandlungsmacht gegenüber den westeuropäischen Staaten erhöhen, indem sie nicht mehr als einzelne Staaten, sondern als regionale Einheit auftraten. ASEAN stellt heute zwar noch keine Freihandelszone dar, für 2400 Produkte sind jedoch schon präferenzielle Handelsregelungen innerhalb der Region vereinbart worden. Das politische Interesse der EG-Länder an der ASEAN-Region nahm in dem Maße zu, wie sich die USA nach der Niederlage in Vietnam teilweise aus dieser Region zurückziehen mußten und wie vor allem Vietnam selbst an Einfluß gewann. Mit dem Ziel, die „politische Stabilität" zu verstärken, und in der Überzeugung, daß die „wirtschaftliche Prosperität in Südostasien die beste Garantie für Freiheit und Demokratie sei"[59]), verstärkte die EG ihre Bemühungen um die ASEAN-Länder. Es geht dabei darum, prowestliche Positionen in Südostasien zu erhalten und einen gegen den vietnamesischen Einfluß gerichteten Block aufzubauen. Auf diese Weise soll ein „Macht-Gleichgewicht" in Südostasien erreicht werden und ASEAN als „Gravitationszentrum" wirken, dessen Einfluß über die eigene Regiom hinausreicht.

Vertreter der Bundesregierung halten es dabei für wichtig, daß ASEAN neben der Vertiefung der Beziehungen zur EG auch eine engere Zusammenarbeit mit den USA anstrebt[60]). Das bedeutet, daß nach dem Prinzip der „Arbeitsteilung" zwischen EG und USA zwar die EG-Länder in der ASEAN-Region für die Konservierung westlicher Positionen aktiv werden sollen, daß sie dabei aber eine totale Verdrängung der USA zu verhindern suchen. Politisches und ökonomisches Eigeninteresse der EG-Länder stehen also in einem durchaus spannungsreichen Verhältnis zur Globalstrategie des Westens. Vor diesem Hintergrund haben die EG und ASEAN im März 1980 in Kuala Lumpur ein neues Kooperationsabkommen unterzeichnet, dessen wesentlicher Inhalt darin gesehen wurde, „die private Wirtschaft beider Seiten zusammenzubringen", damit „hier wie dort . . . die private Unternehmerinitiative der Motor wirtschaftlichen Fortschritts sein" kann[61]). Das Abkommen, bei dessen Abschluß die Bundesregierung die treibende Kraft war, wurde zusammenfassend als „Einladung an das europäische Kapital (charakterisiert, d. Verf.), sich in der südostasiatischen Inselrepublik auf Daunen betten zu lassen, in einem Investitionsparadies, in dem die hierarchische Ordnung von Kapital und Arbeit noch auf traditionellen Füßen steht"[62]). Das Abkommen sieht u.a. die Anwendung der Meistbegünstigungsklausel vor, d.h., daß die EG den ASEAN-Ländern alle handelspolitischen Vorteile einräumt, die sie auch anderen Ländern gewährt. Die handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit soll vertieft werden, indem der Abbau noch bestehender Handelshemmnisse geprüft und ein enger Kontakt zwischen Firmen beider Regionen gefördert werden. In beson-

59) J. Dauth, in: FR v. 1. 3. 1980.
60) Vgl. H.-D. Genscher, in: Auswärtiges Amt, Dritte Welt . . . . , a.a.O., S. 84 ff.
61) So. FAZ v. 16. 4. 1980.
62) J. Dauth, a. a.O.

derer Weise sollen Investitionen aus EG-Ländern in den ASEAN-Staaten begünstigt werden. Zu diesem Zweck wurden mehrere Missionen eingerichtet, Seminare und vor allem Konferenzen veranstaltet. Auf der letzten dieser Konferenzen 1979 in Djakarta war „wahrscheinlich die größte europäische Finanz- und Industriedelegation anwesend, die jemals von Europa aus an irgendeinen Ort der Welt reiste"[63]).

Auf der Grundlage umfassender Vorbereitungen durch die EG-Kommission treten westeuropäische Unternehmen an, um den Investitions-Rückstand in Südostasien aufzuholen und um vor allem auch an der Ausbeutung der zahlreichen Rohstoffe in dieser Region teilzuhaben. Die ASEAN-Länder verfügen über außergewöhnlich umfangreiche natürliche Ressourcen. Sie sind Hauptlieferanten von Naturkautschuk (80%), Abaca-Fasern (80%), tropischen Harthölzern (75%), Palmöl (60%) und Kokosnuß (50%) sowie bedeutende Erzeuger von Öl, Zinn, Kupfer, Zucker, Kaffee, Reis und Tabak. Mittlerweile zeigen sich unmittelbar erste politische Konsequenzen des verstärkten EG-Engagements in Südostasien: Die ASEAN-Staaten, die in der UNO dem Regime von Pol Pot zur Anerkennung als Regierungsvertretung von Kambodscha verholfen hatten, schlossen sich im März 1980 der Forderung der EG-Staaten an, wonach die Sowjetunion ihre Truppen aus Afghanistan zurückziehen und das Land einen blockfreien Status erhalten solle. Interessant, weil das gestiegene außenpolitische Gewicht der EG beleuchtend, ist die Tatsache, daß zum erstenmal damit eine Gruppe von Staaten der Dritten Welt Vorstellungen der EG zur internationalen Lage aufgriff und unterstützte.

Das Mittelmeer als „mare nostrum" der EG?

Seit Anfang der 70er Jahre hat das Interesse der EG an der Mittelmeerregion zugenommen. Politische, wirtschaftliche und militärische Gründe spielen dabei eine Rolle. In etlichen Ländern sind die politischen Herrschaftsverhältnisse – z.T. nach Überwindung faschistisch-auritärer Systeme – labil geworden. Sozialistische Entwicklungen und eine Trennung vom westlichen Lager erscheinen möglich. Die Funktionstüchtigkeit der NATO wurde an ihrer Südost-Flanke durch den Konflikt zwischen der Türkei und Griechenland in Frage gestellt. Wirtschaftlich gesehen, richten die EG-Staaten ihr Interesse auf die Mittelmeerstaaten, um einerseits die Ölversorgung zu sichern und andererseits neue Exportmärkte und Anlagesphären für Kapitalexporte zu gewinnen[64]). Die Handelsbeziehungen der Mittelmeerländer sind in starkem Maße auf die EG ausgerichtet, bei Ein- und Ausfuhren spielt die

63) Vgl. EG-Kommission, ASEAN . . . , a.a.O., S. 7.

64) An dieser Stelle kann nur knapp zusammengefaßt werden, was vom Verfasser anderswo ausführlicher entwickelt wurde; vgl. also: H.-J. Axt/F. Deppe, Europaparlament . . . , a.a.O., S. 149 ff. Und H.-J. Axt, Politische Stabilisierung durch ökonomische Verflechtung – Die Europäische Gemeinschaft und die Mittelmeerländer (i.E.). Auf die Erweiterung der EG um Griechenland, Portugal und Spanien kann hier nicht eingegangen werden. Sie ist in beiden angeführten Arbeiten umfassender analysiert worden. Auf ausführliche Belege zur Mittelmeerpolitik der EG wird mit Verweis auf die o.a. Arbeiten verzichtet.

Gemeinschaft die dominante Rolle. Ausnahmen sind lediglich Ägypten, von dessen Ausfuhren ein hoher Teil in die sozialistischen Länder geht, und der Libanon. Bei den Handelsbeziehungen Jugoslawiens, Griechenlands, der Türkei und Portugals stellt die Bundesrepublik den wichtigsten Handelspartner dar, bei Ägypten und Israel nimmt sie den zweiten Rang ein. Die enge wirtschaftliche Verflechtung zwischen Mittelmeer- und EG-Ländern – und hier besonders der Bundesrepublik – ist Voraussetzung wie auch Ergebnis der mit der EG schon bald nach ihrer Gründung abgeschlossenen Assoziierungs- bzw. Präferenz-Abkommen. 1961 wurde das erste Abkommen mit Griechenland geschlossen, dem 1963 ein Abkommen mit der Türkei folgte. Beide Abkommen sehen die schrittweise Verwirklichung einer Zollunion, Maßnahmen zur Harmonisierung der Wirtschaftspolitik und sozialen Vorschriften sowie eine Öffnung des EG-Arbeitsmarktes vor. Nichtpräferenzielle Handelsabkommen wurden 1964 mit Israel und 1965 mit dem Libanon geschlossen. Assoziierungsvereinbarungen mit Marokko und Tunesien folgten 1969. Weitere Abkommen wurden 1970 mit Israel, Spanien, Ägypten, dem Libanon und Zypern vereinbart.

Angesichts der Tatsache, daß die Vielzahl der Verträge unterschiedliche Regelungen vorsah, einigte sich der EG-Ministerrat 1972 auf Grundzüge einer Mittelmeerpolitik, das „Globalkonzept für den Mittelmeerraum". Im Interesse der Erhaltung westlicher Positionen war ein verstärktes westeuropäisches Engagement erforderlich geworden, hatten doch nationalrevolutionäre Bewegungen in den arabischen Staaten an Bedeutung gewonnen und war die Rolle der USA im Mittelmeerraum eingeschränkt worden. Daß die Gemeinschaftsländer z.T. früher von den USA eingenommene Positionen im Mittelmeerraum übernehmen, bedeutet nach ihrem Selbstverständnis nicht, daß die USA gänzlich verdrängt werden sollen; vielmehr folgen sie dem Konzept einer wechselseitigen Arbeitsteilung. Das militärische und diplomatische Potential der USA gilt als unverzichtbar, die EG-Staaten bauen auf amerikanische „Sicherheitsgarantien". Obgleich die EG-Länder vorrangig ihren Einfluß in der Mittelmeerregion ausweiten sollen, kommt es nach dem Konzept der Arbeitsteilung zwischen Westeuropa und den USA darauf an, daß die „Einheit des Westens" erhalten bleibt. Dies bedeutet allerdings nicht den Verzicht der EG-Länder auf eigenen, in Konkurrenz zu den USA realisierten ökonomischen und politischen Vorteil[65]). Die Basis der Beziehungen zwischen EG und Mittelmeerländern sieht man in der Herstellung enger wirtschaftlicher Bindungen. Technische Hilfe, Wissensvermittlung, Ausbildungs- und Finanzhilfen und Investitionen gelten als Voraussetzungen, damit wirtschaftliches Engagement politische Stabilität gewährleisten kann.

Die globale Mittelmeerpolitik strebt den Abschluß von Abkommen mit allen Mittelmeeranrainern (und mit Jordanien) an, wobei eine vollständige Öffnung des EG-Marktes für Industriewaren, ein präferenzieller Zugang für

65) Vgl. mit dieser Intention U. Steinbach, Eine europäische Mittelmeer/Nahostkonzeption – von Süden aus gesehen, in: Europa und die arabische Welt, Bonn 1975, S. 233–291, hier S. 283 f.

Agrarwaren, wirtschaftliche Kooperation, technische und finanzielle Hilfe das Angebot der EG an die Mittelmeerstaaten darstellen[66]). Die Tatsache, daß Frankreich und Italien bezüglich der Produktion von Wein, Obst und Gemüse mit den Mittelmeerländern konkurrieren, erschwert die Möglichkeiten der EG zu Zugeständnissen bzw. erfordert zumindest für die beiden EG-Staaten die Gewährung von Kompensationszahlungen. Vor- und Nachteile einer engeren Zusammenarbeit mit den Mittelmeerländern sind überhaupt ungleich auf die einzelnen EG-Länder verteilt: Beeinträchtigen Handelskonzessionen im landwirtschaftlichen Bereich die Agrarproduzenten in Frankreich und Italien (deren Verluste allerdings über den EG-Haushalt wettgemacht werden dürften), so begünstigt die gewachsene Kaufkraft vor allem der Erdölländer jene EG-Exporteure, die den Handel mit fortgeschrittenen Investitionsgütern beherrschen, was die dominante Stellung der Bundesrepublik erklären hilft.

Zwischen 1975 und 1977 hat die EG mit den drei Maghrebländern Algerien, Marokko und Tunesien sowie den vier Maschrekländern Ägypten, Jordanien, Syrien und Libanon globale Kooperationsabkommen vereinbart. Der Export von gewerblichen Waren und Rohstoffen in die EG ist mit Ausnahme von einigen Erzeugnissen wie Korkwaren und Textilerzeugnissen von Zöllen und Kontingenten befreit. Die Zollkonzessionen im Agrarbereich sind an die Bedingung geknüpft, daß die in den jeweiligen Marktordnungen sowie in der Drittlandregelung der EG für Obst und Gemüse vorgesehenenen Referenz- und Mindestpreise eingehalten werden, um die Gemeinschaftspräferenz zu erhalten. Die nur geringen Konzessionen ergeben sich aus der Tatsache, daß Frankreich und Italien sowie die Beitrittskandidaten zur EG Griechenland, Portugal und Spanien ähnliche Agrarerzeugnisse wie die übrigen Mittelmeerländer herstellen. Die anstehende Erweiterung der EG schränkt also bereits die Möglichkeiten der Gemeinschaft zur Einräumung von handelspolitischen Zugeständnissen ein. In den Verträgen haben sich die EG-Staaten allerdings für den Fall krisenhafter Entwicklungen auch selbst Schutzmaßnahmen zugunsten ihrer Produzenten vorbehalten. Während das Abkommen der EG mit Ägypten noch die Einräumung von ägyptischen Zollsenkungen bei Industriewarenimporten vorsieht, verzichtete die EG bei den übrigen Abkommen auf die Reziprozität der Handelspräferenzen. Die Mittelmeerländer erhalten also einen erleichterten Zugang zum EG-Markt, ohne daß sie ihre Zölle senken müssen. Langfristig ist gleichwohl an die Errichtung einer Freihandelszone gedacht. Die Herstellung der freien Arbeitskräftewanderung in die EG, wie sie das Abkommen mit der Türkei vorsieht, wurde den Maghreb- und Maschrek-Ländern von der EG verwehrt. Neben der Gewährung finanzieller Hilfen, wirtschaftlicher und technischer Zusammenarbeit sehen die Vereinbarungen auch die Förderung privater Investitionen aus dem EG-Raum vor. Wenn auch die EG nicht die umfassende Handelsfreiheit in den Abkommen herstellen konnte, soe wurde ande-

66) Vgl. ausführlicher H. Andresen, Über die Verwirklichung einer gemeinschaftlichen Mittelmeerpolitik; in: Europa und die arabische Welt, a.a.O., S. 293–326.

rerseits doch der unmittelbare Erfolg für die EG-Länder darin gesehen, daß westeuropäische Unternehmen nun eher vor Maßnahmen arabischer Staaten, die gegen Israel gerichtet sind, geschützt sind[67]).

Das zwischen Griechenland und der EG geschlossene Abkommen sieht die Assoziierung in Form einer Zollunion vor. Während die EG Griechenland von Anfang an die Zollbegünstigungen gewährte, die zwischen den EG-Ländern angewandt werden, senkte Griechenland bis 1974 seine Zölle, kann den Zollabbau jedoch über insgesamt 22 Jahre erstrecken. Das mit Israel abgeschlossene Abkommen entspricht weitgehend den mit den Maghreb- und Maschrek-Ländern getroffenen Vereinbarungen. Während die EG ihre Zölle für Industriewaren-Importe beseitigte, sind die israelischen Zölle bis 1985 abzubauen. Ein zwischen Jugoslawien und der EG 1973 vereinbartes nichtpräferenzielles Abkommen sieht in der Hauptsache die Anwendung der Zoll-Meistbegünstigung vor. Als sich der Gesundheitszustand von Staatschef Tito rapide verschlechterte, bemühte sich die EG um einen beschleunigten Abschluß eines neuen Kooperationsabkommens mit Jugoslawien. In dem 1980 abgeschlossenen Vertrag über Handel und Zusammenarbeit zwischen der EG und Jugoslawien werden Jugoslawien die Privilegien eines Mittelmeerlandes eingeräumt, wobei es zusätzlich nur noch für 29 Erzeugnisse Mengenbeschränkungen geben wird. In Form von neuen Krediten der Europäischen Invetitionsbank gewährt die EG Finanzmittel in Höhe von 260 Mio Dollar. Will die EG mit diesen Zugeständnissen eine engere Anlehnung Jugoslawiens an die übrigen sozialistischen Länder behindern, so ist bereits kritisch betont worden, daß man von Jugoslawien „wirksamere Gegenleistungen und Garantien" hätte verlangen müssen. Eine ähnliche Jugoslawien entgegenkommende Politik des Westens in den 50er Jahren habe nämlich die Aussöhnung zwischen Tito und Chruschtschow nicht verhindern können[68]). Macht dieses Beispiel die politisch motivierten Ambitionen der EG bei der Einräumung von wirtschaftlichen Zugeständnissen, bei der Erleichterung des Zugangs zum Gemeinsamen Markt deutlich, so treten doch auch die Grenzen dieser Intentionen hervor: Weder kann die EG unbegrenzt Präferenzen zugestehen, noch kann sie das Streben vieler Länder nach Unabhängigkeit außer Kraft setzen. So wie sich die ASEAN-Staaten zusammengeschlossen haben, um der EG, als regionale Vereinigung die Politik des „divide et impera" erschwerend, größere Zugeständnisse abringen zu können, so hat Jugoslawien den Abschluß des neuen Vertrags mit der EG ausdrücklich mit dem Streben begründet, nicht von anderen Ländern abhängig zu werden und seine Unabhängigkeit – also auch gegenüber der EG – zu behalten.

Mit Malta hat die EG ein Assoziierungsabkommen vereinbart, das in einer ersten Stufe die Senkung der EG-Zölle um 70 und der Zölle Maltas um 35%

67) Vgl. W. Vogel, Die Maghreb- und Maschrek-Staaten im Rahmen der europäischen Mittelmeerpolitik, in: H. Hasenpflug (Hrsg.), Die EG-Außenbeziehungen . . . , a.a.O., S. 289–304, hier S. 302.

68) Vgl. FAZ v. 2. 4. 1980. Ferner: „Euroforum" v. 14. 3. 1980. EG-Kommission, Jugoslawien und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, in: „Europa Information: Auswärtige Beziehungen", Nr. 20, Brüssel 1979.

vorsieht. Zum Schutz der maltesischen Wirtschaft wird eine Reihe von Waren ausgenommen. Das 1972 mit Portugal abgeschlossene Abkommen sieht die progressive Errichtung einer Freihandelszone für gewerbliche Waren vor. Seit 1976 kann Portugal zollfrei in die Gemeinschaft exportieren, die portugiesischen Zölle müssen dagegen erst bis 1985 beseitigt sein. Das mit Spanien vereinbarte Präferenzabkommen sieht dagegen geringere Zugeständnisse der EG vor, da Spaniens Industrie bereits ein potenter Konkurrent für manche EG-Produzenten ist. Der Türkei hat die Gemeinschaft Zollfreiheit mit Ausnahme von Textil- und Erdölprodukten eingeräumt. Seit 1972 besteht zwischen Zypern und der EG ein Assoziationsbabkommen, das für Zypern bis 1977 eine Zollsenkung in Höhe von 70% zugesteht. Die Vielzahl der einzelnen Handelsabkommen der EG mit den Mittelmeerländern bietet EG-Unternehmen – bei mehr oder weniger großen Zugeständnissen der Gemeinschaft – nicht nur einen erleichterten Zugang zu den Märkten der Mittelmeerländer, was zu Konflikten mit den USA führt , die durch eine Präferenzzone der EG im Mittelmeerraum ihre ökonomischen Positionen gefährdet sehen. Man rechnet auch damit, daß die „Verbesserungen auf dem Handelsgebiet . . . wahrscheinlich auch allgemeinpolitisch günstige Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Mehrzahl der Mittelmeerländer andererseits haben". Das vom Globalkonzept der EG verfolgte Ziel wird darin gesehen, daß die Mittelmeer-Region „nicht politisch labil und anfällig bleibt"[69]). Derartigen Intentionen sind auch die gegenwärtigen Finanzhilfen des Internationalen Währungsfonds und der OECD für die Türkei untergeordnet. Positive Auswirkungen dieser Hilfe bezüglich der Entwicklung der türkischen Wirtschaft werden dabei gering eingeschätzt, die Arbeitslosigkeit soll sich sogar noch erhöhen und die Inflation beschleunigen. Aber die von den 17 OECD-Staaten gewährte Kredithilfe in Höhe von 1,16 Mrd. Dollar soll die Warenversorgung des Landes, also die Exportmöglichkeiten der kreditgebenden Länder in die Türkei erhöhen[70]). Die Kreditgeber finanzieren selbst die Verbesserung ihrer eigenen Marktexpansion, indem sie dafür sorgen, daß die Türkei diese Importe auch bezahlen kann. Daß die Bundesregierung sich in diesem Zusammenhang besonders engagierte – Bundesfinanzminister Matthöfer bemühte sich selbst um das Zustandekommen des Kredits –, wird verständlich, wenn man bedenkt, daß die bundesdeutschen Unternehmen den größten Teil der türkischen Importe auf sich vereinigen. Die EG-Länder sehen jedoch nicht bloß ihre Handelsbeziehungen mit der Türkei gefährdet; gemeinsam mit den USA befürchtet man, daß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes auch seine Einbindung in das westliche Bündnis gefährden können. Es kennzeichnet die im westlichen Bündnissystem eingetretenen Veränderungen, daß die Aufgabe der weiteren Einbindung der Türkei in das NATO-Bündnis zwar gemeinsam von den USA und den westeuropäi-

69) M. Müller, Die Handelsregelungen mit den Mittemeerländern, in: R. Regul (Hrsg.), Die Europäischen Gemeinschaften und die Mittelmeerländer, Baden-Baden 1977, S. 119–134, hier S. 134.
70) Vgl. FR v. 21. 5. 1980.

schen Ländern finanziert wird, daß die „Federführung" dabei jedoch in den Händen der EG-Länder, besonders der Bundesrepublik, liegt. Hierin kommt die gewachsene internationale Bedeutung der Länder Westeuropas ebenso zum Ausdruck wie die auch von den USA zu akzeptierende Dominanz der EG in bestimmten Regionen. Neben dem Mittelmeerraum ist hier vor allem Schwarzafrika zu nennen.

Möglichkeiten und Grenzen eines globalen EG-Engagements

Angesichts wachsender internationaler Aktivitäten der EG-Länder hat Bundesaußenminister Genscher möglicher Kritik dadurch zu begegnen versucht, daß er versicherte: „Wir streben nicht nach Einflußsphären in der Dritten Welt, wir wollen keine Ideologien exportieren, wir wollen vielmehr eine Welt, in der die Nationen ihre politische, wirtschaftliche und kulturelle Lebensform selbst bestimmen und in der sie partnerschaftlich und gleichberechtigt zusammenarbeiten."[71]) Andererseits wurde die EG vor dem Hintergrund verstärkten internationalen Engagements als erstes organisiertes Gebilde des „kollektiven Neokolonialismus" und als eines der „drei imperialistischen Zentren" neben den USA und Japan bezeichnet[72]). Beide Kennzeichnungen sind geeignet – aus jeweils diametral entgegengesetzter Sicht –, einige wichtige Spezifika der Art und Weise, wie die EG überhaupt international Politik betreiben und Einfluß gewinnen kann, u zu verkennen. Außenminister Genscher, bemüht um die Legitimation: Die Außenpolitik der Bundesrepublik wie der EG habe dem kolonialen Muster der Beziehungen zwischen entwickelten und wenig entwickelten Ländern abgeschworen. Was er nicht erwähnt, ist die Tatsache, daß es sich hierbei weniger um einen freiwilligen Verzicht seitens der EG-Länder handelt, als vielmehr darum, daß die gewachsene Bedeutung und Stärke der Entwicklungsländer expansive Bestrebungen zwar nicht verhindert, ihnen jedoch Grenzen setzt.

Eben dies zwingt auch die EG zu jener spezifischen Form der „Anbindung" von bestimmten Ländern und Regionen der Dritten an die Erste Welt: Die EG-Länder sind gezwungen, z.T. massive ökonomische Zugeständnisse zu machen, um Einfluß in den Entwicklunsgländern zu gewinnen und diesen zu stabilisieren. Heute ist z.B. ein Abkommen wie das von Lomé erforderlich, um in den Ländern Schwarzafrikas Exportmärkte, Kapitalanlagesphären und gesicherten Zugang zu Rohstoffen zu erlangen. Die EG-Länder müssen mehr an Vorleistungen investieren, um politischen Einfluß gewinnen zu können. Die z.T. nicht unbeträchtliche Einräumung von ökonomischen Zugeständnissen bessert dabei durchaus das Image der EG in der Dritten Welt auf, sieht man in ihr doch mehr als etwa in den USA einen Kooperationspartner, der Zugang zum bedeutenden EG-Markt verschaffen und Beteiligung an verschiedenen finanziellen Leistungen gewähren kann. Die von der EG einge-

71) H.-D. Genscher, in: Auswärtiges Amt, Dritte Welt . . . , a.a.O., S. 82.

72) Vgl. z.B. P. Friedländer/G. Liebscher, Neokolonialismus in der Krise, Berlin (DDR) 1978, S. 97. N. Lehmann u.a., USA, Westeuropa, Japan – imperialistische Zentren der Rivalität, in: IPW-Forschungshefte", Berlin (DDR), 1/1976. Autorenkollektiv, Westeuropa in der heutigen Welt, Köln 1980.

räumten Zugeständnisse sind zwar für viele vom Zugang zum EG-Markt abhängige Länder von zentraler Wichtigkeit und für sie kaum ersetzbar. Dies sollte jedoch andererseits nicht darüber hinwegtäuschen, daß die EG-Länder, die sich dieser Zwänge bewußt sind, massiv ihre Eigeninteressen in den Außenbeziehungen vertreten. Was die Auffassung von den „drei imperialistischen Zentren" EG–USA–Japan allzu schnell übersehen kann, sind Spezifika der EG-Außenbeziehungen wie der EG-Vergemeinschaftung selbst.

Aus den angeführten Gründen wäre eine Außenwirtschafts- und Außenpolitik der EG nach dem traditionellen imperialistischen Muster nicht mehr möglich. Die Gemeinschaft muß sich vielmehr einer mit ökonomischen Zugeständnissen garnierten „Anbindungs"-Strategie bedienen, um politische Zwecksetzungen zu erreichen. Dieser Strategie sind jedoch Grenzen gesetzt, die mittlerweile auch schon real zutage getreten sind: Je mehr Präferenzen die EG einigen Ländern im Handelsbereich einräumt, desto weniger kann sie dasselbe anderen Ländern und Regionen gegenüber tun. Erweitert z.B. der Beitritt von Griechenland, Portugal und Spanien zur EG deren politisches und ökonomisches Gewicht gerade im Mittelmeerraum, so erschwert dies gleichzeitig die Handlungsfähigkeit der EG z.B. gegenüber den Staaten des nördlichen Afrikas, die in vielen Bereichen mit den neuen Gemeinschaftsländern um neue Märkte konkurrieren. So wirksam die ökonomische Anbindung auch ist, weil sie indirekt wirkt und reale Vorteile bringt, erweist sich doch auch ihre Begrenztheit als Basis der EG-Außenpolitik. Außenwirtschaftspolitik ist Voraussetzung wie auch Rahmen und Eingrenzung einer EG-Außenpolitik. Schließlich sind Veränderungen im Verhältnis zwischen Westeuropa und den USA zu berücksichtigen, wenn man die internationalen Handlungsmöglichkeiten der EG bestimmen will.

Unter dem Titel „Deutschland – der zögernde Verbündete" hat das amerikanische Wirtschaftsmagazin „Business Week" die Veränderungen in den transatlantischen Beziehungen darin gesehen, daß Bundeskanzler Schmidt Gefahr laufe, die Beziehungen und Verpflichtungen der Bundesrepublik zur westlichen Allianz zu untergraben. Die amerikanische Zeitschrift begründet dies mit der Bereitschaft Schmidts, den sowjetischen Staatschef zu treffen, mit der angeblichen Ankündigung, die Stationierung neuer Nuklearwaffen bis nach Abrüstungsverhandlungen mit der UdSSR zurückzustellen, und mit der zögernden Bonner Haltung bei der Beschlußfassung über den Olympia-Boykott. Demgegenüber komme es aber darauf an, daß die Bundesrepublik und die USA die „neue wirtschaftliche Stärke und den politischen Willen der Bundesrepublik mit der militärischen und wirtschaftlichen Macht Amerikas ins gleiche Geschirr spannten"[73]). Zwar ist die in diesem Zusammenhang geäußerte Vorstellung, die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung könne sich einer neutralitätsorientierten Außenpolitik zuwenden, völlig wirklichkeitsfremd, doch wird zutreffend auf die Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen den USA einerseits und den EG-Ländern, besonders der

73) Sol Sanders, in „Business Week", zitiert nach FAZ v. 28. 5. 1980.

Bundesrepublik, andererseits aufmerksam gemacht. Die ökonomisch und politisch stärker gewordene Position der westeuropäischen Länder charakterisiert auch deren internationale Aktivitäten. Während früher die uneingeschränkte Dominanz der USA die „Regulierung" der Weltwirtschaft, die Abwehr bzw. Einbindung von nationalen Befreiungsbewegungen und Linksentwicklungen im globalen Maßstab besorgte, entsteht heute ein kompliziertes Geflecht mehr oder weniger stark zwischen den EG-Staaten und den USA koordinierter Aktionen[74]).

Es bildet sich eine Form transatlantischer „Arbeitsteilung" heraus, die den EG-Ländern in bestimmten Regionen eine dominante Rolle zuweist. In Afrika und im Mittelmeerraum wird die EG der entscheidende Repräsentant entwickelter kapitalistischer Länder, in Lateinamerika und Südostasien werden die EG-Länder bei Beibehaltung des amerikanischen Einflusses stärker aktiv. Die Gemeinschaftsländer bauen dabei auf ihre wirtschaftliche Stärke und binden ihre Interessenzonen vornehmlich durch die Ausweitung ökonomischer Beziehungen ein. Dies widerspiegelt die grundsätzlich das Verhältnis zwischen USA und EG bestimmende Ambivalenz: Bezogen auf die Aussage von den „drei imperialistischen Zentren" wird nämlich im militärischen Bereich überwiegend *ein* Zentrum, das atlantische, angestrebt, während die Entwicklung der ökonomischen und auch politischen Beziehungen immer wieder drei solche Zentren schafft. Mithin kennzeichnen Konkurrenz *und* Kooperation stärker, als dies nach 1945 je der Fall war, die Beziehungen zwischen Westeuropa und den USA. Diese Ausdifferenzierung und Komplizierung der internationalen Beziehungen führt einerseits zu einer größeren Flexibilität der westlichen Länder, zwingt ständig zur Anpassung außenpolitischer Strategien, andererseits bieten sich aber auch Vorteile für die Länder der Dritten Welt: Sie können den entwickelten kapitalistischen Staaten und besonders den westeuropäischen Ländern, deren außenpolitische Strategie außenwirtschaftlich fundiert ist, größere ökonomische Zugeständnisse abringen und – in gewissen Grenzen – die Konkurrenz und Rivalität zwischen EG und USA zu ihren Gunsten nutzen. Dies versuchen die EG-Länder, vor allem die Bundesrepublik, zwar zu verhindern, doch steht das ökonomische Eigeninteresse der EG-Länder an der globalen Sicherung von Märkten, Kapitalanlagesphären und der Rohstoffzufuhr einer derartigen Harmonisierung immer wieder entgegen.

Obendrein ist ein einheitliches Auftreten der EG-Länder immer von deren interner Kompromißfähigkeit abhängig. Es gibt schließlich nur die außenpolitische Koordination im Rahmen der EPZ und nicht ein „EG-Außenministerium", also eine gemeinschaftliche Außenpolitik. So sehr die gewachsene Stärke der Bundesrepublik auch den übrigen EG-Ländern Vorteile bringt, weil sie die Bedeutung der EG gegenüber dritten Ländern erhöht, so wenig

74) Zur Entwicklung des Verhältnisses zwischen USA und EG vgl. ausführlicher: H.-J. Axt/F. Deppe, Europaparlament . . . , a.a.O., S. 138 ff. Zur amerikanischen Diskussion des „Trilateralismus" als Form der Arbeitsteilung zwischen USA, der EG und Japan vgl. jetzt auch B. Greiner, Amerikanische Außenpolitik von Truman bis heute, Köln 1980, S. 162 ff.

kann übersehen werden, daß dadurch innerhalb der Gemeinschaft auch Gegenkräfte gegen eine bundesdeutsche Dominanz gestärkt werden – was ein einheitliches und abgestimmtes außenpolitisches Verhalten der EG erschwert. Die Begegnung des französischen Staatspräsidenten Giscard d'Estaing mit dem sowjetischen Regierungschef Leonid Breschnew in Warschau war denn auch Ausdruck des französischen Strebens, die außenpolitischen Aktivitäten der westeuropäischen Länder gegenüber den sozialistischen Staaten nach der Verschärfung der internationalen Lage nicht allein oder auch nur vorrangig der Gestaltung durch die Bundesregierung (Reise des Bundeskanzlers nach Moskau) zu überlassen. Es ist daher auch angesichts dieser Zusammenhänge problematisch, die EG einfach als ein (einheitliches) „Zentrum" zu bezeichnen, das nun stärker auch in globalen Dimensionen Einfluß ausübt. Die internationale Handlungsfähigkeit der EG ist schließlich nicht nur von externen, sondern gerade auch von internen Bedingungen der „Gemeinschaftsbildung" in Westeuropa abhängig, und diese wird ebenso wie das globale Verhältnis zwischen EG und USA durch Kooperation und Konflikt gekennzeichnet.

Autorenkollektiv

Westeuropa in der heutigen Welt

640 Seiten, Leinen
mit Schutzumschlag, DM 38,–
ISBN 3-7609-0501-3

Aus dem Inhalt: Die ökonomischen und politischen Beziehungen Westeuropas mit den anderen Zentren und mit den Entwicklungsländern – Die Veränderung der wirtschaftlichen Positionen der drei Zentren und die Rivalität in den Entwicklungsländern – Die Expansion im Mittelmeerraum – Der westeuropäische kollektive Neokolonialismus – Westeuropa im System der gesamteuropäischen politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit – Fördernde und hemmende Tendenzen im Prozeß der militärischen Entspannung in Europa.

Pahl-Rugenstein

„Redemokratisierung" in Brasilien

Möglichkeiten und Grenzen des ökonomischen Aufstiegs einer Schwellenmacht

Von Josef Schmitz

Wir veröffentlichen nachstehend den ersten Teil einer Brasilien-Analyse des Lateinamerikaexperten Josef Schmitz, dessen tragischer Tod Mitte Juli d. J. uns tief erschüttert hat. Der zweite Teil seiner Arbeit – hier werden die wesentlichen innenpolitischen Entwicklungen der letzten Jahre behandelt – wird unter dem Titel „,Redemokratisierung' in Brasilien – Fortsetzung der Diktatur mit anderen Mitteln?" in einer der nächsten Ausgaben der „Blätter" erscheinen. D. Red.

In Lateinamerika kommt Brasilien – vor Argentinien und Mexico das inzwischen wohl wichtigste „Schwellenland" des Subkontinents[1]) – in bezug auf den seit einiger Zeit feststellbaren Trend zur „Redemokratisierung" der herrschenden Militärregime[2]) eine zentrale Bedeutung zu. Als flächen- und bevölkerungsmäßig mit Abstand größtes Land Lateinamerikas gehört es mittlerweise auch zu den am weitesten industrialisierten Staaten der Dritten Welt, und gegenüber seinen kleineren, weniger entwickelten Nachbarländern spielt Brasilien zunehmend eine (sub)imperialistische Rolle, auf deren ökonomische Begründung noch einzugehen sein wird. Die mit der am 15. März 1979 erfolgten Übernahme der Präsidentschaft durch den ehemaligen Geheimdienstchef General João Baptista Figuereido eingeleitete neue Phase in der Entwicklung der seit 1964 bestehenden Militärdiktatur charakterisiert die brasilianische Version des Übergangs zu einer „begrenzten und gelenkten Demokratie".

Vorbereitet wurde dieser schon während der Präsidentschaft von General Geisel (1974–79), und das Hauptziel ist dabei zunächst einmal die Errichtung einer autoritären Präsidialrepublik mit Zügen eines bürgerlich-parlamentarischen Systems. In ihr soll zwar die offene Willkürherrschaft der vergangenen Jahre reduziert werden, ohne aber der Opposition auch nur annähernd gleiche Chancen einzuräumen. Sie wird vielmehr weiterhin durch eine Unzahl von Maßnahmen so offen diskriminiert, daß sie selbst dann keinen

1) Obwohl der Industrialisierungsgrad Brasiliens unter dem Argentiniens und Mexikos liegt, ist, quantitativ gesehen, der Ausstoß der Industrie Brasiliens dominierend; alle drei Länder zusammen stellen drei Viertel des Nettoproduktionswertes der verarbeitenden Industrie Lateinamerikas (vgl. Wiktor Wolski, „Relative Reife, unbedingte Abhängigkeit. Zur Charakteristik des lateinamerikanischen Kapitalismusmodells", in: „Probleme des Friedens und des Sozialismus", 6/1979, S. 798).

2) Vgl. dazu den Aufsatz vom Verfasser „Lateinamerika – Redemokratisierung und Systemsicherung im Übergang ‚Zu den 80er Jahren'", in: „Blätter", 6/1980, S. 685–700.

entscheidenden Einfluß gewinnen kann, wenn sie – wie bei den „Wahlen" vom November 1978 – die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhält[3]).

Dennoch findet in Brasilien momentan trotz aller Restriktionen ein im Vergleich zu früher relativ breit angelegter, gleichwohl janusköpfiger Liberalisierungsprozeß statt. Obwohl in systemstabilisierender Absicht „von oben" eingeleitet (und vom sanften Druck der USA begleitet), hat er inzwischen eine unvermeidbare Eigendynamik entwickelt und die Opposition erheblich gestärkt. Diese Entwicklung ist nur zu verstehen vor dem Hintergrund der seit 1974 andauernden Krise des „Brasilianischen Wirtschaftswunders", wie die von 1967–74 andauernde Phase einer raschen Steigerung der Industrieproduktion des Landes, (in der westliche Entwicklungsstrategen schon den gelungenen Versuch der „Überwindung der Unterentwicklung" ohne Abkopplung vom Weltmarkt und ohne innere Strukturreformen erkannt zu haben glaubten) auch hierzulande häufig genannt wurde.

Das neue Akkumulationsmodell[4])

Die Machtergreifung des Militärs am 15. April 1964 beendete auch in Brasilien die seit Anfang der 30er Jahre bestehende populistische Phase[5]). Der als klassenübergreifende, nationalistische Ideologie zur Durchsetzung einer „importsubstituierenden Industriealisierung" (ISI) (bis etwa Mitte der 50er Jahre) konzipierte Populismus hatte sich aufgrund der gewandelten ökonomischen Voraussetzungen zunehmend als unbrauchbar zur politischen Absicherung der weiteren Entwicklung des Kapitalismus in Brasilien erwiesen.

Da das neue Modell – im Gegensatz zur nationalkapitalistischen, auf die Herstellung einfacher Konsumgüter orientieren ISI – vorwiegend auf der Heranziehung des sich rasch entwickelnden transnationalen Kapitals und der Produktion hochwertiger Konsumgüter (mit der Automobilbranche als Motor) für die Mittel- und Oberschicht des Landes sowie für den Export beruht, war die ohnehin latent instabile populistische Allianz von nationaler Bourgeosie, Mittelschichten, Industriearbeiterschaft und bäuerlichen Sektoren nicht mehr aufrechtzuerhalten. Der Putsch des Militärs erfolgte[6]), als das

3) „Lateinamerika Nachrichten" (vormals: „Chile Nachrichten"), Berlin (West) (im folgenden zit. als LN bzw. CN), Nr. 66 (Dezember 1978, S. 31, oder „Antiimperialistisches Informationsbulletin", 2/1979, S. 34.

4) Vgl. dazu die kurze, aber sehr gute Analyse von Thomas Hurtienne, „Zur Entstehungsgeschichte, Struktur und Krise des brasilianischen Akkumulationsmodells" in: „Lateinamerika, Analysen und Berichte" 1; v. Bennholdt-Thomsen u.a. (Hrsg.), Berlin (West) 1977, S. 70–96, sowie die Länderberichte Brasilien in den Folgebänden 2 (1978) und 3 (1979), S. 227 ff. bzw. 222 ff. (im folgenden zitiert als LAB 1 etc.); Fernando Henrique Cardoso, „Brasilien: Die Widersprüche der assoziierten Entwicklung", in: Lateinamerika: Faschismus oder Revoluttion, H. R. Sonntag (Hrsg.), Berlin (West) 1974, S. 33–62; ders., „Das brasilianische Entwicklungsmodell. Daten und Perspektiven", in: „Probleme des Klassenkampfes", Nr. 6; Paulo Schilling, „Brasilien: Der beschleunigte Ausverkauf", in: „Sozialistische Politik", Nr. 5 und 6/7; interessantes Datenmaterial auch in Sandaglia/Rescher, „Aspekte der brasilianischen Entwicklung seit 1964", in: „Blätter", 4/1976, S. 438–451, um nur einige, leicht zugängliche Titel in deutscher Sprache zu nennen.

5) Vgl. z.B. die Darstellung bei León Bieber, „Der Konsolidierungsprozeß lateinamerikanischer Nationalstaaten und die Bemühungen um die Herstellung der Einheit Lateinamerikas seit 1880", Berlin (West), Diss./masch.. 1978, S. 84–95;

6) Vgl. etwa die Schilderung bei Marcio M. Alves, Brasilien – Rechtsdiktatur zwischen Armut und Revolution, Reinbek 1972, und dort die Hinweise in Anm. 10.

neue Modell seine erste Strukturkrise[7]) erlebte und die zunehmende Radikalisierung der Volksbewegung systemgefährdende Ausmaße annahm[8]). Die Überleitung der Wirtschaft in eine neue Wachstumsphase war – im Rahmen des gewählten Modells – nur noch durch extreme Repression gegenüber dem „Movimento Popular" sowie die Durchsetzung einer Reihe von Reformen möglich, die beide nur von einem relativ verselbständigten, terroristisch vorgehenden Staatsapparat ausgeführt werden konnten: Gewaltsame Disziplinierung von Gewerkschaften und Bauernligen durch die Einsetzung „gelber" Leitungen, Terror gegenüber den sozialrevolutionär gestimmten Basiszellen und rigoros durchgesetztes Verbot von Dachorganisationen. Hinzu kamen Parteienverbote, Verfolgung oppositioneller Parlamentarier, willkürliche Verhaftungen usw. Dabei erfolgte die wirklich umfassende Anwendung der Repression erst im Zug der ersten, selbst durch die bisherigen Maßnahmen nicht zu vermeidenden Krise des Militärregimes im Jahre 1968, die gekennzeichnet war durch Arbeiterstreiks vor allem in Osasco und Contagem[9]) sowie Massenaktionen von Studenten („Marsch der 100 000" in Rio nach der Ermordung eines Kommilitonen) und anderen Teilen der städtischen Mittelschichten (angeheizt noch durch Massenentlassungen von Staatsangestellten) gegen die drastische Senkung des Lebensstandards.

Mit der berüchtigten „Institutionellen Akte Nr. 5" und dem „Gesetz über die Nationale Sicherheit" vom Dezember 1968 bzw. September 1969 wurde das noch von der Diktatur selbst geschaffene „parlamentarische Zweiparteiensystem aus ARENA (Regierungspartei) und MDB („Opposition") vollends zur Farce. Systematische Anwendung der Folter, massenhafte Erschießung von Regimegegnern und angeblichen Kriminellen durch paramilitärische Banden (bis heute sind allein der „Esquadrão da morte" („Todesschwadron") nach Angaben der Zeitung „Journal do Brasil" über 4000 Menschen zum Opfer gefallen) sowie Deportationen fegten die letzten Reste der Rechtsstaatlichkeit hinweg; Pressefreiheit, Gewaltenteilung und Immunität der Abgeordneten wurden vernichtet[10]).

Komplementär zur Doktrin der „Segurança Nacional"[11]), in deren Rahmen die Ansätze des Aufbaus einer (vorwiegend städtischen) Guerilla[12]) als weiterer Vorwand zur permanenten Steigerung der Repression diente, entfaltete das Regime zur demagogischen Köderung der Unter- und Mittel-

7) Die Enge des Binnenmarktes erwies sich als entscheidende Hürde für ein rasches Wachstum; vgl. Hurtienne, „Zur Entstehungsgeschichte . . . .", S. 79.

8) Siehe z.B. die Schilderung bei Hans Füchtner, Die brailianischen Arbeitergewerkschaften, Frankfurt/M. 1972, S. 195 ff.; zu den Bauernligen z.B. Clodomir Moraes, „Peasant Leagues in Brazil", Agrarian Problems & Peasant Movements in Latenamerica, Rodolfo Stavenhagen (Hrsg.), Garden City/N.Y. 1970, S. 453–501.

9) Industrievorort von Sao Paulo, bzw. Stadt in Minas Gerais.

10) Dieser „Ato Institucional V", die brasilianische Version eines Ermächtigungsgesetzes, wurde im Oktober 1969 per Verfassungsänderung von der Regierung Médici bekräftigt.

11) Vgl. dazu etwa: „Chile Informativo" 125–126, Mexico o. J., mit Beiträgen von Ampuero, Minello und Cavalla.

12) Die bekannteste Gruppe war die von Carlos Marighela angeführte Organisation. Zu den Kontroversen über den bewaffneten Widerstand vgl. C. Marighela, „For the Liberaton of Brasil", Harmondsworth 1971, und Alves, Brasilien – Rechtsdiktatur . . . , S. 118 ff.

schichten die geopolitisch begründete Großmachtideologie eines bis zum Jahre 2000 zur Großmacht aufgestiegenen Brasilien[13]).

Demagogie und Repression bleiben bis heute die wichtigsten Säulen der Militärdiktatur – im Gegensatz etwa zum europäischen Faschismus wurden nie Versuche unternommen, eine Massenpartei oder -bewegung als Legitimationsbasis aufzubauen[14]). Vielmehr war das Hauptziel des sich technokratisch gebenden Regimes nach der Zerschlagung der populistischen, auf Massenunterstützung angelegten Strukturen (vor allen der am Sozialprogramm des 1954 von der Armee gestürzten Präsidenten Getulio Vargas orientierten „Brasilianischen Arbeiterpartei" (PTB)) die weitgehende Demobilisierung der Bevölkerung. Diese „soziale Atomisierung" Brasiliens war nur möglich durch die hohe Effizienz des mit starker Unterstützung der USA neu aufgebauten Unterdrückungsapparates aus Militär, (Militär-)Polizei und Geheimdiensten. Die Jahre 1969–74 unter der Präsidentschaft von General Garrastazú Médici repräsentierten dabei sowohl die Phase der größten wirtschaftlichen Prosperität wie auch gleichzeitig den Zeitraum der bis heute schärfsten Repression.

Die geschilderten Maßnahmen im gewerkschaftlichen und politischen Bereich waren die unabdingbaren Voraussetzungen für die neue Wirtschaftspolitik. Erst die Zerschlagung der Gewerkschaften ermöglichte die Oktroyierung des Prinzips der staatlich diktierten, nur einmal jährlich „angepaßten" und ständig hinter der Geldentwertung herhinkenden Mindestlöhne[15]). Die hierdurch erzielte radikale Reallohnsenkung, verbunden mit rascher Einkommenskonzentration[16]) und flankiert vom Aufbau eines neuen Systems der Konsumentenkredite war die Basis für die Ankurbelung der für das neue Modell zentralen Produktion dauerhafter Konsumgüter.

Während im Innern den Einkommensverlusten der Unterschichten eine wachsende Nachfrage nach Konsumgütern (Autos, elektrische Haushaltsgeräte, Unterhaltungselektronik usw.) durch die nunmehr immer reicher werdenden etwa 20 % der Bevölkerung (ca. 25 Mio.) gegenüberstand, wurden gleichzeitig staatliche Anreize zur Exportförderung („Miniabwertungen", steuerliche und kreditpolitische Erleichterungen etc.) geschaffen. Die Erwirtschaftung von Devisen ist für das zunehmend weltmarktintegrierte Entwicklungsmodell Brasiliens von zentraler Bedeutung, da die Überbetonung der Herstellung dauerhafter Konsumgüter einen vorläufigen Verzicht auf den Aufbau einer diversifizierten Produktionsgüter- und Zwischenprodukteindustrie implizierte. Dieser Bedarf konnte nur über eine rasante Steigerung der Importe in diesen Sektoren gedeckt werden.

13) Chefideologe ist hier General Golbery do Couto e Silva, der auch als Planer des Putsches von 1964 gilt und seit 1974 als graue Eminenz hinter Geisel und Figuereido steht. Vgl. sein Buch Geopolitica do Brasil, Rio de Janeiro 1967.

14) Vgl. dazu z.B. Emir Sader, „Fascismo y dictadura militar", in: „Chile – Amerika", No. 33/34, S. 111 ff., oder Cardoso, „Die Widersprüche . . . ", S. 43 ff.

15) Sandaglia/Rescher, „Aspekte der brasilianischen . . . ", S. 442; Hurtienne, „Zur Entstehungsgeschichte . . . ", S. 81; zum Arbeitereinkommen (gemessen in Mindestlöhnen) s. z.B. „Wirtschaftsbericht Lateinamerika" der Deutschen Überseeischen Bank, Januar 1979, S. 12/13.

16) Vgl. Hurtienne „Zur Entstehungsgeschichte . . . ", S. 85, sowie Anm. 51.

Parallel dazu wurde die wirtschaftliche Macht des brasilianischen Staates stark ausgebaut; die zur reibungslosen Entfaltung der neuen Wachstumssektoren wichtigen Bereiche wurden schrittweise vom Staat dominiert: Dienstleistungen, Infrastruktur, Primärgüter und Halbfabrikate sowie der zur Umverteilung des Volkseinkommens wichtige Banksektor. Durch riesige Infrastrukturprojekte (rascher Ausbau des Straßennetzes[17]), Erschließung des Amazonas-Beckens, gigantische Kraftwerkprojekte[18]) usw.) sowie die Übernahme und den Neuaufbau großer Unternehmen im Rohstoffsektor[19]) war es dem Staat möglich, die zur Anlockung des transnationalen Kapitals[20]) nötigen Voraussetzungen zu schaffen und die Rahmenbedingungen für den Aufbau der modernen Anlagen der verarbeitenden Industrie zu garantieren. Insgesamt kontrolliert der brasilianische Staat heute etwa 40 % aller wirtschaftlichen Aktivitäten im Land, während nationales und transnationales Kapital zu etwa gleichen Teilen die restlichen 60 % der Ökonomie beherrschen[21]).

Doch diese prozentuale Parität bzw. Unterlegenheit der Multis gegenüber den anderen beiden Sektoren verschleiert die reale Bedeutung der – nach offiziellen, viel zu niedrigen Angaben – bis Ende 1979 auf etwa 15 Mrd. Dollar angewachsenen ausländischen Investitionen. Die Tatsache aber, daß sie vorwiegend in den Schlüsselsektoren getätigt wurden (Automobilindustrie und Haushaltsgeräte-Branche werden z. B. zu je etwa 80 %, die Pharmaindustrie zu 100 % von Multis kontrolliert , verweist auf das wirkliche Gewicht der Auslandsinvestitionen.

Da es sich hierbei gleichzeitig um exportrelevante Branchen handelt, wird ihre Bedeutung im einfuhrabhängigen Brasilien – trotz des auf den ersten Blick scheinbar irrelevanten Exportquotienten[22]) von durchschnittlich unter 5 % – noch gesteigert. Die transnationalen Kapitale haben somit die neuralgischen Punkte des ganzen Modells besetzt und zur Tilgung der zwischen 1968 und Ende 1979 von 3,8 Mrd. Dollar auf die astronomische Summe von 49,4 Mrd. Dollar angestiegenen Auslandsverschuldung[23]) ist das Land auf die Erwirtschaftung von Devisen auf nicht absehbare Zeit angewiesen.

Vor dem Hintergrund dieser Erläuterungen läßt sich sagen, daß das „Brasilianische Wirtschaftswunder", charakterisiert durch ein jährliches Wachstum der Bruttoinlandsproduktion von über 10 % in den Jahren 1968–73 und einer noch darüber liegenden Zunahme der Industrieproduktion[24]) nur möglich

17) Dabei erweist sich die totale Fixierung des Transportwesens auf den Straßenverkehr inzwischen als verhängnisvoll: s. „Cuba Internacional", 2/1980, S. 14.
18) Das zusammen mit Paraguay in Angriff genommene Itaipú-Projekt wird einmal das größte Wasserkraftwerk der Erde sein; vgl. z.B. „Neue Zürcher Zeitung" (NZZ) v. 15. 9. 1979; auch: „Bohemia", 25/1979, S. 32–37.
19) Das größte Vorhaben dieser Art ist das Stahlwerk der Companhia Siderúrgica de Tubarão.
20) Zur Aufschlüsselung des ausländischen Kapitals nach Branchen s. Sandaglia/Rescher, „Aspekte der . . . ", S. 440, und „Wirtschaftsbericht Lateinamerika". . . . . November 1978, S. 18.
21) Vgl. die Tabellen bei Sandaglia/Rescher, „Aspekte . . . ".
22) Anteil des Werts aller Exporte am BSP; s. Cardoso, „Brasilien: Die Widersprüche . . . ", S. 62, Anm. 15.
23) NZZ v. 1. 2. 1980.
24) Siehe Tabelle 1.

war, solange im Innern die Nachfrage über eine repressiv abgesicherte Einkommenskonzentration[25]) stimuliert werden konnte und andererseits über Exporterlöse, Verschuldung sowie den kontinuierlichen Zufluß von ausländischem Anlagekapital und Fremdwährungskrediten der Aufbau von Infrastruktur und Produktionsanlagen erleichtert bzw. aufgrund des geringen inneren Sparaufkommens erst ermöglicht wurde.

In bezug auf die Theoriebildung hat der brasilianische Boom im übrigen dazu beigetragen, daß allzu mechanistische Vorstellungen, die vor allem im Rahmen des dependencia-Ansatzes[26]) vertreten wurden (Unmöglichkeit der Expansion des peripheren, abhängigen Kapitalismus; unvermeidbare, rasche Tendenz zum Zusammenbruch dieser Ökonomien und anderes mehr), abgelegt werden mußten[27]). Dieser kurze Hinweis soll hier genügen.

Die ganze Entwicklung fand allerdings statt bei weitestgehender Gleichgültigkeit der Wirtschaftspolitik gegenüber den krassen regionalen Unterschieden zwischen den südöstlichen und nordöstlichen Landesteilen[28]) – heute werden im Süden und Südosten (vor allem im Städtedreieck Sao Paulo-Rio-Belo Horizonte) bei einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von weniger als 40 % etwa 90 % aller Produkte der verarbeitenden Industrie hergestellt (allein im Großraum Sao Paulo, dem industriellen Herz des Landes, über 50 %), während auf den extrem unterentwickelten Nordosten (etwa 30 % der Bevölkerung) weniger als 6 % der Industrieproduktion entfallen.

Die zunehmende Verelendung der Masse der Bevölkerung war die Voraussetzung des Wachstums, und sie wird noch verschärft durch die aufgrund des Imports moderner, kapitalintensiver Technologien vollkommen unzureichenden Beschäftigungseffekte der Industrialisierung. Des weiteren kommt erschwerend hinzu, daß die Landwirtschaft weitgehend vernachlässigt wurde. Hier stieg die Produktion in der Regel nicht einmal um 5 % im Jahr, und dieses Wachstum entfiel darüber hinaus vor allem auf die exportorientierte Produktion, so daß die schnell wachsende Bevölkerung zunehmend schlechter mit Grundnahrungsmitteln versorgt wurde. Schließlich wurden auch Projekte zur Ansiedlung von verarmten Kleinbauern entlang der neuen transamazonischen Straßen wieder rückgängig gemacht. Doch nicht die damit verbundenen großen Gefahren für die Ökologie[29]) durch die unkontrollierte Rodung oder die Einsicht in die aufgrund der Bodenbeschaffenheit mehr als zweifelhaften ökonomischen Perspektiven waren das Motiv zum Abbruch der Kolonisation: Die meist gewaltsame Vertreibung der ohne staatliche technische und finanzielle Hilfe im Stich gelassenen Parzellenbau-

25) Die ärmsten 50% verfügten 1976 über 11,8% des Nationaleinkommens (1960: 17,7%), die reichen 5% über 39,0% (1960: 27,7%) in: „Arbeitsblätter des EPD", 10/1979.

26) Zur Dependenz-Theorie vgl. Evers/von Wogau, „Lateinamerikanische Theorien zur Unterentwicklung", in: „Das Argument" Nr. 79, Juli 1973, S. 404 ff.

27) Zur Kritik daran: Hurtienne, „Zur Ideologiekritik der lateinamerikanischen Theorien der Unterentwicklung und Abhängigkeit", in: „Probleme des Klassenkampfes", Nr. 14/15 (1974), S. 213 ff.

28) Siehe dazu die Aufstellung im Länderbericht Brasilien, LAB 2, S. 229; auch Alves, „Brasilien – Rechtsdiktatur . . . " S. 160/161, zum Zynismus dieser Politik.

29) „Der Tagesspiegel" v. 26. 1. 1980, zu den Forschungen von Prof. Sioli zu diesem Thema.

ern erfolgte, um den durch keine Agrarreform geschmälerten Großgrundbesitz sowie den sich zunehmend in der Exportlandwirtschaft engagierten transnationalen Konzernen aller Branchen („Agrobusiness")[30]) den Zugriff auf diese bisher unerschlossenen riesigen Landstriche zu ermöglichen.

Die so erneut entwurzelten, meist aus dem erst kürzlich wieder von Dürrekatastrophen heimgesuchten Nordosten[31]) stammenden Kleinbauern wandern nun ebenfalls in die rasch wachsenden Elendsviertel der Städte ab, in denen sich die wirtschaftliche und soziale Misere mit Kriminalität, Drogensucht und Prostitution mischt und explosionsartig vermehrt[32]).

Neben der – schon beinahe als selbstverständlich hingenommenen – Vernichtung der Reste der indianischen Urbevölkerung des Landes[33]) ist das „Brasilianische Wirtschaftswunder" im Begriff, den Großteil seiner vorwiegend jugendlichen Bevölkerung (etwa 45 % sind jünger als 15 Jahre) durch anhaltende Unterernährung, fehlende medizinische Versorgung, Mangel an Ausbildung sowie kulturelle und soziale Entwurzelung[34]) und Dauerarbeitslosigkeit von jeder materiellen und geistigen Weiterentwicklung auszuschließen. Etwa 50 000 Kinder werden als Prostituierte mißbraucht, fast zwei Millionen Kinder, die „abandonados", vegetieren, von ihren Eltern verlassen und zum Teil in rivalisierenden Kinderbanden organisiert, dahin. Und während die Ärmsten der Armen sogar schon über den Verkauf ihres Blutes oder gar gesunder Organe an Transplantatbanken[35]) ihr Hungereinkommen aufzubessern versuchen und die Müllkippen der Großstädte von verelendeten Slumbewohnern nach Eßbarem abgesucht werden, lassen US-Futtermittelkonzerne durch Umfragen den Markt der potentiellen „Konsumenten" von Futterkonserven (die Hunde und Katzen der Reichen) erforschen[36]) – dies alles angesichts einer zu fast 50 % vom Hunger betroffenen Bevölkerung und einer Kindersterblichkeit, die sich etwa in Pernambuco auf 170 je 1000 lebendgeborenen Säuglinge beläuft.

Nur soviel zu einigen sozialen Konsequenzen des brasilianischen „Wunders", deren konkrete Erfassung bei der ökonomischen Argumentation mit Zuwachsraten, Pro-Kopf-Einkommen usw. allzu leicht in Vergessenheit gerät.

30) Dabei handelt es sich oft um riesige Territorien (wie etwa im Fall der Jari-Forstgesellschaft), die eine Art Staat im Staate bilden (eigene Polizei usw.). Inzwischen sind auch bundesdeutsche Konzerne wie die Nixdorf-Computer AG („O Estado do São Paulo" v. 4. 5. 1978) und VW do Brasil (NZZ v. 3. 8. 1976) in diesem neuen und lukrativen Geschäft engagiert.
31) Vgl. „Granma" (Resumen Semanal), 18/1979 v. 6. 5., S. 11.
32) NZZ v. 6. 2. 1980
33) „Nueva Sociedad", No. 37 (Julio/Agosto de 1978), darin die Auflistung der durch die Straßenbauprojekte betroffenen Stämme; vgl. auch die Serie im „Spiegel", 44–46/1969.
34) Siehe etwa „Prisma Latinoamericano", 2/1979, S. 32/33, oder „Der Tagespiegel" v. 17. 6. 1979; auch ß, „Prisma del Meridiano 80", No. 40 (1ra quincena de enero de 1977), S. 14/15.
35) „Granma" (Resumen Semanal), 3/1980 v. 20. 1. S. 6.
36) Ebd., S. 7.

Die Dauerkrise seit 1974

Im Sog der weltwirtschaftlichen Krisenerscheinungen kam es auch in Brasilien sehr bald zu einer scharfen Abbremsung des Wirtschaftswachstums. Rückblickend ist der unerwartet schnelle Abbruch des industriellen Booms als die entscheidende Zäsur für das ganze „brasilianische Modell" anzusehen.

Fast alle Bereiche wurden durch die Krise direkt oder indirekt beeinflußt, innen- wie außenpolitisch erfolgten wichtige Umorientierungen, und insgesamt ergab sich daraus die bisher härteste und längste Belastungsprobe für die Militärdiktatur. Wirtschaftspolitisch laviert das Regime seither erfolglos hin und her, und als wichtigstes Resultat dieses Versagens bröckelt die ohnehin schmale soziale Basis der Regierung noch weiter ab: Selbst Teile der nationalen Bourgeoisie, des Militärs sowie der früheren Regierungspartei ARENA gingen in Opposition.

Diese erstmals seit Bestehen des Regimes offenbar werdenden Risse im herrschenden militärisch-industriellen Machtblock[37]) begünstigten ihrerseits das Erstarken einer breiten oppositionellen Volksbewegung, getragen von Gewerkschaften, Kirchenkreisen, Stadtteilkomitees, Linksparteien und Studentenverbänden. Ähnlich wie in den OECD-Staaten wurde auch in Brasilien versucht, die 1973 einsetzenden Preissteigerungen für Rohöl durch die OPEC als Hauptursache für die Wirtschaftskrise vorzuschieben. So unhaltbar diese These für die westlichen Industriestaaten ist[38]), so wenig reicht sie zur Erklärung der Rezession in Brasilien aus[39]). Vielmehr kulminierten gerade zu dieser Zeit mehrere, für den abhängigen brasilianischen Kapitalismus gleichermaßen strangulierenden Entwicklungen und ließen das ganze Modell – auf einer höheren Stufe als zu Beginn der 60er Jahre – erneut an strukturelle innere wie äußere Grenzen einer ungehemmten Expansion stoßen[40]): Steigenden Preisen für Importgüter (Rohstoffe, Zwischenprodukte und Industriewaren) standen sinkende Preise für die eigenen Rohwarenexporte (Soja, Kaffee (Preishausse nur 1975–77!), Zucker, Erze etc.), die 1977

37) Die Zahl der ehemaligen Militärs in privaten oder staatlichen Unternehmen wird inzwischen auf etwa 16 000 geschätzt.

38) Vielmehr war die Inflation der Auslöser für die Ölpreissteigerungen; vgl. den Beitrag von E. Altvater in „Die Neue" v. 15. 1. 1980.

39) Richtig ist daran nur, daß Brasilien aufgrund seiner auch in anderen Bereichen hohen Importabhängigkeit davon stärker als die OECD-Länder betroffen ist. Das Land führt ca. 85% seines Rohölbedarfs ein (vor allem aus dem Irak). Deshalb schnellte der Anteil des Öls am Gesamtimport auf über 40% in die Höhe (in absoluten Zahlen: von ca. 1 Mrd. Dollar 1972 auf ca. 7,5 Mrd. Dollar 1979); vgl. NZZ v. 18. 7. 1979, S. 4 und 11. Nachdem Anfang der 70er Jahre die Suche im Inland gedrosselt worden war, tauchten 1974 plötzlich Meldungen über eine baldige Autarkie auf (vgl. etwa NZZ v. 12. 12. 1974, S. 16). Die Funde auf dem Kontinentalschelf erwiesen sich aber als minimal, und seither ist die Petrobrás ironischerweise bei der Prospektion nur im Ausland erfolgreich. In Zukunft soll eine verstärkte Kooperation mit Argentinien (vgl. NZZ v. 9. 1. 1980) sowie die Umstellung auf Alkohol-Motoren Erleichterung bringen (zum brasilianischen Alkohol-Programm vgl. „entwicklung + zusammenarbeit", 12/1979; die ökologischen und sozialen Konsequenzen dürften verheerend sein). Die einfachste Lösung (drastische Reduktion des Treibstoffverbrauchs) stößt auf den heftigen Widerstand der Automobil-Konzerne. Mit ca. 1 Mio. Kraftwagen pro Jahr steht Brasilien inzwischen an 8. Stelle in der Weltproduktion.

40) Vgl. Hurtienne, „Zur Entwicklungsgeschichte . . . ". S. 87.

immer noch etwa 50 % aller Devisenerlöse erbrachten, gegenüber. Hinzu kamen zunehmende protektionistische Maßnahmen der OECD-Länder zur Abwehr der subventionierten brasilianischen Industriewarenexporte, und schließlich ergaben sich vorübergehend Engpässe bei den Möglichkeiten zur Aufnahme von Fremdwährungskrediten[41]) vor allem auf dem Euro-Dollar-Markt.

Die schon erwähnte Importabhängigkeit bei Halbfabrikaten[42]) und Produktionsmitteln[43]), jahrelang sogar noch staatlich gefördert, zog Wachstumseinbrüche in den Schlüsselsektoren nach sich. Die Krise holte das ganze Modell ein, bevor die Produktionsgüterindustrie soweit aufgebaut war, daß sie die Importe umfassend hätte ersetzen können.

Das Dilemma der Wirtschaftspolitik des Regimes besteht nun seit 1974 darin, wie man *gleichzeitig* dieses Versäumnis nachholen soll, ohne, daß es aufgrund der dazu nötigen Umverteilungsmaßnahmen zwischen den Sektoren zu anhaltenden Wachstumseinbußen bei der Konsumgüterindustrie und zu Einkommensverlusten bei den etwa 20 % der Bevölkerung, die in diesen Markt integriert sind, kommt. Mehr noch: Zur Dämpfung der stark angestiegenen Unruhe unter der städtischen Arbeiterschaft sollen nach Möglichkeiten wenigstens geringe Reallohnsteigerungen dafür Sorge tragen, daß die Spannungen nicht überhandnehmen.

Aus diesem theoretisch wie praktisch kaum lösbaren Problem resultieren auch die zunehmenden Rivalitäten zwischen den verschiedenen Kapitalgruppen: Während vor allem die Multis dagegen ankämpfen, daß durch die Einschränkung der Konsumentenkredite die Nachfrage nach ihren hochwertigen Konsumgütern sinkt, opponieren die kleinen und mittleren nationalen Unternehmer immer heftiger gegen die Verteuerung der Geschäftskredite, die sie zum Ausbau ihrer Betriebe dringend brauchen, sowie gegen die Stagnation der Binnennachfrage nach einfachen Konsumgütern. Noch heftiger protestieren die inländischen Produzenten von Investitionsgütern; sie fordern eine umfassende Förderung über die Kredit- und Steuerpolitik sowie staatlichen Schutz vor den finanzkräftigeren transnationalen Konkurrenten.

Diese sind auch bei der neuen Strategie wieder einmal die *unmittelbaren* Nutznießer (neben einigen nationalen sowie staatlichen Großunternehmen im Produktionsgüterbereich[44]). *Mittelbar* sind auch die hauptsächlich für die Ausfuhr produzierenden Unternehmen daran beteiligt, da die Regierung zur Überwindung der Engpässe Exportoffensiven in die Wege leitete.

---

41) Bis das „Recycling" der „Petro-Dollars" reibungslos funktionierte und die Zahlungsbilanzschwierigkeiten einiger OECD-Länder gelöst waren.

42) Trotz hoher Steigerung der Inlandsproduktion mußte Brasilien allein für ca. 500 Mio. Dollar Stahlprodukte einführen, auch für NE-Metalle waren Ausgaben von über 400 Mio. Dollar nötig. „Wirtschaftsbericht Lateinamerika . . . ", Januar 1979, S. 17 und 19.

43) 1977 wurden für etwa 3 Mrd. Dollar Maschinen und Ausrüstungen eingeführt.

44) Denen allerdings für 1979 jedes reale Wachstum ihrer Investitionsprogramme (mit Ausnahme von Petrobrás, Elektrobrás und Siderbrás) gestrichen wurde.

Angesichts des Drucks der jeweiligen Fraktionen nahm die Administration Geisel das Problem im Rahmen des 2. Nationalen Entwicklungsplans (1974–79) in Angriff, wenn auch nur sehr halbherzig. Die Beendigung oder wenigstens Reduktion der Importabhängigkeit bei Ausrüstungsgütern steht dennoch eindeutig im Mittelpunkt der Bemühungen und soll vor allem über vier Hebel erreicht werden: Rasche *Erhöhung der Verschuldung* sowie *Steigerung der Exporte*, um die nötigen Devisen für die Erweiterungsinvestitionen zu erhalten (also erneut eine „vorübergehende" Erhöhung der Abhängigkeit), vermehrte *Heranziehung von Multis des Produktionsgüterbereichs*[45]*), Aufstellung von Importverboten für Staatsbetriebe* bei maschinellen Anlagen, wenn gleichwertige inländische Produkte erhältlich sind, und schließlich *Erweiterung der Staatsunternehmen* in den genannten Bereichen.

Dabei wurden Verschuldung und Exportsteigerung kompromißlos praktiziert. Bei der vorwiegend am Euro-Dollar-Markt getätigten Mittelaufnahme gehen die Planungsstrategen offenbar nach der Devise vor, daß alles mitgenommen wird, was erhältlich ist. Nicht zuletzt wohl nach dem Kalkül, daß aus Angst vor größeren Bankenzusammenbrüchen[46]) den größten Schuldnern auch bei Zahlungsunfähigkeit weiterhin die Stange gehalten wird.

Zu dieser Insolvenz könnte es im Falle Brasiliens schon bald kommen: Im Jahre 1979 mußten die gesamten Devisenerlöse für den Schuldendienst und die Erdölimporte aufgewendet werden; für das laufende Jahr fehlen – nach offiziellen Angaben[47]) – voraussichtlich 22 Mrd. Dollar zum Ausgleich der Zahlungsbilanz. Von daher wird es zunehmend zweifelhaft, ob sich Brasilien im bisherigen Rythmus weiter verschulden können wird[48]).

Die Exportförderung wird mit ähnlich rauhen Methoden betrieben: Ohne Rücksicht auf ökologische und soziale Konsequenzen betreibt das Regime mithilfe des transnationalen Kapitals den Aufbau eines exportorientierten „Agrobusiness" sowie eines extraktiven Sektors[49]) vor allem in den neu erschlossenen Landesteilen. Gleichzeitig sollen alle anderen Exporte erhöht werden – und diesem obersten Prinzip werden auch außenpolitische Opfer gebracht. Zum einen wird versucht, den lateinamerikanischen Markt durch

45) Ziel ist dabei nicht zuletzt die schrittweise Erhöhung des nationalen Anteils: über Kooperation mit brasilianischen Unternehmen sollen die Multis zunehmend weniger Ausrüstungsgüter für die neuen Anlagen importieren. Langfristig gesehen will Brasilien dadurch erreichen, selbst hochwertige Produktionsmittel exportieren zu können. Die Kooperation mit Argentinien (vgl. Anm. 39) soll übrigens in der Entwicklung serienreifer Atomkraftwerke gipfeln.

46) Die Debatte über das „höchstzulässige" Maß des Engagements der großen Geschäftsbanken im Kreditgeschäft mit Staaten der Dritten Welt ist ein währungs- und finanzpolitischer Dauerbrenner im OECD-Raum. Siehe etwa „Handelsblatt" v. 11. 4. 1978, NZZ vom 11. 1. 1978 oder vom 25. 1. 1980.

47) So der Direktor der staatlichen, für die Berechnung des Volkseinkommens zuständigen „Fundacão Getulio Vargas"; vgl. „Cuba Internacional" 2/1980, S. 14.

48) A.a.O. und NZZ v. 22. 1. 1980, wo noch von „nur" 17–19 Mrd. Dollar die Rede war; allgemein zur Struktur der (vorwiegend aus „harten" Krediten und mehrheitlich gegenüber europäischen Staaten bestehenden) Verschuldung Brasiliens s. Ramesh C. Garg, „Brazilian external debt. A study in capital flows and transfer of ressources", in: „Journal of Interamerican Studies and World Affairs" (JIASWA), Vol. 20, No. 3, August 1978, S. 341–351.

49) Vgl. Anm. 30.

eine ganze Reihe von Abkommen und Kooperationsverträgen zu erschließen[50]), und im Rahmen einer sich aus taktischem Opportunismus „tercermundistisch" und blockfrei gebenden Haltung[51]) ist das Land bestrebt, die Märkte der „Dritten Welt" verstärkt mit Autos, Maschinen und anderen Industriewaren zu beliefern[52]). Besonders heikel sind in diesem Zusammenhang die – erfolgreichen – Anstrengungen, Rüstungsgüter zu exportieren. Brasilien steht inzwischen an sechster Stelle (!) der westlichen Rüstungsproduzenten und exportiert die auf eigenständiger Technologie basierenden Panzer, Geschütze, Flugzeuge etc. ohne politische Rücksichtnahmen[53]).

Diese – im Rahmen des Modells zwingenden – Versuche zur Ausweitung des wirtschaftlichen und politischen Einflusses gegenüber anderen Staaten sind der Hintergrund für den Vorwurf des Sub- bzw. Prä-Imperialismus[54]). Dabei spielt Brasilien inzwischen aber nicht mehr einfach die Rolle eines „Juniorpartners" der USA[55]). Das Land sieht sich vielmehr zunehmend als aufsteigender Rivale, und die kürzlich vollzogene Annäherung an den traditionellen „Erzfeind" Argentinien[56]) zielt auf eine Politik der gemeinsamen Überwindung von Abhängigkeiten gegenüber der Ersten Welt. Schwerpunkt der Kooperation soll der Energiebereich sein, wobei interessanterweise die Atomtechnologie einen großen Stellenwert erhält[57]). Hier bahnt sich eventuell (analog etwa zu Israel/Südafrika) die „kooperative" Entstehung von „Mittelmächten" mit Zugang zur Kernwaffentechnologie an – das Gegenteil von dem, was die USA ursprünglich mit Hilfe der Unterstützung von „Schwellenländern" erreichen wollten[58]).

(Zweiter Teil folgt)

50) Siehe etwa: William Perry, Contemporary Brazilian Foreign Policy (The international Strategy of an emerging power), Beverly Hills/London, 1976, S. 35 ff.; Wolf Grabendorff, „Die Außenpolitik Brasiliens", Grabendorff/Nitsch, Brasilien: Entwicklungsmodell und Außenpolitik, München 1977, S. 178 ff.; große Bedeutung kommt auch dem Pacto Amazinico zu, vgl. dazu „Nueva Sociedad", No. 37 (Julio/Agosto 1978) mit Themenschwerpunkt dazu, sehr informative Beiträge; in diesem Zusammenhang ist auch die Kooperation mit Paraguay beim Bau des Itaipú-Staudamms (vgl. Anm. 18) zu sehen, ebenfalls der „Generalvertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit" mit Bolivien von August 1977, vgl. dazu NZZ v. 31. 8. 1977.

51) So war Brasilien auf dem 6. Gipfeltreffen der Blockfreien im September 1979 als Boabachter vertreten. Zur Stärkung seiner Position in Afrika hatte Brasilien seinerzeit als erstes westliches Land die MPLA-Regierung in Angola anerkannt (vgl. NZZ v. 3. 12. 1975), ebenfalls gewandelt hat sich die Haltung zur PLO (s. etwa NZZ v. 18. 7. 1979).

52) So geht inzwischen jedes 12. der insgeamt etwa 1 Mio. Autos pro Jahr in den Export; s. bei Hurtienne „Zur Entstehungsgeschichte . . . ", S. 96.

53) Siehe dazu: „O Estado do Sao Paulo" v. 4. 2. 1979, NZZ v. 19. 1. 1980 und „Bohemia", 8/1980, S. 74/75. Das Rüstungsmaterial geht vorwiegend in die arabischen Staaten; die Exporte erbrachten 1979 fast 500 Mio. Dollar und sollen 1980 auf über 800 Mio. Dollar gesteigert werden.

54) Siehe die Thesen Cardoso, „Brasilien: Die Widersprüche . . . ", S. 58 f., der allerdings gegen diesen Vorwurf argumentiert.

55) Siehe dazu die Versuche Kissingers, Brasilien zur „Miniweltmacht" aufsteigen zu lassen (Konsultationsversprechungen etc.); vgl. „Prisma del Meridiano 80", No. 23, 24, 29 und 38/39/1976.

56) NZZ v. 9. 1. und 27. 2. 1980.

57) Ebd.

58) Zu den Befürchtungen der USA s. etwa: Rosenbaum, „Brazils Nuclaear Aspirations", in: Nuclear Proliferation and the near-nuclear countries, Marwah/Schulz (Hrsg), Cambridge/Mass. 1975, S. 255–277; Gerüchte über die „brasilianische Bombe" tauchen immer wieder auf; vgl. „Die Neue" v. 30. 11. 1979.

Notizen zum Wahlkampf 1980

Sozialliberale und konservative Parolen zur bundesdeutschen Innenpolitik

Von Hans-Dieter Bamberg

Vorbemerkung

Keine der gebräuchlichen Demokratie- und Parlamentarismusauffassungen dürfte den jetzigen Wahlkampf exakt einordnen können: weder geht es da um (mehr) Aufklärung, noch um die Diskussion und Entscheidung über Lebensfragen der Nation, noch darum, die zu ihrer Beantwortung Kompetenten vernünftig und unter unterscheidbaren Alternativgesichtspunkten auszuwählen.

Gravierenden Problemdruck gibt es zuhauf: Rohstoff- und Energieknappheit; Rüstungswettlauf; friedensgefährdende Konfrontation der Großmächte; Gefährdung politischer und sozialer Rechte; Massenarbeitslosigkeit. Nur scheinen die Probleme nicht recht ernstgenommen zu werden, da sie im Wahlkampf allenfalls als Stichworte für Polemiken zu Wort kommen. Weniger werden von den großen Parteien Lösungsmöglichkeiten als vielmehr Sündenböcke angeboten: jeweils die andere Seite sowie Minderheiten, Radikaldemokraten, Sozialisten und Kommunisten – letztere auch in Gestalt der Staaten des Warschauer Pakts.

Das Vermittelnde zwischen dem Machtwillen der Parteien und dem Wählerwillen der Bevölkerung sind die mit Hilfe von Werbeagenturen auf ihre Effektivität und ihre Präsentation hin getesteten Wahlparolen, die zusammen mit den sie verkündenden Politikern das Angebot darstellen: das Angebot hiesiger Massendemokratie, per Akklamation zu wählen.

Parolen in der Akklamationsdemokratie sollen wirken, weniger informieren. Wahlparolen wollen die einen motivieren, die anderen herüberziehen, die übrigen wenigstens neutralisieren. Sie haben keinen aufklärerischen Effekt, da sie in der Regel an Vorurteile und Instinkte appellieren und zudem so zugerichtet sind, daß alle sie sofort „verstehen": weil eben nichts zu verstehen, d. h. mit eigener Anstrengung zu begreifen ist.

Ganz auf der Oberfläche wird polarisiert, wird politisiert. Aber die Wahlparolen beziehen sich auf mehr oder weniger Irreales und nicht auf Größen, auf die die Demokratie als auf Vernunft bezogene Regierungsform angewiesen wäre: auf zu lösenden Probleme, auf die Interessen der Bürger, auf Handlungsalternativen. Sondern sie sind rückwärts gerichtet: auf Ängste, die keiner Realität mehr entsprechen, auf Bewußtseinshaltungen, die mit dem Problemdruck der 50er Jahre korrespondieren, auf Alternativen, die so dümmlich sind, daß schon vor 50 Jahren kein politisch Handelnder sie vernünftigerweise hätte als Maßstab benutzen dürfen. Es mag dies ein Grund

dafür sein, daß unsere recht weit dem US-Vorbild angenäherten Wahlkämpfe vom Volkssouverän selbst viel weniger ernst genommen werden, als er etwa Sorgfalt auf den Erwerb eines Kraftwagens verwendet: Zur Wahl von 1976 meinten 42 % der Bundesbürger, sie sei „unnötig" und „reine Geldverschwendung"[1]).

Die extreme und bis zur Infantilität auf ein Duell getrimmte Personalisierung politischer Alternativen verdeckt weniger etwas als es vernebelt, daß da keine Blößen zu verhüllen sind: „Wenn es an Politik, über die man diskutieren kann, fehlt, diskutiert man über Personen. Das wiederum stößt die Leute ab: Nicht weil man über Personen streitet, sondern weil nicht klar ist, warum man über Personen streitet."[2]) Es gibt freilich auch publikumswirksame Verbreiter politisch gemeinter Redensarten, die noch den infantilsten Auswüchsen politischer Personalwerbung sachliche Seiten abgewinnen können: „Die Zeit der Klassiker im ‚Rechts'-‚Links'-Tritt parteipolitischer Gangart geht zu Ende. Gefragt sind heutzutage Energiepolitiker, die volksnahe Begriffe wie ‚kalt' und ‚warm' ins Kalkül beziehen können."[3])

I. Die Wahlparolen der werbenden Blöcke

1. Globalaussagen

Bevor zu einigen Sachgebieten Parolen vorgestellt werden, die nach den bisherigen Verläufen wohl die für die Auseinandersetzung prägenden sein dürften, einige bereits länger „bewährte" Grundagitationen. Oberstes Prinzip unserer Wahlkämpfe wird wohl immer mehr die in den USA vorexerzierte Praktik sein, die Namen der obersten Kandidaten als Programm auszugeben; auf seiten der CDU/CSU ist das unbekümmert-ehrlich buchstäblich geschehen: „Strauß ist unser Programm."[4]) Ansonsten wollen sie alle schönen Werte, die sich nur irgendwie aufs Papier und die Monitore bringen lassen: Die SPD verspricht „Sicherheit für die achtziger Jahre", und auch CDU wie CSU wollen – u.a. mit Parolen wie „Es geht um die Mitmenschlichkeit" und „Mit Optimismus gegen Sozialismus"[5]) „die Zukunft meistern"[6]). Die Regierungskoalition wird im wesentlichen defensiv auf geleistete Arbeit verweisen, sich als kompetenten Sachwalter von Sicherheit und Stabilität darstellen und die CDU/CSU und besonders Strauß als Sicherheitsrisiko. Die FDP wird als Hüterin von Bürgerrechten, als Verhinderer sozialistischer Experimente und als wachsamer Bewahrer der Integration der Bundesrepublik in der westlichen Allianz auftreten. Die SPD wird sich als geschlossene Kanzlerpar-

1) Vgl. Arnim von Manikowsky, Muß Wahlkampf sein?, in: „stern" v. 30. 9. 1976.
2) Biedenkopf, zit. nach: Stefan Klein, Biedenkopf geht mit der CDU ins Gericht, in: „Süddeutsche Zeitung" (SZ) v. 25./26. 8. 1979, S. 1.
3) Heinz Schweden, Parole Strauß, in: „Rheinische Post" v. 4. 7. 1979, S. 2.
4) Stoiber, zit. nach: Gode Japs, Antreten zum Befehlsempfang, in: „Vorwärts" v. 1. 5. 1980, S. 7.
5) Nach: Carl-Christian Kaiser, Wahlkampfkonzept der Union. Gedämpfter Optimismus, in: „Die Zeit" v. 18. 1. 1980, S. 6.
6) Vgl. Rolf Zundel, Ein Parteitag des Kanzlers, in: „Die Zeit" v. 7. 12. 1979, S. 1.
7) Entfällt.

tei vorzeigen: „Nach diesem Parteitag (1979; d. Verf.) kann niemand mehr behaupten, der Bundeskanzler habe seine eigene Partei nicht hinter sich."[8]) Die Opposition aber treibe Schindluder mit den Folgen der Wirtschaftskrise: Sie biete Konzepte an, „in deren Mittelpunkt der Versuch steht, die gesellschaftlichen Kosten der Krise auf die Mehrheit der abhängig Beschäftigten abzuwälzen"[9]), dürfen die Jungsozialisten erklären – in dieser Funktion und zu dieser Zeit durchaus willkommen.

Statt Interessendurchsetzung und Reformen zu fordern, die Begehrlichkeit und Faulheit verstärkten, solle – so die CDU/CSU – jeder bei sich für Ordnung sorgen; kollektive Lösungsmöglichkeiten gelten als Kollektivismus, sofern nicht die angeblich bedrohte Nation als ganze gefordert ist: „Grundtugenden unseres Volkes wie Können, Fleiß, Leistung, Gemeinschaftssinn, Einordnungsfähigkeit und das gerade in einer Demokratie unentbehrliche Maß an Disziplin."[11])

Aber es wird auch das Anspruchsniveau innerhalb der Demokratie selbst gefürchtet, denn in Wirklichkeit ist es nicht so sehr die „Freiheit", die Gegenpol zu einem „Sozialismus" sein soll, weil ja auch diese als im Grunde zu links verdächtigt wird: „Die Verwirklichung eines individualistisch verstandenen Emanzipationspathos, die Befreiung von Abhängigkeiten und ‚Herrschaftsverhältnissen', die regierungsamtliche Ratifizierung von gesellschaftlichen Ansprüchen: darin bestanden im wesentlichen die ‚inneren Reformen' in den Bereichen der Bildungs-, Familien-, Sozial- und Strafrechtspolitik."[12]) Auch individualistische Exzesse haben somit die (in anderen Zusammenhängen als höchstes Ideal gekennzeichnete) „Demokratie" suspekt gemacht, wie Kultusminister Maier (CSU) wohl sagen wollte: „Die Frage, nach welchen Werten wir uns orientieren sollen, sei nicht mehr dem mündigen Bürger zu stellen, wie in einem längst überholten frühbürgerlichen Liberalismus; vielmehr solle der Staat die Wertordnung setzen."[13]) Was Wunder, daß „Demokratisierung" erst recht dem Verdikt verfällt: Das sei, so Strauß, „der Beginn der Anarchie, das Ende der wahren Demokratie. Wenn diese Demokratisierung weit genug fortgeschritten ist, dann endet sie im kommunistischen Zwangsstaat"[14]). Ähnlich hatte es Heck, Ideologe der anderen Unionsfraktion, gesagt: „Die Vergesellschaftung des Staates, die Demokratisierung bis in die letztmöglichen Konsequenzen, geht an die Wurzel der Freiheit der Gesellschaft."[15])

8) Gode Japs, Der Kanzler und seine Partei, in: „Vorwärts" v. 18. 12. 1979, S. 7.
9) Politischer Leitfaden der Jungsozialisten in der SPD für die Bundestagswahl 1980, zit. nach: „Frankfurter Rundschau" (FR) v. 26. 9. 1979, S. 8.
10) Entfällt.
11) Strauß, vgl. FR v. 2. 1. 1980, S. 2.
12) Helmut Kohl, Zehn Jahre danach. Eine Bilanz der sozialliberalen Koalition, in: „Die politische Meinung", H. 186 (1979), Sonderdruck.
13) Maier im Januar 1976, zit. nach: Hans Heinz Holz, „Werte" kontra Demokratie. Zur Grundrechtsdiskussion, in: „Blätter", 10/1977, S. 1210.
14) Zit. nach: „Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt" (DAS) v. 1. 1. 1978.
15) Zit. nach: Herbert Wehner, Grundsatzprogramm der CDU mit Hinweisen und Anmerkungen aus der Sicht der Sozialdemokraten, in: „Informationen der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion" v. 27. 11. 1978, S. 13.

Zur Verbesserung der Präsentation der eigenen Seite ist es sinnvoll, dem Publikum Angst zu machen. Denn „die vielen nüchternen harten Fragen" – „all das macht nicht die Wahlergebnisse für morgen aus, sondern die Emotionalisierung der Bevölkerung, und zwar die Furcht, die Angst und das düstere Zukunftsbild sowohl innenpolitscher wie außenpolitischer Art"[16]). Damit das Nutzen bringt, muß immer wieder die Seite des Heils und der Rettung in Erinnerung gebracht werden. Ferner gehört, damit man weiß, vor welchen Personen denn Angst zu haben ist, die Verteufelung der Gegner dazu. Zudem habe ja die Reformpolitik sozusagen den Terrorismus frei Haus geliefert, was Alfred Dregger unter vom Protokoll verzeichneten lebhaften Beifall der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Ende 1977 so in Worte faßte: „Hätten die heutigen Terroristen etwas weniger von Emanzipation, Konfliktpädagogik und antiautoritärer(!) Erziehung und etwas mehr von ihrer ganz persönlichen Verantwortung vor Gott und den Menschen erfahren, dann wäre ihnen und uns vieles von dem erspart geblieben, was wir heute beklagen."[17]) Ähnlich Biedenkopf, der antikommunistische Klischees umstandslos auch auf die SPD anwendet: „Die Volksfront werde immer sichtbarer; die demokratische Substanz in der SPD werde durch den Marxismus zunehmend zerstört."[18]) Dumpfer noch geht's bei Berufsjugendlichen der CSU zu, die sich zunehmend erfolgloser um Kontakt zu Jugendlichen bemühen: Jungsozialisten, Jungdemokraten und junge Kommunisten sind dem bayerischen Vorsitzenden der Jungen Union zufolge „die einzigen und wirklichen Faschisten unserer Tage . . ., die im Mitbürger nicht den Menschen, sondern lediglich eine Manipulationsmasse sehen"[19]).

2. Wirtschaftspolitik

Zur Wirtschaftspolitik wird die SPD ähnlich wieder wie 1976 plakatieren: „Der Schlüssel für den Erfolg von sozialdemokratisch geführten Ländern ist ihre Reformbereitschaft, das von ihnen geschaffene soziale Netz und die gute Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften."[20]) Erfolgreiche Wirtschaftspolitik wird die CDU so versprechen: „Beseitigung der bürokratischen Hemmnisse, die wirtschaftliches Wachstum und damit die Schaffung von Arbeitsplätzen behindern. Nicht dirigistische Investitionslenkung, sondern freie Entscheidung der Unternehmer ist dafür die Voraussetzung."[21]) Nicht nur das Hereinregieren dieser Regierung in die Wirtschaft, sondern überhaupt solche Eingriffe lehnen Christdemokraten ihren Parolen zufolge ab: „Die Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft wird verlassen. Investitionsmelde-

16) Strauß 1974 in Sonthofen, zit. nach: Kurt Hirsch, Die heimatlose Rechte. Die Konservativen und Franz Josef Strauß, München 1979, S. 197.
17) Alfred Dregger, in: Deutscher Bundestag, 8. Wahlperiode, 53. Sitzung, Bonn, 28. 10. 1977, S. 4097.
18) Biedenkopf beim Berliner CDU-Parteitag 1980, zit. nach: „Der Tagesspiegel" v. 20. 5. 1980, S. 8.
19) Alfred Sauter, Geschlossen für Strauß in: „Bayernkurier" v. 6. 10. 1979.
20) SPD-Regierungsprogramm 1976, zit. nach: Michael Charlier, Freiheit oder/statt Sozialismus?, in: „Blätter", 7/1976, S. 764.
21) Beschluß des 27. Bundesparteitages der CDU, 1979, in: 27. Bundesparteitag der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, Niederschrift, Kiel, 25.–27. März 1979, Bonn o. J. (1979), S. 257.

stellen, Investitionskontrollen und staatliche Planung sollen den Weg für eine zentralistisch gesteuerte und bürokratisch verwaltete sozialistische Gesellschaft öffnen."[22])

In durchaus radikalisierter Form fordert Biedenkopf 1980 in einer Studie den „ausdrücklichen Verzicht auf die faktische Wachstums- und Vollbeschäftigungsgarantie des Staates" – das sei Sache der Tarifpartner, denen die „Dämpfung" der Löhne insbesondere im unteren Bereich empfohlen wird; der Staat solle seine Aktivitäten beschränken und weniger Geld ausgeben[23]). So werde nicht etwa Arbeitslosigkeit vorangetrieben, sondern im Gegenteil verhindert; die Wirtschaftskrise lag daran, daß zuviel verlangt wurde, wie auch Strauß sagt: „Es begann mit der Inflation der Ansprüche, es mündete ein in die Inflation des Geldwertes, und die Inflation des Geldwertes war die entscheidende Ursache für die jahrelange hohe Dauerarbeitslosigkeit."[24]) Die zugrundeliegende Strategie ist gegen Arbeitnehmerinteressen (an steigenden Einkommen und ausreichenden staatlichen Sozial- und Bildungsleistungen) sowie die Gewerkschaften[25]), gerichtet: Profitverbesserung im privaten Sektor, Lohnkostensenkung, Sozialabbau, Militarisierung, Exportoffensiven und Internationalisierung der Marktwirtschaft[26]).

Die SPD wird zur Wahl sicherlich nicht aus ihrem Godesberger Programm zitieren, daß sie angetreten ist zur Bändigung der Macht der Großwirtschaft. Derartiges ist derzeit nicht in Mode. Dregger meint, wer an der Marktwirtschaft rüttelt, der rüttle an der Demokratie, denn beides seien deckungsgleiche Begriffe[27]). In ihrem Grundsatzprogramm verkündet die CDU in diesem Punkt Heroisches: „Wir würden für die Soziale Marktwirtschaft auch dann eintreten, wenn sie weniger materiellen Wohlstand hervorbrächte als andere Systeme." (Das marktwirtschaftliche Steuerungskonzept müsse auch auf die Bereiche der Bildungs-, Gesundheits- und Umweltpolitik ausgedehnt werden.) Trotzdem ist Kleinmut nicht am Platz, denn es sei keinesfalls so, daß „der Zenit des Wohlstandes bereits überschritten, das Erreichte nicht mehr zu halten ist"[28]). Die Wähler – Adenauer: „Bevor wir etwas für die Wirtschaft tun können, müssen uns die Arbeiter erst einmal wählen"[29]) – sind die eine Seite, die Einflußreichen der Wirtschaft, die über Investitionen und Preise und damit die „Konjunktur" mitentscheiden, die andere, für herkömmliche

22) Katzer beim CDU-Parteitag 1979, zit. nach: 27. Bundesparteitag . . ., a.a.O., S. 140.
23) Vgl. FR v. 9. 1. 1980, S. 4. Vgl. auch „Der Spiegel" v. 28. 4. 1980, S. 29 f.
24) Strauß in der Haushalts-Debatte im Dezember 1979, zit. nach: „Das Parlament" v. 22. 12. 1979, S. 2.
25) Vgl. Christin Götz, Gegen die „Systemveränderung von rechts", in: Ingeborg Drewitz (Hrsg.), Strauß ohne Kreide, Reinbek 1980, S. 54 ff.; Frank Deppe, Detlef Hensche, Mechtild Jansen, Witich Roßmann, Strauß und die Gewerkschaften, Köln 1980; Jörg Goldberg, Bernd Semmler, Der starke Mann des Kapitals, Köln 1980.
26) Vgl. Jörg Huffschmid, Die wirtschaftspolitische Konzeption der CDU/CSU, in: „Das Argument", Sonderband 52 („Alternative Wirtschaftspolitik 2"), Berlin 1980, S. 58 ff. Vgl. auch Hajo Funke, Bodo Zeuner, Profit aus der Angst, in: „Probleme des Klassenkampfs", H. 38 (1980), S. 3 ff.; auch Wolfgang Krumbein, Reformpolitik unter neuen Vorzeichen, in: Hermann L. Gremliza, Heinrich Hannover (Hrsg.), Die Linke, Hamburg 1980, S. 166 ff.
27) Nach: Heinrich Jaenecke, Hohes C in Hessen, in: „stern" v. 21. 9. 1978, S. 59.
28) Zit. nach: „Der Spiegel" v. 20. 8. 1979, S. 28.
29) Zit. nach: „Wirtschaftswoche" v. 2. 7. 1971.

Formen der Politikausübung nicht minder wichtige Seite. Zum SPD-Parteitag kommentierte der Bundesverband der Deutschen Industrie „mit großer Sorge anhaltende Bestrebungen innerhalb der großen Regierungspartei, die marktwirtschaftliche Ordnung der Bundesrepublik immer wieder in Frage zu stellen"[30]).

Mittlerweile sieht's im Trend anders aus. Mannesmann-Vorstandsmitglied Weisweiler lobte – anders als Strauß und Stoiber und ähnlich wie Schmidt – das „System der Einheitsgewerkschaft", das „den sozialen Frieden" sichere[32]). Und das folgende Lob der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" für den Bundeskanzler ist ebenfalls nicht unbedingt für Arbeitnehmer geschrieben worden: „Wie die große Rezession durchgestanden wurde, mit welcher Nervenstärke man eine mehrjährige Arbeitslosigkeit an der Millionengrenze in Kauf nahm und die Inflation systematisch herabdrückte: das nötigt Respekt ab."[33]) Die gleiche Zeitung etwas später: „‚Helmut Schmidt ist der beste CDU-Kanzler, den die SPD je hatte' – dieses geflügelte Bonner Bonmot illustriert treffend jene schiefe Schlachtordnung, die den Kanzler in den wichtigsten Fragen der Wirtschaftspolitik . . . von seiner Partei trennt. Der SPD-Parteitag in Berlin führt dieses Auseinanderfallen zwischen Schmidt und der SPD trotz aller kosmetischen Verschönerungsversuche wieder vor Augen."[34]) Der SPD-Finanzminister machte daraus eine fast zündende Parole: „Viele meinen, die CDU könne den kapitalistischen Staat besser verwalten. Aber das stimmt nicht. Wir können das besser, und wir sagen es nicht nur, wir beweisen es auch."[35])

3. Steuer- und Finanzpolitik

In der Steuer- und Finanzpolitik dürfte es für sachlich Argumentierende am schwersten sein, polarisierende Parolen zu finden, weil hier die sog. Spielräume infolge von Massenarbeitslosigkeit und ihren sozialen Folgen, von Hochrüstung, Energieknappheit, europäischem Agrarmarkt und Türkei-„Hilfe" außerordentlich bescheiden sind. Die Regierungsparteien werden sich recht friedlich bemühen, Zusammenhänge zwischen der notwendigen Verringerung der Schulden und einer Forcierung der staatlichen Ausgabenpolitik zur Sicherung der Konjunktur und der Arbeitsplätze deutlich zu machen[36]). Strauß wird weiterhin den Regierungsparteien vorwerfen, auch über die Steuerpolitik den „Sozialismus scheibchenweise einführen" zu wollen und gleichermaßen den Abbau von „Subventionitis" wie die Förderung privater Investitionen fordern[37]). Selbst die „Frankfurter Allgemeine

30) Vgl. SZ v. 8./9. 12. 1979, S. 34.
31) Entfällt.
32) Vgl. „Der Spiegel" v. 28. 1. 1979, S. 61.
33) Entfällt.
34) Peter Hort, Der Kanzler und die Unternehmer, in: FAZ v. 19. 12. 1979.
35) Zit. nach: „Welt der Arbeit", Nr. 35/1979.
36) Vgl. z. B. „Sozialdemokrat Magazin", H. 12/1979, S. 15.
37) Vgl. etwa Franz Josef Strauß, SPD und FDP wollen Sozialismus scheibchenweise einführen, in: „Handelsblatt" v. 31. 12. 1979, S. 5.

Zeitung" beleuchtet das CDU/CSU-Wahlprogramm in diesem Punkt mit mildem Spott: „Für die Frage der Staatsfinanzen visiert die Union eine Doppelstrategie an: Schulden abbauen und Steuern senken. Beides zusammen und gleichzeitig ist der Clou."[38])

Der CDU-Finanzexperte Häfele fand auf dem trockenen Gebiet der Finanzpolitik sogar Parallelen zwischen Schmidt und Hitler: Ein Beweis dafür, daß die Linke nicht mit Geld umgehen könne, sei die Höhe der gegenwärtigen Staatsverschuldung von insgesamt 420 Mrd. DM. „Das war genau der Schuldenberg, mit dem Adolf Hitler 1945 das deutsche Volk seinem Schicksal überlassen hat."[39]) Viel Sinn macht das nicht, zumal die Unterschiede zwischen den steuerpolitischen Konzepten außerordentlich schwierig zu entdecken sind.

4. Sozialpolitik

Für Strauß ist das soziale Netz „mehr und mehr zur Hängematte für Faulenzer geworden"[40]), weshalb er auch oftmals erklärt hat, daß die Staatsquote (im wesentlichen: Steuern und Sozialbeiträge) von 47 auf 40 % gesenkt werden soll. Eine entgegenstehende Aussage von Bundeskanzler Schmidt hat den Regierungschef – so Strauß – „für jede politische Tätigkeit in der Bundesrepublik" disqualifiziert. Aber auch andere haben in dieser Frage fehlende Eignung unter Beweis gestellt, wie etwa die CDU-Erfinder der „neuen sozialen Frage", deren Vorschläge nach Berechnungen der CSU jährlich 7 Mrd. DM kosten, was Strauß für unvertretbar hält[41]). Zu den recht kniffligen Fragen im Vorfeld der Ausscheidungskämpfe für die Kanzlerkandidatur der Union hatte Strauß die internen Alternativen so formuliert: Entweder bekenne sich die CDU zum Geißler-Kurs bzw. der „Ausdehnung des Sozialstaats" oder sie sei mit der CSU in „finanzpolitischer Solidität" für „Steuersenkungen, Ausgabeneinsparungen und Abbau des Schuldenzuwachses"[42]).
Hohe Publizität haben in diesem Zusammenhang alle Fragen, die mit den Renten zu tun haben, und da es eine sehr komplizierte Materie ist, besitzen hier Demagogen große Möglichkeiten. CDU-MdB Blüm weiß: „Die SPD programmiert einen zweiten Rentenbetrug"[43]), und seit der Etatdebatte Ende 1979 ist insgesamt deutlich, daß die Union „der Regierung eine ‚Neuauflage des Rentenbetruges' von 1976 anhängen" will[44]). Andere Propagandisten werden sich so konkret nicht äußern, dafür aber die großen Welt- und Menschenbilder schwarz-weiß malen. Insbesondere die CSU wird behaup-

38) Zit. nach: „Der Spiegel" v. 26. 5. 1980, S. 258.
39) Zit. nach: „stern" v. 8. 11. 1979, S. 268.
40) Zit. nach: Walter Fabian, Strauß als Redner am 1. Mai 1980?, in: „Angestellten-Magazin", 1/1980, S. 8.
41) Vgl. „Der Spiegel" v. 2. 7. 1979, S. 29.
42) Nach: „Der Spiegel" v. 18. 6. 1979, S. 26. Vgl. auch Alf Mintzel, Gebündelte Sehnsüchte aus der Bastion Bayern. Der CSU gelang die Festlegung der CDU auf einen historisch gewachsenen Konfrontationskurs, in: „Vorwärts" v. 19. 7. 1979, S. 9.
43) Zit. nach: „Die Welt" v. 5. 12. 1979, S. 2.
44) Zit. nach: „Der Spiegel" v. 7. 1. 1980, S. 21.

ten, daß Sozialleistungen zur Entmündigung des Bürgers führen, daß die Bundesrepublik „nicht ein sozialistisches Betreuungsheim" werden soll[45]), ja daß es für Nichtsozialisten geradezu ein „Recht auf Unterschiedlichkeit" geben müsse[46]). Gegen jede „staatlich verordnete Freiheit" fordert CSU-Generalsekretär Stoiber die Risikobereitschaft und die „Chance des Scheiterns", wodurch Ungleichheit gesichert werde, die halt zu den Ordnungen gehört, die „auf Naturgesetzlichkeiten beruhen"[47]). CDU-MdB Wörner erteilte Anfang 1980 eine Absage an „Wohlstandsduselei" und „Vernachlässigung vitaler Sicherheitsinteressen, der Überbetonung der Gesellschaftspolitik"[48]). Zuletzt dazu noch prägnant der Herausforderer: „Wir haben die Grenzen des Sozialstaates und des Bildungsstaates erreicht, vielleicht sogar an manchen Punkten überschritten."[49]) „Das Anspruchsdenken, politisch angeheizt durch sozialistische Glücksbringer und emanzipatorische Reformeuphoriker, muß wieder zurückgedrängt werden. Wenn die hochgeschraubten Anspruchserwartungen nicht erfüllt werden, breitet sich Unzufriedenheit, irrationale Protestbereitschaft, Verdrossenheit und vielleicht sogar revolutionäre Grundstimmung aus."[50]) Der CDU-Renomier-Arbeitnehmer Blüm ist voll auf diese Linie eingeschwenkt: „Mit Franz Josef Strauß für Frieden und Freiheit, für eine bessere Sozialpolitik."[50a]) Die Angegriffenen bleiben auch bei der Zurückweisung recht defensiv: „Heißt es darin nicht (in einem Konzept von Biedenkopf; d. Verf.), daß die CSU/CDU auf eine Politik der Förderung des Wachstums verzichten, erhebliche Kürzungen in den Etatposten – ‚einschließlich des Sozialetats' – vornehmen, die Bausparförderung und die Wohnbaupolitik liquidieren wolle? Was erwartet dieser Kanzlerkandidat eigentlich von einer Bevölkerung, die in Generationen die Rechte dieses Sozialstaates erkämpft und seine Voraussetzungen erarbeitet hat? Will er Beifall für seine Ersetzung des Sozialstaatsprinzips durch den Sozialdarwinismus?"[51]) Nur wird von der Koalition erheblich Konkreteres auch nicht angeboten. Im Gegensatz zu sozialpolitischen Festlegungen, die eine SPD-Kommission unter anderem zur Gesundheitspolitik und zur Arbeitszeitverkürzung vorgeschlagen hatte, wird die Mehrheitspartei mit Unverbindlichkeiten werben: „Ein flexiblerer, menschlicherer Übergang aus dem Arbeitsleben in die Rente gehört zu den großen gesellschaftspolitischen Aufgaben der 80er Jahre." Und: „Die älteren Menschen gehören mitten in unsere Gesellschaft."[52])

45) Helmut Kohl beim CDU-Parteitag 1979, zit. nach: 27. Bundesparteitag . . ., a.a.O., S. 27.
46) Hanna-Renate Laurien, zit. nach: ebd., S. 79.
47) Zit. nach: Elisabeth Endres, Ein Herr Doktor Hackordner. Das Weltbild des CSU-Generalsekretärs Stoiber, in: „Vorwärts" v. 9. 8. 1979, S. 3.
48) Zit. nach: Horst Heinemann, Machen wir's den Sowjets nach, in: „Vorwärts" v. 17. 1. 1980, S. 3.
49) Strauß im Deutschlandfunk am 4. 1. 1976, zit. nach: Zitaten-Sammlung Strauß, hrsg. v. Presse-Archiv des Parteivorstands der SPD,Juli 1979, Manuskript, S. 11.
50) Strauß, zit. nach: FR v. 18. 7. 1979, S. 4.
50a) Zit. nach: „stern" v. 21. 5. 1980, S. 207.
51) Jens Fischer, Was hat Strauß denn erwartet?, in: „Vorwärts" v. 20. 9. 1979, S. 1.
52) Vgl. „Der Spiegel" v. 21. 4. 1980, S. 60.

5. Energiepolitik

Auch über Energie läßt sich trefflich wahlkämpfen. Die SPD wird geschlossen das Regierungskonzept unterstützen, die Opposition auch, obwohl sie weitergehende Ziele hat[53]). Die Regierungsparteien werden lediglich der Opposition unterstellen, sie könne, da außer Verantwortung, überhaupt nicht mitreden, während die Opposition den Dissens innerhalb der Sozialdemokratie als Spaltpilz der Regierungsfähigkeit herausstreichen wird. Auf diesem Problemfeld wird es der Kanzler leicht haben. Seine Aussagen sind verständlich, und wer will schon ausgerechnet im Wahlkampf problematisieren: „Deutschland ist nicht geholfen, wenn Herr Eppler und ich mit dem Fahrrad ins Büro fahren."[54]) (Der Vorgang, daß der Kanzler nach dem Parteitag seiner Partei, bei der er bis zur faktischen Rücktrittsdrohung für sein Energiekonzept gekämpft und es durchgesetzt hat, die dann gefaßten Beschlüsse als zu weitgehend bezeichnet, gehört in ein anderes Kapitel – das der innerparteilichen Demokratie[55]). Und zur politischen Kultur dürfte es gehören, daß die SPD-Linke nach diesem Parteitag behauptet, der Kernkraftausbau sei nunmehr erschwert worden, während der der FDP angehörende Wirtschaftsminister das Gegenteil aus den gleichen Beschlüssen folgert[56]).)

6. Bildungspolitik

Die Regierungsparteien werden dieses Feld lediglich dann ansprechen, wenn der Gegner dazu zwingt. Der wird diese Themen gern aufgreifen, zumal sich bereits bei der „Kooperativen Schule" in Nordrhein-Westfalen gezeigt hat, daß sich Mehrheiten gegen Reformversuche mobilisieren lassen. Aber z. B. ist es ja keineswegs ein „Nein zur Bildung", wenn Kultusministerin Laurien ein 10. Pflichtschuljahr für alle ablehnt; denn „das ist ein Ja zur Vielfältigkeit und Verschiedenartigkeit des Menschen"[57]). Verschiedenes muß eben auch verschieden behandelt werden, und eine „höhere" Förderung ist nach Strauß lediglich der Elite zuzudenken: „Es geht darum, mit Abitur und Universitätsdiplomen die wirklichen Begabungen in unserem Lande, die nicht allzu zahlreiche Schicht der Begabten und Geeigneten, nachhaltig zu fördern."[58]) Das alles ginge wohl nicht mit solchem Schnick-Schnack wie Rahmenrichtlinien, Gesamtschulen, Konfliktpädagogik usw. usw. Vielmehr komme auf tausend Kinder nur ein hochbegabtes und eine „etwas größere Zahl von Begabten", so daß es Aufgabe eines humanen Schulsystems sei, „diese Begabten herauszufinden, sie besonders zu fördern und sie zur vollen Entfaltung zu bringen"[59]). Wenn ein sozialdemokratischer

53) Vgl. Jürgen Klotz, Für die CDU ist Energiepolitik der Bau von Kernkraftwerken, in: FR v. 20. 6. 1980, S. 5.
54) Zit. nach: „Der Spiegel" v. 18. 6. 1979, S. 21.
55) Vgl. die Schmidt-Aussage bei Rainer Barzel, Man glaubt nur, da regiert einer, in: „Welt am Sonntag" (WamS) v. 6. 1. 1980, S. 9.
56) Vgl. das Lambsdorff-Interview in WamS v. 23. 12. 1979, S. 25.
57) Hanna-Renate Laurien beim CDU-Parteitag 1979, zit. nach: 27. Bundesparteitag . . ., a.a.O., S. 78.
58) Zit. nach: Theo Schiller, Mit welcher Freiheit in die 80er Jahre? Die Ausgangslage der FDP zum Beginn des Wahljahres, in: „Vorwärts" v. 20. 12. 1979, S. 5.
59) Zit. nach: Christian Uhde, „Franz Josef, gibt uns Zukunft". CSU-Parteitag in München – die Altarerhebung des Kandidaten, in: „Vorwärts" v. 4. 10. 1979, S. 10.

Informationsdienst beklagt, daß sich Strauß mit der Bildungspolitik ein „besonders ungeeignetes Feld für seinen ideologischen Grabenkrieg ausgesucht" habe und dem mit einer sachlichen Dokumentation begegnen will[60]), so geht das wohl an den Kampfmotiven vorbei. Strauß dürfte vor seiner Erschwerung der Kultusministereinigung zu den Gesamtschulen[61]) getestet haben, ob sich dieses Thema für ihn lohnt („Schulstreit verschärft, Abitur wird wertlos", so die „Welt am Sonntag"[62]). Das gleiche gilt, wenn er im Bundestag sagt: „Ich habe nie einen Zweifel daran gelassen, daß die Erziehung der Kinder im Konfliktdenken . . . keine jungen, frohen, lebensaufgeschlossenen, der Zukunft gewachsenen Menschen, sondern verformte, verbildete und oft leider auch geistig-seelisch verkrüppelte Bürgerschaft, die dann mit ihrem Leben nicht mehr fertig werden."[63]) Die Koalition argumentiert weniger blumig, wenn sie auf ihre Erfolge verweist: „Wir haben gehandelt, und heute ist es fast selbstverständlich, daß der Anteil der Arbeiterkinder unter den Abiturienten so viel größer wurde und das skandalöse Bildungsgefälle zwischen Stadt und Land erheblich eingedämmt werden konnte. Hier und anderswo haben wir mit viel alltäglicher Diskriminierung aufgeräumt."[64])

7. Familienpolitik

Wenn es einen aufgrund der Krisen überall in der Welt fröstelt, dann bekommt das Wort *Familienpolitik* etwas Heimeliges; es liegt bei den Oppositionsparolen vorn. Der Generalist und CDU-Vorsitzende Kohl hat sich bereits eingearbeitet: Es gehe gegen den „Muff des alten, verstaubten sozialistischen Emanzipationsmodells" und darum, „daß der Staat nicht auf leisen Sohlen noch immer weiter in den geschützten Bereich der Familie eindringt". Denn: „Noch heute will doch der Sozialismus dauernd Erziehungsziele von Staats wegen festlegen. Jahrelang hat die Regierung von SPD und FDP versucht, die Familien rechtlich unter Kontrolle zu nehmen, jahrelang hat sie sie materiell vernachlässigt und psychologisch verunsichert. Die Bilanz ist erschreckend: Die Zahl der Eheschließungen sinkt, die Scheidungsziffern steigen, die Geburtenzahlen gehen zurück . . . Eine solche Entwicklung hat natürlich *auch* politische Ursachen, und sie hat schwerwiegende Folgen für die Wirtschaft, für den Generationsvertrag der sozialen Sicherheit und für die internationale Bedeutung unseres Landes."[65]) Daß es nicht mehr so ist, wie es früher war – oder jedenfalls als Idealbild in die

60) „Sozialdemokratischer Informationsdienst Bildung", Nr. 5, November 1979.
61) Vgl. dazu Jutta Roitsch, „Streit um Schulen nur wegen Strauß". Regierung gibt Kanzlerkandidaten die Schuld am Zwist über Bildungswesen, in: FR v. 9. 11. 1979, S. 1.
62) Gerhard Mumme, Schulstreit verschärft, Abitur wird wertlos, in: WamS v. 4. 11. 1979.
63) Strauß in der Haushalts-Debatte des Bundestages im Dezember 1979, zit. nach: „Das Parlament" v. 22. 12. 1979, S. 11.
64) Willy Brandt im Interview mit der Münchner „Abendzeitung", zit. nach: „Sozialdemokraten-Service-Presse-Funk-TV" v. 25. 10. 1979, Nr. 531/79, S. 1.
65) Kohl beim CDU-Parteitag 1979, zit. nach: 27. Bundesparteitag . . ., a.a.O., S. 35 f.

Vergangenheit zurückversetzt wird –, das liegt konservativen Parolen zufolge an den staatlichen Versuchen, auch im Bereich der Familie Konflikte zu regeln. Lt. Blüm (CDU) marschieren wir bereits „in die plattgewalzte Ebene einer nivellierten Einheitsgesellschaft", und auch die Familie als „der eigentliche Widerpart gegen den Einheitsbrei des Kollektivismus" solle zurückgedrängt werden. Die Regierungskoalition habe „die Ehe zu einem Zweckbündnis mit relativ niedrigem Kündigungsschutz zurückgeschraubt"[66]). Ein publizistischer Begleiter schrieb dazu in der „Kölnischen Rundschau" : „Was jetzt noch den Unterschied ausmacht, hat der CDU-Politiker Anton Stark ausgesprochen. In der sozial-liberalen Familienpolitik werde stets Recht für angeblich benachteiligte Teile der Familie statt Recht für die ganze und intakte Familie gemacht."[67])

Wo immer man die Parolen mit der Realität konfrontiert, ergeben sich Widersprüche: Einerseits fordert eine Familienpolitikerin der CDU (Erna Maria Geier) das Einschreiten des Staates gegen ein „falsches Elternbild", gegen „Angriffe auf die Institution der Familie", gegen „Emanzipationshysterie", gegen „das skrupellose Sexualleben Heranwachsender". Andererseits kennzeichnet sie reformerische Ansätze zur Familienpolitik als sträflichen Versuch, den „Staatseinfluß" auf die Familie zu sichern[68]). Einerseits wird – was die berufstätigen Frauen mitzubezahlen hätten – auch für die nichtberufstätigen Hausfrauen Einkommen und Rente gefordert, andererseits lehnt CSU-Generalsekretär Stoiber viele sozialpolitische Reformpläne als „Sozial-Klimbim" ab[69]).

Die Position der Koalition ist auch in Fragen der Sozialpolitik betulich defensiv; der Kanzler „warnt vor Katastrophenstimmung wegen des Geburtenrückgangs"[70]) und seine Berater begründen klug und ausführlich, daß solche langfristigen Entwicklungen staatlicherseits kaum zu beeinflussen sind und daß sie ferner jedenfalls materiell zu keinen Problemen führen[71]). Die Aussagekraft bislang verbreiteter sozialliberaler Forderungen zur Sozialpolitik dürfte auch nicht allein dadurch zu erhöhen sein, daß man die Parolen der Konservativen lächerlich macht: „Ein Volk von Kriminellen und Rauschgiftsüchtigen sitzt in dunklen, kalten Stuben, in denen Großvater und Großmutter bei Wasser und Brot auf die wenigen verbliebenen Kinder obacht geben müssen, damit diese im finnlandisierten Deutschland nicht den anrükkenden Kosaken mit Begeisterung Tür und Tor öffnen – denn darauf haben kommunistische Lehrer in Monopol-Gesamtschulen die lieben Kleinen getrimmt."[72])

66) Blüm in der Haushalts-Debatte des Bundestages im Dezember 1979, zit. nach: „Das Parlament" v. 22.12. 1979, S. 13.

67) Wolfgang Larmann, Wo bleibt die Familie?, in: „Kölnische Rundschau" v. 11. 5. 1979.

68) Vgl. Uly Foerster, Teutsches Familienbild. Erna Maria Geier – Ideologin konservativer Familienpolitik, in: „Vorwärts" v. 19. 4. 1979, S. 4.

69) Nach: „stern" v. 31. 5. 1979, S. 191.

70) „Schmidt warnt vor Katastrophenstimmung wegen des Geburtenrückgangs", in: SZ v. 3. 8. 1979, S. 1.

71) Vgl. Albrecht Müller, Die Vorstellung eines schrumpfenden Volkes löst Ängste aus. Kritische Anmerkungen über die Art und Weise, in der bei uns die Diskussion über die Bevölkerungsentwicklung geführt wird, in: FR v. 27. 8. 1979, S. 14.

72) Uly Foerster, Haushalt '80. Eigentümlicher Rollentausch. Strauß tut sich mit Schmidt und die CDU/CSU als Opposition schwer, in: „Vorwärts" v. 20. 12. 1979, S. 4.

8. „Innere Sicherheit"

Die innere Sicherheit wird in dem von den Unionsparteien definierten Sinn und Bedeutungsumfang ebenfalls wesentlich den Wahlkampf prägen. Eine wichtige Formulierungshilfe gab hier ein Beschluß des letzten CDU-Parteitags: „Die SPD/FDP-Bundesregierung hat mit den ‚Grundsätzen für die Prüfung der Verfassungstreue' vom 17. Januar 1979 den Verfassungsgrundsatz der wehrhaften Demokratie aufgegeben. Sie verläßt damit einen Grundsatz der Verfassung, der vor 30 Jahren für die Väter des Grundgesetzes eine wichtige Konsequenz aus der jüngsten deutschen Geschichte war. Die CDU bekräftigt dagegen ihre Entschlossenheit, Verfassungsfeinden mit allen rechtsstaatlichen Mitteln entgegenzutreten."[73]) Viele Politiker der SPD werden – mehr noch als die der FDP, die angesichts ihrer Zielgruppen hier recht deutlich und sachlich argumentieren kann – durch solche Vorwürfe in wahre Eiertänze verstrickt, da sie einerseits angesichts eindeutiger Parteimehrheiten buchstäblich verfassungs- und gesetzestreu sein wollen, andererseits im Geiste für jeden legalen Kommunisten, der durch ihre „Schuld" in den Staatsdienst kommt, mehrere tausend Wähler abrechnen.

In einer großen Anfrage der CDU/CSU-Fraktion wurde die Bundesregierung gefragt, wieso sie es u. a. unterlasse, Publikationen wie etwa „Die Neue" und „Konkret" im Verfassungsschutzbericht zu erwähnen und auch den „Werkkreis Literatur der Arbeitswelt" dort zu registrieren[74]). Außerdem wurde gefragt, welche Möglichkeiten sie habe, „gezielt an die DGB-Gewerkschaften, an Gewerkschaftsfunktionäre oder sonstige ‚Multiplikatoren' im Gewerkschaftsbereich solche Aufklärung (über die „vorgebliche Loyalität der DKP gegenüber den Gewerkschaften im Rahmen ihrer Bündnispolitik"; der Verf.) zu richten" und „auf welche Weise" sie „solche Möglichkeiten bisher genutzt" habe[75]).

Hatte man in den 50er Jahren auf der konservativen Seite in Agitationsphrasen die Parole „rot gleich braun" unters Volk gegeben, so hat im Grunde in den 70er Jahren eine Re-Intensivierung dieser „Argumentation" stattgefunden, da nunmehr auch Sozialdemokraten in exzessive Verleumdungen (etwa daß Nationalsozialisten auch Sozialisten gewesen seien) und Repressionsmaßnahmen (beispielsweise Berufsverbot wegen sozialdemokratischer Betätigung) einbezogen werden.

II. Einige Folgerungen

Ein Ergebnis am Rande, das sich bei der Betrachtung der Wahlkampfparolen aufdrängt: Oft sind sie der politische Inhalt; sie verdecken keineswegs etwas;

---

73) Beschluß des CDU-Parteitages 1979, zit. nach: 27. Bundesparteitag . . ., a.a.O., S. 280.

74) Vgl. die Große Anfrage von Dr. Dregger u. a. und der Fraktion der CDU/CSU, in: Deutscher Bundestag, 8. Wahlperiode, Drucksache 8/3214, 27. 9. 1970 („Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und die Berichterstattung der Bundesregierung über den Verfassungsschutz"), bes. S. 5 f.

75) Vgl. die Kleine Anfrage der Abgeordneten Spranger u. a. und der Fraktion der CDU/CSU zur „Gewerkschaftspolitik der DKP und ihr zugehöriger Gruppen" und die Antwort der Bundesregierung darauf, in: Deutscher Bundestag, 8. Wahlperiode, Drucksache 8/3288, 22. 10. 1979, S. 3 ff.

im Bundestag geht es in vielen Fragen so zu, wie es Wahlplakate suggerieren, die einem Land von Alphabetisierten eigentlich schlecht anstehen. Und noch ein Schluß: Wenn Parolen politische Einsichten überlagern bzw. verhindern, ist Demokratie auf Äußerliches reduziert; wenn Neues bloß dann überlebt, wenn es sofort mehrheitsfähig ist, dringt Aufklärung nicht bis zu demokratischen Entscheidungen durch. Statt Problemaufklärung infantil-vertrauliche Beschwörungen und aggressiv-personalisierte Verketzerungen sowie albernes Sündenbock-Suchen; eine Thematisierung von Wahlkampfparolen, deren Gewichtung eher umgekehrt proportional zur Relevanz erscheint. Das unter anderem im derzeitigen Wahlkampf deutlich werdende Angebot der beiden großen Blöcke beinhaltet also im wesentlichen keine Problemlösungsstrategien. Es handelt sich vielmehre um Personalangebote mit der Bitte um Vertrauen – und um die Drohung, daß bei der Bevorzugung der anderen Variante unvorteilhafte Dinge passieren würden. Auffallend ist, wie wenig qualitative Unterschiede auszumachen sind: Beide Blöcke sehen mit allerdings verschiedener Intensität den Primat der privaten Gewinnerzielung als den für Gesellschaft und Staat entscheidenden „Sachzwang" an; beide haben daran mitgewirkt, daß in den letzten Jahren die sozialstaatlichen Funktionen des Staates und seine rechtsstaatliche Liberalität abgebaut und die Law-and-order-Funktionen verstärkt wurden. Beide haben wenig gegen die strukturell bedingte Massenarbeitslosigkeit anzubieten. Beide haben oft genug erklärt, daß an dem Dogma der Unterordnung unter die Weltpolitik der USA nicht zu gerüttelt werden dürfe.

Freilich wäre unpolitisch, wer die Nuancen der Differenzierung[76]) und die Chancen nicht sieht, einen autoritären Staat ganz anderer Intensität, als wir ihn heute vorfinden, in einer noch intensiver dem privaten Profitinteresse unterworfenen Gesellschaft abzuwehren. Einen Staat der „offenen Feinderklärung" z. B. gegenüber kritischen Intellektuellen; einen Staat der „Absage an vieles, was die Substanz demokratischer Lebensform ausmacht"[77]).

Wenig Zweifel dürften aber auch darüber herrschen, daß der zu erwartende sozialliberale Wahlsieg im Oktober 1980 keines der derzeitigen Probleme löst – bis auf eben das Erhalten einigen Freiraums zur weiteren Aufklärung und Politisierung und bis auf die Verhinderung politischer Abenteuer, die selbst die Fragen von Krieg und Frieden in ihre unverantwortliche Agitation einbeziehen. Die Deutschen Jungdemokraten formulierten das so: „Nicht Schmidt ist die Alternative zu Strauß, sondern ein Verhindern von Strauß erhält uns gerade noch den Freiraum, eine Alternative zu entwickeln und aufzubauen."[78])

76) Vgl. dazu Autorenkollektiv der spw, Schmidt gleich Strauß?, in: „spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft", H. 7 (1980), S. 10 ff.
77) Gunter Hofmann, Die Neue Rechte. Personen und Gruppierungen in der CDU/CSU, in: „Frankfurter Hefte" (Hrsg.), Aussichten der Republik, Frankfurt/M. 1980, S. 83.
78) Strategiepapier der Deutschen Jungdemokraten zu den Bundestagswahlen 1980, abgedruckt in: FR v. 8. 1. 1980. S. 10.

Zur Verdeutlichung der Möglichkeiten demokratischer Initiativen in der Innen- und Außenpolitik ist es nützlicher, die Gründe für die derzeitige Schwäche der konservativen Rechtsparteien zu analysieren. Hingewiesen werden soll darauf, daß das weder damit gleichbedeutend ist, daß die bundesdeutsche Rechte insgesamt schwächer geworden ist, noch damit, daß bereits Tendenzen zu einer an Arbeitnehmerinteressen orientierten politischen Hegemonie festzustellen sind. Eher ist auch innerhalb der SPD Gegenteiliges der Fall, wie es die „Zeit" griffig formulierte: „Die SPD auf dem Wege zur Kanzlerpartei – Phantasie und Reformwille sind im Augenblick nicht sehr gefragt."[79]) Zur drastischen Freude der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" hatte der Bundeskanzler „die Parteilinke zum Nutzen seiner Handlungsfähigkeit viel früher als sonst vor anstehenden Wahlen in den Keller gesperrt, damit ihr Anblick den Wählern erspart bleibe"[80]).

Der wichtigste Grund für das Verbleiben der bundesdeutschen Wählermehrheit bei den sozialliberalen Parteien mit Bundeskanzler Schmidt an der Spitze, das gleichbedeutend ist mit der weitgehenden Ablehnung der Alternative „Strauß", ist bis kurz vor seiner Nominierung vom Kandidaten selbst gesehen worden: „Ich gehe von drei Überlegungen aus: Erstens, daß wir keine reelle Chance haben, die absolute Mehrheit der Stimmen oder der Mandate zu erwerben . . ., egal unter welchem Kanzlerkandidaten . . ."[81]) Und: „Ich muß bei der Überlegung bleiben, daß ohne eine Änderung der Parteienlandschaft CDU und CSU nach menschlichem Ermessen keine berechenbare oder konkrete Chance haben, die absolute Mehrheit der Mandate zu gewinnen. Der Gedanke stammt im übrigen nicht von mir, sondern von Konrad Andenauer."[82])

Ähnlichen Sinn macht es, wenn Alfred Dregger äußert, das bundesdeutsche „Parteiensystem sei degeneriert"[83]), oder wenn Springers „Welt am Sonntag" im Mai 1979 düster-orakelnd weissagt: „Wähler wählen, aber sie ändern nichts."[84]) Was an diesen Überlegungen besticht, ist ihre innere Logik, demonstriert an der bisherigen Geschichte der Bundestagswahlkämpfe. Gegen die Sozialdemokraten konnten sich nur Kanzler durchsetzen, die sämtliche wichtigen bürgerlichen Parteien, Fraktionen und Interessengruppen integrierten. Strauß kann zwar über die CSU hinaus Einbrüche in die Wählerschaft der NPD erreichen und dazu auch einige Neofaschisten überhaupt wieder fürs Wählen begeistern – er verliert aber dafür in der „Mitte", bis hin zum mittleren und unteren Funktionärskörper der CDU, der den aufgezwungenen Kandidaten nur lustlos unterstützt. Eine „vierte Partei" hätte die wichtigste Bedingung für einen Wahlsieg erfüllt: die rechten Stim-

79) Gunter Hofmann, Disziplin wird großgeschrieben, in: „Die Zeit" v. 6. 6. 1980, S. 3.
80) Ernst-Otto Maetzke, Ohne Polarisierung, in: FAZ v. 21. 8. 1979.
81) Zit. nach: Rudolf Augstein, Biegen und Brechen, Hauen und Stechen, in: „Der Spiegel" v. 25. 6. 1979, S. 30.
82) Strauß im „Spiegel-Gespräch", in: „Der Spiegel" v. 2. 4. 1979, S. 23.
83) Alfred Dregger, zit. nach: FR v. 28. 5. 1979, S. 11.
84) WamS v. 6. 5. 1979.

men bis zum äußersten Rand gewinnen, ohne in der Mitte zu verlieren. Die Gruppe Strauß hat diese Möglichkeit um der relativen Einheit der Gesamtunion willen – und u. a. auf den Druck des Wirtschaftsrats der CDU hin[85]) – dann fallengelassen; er wird nicht sehr bald nach dem Wahltag darauf zurückkommen.

Das nächste Feld der Gründe für die Schwäche der Strauß-Formation betrifft die Stärke des innen- und außenpolitischen Krisenmanagements der sozialliberalen Bundesregierung und insbesondere eines Kanzlers, dessen Amtsbonus signifikant von dem voriger Kanzler positiv abweicht. Bis in die Reihen früherer CDU-Wähler hinein ist der Eindruck stark verbreitet, daß innerer und äußerer Friede jedenfalls bei Schmidt in besseren Händen ist als bei Strauß. Beim äußeren Frieden können wir vom alltäglichen Sprachgebrauch ausgehen; durch Strauß als Bundeskanzler scheint er einer recht deutlichen Mehrheit der Wähler nicht so gesichert als durch Schmidt. Die entsprechend ähnlichen Beurteilungen offizieller wie publizistischer Stellen in Ost und West sind darin – bis auf beachtenswerte Teile z. B. der Carter-Administration, die offenbar dazu übergehen, die ganze Welt als Kondominium der USA zu bebrachten – übereinstimmend. Und sie wirken wiederum in nicht unwesentlicher Weise auf den bundesdeutschen Wahlkampf und die Aussichten seiner Kandidaten zurück. Mit dem „inneren Frieden" hat es eine weitaus kompliziertere Bewandtnis. Viele Arbeitnehmer und Gewerkschafter, wenn auch nicht so deutlich einige Gewerkschaften, sehen den sozialen Frieden durch Strauß bedroht. Viele eher mittelständische Arbeitnehmer und große Teile des Mittelstands fürchten, daß ein Strauß, der nicht einmal mit einigen gegen ihn gerichteten Demonstrationen fertig wird, für permanente Unruhe sorgen würde. Unternehmen und Unternehmensverbände stehen ebenfalls nicht mehr in ihrer Mehrheit, wie noch 1972 und 1976, hinter dem Bundeskanzlerkandidaten der Union. Hauptmotiv für viele von ihnen ist die Furcht vor außenpolitischen Turbulenzen – einschließlich des Erliegens von Ostgeschäften – und vor dem Verlust des derzeit herrschenden inneren Krisengleichgewichts: Ein Kanzler, der nicht wie der Sozialdemokrat Schmidt auf die traditionelle Unterstützung der Gewerkschaften bauen könnte, dürfte nicht lange Garant dafür sein, daß der „soziale Friede" von Dauer ist. Gerade infolge der sinkenden Wachstumschancen bekommt das längerfristig planende Management der Großkonzerne und Unternehmerverbände als Repräsentant unternehmerischen Gesamtinteresses an sozialer Stabilität und ausreichender Infrastruktur stärkeren Einfluß (als an unmittelbaren Erfolgen und niedrigen Staatsabgaben interessierte Einzelkapitalisten und „Mittelständler", die eher die Straußschen Konzepte favorisieren). Strauß wird auch von den erstgenannten gebraucht – nur eben nicht als Kanzler, sondern als Drohung. Warum sich mit jemandem identifizieren, den kürzlich noch die liberale „Zeit" (mit sicherlich beträchtlicher Wirkung auch im Ausland) als einen Vergangenheitsbewältiger dargestellt hat, der sich allenfalls im Tonfall

85) Vgl. Hofmann, Die Neue Rechte, a.a.O., S. 79.

86) Karl-Heinz Janßen, Pfeile aus dem Köcher der Vergangenheit. Das Geschichtsbild des Franz Josef Strauß: Gleichnisse für unheilschwangere Visionen und grimmige Prophezeiungen, in: „Die Zeit" v. 25. 1. 1980, S. 12.

von neofaschistischen „Kriegsschuld"-Theoretikern unterscheidet: Strauß „scheint sich sicher zu sein, daß er ein Ohr für die Gefühle der schweigenden Mehrheit hat. So wie Strauß über die deutsche Schuld spricht, so redeten die ehemaligen Frontkämpfer des Zweiten Weltkrieges, als sie aus der Gefangenschaft und aus den Schützengräben an den Stammtisch zurückkehrten."[86]) Strauß' ausgezeichnete Verbindungen zu ausländischen Rechten, Rechtsradikalen und Neofaschisten dürften eine ähnliche Wirkung haben[87]).

Interessantes konnte man kürzlich zum Thema der Abwendung von Strauß aus der Feder des Chefredakteurs des „Manager-Magazins" lesen: „Zwar traut das Gros der Manager Franz Josef Strauß . . . zu, er könne Staatsverschuldung und Subventionen eher abbauen als SPD und FDP. Dennoch argumentieren viele, ‚der kühle Schmidt' werde besser als ‚der emotionale Strauß' die Gewerkschaften ruhig halten, und ohnehin sollte man im Strom der gefährlich aufgewühlten Weltpolitik nicht die Pferde wechseln."[88]) Es läuft ja auch gut mit den Geschäften und die Massenarbeitslosigkeit stört unmittelbar im Grunde lediglich die von ihr betroffene „Randgruppe", für die zudem immer neue Förderungsmaßnahmen erdacht und konzipiert werden. „Vielleicht", schrieb kürzlich die US-„Time", „ist West-Deutschland die in der Welt erfolgreichste kapitalistische Gesellschaft. Obwohl es formell eine Mitte-Links-Regierung gibt und diese Minderheitsbeteiligungen an der Stahl-, Öl- und Automobilindustrie hält, greift sie kaum in den blühenden privaten Sektor ein."[89]) Darum auch „gibt (es) kein Land, in dem es mehr Spaß macht, Unternehmer zu sein, als in der Bundesrepublik" (von Brauchitsch, Flick KG)[90]).

Pflichtübungen und Warnungen vor einer evtl. doch noch nach „links" abdriftenden SPD müssen sein, so wenn etwa der BDI aus dem SPD-Wahlprogramm eine geplante „Staatliche Struktursteuerung" herausliest und dies als unvereinbar „mit dem Prinzip einer marktwirtschaftlichen Ordnung" erklärt[92]). Die Grundhaltung auch des BDI zum derzeitigen politischen Geschehen wird jedoch in der Beurteilung der BDI-Jahrestagung 1980 durch die „Frankfurter Rundschau" richtiger wiedergegeben: „Nicht ganz von der Hand zu weisen ist . . . die Vermutung, daß es von Bonn seitens der Unternehmer einfach nichts mehr zu fordern gibt. Die Geschäfte laufen besser als erwartet; Einfluß und Kontakte in Bonn lassen wenig zu wünschen übrig."[93]) Was Wunder, das dies materiell und ideell honoriert wird: „Viele Spitzenmanager der Großunternehmen haben sich entschieden. Für sie ist der sozialdemokratische Kanzler der bessere Mann auch für die nächste Legislaturpe-

87) Vgl. dazu ausführlich „Der Spiegel" v. 25. 2. 1980, S. 22 ff.
88) Leo Brawand, Was die Manager in den Firmen von den Managern in der Politik halten, in: WamS v. 24. 2. 1980.
89) Zit. nach: „Der Spiegel" v. 21. 4. 1980, S. 137.
90) Zit. nach: „Die Neue" v. 20. 6. 1980, S. 5.
91) Entfällt.
92) Vgl. „Der Tagesspiegel" v. 12. 6. 1980, S. 23.
93) FR v. 21. 5. 1980.

riode."[94]) Emnid berichtet, daß „die Vorliebe bundesdeutscher Manager für die CDU/CSU . . . spürbar kleiner geworden" ist[95]). Die Gruppe Strauß sieht das durchaus als Gefahr und wehrt mit populistischer Sozialdemagogie ab: Ohne die hochkarätigen Unternehmervertreter zu erwähnen, die besonders in Bayern den Herausforderer unterstützen[96]), schilt Strauß das Vertrauen gegenüber Schmidt als Anpassung „gewisser Leute der Großwirtschaft" und ihrer Manager. Sich selbst stellt er als einfachen Mann aus dem Volke dar: „Ich komme aus dem Milieu einer Arbeitervorstadt."[97])

Die Wahlkampagne der von Strauß geführten CDU/CSU ist trotz außenpolitischer Krise und erhebliche wirtschaftspolitische Probleme im Innern bislang nicht angekommen; im Gegensatz zu früheren Vermutungen driftet die Wählerschaft keineswegs im Selbstlauf in der Krise nach rechts und zum „starken Mann". Zu der in der Grundausrichtung verfehlten Wahlkampfstrategie der CDU/CSU, deren Agitation lediglich ganz rechts ankommt, wo es ohnehin kaum mehr Alternativen zu Strauß gibt, kommen eher handwerkliche Fehler der Strauß-Kampagne (Verwirrung wegen der Straußschen Wechselbäder zwischen Konfrontations- und Kooperationspolitik gegenüber der Bundesregierung[98]); hilfslos-aggressives Reagieren auf die zunächst unterschätzten Anti-Strauß-Kampagnen; für Wechselwähler zu primitive Wahlkampfagitation[99]) insbesondere durch CSU-Generalsekretär Stoiber mit seinen vielfältigen Verleumdungen der Arbeiterbewegung; konzeptionsloses Herangehen an Kanzler Schmidt, der zunächst als Getriebener der „Linken" in der SPD, dann aber als Treiber in den „Sozialismus" gezeichnet wurde; fehlendes Programm für jugendliche Wähler[100])).

Strauß-Kandidatur und Vorwahlkampfzeit haben erneut sichtbar werden lassen, wie stark die antisozialen und der Demokratie skeptisch gegenüberstehenden Kräfte in diesem Land sind. Auf der anderen Seite aber hat sich auch gezeigt, welche Möglichkeiten in den erfolgreich arbeitenden verschiedenen „Anti-Strauß-" bzw. „Anti-Rechts-Initiativen" angelegt sind, die kurzfristig vor den Gefahren eines Strauß/Dregger-Kabinetts warnen, aber mittelfristig zugleich auch die darüber hinausgehenden Strukturprobleme dieser Staatsgesellschaft thematisieren und damit die Chancen für die Verteidigung der demokratischen und sozialen Rechte – einschließlich des richtigen Vorgehens gegen eine nach dem 5. Oktober sicherlich noch aggressiver und wahrscheinlich mit Hilfe einer „4. Partei" auftretenden nationalen Rechten – sowie die Bedingungen für demokratische Veränderungen im Interesse vor allem der Arbeitnehmer verbessern können.

94) Richard Gaul, Späte Liebe zu Schmidt, in: „Die Zeit" v. 21. 3. 1980, S. 18.
95) „Vorwärts" v. 12. 6. 1980, S. 20.
96) Vgl. Otto Köhler, F. J. Strauß – Der Kandidat des großen Geldes, München 1980.
97) Vgl. „Der Spiegel" v. 26. 5. 1980, S. 22.
98) Vgl. dazu etwa Erich Follath, Neue Federn für Strauß, in: „stern" v. 14. 2. 1980, S. 186 ff.
99) Vgl. dazu Nina Grunenberg, Angeschlagen, abgeschlagen: Keine Chance für Strauß?, in: „Die Zeit" v. 20. 5. 1980, S. 3.
100) Vgl. dazu u. a. Gode Japs, Fröhlich bis an die Zähne, in: „Vorwärts" v. 7. 2. 1980, S. 7.

Das Potsdamer Abkommen und die Außenpolitik der USA

Von Gerhard Kade

Der von Hitlerdeutschland ausgelöste Zweite Weltkrieg hat die Bedingungen des Zusammenlebens der Völker Europas zutiefst verändert. Grundlegendes und völkerrechtlich relevantes Dokument dieser Veränderungen ist das Potsdamer Abkommen. Es wurde vor 35 Jahren, am 2. August 1945, von den obersten Repräsentanten Großbritanniens, der USA und der UdSSR unterzeichnet. Frankreich ist diesem Abkommen am 7. August 1945 beigetreten.

Das Potsdamer Abkommen besteht nicht außerhalb seines historischen Zusammenhangs. In seine Wertung einbezogen werden müssen die ihm unmittelbar vorangehenden völkerrechtlich verbindlichen Dokumente, nämlich das Protokoll über die Konferenz von Jalta zwischen der UdSSR, den USA und Großbritannien, die Kapitulationserklärung der deutschen Streitkräfte vom 8. Mai 1945, die sogenannte Berliner Erklärung der vier wichtigsten Siegermächte des Zweiten Weltkriegs vom 5. Juni 1945 und nicht zuletzt die Charta der Vereinten Nationen, die am 25. Juni 1945 in San Francisco verabschiedet wurde.

Von staatsrechtlicher Bedeutung waren diese Dokumente insofern, als darin festgeschrieben wurde, daß es seit Hitlers Selbstmord am 30. April 1945 Deutschland als Staat nicht mehr gab. Eine deutsche Staatsgewalt existierte nicht mehr. Auch die sogenannte Reichsregierung Dönitz hat zu keinem Zeitpunkt staatliche Hoheitsfunktionen ausgeübt. Auch war eine Wiederaufnahme der Verfassungsprinzipien von Weimar gedanklich und auch in der Staatstheorie völlig abwegig, denn alle dort verankerten verfassungsmäßigen Organe wie Reichstag, Reichsregierung, Reichspräsident, Reichsrat existierten nicht mehr. Die alliierten Siegermächte waren gezwungen, aus dem totalen Zusammenbruch jeder deutschen staatsrechtlichen Hoheit das entstandene Vakuum mit eigenen staatshoheitlichen Befugnissen auszustatten. Insofern ist das Potsdamer Abkommen die Grundlage jedes deutschen Staatsrechts, und alle danach entstandenen staats- und verfassungsrechtlichen Vorschriften in Deutschland sind an den Prinzipien des Potsdamer Abkommens zu messen.

Behauptungen konservativer Politiker und auch konservativer Rechtstheoretiker, das Potsdamer Abkommen stelle eine für Deutsche unverbindliche Absprache zwischen den Siegermächten dar, gehen völlig am Kern der Sache vorbei. Mit der Bedingungslosen Kapitulation vom 8. Mai 1945 war Deutschland jeder Staatsgewalt verlustig gegangen, und erst mit der Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 setzten sich die Alliierten als Staatsgewalt in Deutschland ein. Dazu waren sie nicht nur berechtigt, sondern auf Grund ihres totalen Sieges gegenüber der internationalen Völkergemeinschaft geradezu verpflichtet. Ihr Sieg durfte kein völliges Chaos im Herzen Europas

hinterlassen, um das sich niemand mehr kümmerte. An dieser fundamentalen Tatsache darf man sich nicht vorbeischwindeln. Das durch noch so viele völkerrechtliche Gutachten gestützte Gerede vom Fortbestehen des Deutschen Reiches – so etwa, wenn der Schweizer Völkerrechtler Sauser-Hall schon 1946 behauptete, die Kapitulation vom 8. Mai 1945 sei nur militärischer Art gewesen, das Deutsche Reich als Staat habe politisch nicht kapituliert – dient eher der Legendenbildung und der Begründung eines weder im politischen noch im völkerrechtlichen Sinne begründeten „Rechtsanspruchs" Deutschlands gegenüber den Alliierten. Etliche „Entscheide" des Bundesverfassungsgerichts sind jedoch von dieser Tendenz getragen, wie sie besonders extrem wohl in dem Rechtsgutachten des von der Bundesregierung bestellten Professors Kaufmann im KPD-Verbotsprozeß von 1956 zum Ausdruck kam, der schlechtweg behauptete, das Potsdamer Abkommen sei eine Einmischung der Alliierten in die inneren Angelegenheiten Deutschlands.

Der völkerrechtliche Tatbestand wird auch von den Verbündeten der Bundesrepublik, zumindest offiziell, in keiner Weise geleugnet. Daraus ergeben sich denn bis auf den heutigen Tag ja auch immer wieder Schwierigkeiten, wenn in der Bundesrepublik von privater, offiziöser oder offizieller Seite auf eine Revision der Beschlüsse von Potsdam abgestellt wird. Denn Fortschritte bei der Entkrampfung der politischen Verhältnisse in Europa – unterstellt sei, daß alle Beteiligten diese auch wirklich wollen – lassen sich nun einmal nicht erzielen, wenn man historische Tatsachen einfach nicht wahrhaben will.

Abgesehen von der Festlegung der neuen deutschen Staatsgrenze an Oder und westlicher Neiße laufen die Vereinbarungen von Potsdam, soweit sie Deutschland betrafen, darauf hinaus, für die Deutschen die „vier großen D" zu erreichen: Demilitarisierung, Denazifizierung, Demokratisierung und Dezentralisierung der Wirtschaft. Diese Bestimmungen richteten sich in keiner Weise gegen das deutsche Volk. Aus deutscher Feder selbst gab es zahlreiche Dokumente, die völlig dem Geist der Abmachungen von Potsdam entsprachen und die teilweise schon Wochen vor der Konferenz veröffentlicht wurden. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an den Aufruf des Zentralausschusses der SPD vom 15. Juni 1945 zum Aufbau eines antifaschistisch-demokratischen Deutschlands oder an das Aktionsprogramm der Kommunisten und Sozialdemokraten Hamburgs vom 24. Juli 1945. Später standen dann solche deutschen Dokumente wie die Hessische Landesverfassung vom 1. Dezember 1946, ja selbst das Ahlener Wirtschaftsprogramm der CDU vom 3. Februar 1947 ganz im Zeichen dieser „vier großen D".

Die Vereinbarungen von Potsdam stehen in einer historischen Linie mit den Konferenzergebnissen von Teheran (1943) und Jalta (1945). Sie stellten insgesamt eine Art historischen Kompromiß von z. T. sehr unterschiedlichen Konzeptionen der drei Hauptmächte der Antihitlerkoalition für die Nachkriegszeit dar.

Am transparentesten war wohl die Konzeption der Sowjetunion. Die sowjetische Führung hatte sich schon immer zur Gewährleistung der Sicherheit

ihres Staates zu äußersten Zugeständnissen bereitgefunden. Aber selbst der sogenannte Hitler-Stalin-Pakt von 1939 hatte sie nicht davor bewahrt, den Einbruch der Nazibarbarei mit den schier unvorstellbaren Opfern für die Völker ihres Landes hinnehmen zu müssen. Für die Nachkriegsordnung stellte sie sich daher im Grunde nur das eine Ziel, daß sich so etwas nicht wiederholen dürfe. Entsprechend einsichtig waren daher ihre Kriegsziele hinsichtlich Deutschlands, die nun in Potsdam erfüllt werden sollten: Die UdSSR hatte in Potsdam allein das eine Ziel, eine solche politische Ordnung in Deutschland zu errichten, die nie wieder die Sicherheit der Sowjetunion gefährden könnte. Wie dies im einzelnen aussehen sollte, war für die Sowjets von relativ geringem Interesse und sollte nach ihren Vorstellungen weitgehend von den Deutschen selbst gelöst werden. Gewährleistung der eigenen Sicherheit, Sicherung des äußeren Friedens für sich selbst und natürlich auch für ihre Verbündeten, denen ein gleicher goodwill unterstellt wurde, waren für die Sowjetunion der alles beherrschende Inhalt der Antihitlerkoalition bzw. der Vereinten Nationen, wie man damals – noch ehe die UNO gegründet war – die Antihitlerkoalition allgemein bezeichnete.

Die britischen Kriegsziele waren anderer Art. Gewiß saß in diesem Kriege die Hitlerbarbarei auch Großbritannien an der Gurgel. Nichtsdestoweniger blieb Großbritannien eine imperialistische Macht. Nur aus seiner Notlage heraus war es daher bereit, eine Koalition mit der Sowjetunion einzugehen. Winston Churchill, der Kriegspremier Großbritanniens, empfand dieses Bündnis stets als widernatürlich, und er arbeitete zielbewußt darauf hin, es unmittelbar nach dem Sieg über Deutschland wieder zu lösen. Bezeichnend für diese Haltung ist das Codewort, das er im diplomatischen Gedankenaustausch mit US-Präsident Harry S. Truman für die Potsdamer Konferenz einführte. Es lautete „Terminal", d. h. Endstation, Endstation für die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, wie aus seinen Telegrammwechseln mit Truman eindeutig hervorgeht. Denn für Amerikaner wie für Briten war der Hauptsinn der Potsdamer Konferenz, einen möglichen Machtzuwachs für die Sowjetunion zu verhindern.

Was Deutschland betraf, so verfolgte Churchill ein klares britisch-imperiales Konzept. Die politischen und ökonomischen Potenzen Deutschlands mußten so organisiert werden, daß sie einerseits nie wieder Großbritanniens Rolle als Ordnungsmacht in Europa in Frage stellen konnten, andererseits aber als ein möglichst weit nach Osten vorgeschobener Riegel und als Basis künftiger Interventionen gegen die Sowjetunion zu benutzen waren. Dementsprechend verfolgte Churchill ein Konzept des Ausbaus Polens als antisowjetischer Bastion und der Teilung Deutschlands. Dabei sollte im Sinne klassischer Machtpolitik des 19. Jahrhunderts der ökonomisch schwächere Teil Deutschlands (Bayern) politisch so eng mit Südosteuropa verbunden werden, daß eine hier entstehende Labilität stets als Anlaß und zur Rechtfertigung für antisowjetische Interventionen dienen konnte.

Die USA waren mit dem gedanklich in der Frühzeit des Imperialismus angesiedelten britischen Konzept für Potsdam nur teilweise einverstanden.

Zwar waren auch sie dafür, der Sowjetunion in Potsdam Schranken zu setzen, doch waren sie eigentlich nicht deswegen in den Krieg gezogen. Die im Detail sehr widerspruchsvollen Kriegsziele der USA widerspiegeln denn auch die unterschiedlichen Interessenlagen der einzelnen Fraktionen der amerikanischen Bourgeoisie. Sieht man von den sogenannten Isolationisten ab, die sich mit der Anerkennung der USA als Hegemon für Nord- und Südamerika „begnügen" wollten, was u. a. mit der Übernahme der ökonomischen Positionen des deutschen Imperialismus in diesem Raum verbunden sein sollte, so waren sich diese Fraktionen lediglich darin einig, daß die USA nach dem Kriege eine vorherrschende Rolle in der Welt spielen sollten. Jene Fraktion, die in dem am 12. April 1945 verstorbenen Präsidenten Franklin D. Roosevelt wohl ihren bedeutendsten Sprecher hatte, war bereit zu akzeptieren, daß es dabei ohne die Sowjetunion nicht ging und daß man demzufolge auch gewisse Zugeständnisse an die Sowjetunion, an ihr Gesellschaftssystem und vor allem natürlich an ihr Sicherheitsverlangen machen mußte.

Durch den Tod Roosevelts gewann eine andere Fraktion der US-Bourgeoisie innerhalb der politischen Kräfte der USA rasch die Oberhand. Diese straff antikommunistisch ausgerichtete Fraktion hatte sich schon seit der Oktoberrevolution organisiert. In den 30er Jahren hatte sie in Gestalt der sogenannten Riga-Gruppe rasch Profil gewonnen. Ihr Saulus, der sich in den 60er Jahren zum Paulus läutern sollte, war George F. Kennan. Diese Fraktion forderte, nach dem Sieg über Hitlerdeutschland die Sowjetunion wenn nicht zu beseitigen, so doch den amerikanischen Weltordnungsvorstellungen zu unterwerfen. Schon als an den Fronten noch gekämpft wurde, der Sieg über Deutschland aber nur noch eine Frage von Tagen war, unterbrach Truman die im Rahmen des Pacht- und Leihabkommens mit der Sowjetunion fest vereinbarten Lieferungen. Frachtschiffe, die sich schon auf hoher See befanden, wurden zurückgerufen. Noch aber zögerte Truman mit dem endgültigen Bruch mit der Sowjetunion, zumal er mit der sowjetischen Waffenhilfe im Fernen Osten rechnete. Während jedoch in Deutschland die Frontsoldaten der Antihitlerkoalition den gemeinsam errungenen Sieg feierten, während sich auch zwischen den Oberkommandierenden beider Seiten, dem sowjetischen Marschall G. K. Schukow und dem amerikanischen General D. D. Eisenhower, eine auch persönliche herzliche Freundschaft entwickelte, während sich sowjetische Divisionen auf ihren Kampfeinsatz in der Mandschurei, in Korea, auf den Kurilen und auf Sachalin vorbereiteten, um den amerikanischen Streitkräften im Kampf gegen den japanischen Militarismus zu helfen, entwickelte in Washington die „Riga-Gruppe", ermutigt durch den amerikanischen Präsidenten, konkrete Pläne zum Containment, zur künftigen „Eindämmung" der Sowjetunion. Dabei spielte der bevorstehende Test des ersten atomaren Sprengsatzes in der Wüste von Nevada eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Die USA gingen also mit einer sehr komplexen Konzeption nach Potsdam: 1. Das deutsche Volk sollte bestraft werden, weil es den Nazismus und dessen Verbrechen unterstützt hatte. 2. Die USA wollten sich als moralischer Wel-

tenrichter anerkannt sehen. Die Nachriegswelt sollte nach dem Bilde Amerikas geformt werden. 3. Das durch den totalen Zusammenbruch der Achsenmächte in Europa entstehende Machtvakuum sollte so ausgefüllt werden, daß es die Erreichung der vorgenannten Ziele garantierte. Veränderungen des Kräfteverhältnisses in Europa durften nicht auf eine Stärkung der Sowjetunion hinauslaufen.

Truman baute in seiner Konzeption für Potsdam sehr stark darauf, daß der Besitz der Atombombe (des „atomaren Knüppels", wie er sagte) den USA eine überlegene Verhandlungsposition verschaffen würde. Seine Enttäuschung war groß – wie seinen Erinnerungen, aber auch den Beobachtungen Churchills und US-Außenminister Byrnes' zu entnehmen ist –, daß er mit der Mitteilung über den erfolgreichen Test von Alamogordo, mit der er am 24. Juli 1945 nach der offiziellen Verhandlungsrunde herausrückte, Stalin in keiner Weise zu beeindrucken vermochte.

Die überlegene ökonomische Potenz der USA, die ja durch keinerlei Kriegsschäden beeinträchtigt, sondern im Gegenteil durch die Kriegswirtschaft noch bedeutend stimuliert worden war, sowie der Alleinbesitz der Atomwaffe waren jedoch nicht die einzigen Trümpfe, auf die die Amerikaner glaubten setzen zu können.

Am 25. April 1945, also an jenem Tag, an dem sich amerikanische und sowjetische Soldaten bei Torgau an der Elbe die Hand reichten, waren in San Francisco die Vertreter von 50 Staaten, die sich zur „Atlantik-Charta" bekannt hatten, zusammengekommen, um ein Regelwerk für die Nachkriegsordnung auszuarbeiten. Denn die Aggressionen des deutschen Faschismus und des japanischen Militarismus hatten die Existenz der Völker zu unmittelbar bedroht. Zwei Monate danach, am 25. Juni 1945, also rund vier Wochen vor Eröffnung der Potsdamer Konferenz, hatten dann führende Repräsentanten der im Kampf gegen den Hitlerfaschismus zusammengeschlossenen „Vereinten Nationen" in der amerikanischen Pazifikmetropole die „Charta der Vereinten Nationen" verabschiedet und damit ihrem Bündnis Programm und organisatorische Form gegeben. Sie erfüllten so nicht nur Beschlüsse, die die Staats- bzw. Regierungschefs der drei Großmächte in Teheran und in Jalta gefaßt hatten, sondern sie zogen auf diese Weise auch international verbindliche Schlußfolgerungen aus den Lehren zweier verheerender Weltkriege. Die Vereinten Nationen setzten sich mit dieser Charta das Ziel, „künftige Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren", wie es in der Präambel der Charta heißt.

In den 35 Jahren seit jener feierlichen Unterzeichnung in der Veteran's Memorial Hall von San Francisco haben sich die Prinzipien der UNO-Charta bewährt. Sie gaben und geben dem Kampf um Frieden, um Sicherheit, um Abrüstung, um die Beilegung von Konflikten zwischen Staaten, um die Befreiung der Völker von kolonialer Unterdrückung die völkerrechtliche Legitimation. Die UNO ist heute das umfassendste Instrument kollektiver

Bemühungen beim Ringen um den Weltfrieden. Ihr gehören nahezu alle Staaten der Erde an.

Die Verfechter eines nationalistischen außenpolitischen Kurses in den USA hatten allerdings schon in der Gründungsphase der UNO versucht – und sie versuchen dies weiter bis auf den heutigen Tag –, die UNO als politisches Instrument ihrer globalstrategischen Zielsetzungen auszunutzen. Ähnlich wie bei ihrer Verhandlungsführung in Potsdam, versuchten sie das eigentliche Ziel, gleiche Sicherheit für alle, durch das Angebot einer Pax Americana zu unterlaufen. Die Voraussetzung gleicher Sicherheit für alle, die Unmöglichkeit, daß sich die unterschiedlichen gesellschaftlichen Systeme durch Mehrheitsentscheidungen gegenseitig ihren Willen aufzwingen konnten (verankert im Einmütigkeitsprinzip der Großmächte), sollte abgeschafft, die Prinzipien der friedlichen Koexistenz als Grundlage der internationalen politischen Zusammenarbeit der Vereinten Nationen sollten aufgegeben werden. Die USA gedachten, die UNO nach den Regeln der amerikanischen bürgerlichen Demokratie zu lenken. Ohne Zweifel wäre das darauf hinausgelaufen, die innere Funktion der bürgerlichen Demokratie, wie sie sich besonders deutlich in den USA ausgeprägt hat, nämlich die bürgerliche Klassenherrschaft zu sichern, auf die Beziehungen zwischen den Staaten und Völkern zu übertragen. Das aber wäre das Ende aller Sicherheit gewesen.

Mit der brutalen und plötzlichen Unterbrechung der Pacht- und Leihlieferungen an die UdSSR versuchten die USA, die Sowjetunion ökonomisch zu erpressen. Mit der Bekanntgabe des ersten erfolgreichen Atomwaffenversuchs der USA am Rande der Potsdamer Konferenz und dem sich anschließenden Versuch, über den sogenannten Baruch-Plan sich das Alleinverfügungsrecht über Kernwaffen international absegnen zu lassen, versuchten die USA, die Sowjetunion militärisch zu erpressen. Mit den Versuchen, die UNO als Stützpfeiler der amerikanischen Außenpolitik zu mißbrauchen, versuchten die USA, die Sowjetunion durch „automatische Mehrheiten" politisch unter Druck zu setzen. Durch das Ingangsetzen einer propagandistischen Antisowjetismus-Kampagne größten Stils in den unterschiedlichsten Massenmedien versuchten die USA, die Sowjetunion ideologisch an die Wand zu drücken. Bekanntlich sind die USA auf allen vier Pressiosebenen gescheitert.

Beginnend mit der Genfer Gipfelkonferenz von 1955 mußten sie in einem umfangreichen zwei- und mehrseitigen Vertragssystem, das sich im wesentlichen in den 60er und Anfang der 70er Jahre herausbildete und das in der Schlußakte der KSZE von Helsinki seinen vorläufigen Höhepunkt fand, die Prinzipien der friedlichen Koexistenz als international verbindliche Regeln des Völkerrechts anerkennen.

Es fragt sich bei alledem, wo denn bei dieser politisch-diplomatischen Ranküne nun eigentlich die Interessen der Deutschen, ganz spezifisch der Deutschen in der Bundesrepublik, abgeblieben sind. Zunächst sei daran erinnert, daß die Konferenz von Potsdam, entgegen den Vorstellungen der

USA und Großbritanniens, von der Erhaltung der Einheit Deutschlands ausging. Allerdings waren zum Zeitpunkt von Potsdam in den einzelnen Besatzungszonen schon unterschiedliche politisch-strukturelle Konzeptionen verfolgt worden. So hatte man in der französischen Zone sezessionistischen Tendenzen Auftrieb gegeben. Das Saarland war auf Kosten der Pfalz stark ausgeweitet und insgesamt dem französischen Wirtschafts- und Währungssystem eingegliedert worden. In der britischen und amerikanischen Zone hatte man in Erwartung der Aufteilung Deutschlands föderalistische Prozesse in Gang gesetzt, während man in der sowjetischen Zone, in Erwartung einer künftigen deutschen Zentralgewalt, besonders zentralistische Tendenzen förderte.

Dem unterschiedlichen Herangehen der Besatzungsmächte entsprachen unterschiedliche Haltungen auf der sich langsam wiederbelebenden deutschen Parteienszene. Besonders deutlich zeichnete sich diese Entwicklung bei der CDU ab. Diese Partei, die es zuvor in Deutschland noch nicht gab, verstand sich als breiter Zusammenschluß aller christlich gesinnten bürgerlichen Kräfte, und sie entwickelte sich in allen vier Besatzungszonen. Während die CDU in der sowjetischen Besatzungszone unter Andreas Hermes und Jakob Kaiser sich zunächst als Kern einer Reichs-CDU verstand und ihren ersten Vorstand konsequenterweise auch als Reichsvorstand bezeichnete, lehnte in der britischen Zone die CDU unter Konrad Adenauer und Hermann Ehlers jede Zusammenarbeit über die Zonengrenzen hinweg ab. In der amerikanischen Zone förderten die USA in den einzelnen Ländern völlig auf sich gestellte Parteien, was z. B. für Bayern die Sonderentwicklung zur CSU unter Josef Müller und Fritz Schäffer bedeutete. In der französischen Besatzungszone liebäugelte die badische CDU unter Leo Wohleb mit einer völlig separatistischen Lösung, während im Saarland die CVP unter Johannes Hoffmann offen für den Anschluß an Frankreich eintrat.

Sieht man von der KPD ab, lassen sich mehr oder weniger ausgeprägt ähnliche Tendenzen auch für die anderen politischen Parteien der ersten deutschen Nachkriegsphase nachweisen. Daß sich die deutsche Parteienlandschaft dann später in Struktur und Programmatik veränderte, steht in einem ursächlichen Zusammenhang mit internationalen Prozessen, die nach Potsdam – für die Öffentlichkeit kaum spürbar – einsetzten.

Der Hauptzweck der Konferenz von Potsdam hatte sich für die Westmächte nicht erfüllt: Die Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Sowjetunion, wie sie sich im Laufe des Krieges herausgebildet hatte, wieder rückgängig zu machen. Wie sich bald herausstellte, sollte auch die letzte vermeintliche Trumpfkarte, ein starkes bürgerliches Polen als antikommunistisches Bollwerk vor der sowjetischen Haustür, für das sich vor allem Churchill eingesetzt hatte, nicht stechen.

Die inneren gesellschaftlichen Veränderungen in Polen, die nicht zuletzt ihre Ursache auch in dem totalen Versagen des bürgerlichen Staates mit seinen britischen und französischen Verbündeten bei der Abwehr des faschistischen

Überfalls hatten, folgten einer prosowjetischen und prosozialistischen Tendenz. Auch in anderen Teilen Ost- und Südosteuropas liefen die Dinge nicht günstig für die Westmächte. Den Politikplanern, vor allem in Washington, stellte sich die Aufgabe, außergewöhnliche Anstrengungen unternehmen zu müssen, um den Prozeß sozialer Veränderungen, der mit dem Sieg über Hitlerdeutschland in Europa und nicht nur dort in Gang gekommen war, aufzuhalten, weitere Veränderungen des Kräfteverhältnisses zugunsten der Sowjetunion zu verhindern und den Kommunismus einzudämmen (to contain) und zurückzurollen (to roll back). Bei diesen Anstrengungen waren alle jene gesellschaftlichen Kräfte die natürlichen Verbündeten Washingtons, die ebenfalls Angst vor den sich abzeichnenden sozialen Veränderungen hatten. Und in Washington kannte man auch keinerlei moralische Skrupel, sich mit allen diesen Kräften auch tatsächlich zu verbünden, sie zu unterstützen und eingegangene internationale Verpflichtungen über Bord zu werfen.

Was dann folgt, liest sich eher wie die Vorlage eines spannenden Politkrimis:

Die Tinte unter den Dokumenten von Potsdam war noch gar nicht richtig trocken, da wurden die Beschlüsse von den Westmächten auch schon gebrochen. Am 5. August 1945 verfaßte der stellvertretende amerikanische Botschafter in Moskau George F. Kennan unter Bezugnahme auf die Potsdamer Beschlüsse eine Notiz, in der es u. a. hieß: „Die Idee, Deutschland gemeinsam mit den Russen regieren zu wollen, ist ein Wahn . . . Wir haben keine andere Wahl, als unseren Teil von Deutschland in einer Form von Unabhängigkeit zu führen, die so überlegen ist, daß der Osten sie nicht gefährden kann . . . Zugegeben, daß das Zerstückelung bedeutet. Besser ein zerstückeltes Deutschland, von dem wenigstens der westliche Teil als Prellbock für die Kräfte des Totalitarismus wirkt . . ." (G. Jaenecke, 30 Jahre und ein Tag, Düsseldorf 1974.)

Als die sowjetische Seite am 1. Oktober 1945 auf der ersten Sitzung des Alliierten Kontrollrats eine Vorlage zur Verwirklichung der deutschen Wirtschaftseinheit und der Errichtung deutscher Zentralverwaltungen – wie in Potsdam vereinbart – zur Diskussion stellen will, wird dies von den Westmächten abgelehnt. Als „Zugeständnis" ebenfalls abgelehnt wird der Vorschlag Frankreichs, das Ruhrgebiet, das Rhein- und das Saarland von Deutschland abzutrennen. Am 5. Januar 1946 erteilt US-Präsident Truman seinem Außenminister die Weisung, ein Programm für eine „Politik der Stärke" gegenüber der Sowjetunion auszuarbeiten. Am 3. Mai 1946 untersagt der amerikanische Militärgouverneur Lucius D. Clay die Fortsetzung der in Potsdam vereinbarten Wiedergutmachungslieferungen aus der amerikanischen Zone an die Sowjetunion und von Warenlieferungen in die sowjetische Zone. Am 5. September 1946 wird die Bizone, der Zusammenschluß von amerikanischer und britischer Zone, gebildet. Einen Tag später hält der amerikanische Außenminister James F. Byrnes in Stuttgart vor Besatzungsoffizieren und ausgewählten Politikern der westdeutschen Länder eine Rede, in der er die Einbeziehung Westdeutschlands in das westliche System bekannt gibt. Der Bremer Bürgermeister Wilhelm Kaisen, der in Stuttgart

dabei war, erklärte: „Die Gegensätze unter den Alliierten hatten für uns auch ihre positiven Seiten. Sie hoben uns wieder hoch und ließen uns vergessen, zu klagen und zu jammern."

Am 15. Dezember 1947 lassen die Westmächte die Außenministerkonferenz mit der Sowjetunion wegen Unstimmigkeiten über die Nachkriegsregelungen für Deutschland platzen. Am 6. März 1948 einigen sich die drei Westmächte über Grundfragen der Gründung eines westdeutschen Separatstaates. Am 1. Juli 1948 befehlen die drei westlichen Militärgouverneure den westdeutschen Ministerpräsidenten die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung (sogenannte Frankfurter Dokumente). Sie erarbeitet das Grundgesetz, das am 23. Mai 1949 von den Gouverneuren in Kraft gesetzt wird, nachdem diese sich zuvor vom Präsidenten des „Parlamentarischen Rats", Konrad Adenauer, versichern ließen, daß dieses Grundgesetz nur in einem separatistischen, die künftige Bundesrepublik Deutschland in das westliche System einbindenden Sinne angewendet werden würde. Diese Versicherung dürfte Adenauer nicht schwergefallen sein. Er erhandelte sich dafür die Zustimmung der Westmächte, daß auch jene Bestimmungen des Potsdamer Abkommens, die auf Dezentralisierung der Wirtschaft, Denazifizierung und Demilitarisierung des gesellschaftlichen Lebens hinausliefen, von der BRD nicht mehr eingehalten werden müßten.

Der weitere Fortgang der Dinge war dann eigentlich nur folgerichtig: die Wiederbewaffnung, der Eintritt der BRD in die NATO und die EG, der Aufstieg zur bedeutendsten westlichen Wirtschaftsmacht in Europa, ihr Drängen, das ökonomische Gewicht auch in politische Aktionen umzusetzen.

Potsdam war ein Programm der gegenseitigen Sicherheit für alle. Seine logische Fortführung manifestiert sich in dem Ringen um friedliche Koexistenz, um Entspannung und Verminderung der Rüstungsgefahren. Die Anti-Potsdam-Praxis der Westmächte zielte auf politische, ökonomische und militärische Hegemonie des Westens. Sie manifestiert sich heute in der Aufkündigung der friedlichen Koexistenz, im Wettrüsten, in militärischer Erpressung, in Boykottpolitik, in der Rückkehr zum Kalten Krieg und in der Androhung, ihn in einen heißen eskalieren zu lassen.

Medienkritik

„DIE REINHEIT DES HERZENS" VON ROBERT VAN AKKEREN ODER: JUNGER DEUTSCHER KITSCH

Sie haben eine super Duplex-Hochhaus-Dachwohnung und ein Bauernhaus, eine *angepunkte,* aber im ganzen folgsame Tochter. Sie sind beide im Literaturgeschäft tätig, er als Produzent, sie als Buchhändlerin und gehören zu jener Intellektuellen-Schickeria, ohne deren Atmosphäre kaum ein deutscher Jungfilmer mehr auskommt. Und: sie lieben sich!

Daß sie sich lieben, stand im Drehbuch, und deshalb sagen es die Protagonisten einander und den Zuschauern, aber schon nach den ersten Szenen ahnt man das Unheil: die Langeweile der Arrivierten hat sie gepackt. Am Frühstückstisch vor dem Bauernhof, ein Häschen (Karnickel) ist mit von der Partie, sinnt er auf Abhilfe – mal mit einem anderen schlafen? Sie antwortet: „Ich liebe dich."

Also ist *er* schuld, wenn sie's dann doch tut. Sie lernt einen stummen Schnauzbart mit China-Tick kennen, den sie beim Bücherklauen ertappt. Der ist vital, reißt gewaltig das Maul auf beim Beischlaf und wendet sich anschließend seinem Pornoheft zu, wenn sie ihn fragt, warum er sie liebe: Sie hätte fragen müssen, ob. Dann hätte der Dialogdichter, wenn er Mut gehabt hätte, ihn vielleicht zurückfragen lassen können „Was heißt das?", und der Film hätte *einen* guten Dialog kriegen können.

Der blonde Ehemann aber, der im zerknitterten Overall seinen Gästen selbstgemachte Romansätze à la Michel Butor vorliest (da war wohl der literarische Berater nicht ganz *up to date)* – und trotzdem offenbar ein Einkommen à la Simmel hat, dieser Repräsentant der nach – 68er Intelligenz baut jetzt ab. Die ob ihrer Anti-Ennui-Reize zunächst begrüßte Eifersucht macht ihn fertig, zum Tier, er heult und schlägt um sich, begeht Charakter- und Umweltverschmutzung. Aber statt sich vom Balkon zu stürzen, schmeißt er lieber die Katze runter, geht in die Peep-Show oder ballert mit seinen Jagdgewehren auf seine Frau und den Rivalen, der inzwischen dieselbe Automarke fährt (kleineres Modell).

Ihn ereilt dann aber doch das Schicksal, und nicht durch den Ehemann. Beim letzten Liebesakt wird der Blick der Frau starrer als sonst. Seinen Orgasmus noch abwartend, ersticht sie mit einem Maniküre-Instrument den auf ihr liegenden hechelnden Zappler. Nach dem gerechten Tod des Ehe- und Ladendiebs schleicht sie zum *Mann* zurück. Das Happy-End-Tableau mit unterwürfig sich ans Ehebett anschmiegender Tochter soll wohl sarkastisch sein. Herr Würmeling wird sich aber trotzdem freuen dürfen.

Hampelfrau zwischen zwei dito Männern – und wieder ein neuer Junger Deutscher Film. „Ackeren beschreibt auf der Oberfläche eine neue Massenerscheinung: den totalen Zerfall der Männer, wenn ihnen die Frauen weglaufen", lese ich in einer Rezension (Südd. Zeitung, 21. 5. 80), und: „Gegen die Männer in den Emanzipationsfilmen wird eher Verachtung als Haß mobilisiert, sie wirken eher jämmerlich als widerwärtig und gefährlich" (Kirche und Film, EPD, 8,80). Im Jämmerlich-Machen sind die männlichen Filmer (vgl. „Lena Rais") ihren Kolleginnen („1 + 1 = 3") überlegen, aber das Frauenbild ist ähnlich: „Emanzipation ist, wenn eine Frau einen Chauvy verläßt und sich einem Softy zuwendet" (ebda). „Die Reinheit des Herzens" ist noch infantiler: gegen die überzogenpeinlichen Sequenzen setzt sich die Hollywood-Liebesideologie durch, die jeglicher psychologischen oder sonstigen Glaubwürdigkeit beraubten, an zu vielen Fäden hängenden Marionettenfiguren bieten ein erschröckliches Horror-Flohzirkus-Programm, dessen einzelne Nummern einen in den Sessel knallen können; am Ende ist man aber nur darüber froh, daß die Schauspieler verheizende Zumutung vorbei ist.

„Vielleicht ist der 3. Krieg längst ausgebrochen", schreibt der Lyriker Thomas Brasch. „Er hat sich in den Mietwohnungen verkrochen: Dort begräbt er zwischen steinerne Wände lebendige Liebespaare. Daß sie bis auf die Knochen einander bekriegen." Daß viele Menschen alle ihre Kräfte im Bürgerkrieg ihrer Liebesbeziehungen aufreiben, warum das so ist und wem es nützt, ist ein unter den Nägeln brennendes Thema. Aber nichts für aufgeplusterte ABC-Schützen.

Günter Giesenfeld

Die Krise in der Automobilindustrie

(Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)

Es wird immer wahrscheinlicher, daß sich die kapitalistische Weltwirtschaft auf eine neue zyklische Wirtschaftskrise mit rückläufiger Produktion und rapide ansteigenden Arbeitslosenzahlen zubewegt. Am deutlichsten sind diese Anzeichen vorerst in den verbrauchsnahen Bereichen, bei langlebigen Konsumgütern. Den Vorreiter macht dabei die Automobilindustrie, deren Produktion in allen bedeutenden kapitalistischen Ländern – mit Ausnahme von Japan – stark rückläufig ist. In den USA liegt die Produktion zur Jahresmitte um mehr als ein Drittel niedriger als im Vorjahr, in Italien hat Fiat Massenentlassungen angekündigt. In Großbritannien und in Frankreich ist die Situation in dieser wichtigen Branche kaum anders. Und auch die Automobilindustrie der Bundesrepublik verzeichnet rapide sinkende Produktions- und Zulassungsziffern.

Tabelle 1

PKW-Produktion[1])

	1973	*1974*	*1975*	*1976*	*1977*	*1978*	*1979*	*1980[2])*	*1980[3])*
USA	*9660*	*7332*	*6708*	*8496*	*11040*	*9168*	*8316*	*534*	*– 35,4*
Japan	*4476*	*3936*	*4572*	*5028*	*5424*	*5976*	*6180*	*616*	*+ 25,5*
BRD	*3648*	*2844*	*2904*	*3552*	*3792*	*3900*	*3948*	*301*	*– 19,1*
Frankreich	*3204*	*3048*	*2952*	*3384*	*3564*	*3624*	*3732*	*282*	*– 19,6*
Italien	*1824*	*1632*	*1344*	*1476*	*1452*	*1512*	*1476*	*121*	*+ 0,8*
britannien	*1752*	*1536*	*1272*	*1332*	*1320*	*1224*	*1068*	*95*	*– 17,5*

1) In 1000 Stück.
2) Letzter verfügbarer Monatswert.
3) In % gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat.
Quelle: Statistisches Bundesamt, Internationale Monatszahlen, Mai 1980; OECD, Main economic indicators, Juli 1980.

Die Tabelle macht deutlich, wie eng die Automobilproduktion sowohl in konjunktureller als auch in struktureller Hinsicht an den Gang der wirtschaftlichen Entwicklung geknüpft ist. Dabei wurde der Bereich der Nutzfahrzeuge ausgeklammert, der enger mit der Investitionstätigkeit verbunden ist. Dies ist deshalb gerechtfertigt, weil die PKW-Produktion die Lage der Branche im wesentlichen bestimmt.

In allen Ländern erfolgte der Produktionseinbruch 1974/75 relativ früh, d. h. es besteht ein gewisser Vorlauf der Autokrise vor der zyklischen Krise insgesamt. Die Ursachen dafür dürften einmal in der starken Abhängigkeit des PKW-Absatzes von der finanziellen Situation der Verbraucher liegen. Anzeichen für eine wachsende Unsicherheit der Arbeitsplätze, steigende Preise und verlangsamt wachsende Realeinkommen wirken sich besonders bei langlebigen Verbrauchsgütern stark aus, deren Anschaffung – wie bei PKW – innerhalb eines bestimmten Rahmens zeitlich leicht verschoben werden kann. Dies gilt um so mehr, als der PKW-Absatz inzwischen hauptsächlich von Ersatzbeschaffungen bestimmt ist. Hinzu kommt die relativ große Zinsempflindlichkeit der PKW-Anschaffungen. Personenwagen werden oft auf Kredit gekauft, so daß das vor einer Krise ansteigende Zinsniveau die Anschaffung zusätzlich verteuert.

Weiterhin macht die Tabelle deutlich, daß die Entwicklung der Automobilindustrie auch ein wichtiger Indikator der relativen Stellung der kapitalistischen Industrieländer zueinander ist. Das Vorkrisenniveau von 1973 wurde dauerhaft nur in Japan, Frankreich und der Bundesrepublik überschritten. In den USA wurde dies nur im Aufschwungsjahr 1977 erreicht, in Italien und insbesondere in Großbritannien überhaupt nicht.

Die starke konjunkturelle Abhängigkeit der Automobilindustrie wird verschärft durch die Preispolitik der produzierenden Konzerne. Dies wird ermöglicht durch die starke Konzentration der Produktion und des Kapitals in dieser Branche. In der Bundesrepublik beherrschen fünf Konzerne die PKW-Produktion völlig.

Tabelle 2

PKW-Produktion in der Bundesrepublik

	1970	*1979*
Insgesamt[1])	*3528*	*3933*
Exportquote[2])	*55,2*	*50,8*
Auslandsproduktion[1])	*546*	*1142*
VW[2])	*52,0*	*41,4*
Opel	*23,0*	*24,4*
Ford	*11,6*	*13,9*
Daimler	*8,0*	*11,0*
BMW	*4,5*	*8,4*

1) In 1000 Stück
2) Anteile in Prozent
Quelle: „Handelsblatt" v. 15./16. 2. 1980.

Ausdruck dieser krisenverschärfenden Konzernpraxis ist die Preisentwicklung. Um die mit rückläufigen Absatzziffern verbundenen Gewinnminderungen auszugleichen, werden die Preise in Krisenperioden besonders stark erhöht.

Tabelle 3

PKW-Preisindex

	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr	
	PKW	*Lebenshaltung insgesamt*
1973	*+ 3,9*	*+ 6,9*
1974	*+ 7,5*	*+ 7,0*
1975	*+ 8,4*	*+ 6,0*
1976	*+ 4,3*	*+ 4,5*
1977	*+ 3,6*	*+ 3,7*
1978	*+ 4,2*	*+ 2,7*
1979	*+ 3,9*	*+ 4,2*
1980[1])	*+ 5,3*	*+ 6,0*

1) Juni
Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 17, Reihe 7, Mai 1980.

Die gegenwärtige Krise der Automobilindustrie wird in der Wirtschaftspresse oft auf die Exportbemühungen der Japaner zurückgeführt. Tatsächlich hat die PKW-Produktion in Japan in den letzten Jahren stark expandiert. Und als einziges großes PKW-Produktionsland hat sich dort die Krise noch nicht auf die Produktion ausgewirkt. Allerdings zeigen die PKW-Zulassungsziffern, daß die inländische Nachfrage auch dort zurückgeht. Nur die überproportionale Ausdehnung des Exports verhindert bisher einen entsprechenden Produktionsrückgang. Allerdings ist anzumerken, daß die japanische Exportquote 1979 mit 47,4 % noch immer unter dem Stand der Bundesrepublik lag. Die japanische Automobilindustrie ist also erst dabei, den Konkurrenzvorsprung der traditionellen Automobilländer aufzuholen. Die BRD importierte in den ersten 5 Monaten des laufenden Jahres gut 100 000 japanische Wagen, etwa 40 000 mehr als in der entsprechenden Vorjahreszeit. Dies sind Dimensionen, die die bundesrepublikanischen Konzerne nur wenig berühren. Im gleichen Zeitraum sank die inländische Produktion von PKW um 160 000 Stück, die Zulassungsziffern waren im ersten Halbjahr um fast 200 000 niedriger.

So stellt die Exportoffensive der Japaner sicher eine gewisse Verschärfung der Autokrise dar, ist aber keineswegs ihre Ursache. Auch der Hinweis auf die „Ölkrise" und steigende Benzinpreise kann wenig zur Erhellung der Krisenursachen beitragen. Die Verbraucher steigen offensichtlich nur selten auf „benzinsparende" kleinere PKW um. Der stärkste Rückgang der Zulassungsziffern im ersten Halbjahr 1980 erfolgte nämlich ausgerechnet in der niedrigen Hubraumklasse bis 1,2 Liter. Die Produzenten der ausgesprochenen „Benzinsäufer" dagegen, Daimler-Benz und BMW, sind bisher von der Krise noch weitgehend verschont geblieben.

Die „Autokrise" ist im Kern nichts anderes als die Folge der zyklisch auftretenden Verlangsamung der wirtschaftlichen Aktivitäten im Kapitalismus, die sich dort besonders stark auswirkt.

Jörg Goldberg

US-Präsidentschaftswahlkampf 1980

Innerhalb weniger Wochen ist dem Präsidentschaftskandidaten der Republikanischen Partei, Ronald Reagan, die Favoritenrolle bei den bevorstehenden Wahlen am 4. November zugekommen. Wir dokumentieren im folgenden aus der Rede Reagans vor dem Nationalkonvent der Republikanischen Partei sowie aus dem Wahlprogramm dieser Partei jene Teile, die Aussagen zur künftigen Rüstungs- und Außenpolitik der USA enthalten. D. Red.

Rede Ronald Reagans vor dem Nationalkonvent der Republikanischen Partei vom 17. Juli 1980 (Auszüge)

. . .

Niemals zuvor in unserer Geschichte ist es Amerikanern zugemutet worden, sich mit drei grundsätzlichen Bedrohungen unserer Existenz auseinanderzusetzen, von denen jede einzelne uns zerstören kann. Wir stehen vor einer sich auflösenden Wirtschaft, einer geschwächten Verteidigung und einer Energiepolitik, die darauf basiert, die Knappheit allen aufzubürden.

Das Hauptthema dieser Wahlkampagne ist die direkte politische, personelle und moralische Verantwortlichkeit der Führung der Demokratischen Partei – im Weißen Haus und im Kongreß – für dieses noch nie dagewesene Unheil, das über uns hereingebrochen ist.

Sie erzählen uns, sie hätten nahezu alles Menschenmögliche getan. Sie sagen, die Tage des Sonnenscheins seien für die Vereinigten Staaten vorbei, unsere Nation habe ihren Zenith überschritten. Sie erwarten von Ihnen, daß Sie Ihren Kindern sagen, das amerikanische Volk habe nicht mehr die Willenskraft, mit seinen Problemen fertigzuwerden, und die Zukunft werde bestimmt sein durch Opfer und Mangel an Chancen.

Meine Mitbürger, ich lehne diese Auffassung mit aller Schärfe ab. Das amerikanische Volk, das großzügigste Volk der Erde, das den höchsten Lebensstandard geschaffen hat, wird die Ansicht nicht akzeptieren, wir könnten eine bessere Welt für andere nur durch unseren eigenen Rückzug herbeiführen. Wer das glaubt, hat kein Recht, die Nation zu führen.

Ich werde nicht untätig dabei zusehen, wie sich dieses große Land selbst zerstört unter einer mittelmäßigen Führung, die sich von einer Krise in die andere treiben läßt und unseren nationalen Willen und unsere nationale Sache aushöhlt. Wir sind hier zusammengekommen, weil das amerikanische Volk Besseres von denjenigen verdient, denen es die höchsten Ämter unserer Nation anvertraut hat, und wir stehen hier vereint in unserer Entschlossenheit, in dieser Sache etwas zu tun.

. . .

Wenn wir die Innenpolitik verlassen und unsere Blicke dem Ausland zuwenden, dann stoßen wir auf ein ebenso trauriges Kapitel in der Amtsausübung der gegenwärtigen Regierung.

– eine sowjetische Kampfbrigade ist zu Ausbildungszwecken auf Kuba stationiert, nur 90 Meilen von unseren Küsten entfernt;
– eine sowjetische Invasionsarmee hält Afghanistan besetzt und bedroht darüber hinaus unsere lebenswichtigen Interessen im Mittleren Osten;
– die Verteidigungsstärke Amerikas ist auf ihrem tiefsten Stand seit einer Generation angelangt, während die Sowjetunion uns in den Ausgaben für strategische und konventionelle Waffen bei weitem übertrifft;
– unsere europäischen Verbündeten blicken beunruhigt auf die zunehmende Bedrohung aus dem Osten, suchen Führung bei uns und finden sie nicht;
– und es werden unglaublicherweise über 50 unserer amerikanischen Mitbürger seit über acht

Monaten von einer diktatorischen ausländischen Macht gefangen gehalten, die uns vor der ganzen Welt lächerlich machen will.

...

Ich werde Ihnen sagen, wo ich stehe. Ich bin nicht für Wehrpflicht oder Erfassung in Friedenszeiten, aber ich befürworte Sold- und Vergünstigungssätze, die bewirken, daß Männer und Frauen motiviert werden, sich unseren Freiwilligenstreitkräften anzuschließen und dort zu bleiben; und ich befürworte eine aktive Reserve, die ausgebildet bereitsteht, wenn sie im Falle eines Notstandes plötzlich einberufen wird.

Ein Absolvent von Annapolis mag am Steuer des Staatsschiffes stehen, aber das Schiff hat kein Ruder. Wichtige Entscheidungen werden gelegentlich fast im Stil der Marx Brothers getroffen, aber wer kann darüber lachen? Wer war nicht bestürzt darüber, daß die Regierung den Feinden Israels in den Vereinten Nationen einen wichtigen Propagandasieg ermöglichte, den Feinden unseres unerschütterlichen Verbündeten seit drei Jahrzehnten im Mittleren Osten, und dann erklärte, die amerikanische Stimmabgabe sei ein „Irrtum" gewesen, das Ergebnis eines „Übermittlungsfehlers" zwischen dem Präsidenten, seinem Außenminister und seinem UN-Botschafter?

Wer fühlt nicht ein wachsendes Unbehagen, wenn unsere Verbündeten, die sich wiederholt einer amateurhaften und verwirrten Regierung gegenüber gesehen haben, zögernd zu dem Schluß gelangen, daß Amerika nicht willens oder nicht fähig ist, seinen Verpflichtungen als Führungsmacht der Freien Welt nachzukommen?

Wer ist nicht in zunehmendem Maße beunruhigt, wenn in jeder außenpolitischen Diskussion die Frage nicht mehr lautet: „Sollten wir etwas tun?", sondern: „Haben wir überhaupt noch die Fähigkeit, irgendetwas zu tun?"

Die Regierung, die uns in diese Lage gebracht hat, möchte jetzt Ihre Unterstützung haben für vier weitere Jahre der Schwäche, der Unentschlossenheit, der Mittelmäßigkeit und der Unfähigkeit. Kein Amerikaner sollte seine Stimme abgeben, bevor er oder sie sich gefragt hat: Sind die Vereinigten Staaten stärker und werden sie mehr respektiert als vor dreieinhalb Jahren? Ist die Welt heute ein Ort, an dem man sicherer leben kann?

Der Präsident der Vereinigten Staaten trägt die Verantwortung, für den Frieden tätig zu sein. Er hat zu gewährleisten, daß die Sicherheit unseres Volkes nicht von einer feindlichen auswärtigen Macht erfolgreich bedroht werden kann. Dieser Verantwortung nachzukommen, wird für mich als Präsident Dringlichkeitsstufe Eins sein.

Wir sind kein kriegerisches Volk. Ganz im Gegenteil. Wir streben immer danach, in Frieden zu leben. Wir greifen nur selten und nach langem Zögern auf die Gewalt zurück, und nur, wenn wir beschlossen haben, daß es absolut notwendig ist. Wir erschrecken – und das mit Recht – angesichts der Zerstörungskräfte, die in diesem nuklearen Zeitalter der Welt zur Verfügung stehen. Aber wir können auch nicht naiv oder dumm sein. Ich habe es viermal erlebt, daß Amerika in den Krieg zog und daß seine jungen Männer Blut und Leben hingaben auf dem Sand der Brückenköpfe, den Feldern Europas und in den Dschungeln und Reisfeldern Asiens. Wir wissen nur zu gut, daß es zum Krieg nicht kommt, wenn die Kräfte der Freiheit stark, sondern dann, wenn sie schwach sind. Nur dann werden Tyrannen in Versuchung geführt.

Wir können einfach für diese Lektion nicht noch einmal Lehrgeld bezahlen, weil wir dann unsere eigene Zerstörung riskieren würden.

Von allen Zielen, die wir anstreben, steht die Schaffung eines dauerhaften Weltfriedens an allererster Stelle. Wir müssen immer bereit sein, guten Glaubens zu verhandeln und jeden vernünftigen Weg zu beschreiten, der einen Abbau der Spannungen und das Zustandekommen einer friedlichen Zukunft verspricht. Aber unsere Freunde und diejenigen, die uns übelwollen, sollen auch wissen: Die Vereinigten Staaten sind ihren Bürgern und der Weltbevölkerung gegenüber verpflichtet, niemals zuzulassen, daß diejenigen, die die Freiheit zerstören würden, das zukünftige Schicksal des menschlichen Lebens auf diesem Planeten bestimmen. Meine Wahl würde ich als Beweis dafür ansehen, daß wir unsere Entschlossenheit erneuert haben, den Weltfrieden und die Freiheit zu bewahren. Dann wird diese unsere Nation wieder stark genug sein, das zu tun.

. . .

Ich denke noch an etwas, das nicht zu meiner Rede gehört, und mir setzt die Frage zu, ob ich es tun soll.

Können wir daran zweifeln, daß nur eine göttliche Vorsehung dieses Land, diese Insel der Freiheit, hierher gesetzt hat als eine Zufluchtsstätte für alle diejenigen in der Welt, die sich danach sehnen, frei zu atmen? Für sie alle: Juden und Christen, die hinter dem Eisernen Vorhang Verfolgung erleiden; die Boat People Südostasiens, Kubas und Haitis; die Opfer von Dürre und Hungersnot in Afrika; die Freiheitskämpfer Afghanistans und unsere eigenen Landsleute, die in brutaler Gefangenschaft gehalten werden.

Ich bekenne, daß ich mich ein wenig gescheut habe, das vorzuschlagen, was ich jetzt vorschlagen werde – und ich scheue mich eher, es nicht zu tun: daß wir unseren Kreuzzug beginnen, gemeinsam vereint in einem kurzen stillen Gebet.

Gott segne Amerika!

Wahlprogramm der Republikanischen Partei vom 15. Juli 1980 (Auszüge)

. . .

Nationale Sicherheit

. . . Die Republikaner verpflichten sich zu einer sofortigen Erhöhung der Verteidigungsausgaben, die sinnvoll für die am dringendsten benötigten Programme verwendet werden soll. Wir werden auf anhaltende Verteidigungsausgaben hinarbeiten, die ausreichend sind, um die Lücke zwischen uns und den Sowjets zu schließen und um schließlich die Position militärischer Überlegenheit zu erreichen, die das amerikanische Volk wünscht.

Kernwaffen

Kernwaffen sind der höchste militärische Garant amerikanischer Sicherheit und der unserer Verbündeten. Dennoch haben sich die Vereinigten Staaten seit 1977 im Bereich der strategischen Kernwaffen von einer Position praktischer Gleichwertigkeit auf eine Position der Unterlegenheit gegenüber der Sowjetunion hinbewegt. Dieser Niedergang ergab sich aus Carters Streichung oder Verzögerung strategischer Initiativen wie dem B-1-Bomber, der MX-Rakete und der Programme für die TRIDENT II-Unterseeboot-Raketen sowie aus seinen Entscheidungen zur Einstellung der MINUTEMAN-Produktion und zur Nichtaufnahme der Produktion von Waffen mit verstärkter Strahlenwirkung (Neutronenwaffe).

Mit zunehmender Disparität zwischen amerikanischen und sowjetischen strategischen Kernwaffen werden im Lauf der nächsten drei Jahre die meisten der amerikanischen landgestützten Raketen, schweren Bomber und Unterseeboote in Häfen gegenüber einem sowjetischen Erstschlag verwundbar sein. Eine solche Situation lädt im kommenden Jahrzeznt zu diplomatischer Erpressung der Vereinigten Staaten und zu Druck auf sie durch die Sowjetunion ein.

Um uns dem Problem der Verwundbarkeit der interkontinentalen ballistischen Raketen (ICBM) zu stellen, werden wir eine Reihe von Initiativen vorschlagen, um die notwendige Überlebensfähigkeit der ICBM-Streitmacht auf möglichst rasche und wirkungsvolle Weise sicherzustellen. Zudem werden wir vorangehen mit:

– der frühestmöglichen Dislozierung der MX-Rakete in umsichtiger und überlebensfähiger Konfiguration;

– der beschleunigten Entwicklung und Dislozierung eines neuen bemannten strategischen Bombers mit Durchdringsunfähigkeit (penetrating bomber), wodurch die bereits im B-1-Bomber investierten 5,5 Mrd. Dollar verwertet werden, während gleichzeitig die fortgeschrittenste Technologie eingesetzt wird, die zur Verfügung steht;

– der Dislozierung eines Luftverteidigungssystems, bestehend aus eigens hierzu entwickelten modernen Aufklärungsflugzeugen und einem Unterstützungssystem zur Frühwarnung;
– der beschleunigten Entwicklung und Dislozierung strategischer Marschflugkörper zur Dislozierung auf Flugzeugen, zu Land, auf Schiffen und auf Unterseebooten;
– der Modernisierung des militärischen Kommando- und Kontrollsystems, um die Reaktionsbereitschaft der amerikanischen strategischen Nuklearstreitkräfte gegenüber dem Präsidentenbefehl in Frieden oder Krieg sicherzustellen; sowie
– der tatkräftigen Forschung und Entwicklung eines wirkungsvollen antiballistischen Raketensystems (ABM-System), wie es der Sowjetunion bereits zur Verfügung steht, sowie modernerer ABM-Technologien.

Seit über 20 Jahren – seit Mitte der 50er Jahre – unterhalten die Vereinigten Staaten taktische Kernwaffen in Europa zum Zweck der Verhinderung eines tiefen Vorstoßes der sowjetischen Streitkräfte nach Westen. Seit 1977 jedoch hat es die Administration zugelassen, daß unsere ehemalige Überlegenheit bis zu dem Punkt ausgehöhlt wurde, an dem wir nunmehr in einem Verhältnis von über 3 zu 1 im Nachteil sind.

Eine republikanische Regierung wird sich für eine frühzeitige Modernisierung unserer nuklearen Mittelstreckensysteme (TNF) einsetzen, damit ein nahtloses Abschreckungsnetz auf allen Angriffsstufen aufrechterhalten werden kann und unsere Glaubwürdigkeit bei unseren europäischen Verbündeten wiederhergestellt wird. In gemeinsamer Konsultation mit ihnen werden wir mit der Dislozierung von Mittelstrecken-Marschflugkörpern, ballistischen Raketen, Gefechtsköpfen mit verstärkter Strahlenwirkung (Neutronengefechtsköpfe) und der Modernisierung der Nuklear-Artillerie vorangehen.

Konventionelle Streitkräfte

Wir sind der Meinung, daß es derzeit nicht machbar ist und auch langfristig nicht durchführbar wäre, umfangreiche amerikanische Landstreitkräfte in Gebieten wie dem Persischen Golf auf permanenter Basis zu dislozieren, wie wir dies in Europa und an anderen Orten tun. Eine wirkungsvollere Strategie muß sich gründen auf zwei Pfeiler: einmal auf Unterhaltung einer begrenzten Anwesenheit auf Dauer in dem entsprechechenden Gebiet als glaubwürdiger Abschreckungskraft, verbunden mit der sichtbaren Fähigkeit, diese Präsenz rasch durch die zum Sieg notwendigen Streitkräfte zu verstärken; zum anderen muß diese Strategie auch militärische Maßnahmen an anderer Stelle ins Auge fassen – an Punkten, wo die Sowjetunion verletzbar ist. Das ist ein Ausdruck der klassischen Doktrin des globalen Manövers.

Die Streitkräfte, die zur Unterstützung einer solchen Strategie nötig sind, müssen eine wesentlich verbesserte Marine umfassen, da sie die Streitmacht ist, die zur Aufrechterhaltung amerikanischer Präsenz in bedrohten Gebieten und zum Schutz der Seeverbindungswege am geeignetsten ist. Zudem werden wir eine umfangreiche Verbesserung der Streitkräfte für die Mobilität zu Luft und See sowie verbesserten Zugang zu regionalen Anlagen fordern. Eine republikanische Regierung wird ihre umfangreiche Verbesserung vorschlagen, einschließlich der permanenten Stationierung einer Flotte im Indischen Ozean.

Amerikanisch-sowjetische Beziehungen

. . . Die Republikaner glauben, daß die Vereinigten Staaten mit der Sowjetunion nur aus einer Position unbestrittener Prinzipien und unbestrittener Stärke verhandeln können . . .

Da die Sowjetunion an ihrem expansionistischen Kurs festhält, hat das Potential gefährlicher Konfrontationen zugenommen. Die Republikaner werden sich darum bemühen, kritische Probleme durch friedliche Verhandlungen zu lösen; aber wir erkennen, daß Verhandlungen, die aus einer Position militärischer Schwäche geführt werden, nur zusätzlichen Schaden für die amerikanischen Interessen mit sich bringen können.

Eine republikanische Regierung wird auch weiterhin versuchen, eine Verminderung der sowjetischen strategischen Waffen auszuhandeln. Beim Umfang der Streitkräfte des Ostblocks in Mitteleuropa sowie in anderen Bereichen, die für Verminderungen oder Begrenzungen geeignet sind, werden wir hartnäckige Verhandlungen für ausgewogene, verifizierbare und durchführ-

bare Abkommen führen. Wir werden kein Abkommen nur um seiner selbst willen schließen. Und wir werden keine Abkommen akzeptieren, die nicht unsere nationale Sicherheit grundlegend erhöhen.

Die Republikaner sind gegen den Transfer fortschrittlicher Technologie in die Sowjetunion und deren osteuropäische Satelliten, wie dies in der Vergangenheit geschehen ist, da dies die Entwicklung hochkomplizierter militärischer Waffen ermöglicht, die die Vereinigten Staaten und unsere Verbündeten bedrohen . . .

Die Republikaner fordern, den Technologiestrom in die Sowjetunion einzudämmen, der direkt oder indirekt zum Anwachsen ihrer militärischen Macht beitragen könnte. Dieses Ziel wird von einer republikanischen Regierung zusammen mit unseren Verbündeten und anderen befreundeten Staaten verfolgt werden. Wir werden sicherstellen, daß die Sowjetunion genau versteht, daß von ihr erwartet wird, all die kommerziellen und diplomatischen Verpflichtungen zu erfüllen, die sie in ihren internationalen Abkommen eingegangen ist . . .

Wir bekräftigen erneut unsere Verpflichtung, die Sowjetunion dazu zu drängen, die Erklärung der Vereinten Nationen über die Menschenrechte sowie die Übereinkommen von Helsinki in die Tat umzusetzen, die Rechte wie etwa den freien Austausch von Information und das Recht zur Auswanderung garantieren. Eine republikanische Regierung wird die Sowjetunion dazu drängen, mit Verfolgung und Einkerkerung jener aufzuhören, die sich gegen die offizielle Politik stellen, und die ihr eigenes religiöses Bekenntnis ausüben wollen oder die verschiedene ethnische Minderheiten und Nationalitäten vertreten . . .

Als Mitunterzeichner der Schlußakte von Helsinki wird eine republikanische Regierung auf umfassender sowjetischer Einhaltung der humanitären Bestimmungen der Übereinkommen bestehen.

Die Republikaner bieten ihre anhaltende Unterstützung auch dem kubanischen Volk und den gefangenen Völkern in Mittel- und Osteuropa in ihrer Hoffnung auf Selbstbestimmung. Wir stehen ein für die Unabhängigkeit Jugoslawiens. Wir unterstützen die Selbstbestimmung und echte Unabhängigkeit der geknechteten jungen Staaten in Afrika und Lateinamerika, die von der wachsenden Herrschaft der Sowjetmacht bedroht sind.

Eine republikanische Regierung wird der fortdauernden Politik Carters, nämlich seiner Irreführung des amerikanischen Volkes hinsichtlich sowjetischer Politik und sowjetischen Verhaltens, ein Ende bereiten. Wir werden keine Anstrengung scheuen, um der Welt die grundlegenden Unterschiede der beiden Systeme klarzumachen, und wir werden Medien wie das Amt für Internationale Kommunikation (ICA), die Stimme Amerikas (VOA), Radio Freies Europa (RFE) und Radio Liberty aktiv dabei unterstützen, amerikanische Werte und Politik zu artikulieren und die Schwäche des Totalitarismus zu beleuchten.

Wir verpflichten uns dazu, den von Carter verursachten sowjetischen Verletzungen von SALT I und SALT II ein Ende zu bereiten, den Vertuschungen der sowjetischen Verletzungen der Konvention über biologische Kriegsführung und den Verheimlichungen des sowjetischen Einsatzes von Gas und chemischen Waffen in Afghanistan und an anderen Orten.

NATO und Westeuropa

. . . Die Republikanische Partei weiß um die Tatsache, daß die NATO dem lebenswichtigen Interesse der gesamten westlichen Welt dient, und wir haben im Lauf der Jahre dem Bündnis stets unsere ungeschmälerte und überparteiliche Unterstützung gegeben . . .

Durch ihre ungeeignete Politik hat die Regierung Carter in großem Maß zu der deutlichen Erosion der Sicherheit und des Vertrauens des Bündnisses in die Vereinigten Staaten beigetragen. Daher wird eine republikanische Regierung als eine ihrer obersten Prioritäten und in enger Zusammenarbeit mit unseren NATO-Partnern sicherstellen, daß die Vereinigten Staaten in einer konzertierten Anstrengung vorangehen, wieder ein starkes, zuversichtliches Bündnis aufzubauen, um sich den Bedrohungen und Herausforderungen der 80er Jahre zu stellen . . .

Die Widersprüchlichkeiten der Regierung Carter haben Uneinigkeit im Bündnis verursacht. Wir erkennen Verwirrung im Bereich der Handels-, der Finanz- und der Energiepolitik. Der Mangel an enger Koordination hinsichtlich des Iran, des Nahen Ostens, Afghanistans, des Olympiaboykotts, der Weiterverbreitung von Kernwaffen, des Ost-West-Handels, der Menschenrechte, der Nord-Süd-Fragen und einer Vielzahl von weiteren internationalen Problemen, die die Interessen des Bündnisses betreffen, hat die Bedenken der Verbündeten verstärkt. Die Republikaner machen sich Sorgen darüber, daß diese Maßnahmen der Regierung Carter die Versuchung der Verbündeten erhöht, unabhängige Diplomatie zu betreiben und angesichts des Drucks seitens der Sowjetunion auf Anpassung hinzustreben. In dieser Hinsicht weisen wir kategorisch einseitige Moratorien über die Dislozierung von nuklearen Mittelstreckenwaffen (TNF) durch die Vereinigten Staaten und die NATO zurück. Außerdem wenden sich die Republikaner gegen solche Rüstungskontrollabkommen, die den Transfer von Militärtechnologie an unsere Verbündeten behindern.

Indem sie sich zu erneuter amerikanischer Führung, zu Zusammenarbeit und Konsultation verpflichten, bringen die Republikaner ihre Erwartung zum Ausdruck, daß jeder der Verbündeten seinen fairen Anteil an der gemeinsamen Verteidigungsanstrengung übernehmen wird und daß sie zur Unterstützung der gemeinsamen Zielsetzungen des Bündnisses eng zusammenarbeiten werden . . .

Naher Osten, Persischer Golf

Heute sind die Länder des Nahen und Mittleren Ostens und am Persischen Golf wie nie zuvor von sowjetischen Beratern und Truppen eingekreist, die ihre Stützpunkte am Horn von Afrika, im Südjemen und in Afghanistan haben. Darüber hinaus haben die Sowjets enge politische und militärische Bindungen zu anderen Staaten und Regionen . . .

Die Republikaner sind der Auffassung, daß die Wiederherstellung von Ordnung und Stabilität in dieser Region auf der Erkenntnis der inneren Beziehung zwischen sowjetischen und radikalen palästinensischen Zielen, den fundamentalen Erfordernissen einer stabilen wirtschaftlichen Entwicklung und der Vermarktung der Ressourcen des Gebietes und der zunehmenden Gärung unter radikalen islamischen Gruppen basieren muß. Die Republikaner sind der Überzeugung, daß eine kluge und glaubwürdige amerikanische Politik klarmachen muß, daß unser größtes Anliegen die langfristige friedliche Entwicklung aller Staaten der Region ist und nicht lediglich eine Ausbeutung ihrer Ressourcen im eigenen Interesse. Unser Ziel besteht darin, im arabisch-israelischen Konflikt einen gerechten und dauerhaften Frieden zu bringen.

Im Hinblick auf eine endgültige Friedensregelung lehnen die Republikaner jede Forderung nach einer Einbeziehung der PLO als nicht im langfristigen Interesse Israels und der palästinensischen Araber stehend ab. Die Verleihung von Legitimität an Organisationen, die noch nicht bereit sind, das fundamentale Existenzrecht des Staates Israel anzuerkennen, ist falsch. Wiederholte Hinweise der Regierung Carter, auch wenn sie später dementiert wurden, auf eine Einbeziehung der PLO haben der Glaubwürdigkeit der amerikanischen Politik im Nahen Osten schweren Schaden zugefügt und die Position der Unnachgiebigkeit der PLO gestärkt. Wir sind der Überzeugung, daß die Schaffung eines palästinensischen Staates in der West Bank (Westjordanien) destabilisierend und schädigend für den Friedensprozeß wäre.

Unsere langfristige und kurzfristige Politik für das Gebiet muß in Konsultation mit unseren NATO-Verbündeten, Israel, Ägypten und anderen Freunden in dem Gebiet entwickelt werden, und wir werden keine Mühe scheuen, während des politischen Prozesses ihren Rat zu suchen, und nicht einfach ihre stillschweigende Einwilligung in unsere Pläne fordern.

Die Souveränität, Sicherheit und Integrität des Staates Israel ist ein moralisches Gebot und dient den strategischen Interessen der Vereinigten Staaten. Die Republikaner bekräftigen unsere fundamentale und dauerhafte Verpflichtung zu diesem Grundsatz. Wir werden die Verpflichtung unseres Landes weiterhin durch politische, wirtschaftliche, diplomatische und militärische Unterstützung honorieren . . .

Frieden zwischen Israel und seinen Nachbarn erfordert direkte Verhandlungen der beteiligten Staaten. Dementsprechend wird eine republikanische Regierung den jetzt in Gang befindlichen

Friedensprozeß zwischen Ägypten und Israel ermutigen, ihn auszuweiten versuchen und jene arabischen Länder willkommen heißen, die bereit sind, in Frieden mit Israel zu leben . . .

Wir begrüßen die Vision und den Mut des ägyptischen Präsidenten Anwar Sadat und verpflichten uns, unser Verhältnis zu Ägypten in kulturellen Angelegenheiten, in der wirtschaftlichen Entwicklung und der militärischen Zusammenarbeit auszubauen . . .

Während eine republikanische Regierung unsere Verpflichtung gegenüber Israel erneut bekräftigen wird, wird sie auch enge Bindungen und die Freundschaft mit gemäßigten arabischen Staaten anstreben. Wir werden den wirtschaftlichen und militärischen Rahmen in Angriff nehmen, der eine langfristige Stabilität in der inneren Entwicklung der Staaten der Region und einen geordneten Markt für die Ressourcen des Gebietes gewährleistet. Wir werden klarmachen, daß jede Wiedereinführung eines Ölembargos als feindlicher Akt betrachtet würde. Wir werden uns gegen diskriminierende Praktiken wenden, Boykotte eingeschlossen, und wir werden uns gegen Waffenverkäufe wenden, die zur Instabilität der Region beitragen.

Die Republikaner sind der Überzeugung, daß Jerusalem eine ungeteilte Stadt mit weiterem freiem und ungehindertem Zugang zu allen heiligen Stätten durch Menschen aller Religionen bleiben sollte.

Die westliche Hemisphäre

Wir bedauern die Machtübernahme in Nicaragua durch die marxistischen Sandinisten und die marxistischen Versuche, El Salvador, Guatemala und Honduras zu destabilisieren. Wir sind nicht für eine amerikanische Unterstützung irgendeiner marxistischen Regierung in der westlichen Hemisphäre, und wir wenden uns gegen das Hilfsprogramm der Regierung Carter für die Regierung von Nicaragua. Wir werden jedoch Anstrengungen des Volkes von Nicaragua unterstützen, eine freie und unabhängige Regierung zu errichten.

Die Republikaner bedauern die gefährliche und unbegreifliche Politik der Regierung Carter gegenüber Kuba . . .

Die Republikaner sind sich der Bedeutung unserer Beziehungen innerhalb dieser Hemisphäre bewußt und setzen sich für eine starke neue Politik der Vereinigten Staaten in den beiden Amerika ein. Wir werden fest zu solchen Ländern halten, die bestrebt sind, ihre Gesellschaften zu entwickeln, während sie gleichzeitig die Subversion und die Gewalt bekämpfen, die Kuba und Moskau exportieren. Wir werden zu dem grundlegenden Prinzip zurückkehren, wonach ein Freund als Freund behandelt wird und derjenige, der sich selbst zu unserem Feind erklärt, als Feind – ohne uns dafür zu entschuldigen. Wir werden der Sowjetunion und Kuba klarmachen, daß ihre Subversion und der Ausbau ihrer offensiven Streitkräfte unannehmbar sind.

Die Republikaner erkennen die besondere Bedeutung Puerto Ricos und der amerikanischen Virgin Islands für die Verteidigung der Freiheit in der Karibik. Wir sind der Ansicht, daß die Aufnahme Puerto Ricos in die Union eine Demonstration unserer gemeinsamen Anliegen angesichts des wachsenden sowjetischen und kubanischen Drucks in diesem Gebiet darstellen würde . . .

Wir werden uns dafür einsetzen, daß der Panamakanal offen, sicher und frei von feindlicher Kontrolle bleibt.

Die Bedingungen und Übereinkommen der Panamakanal-Verträge, einschließlich derjenigen, die den Vereinigten Staaten die besondere Verantwortung hinsichtlich des Schutzes und der Verteidigung des Kanals zusichern, sind integraler Bestandteil dieser Verträge, und wir werden Panama zu strikter Interpretation der Vertragssprache anhalten, die eindeutig durch den gesetzgeberischen Prozeß festgelegt ist, in dem anläßlich der Zustimmung des Senats zu diesen Verträgen die Ergänzungen, Vorbehalte und Abkommen durch den Senat angenommen wurden . . .

Wir werden uns für ein Nordamerika-Abkommen einsetzen, das die enge Zusammenarbeit und den gegenseitigen Nutzen für die Vereinigten Staaten, Kanada und Mexiko fördert.

Asien und der Pazifik

Die Vereinigten Staaten sind eine Macht des pazifischen Raumes und müssen dies bleiben. Es liegt in unserem vitalen Interesse, die von den Vereinigten Staaten garantierte Stabilität in diesem Raum aufrechtzuerhalten. Die Republikaner erkennen die gefährlichen Machtverschiebungen, die sich unter der gegenwärtigen demokratischen Regierung nur noch beschleunigt haben. Das Gleichgewicht auf der koreanischen Halbinsel hat sich auf gefährliche Weise zum Norden hin verschoben. Die sowjetischen Seestreitkräfte in Asien und im Pazifik haben ständig zugenommen und sind nunmehr mindestens ebenso stark wie die dortigen amerikanischen Seestreitkräfte. Die einseitige Aufkündigung des gegenseitigen Verteidigungsabkommens mit Taiwan durch die Vereinigten Staaten und die abrupte Ankündigung des Abzugs amerikanischer Landstreitkräfte aus Korea haben in den Ländern der gesamten Region dazu geführt, den Wert eines Bündnisses mit den Vereinigten Staaten in Frage zu stellen.

Eine neue, republikanische Administration wird in Asien und im Pazifik wieder eine starke amerikanische Rolle spielen. Wir werden klarstellen, daß jede militärische Maßnahme, die die Unabhängigkeit der Verbündeten und Freunde Amerikas bedroht, eine Reaktion hervorrufen wird, deren Kosten für einen potentiellen Gegner diesen davon abhalten werden.

Japan wird auch weiterhin eine Säule der amerikanischen Politik in Asien sein.

Die Republikaner erkennen die besondere Gefahr, vor der unser Verbündeter Südkorea steht. Wir werden die anhaltenden Anstrengungen zur Ausweitung der politischen Beteiligung und der individuellen Freiheiten im Innern des Landes unterstützen, werden uns aber auch mit den besonderen Problemen befassen, die die Subversion und potentielle Aggression vom Norden her mit sich bringen. Wir werden amerikanische Landstreitkräfte und Luftverbände in Südkorea beibehalten und werden unsere Präsenz nicht weiter verringern. Unsere vertraglichen Verpflichtungen gegenüber Südkorea werden wieder in eindeutigen Worten zum Ausdruck gebracht werden, und wir werden den Prozeß enger Konsultation zwischen unseren Regierungen wieder einführen.

Wir werden uns um die Schaffung von Bedingungen bemühen, die die friedliche Entwicklung unserer Beziehungen zur Volksrepublik China fördern. Hinsichtlich unserer eigenen lebenswichtigen Interessen – insbesondere auf dem Gebiet zunehmenden Handels – werden wir angemessene Vorsicht und Klugheit walten lassen – einschließlich des Transfers komplizierter Technologie mit potentiell offensiver militärischer Verwendung. Die Beziehung zwischen den beiden Ländern muß sich auf gegenseitigen Respekt und Wechselseitigkeit gründen und in angemessener Weise die Notwendigkeit auf Aufrechterhaltung von Frieden und Stabilität in Asien berücksichtigen.
Gleichzeitig beklagen wir die Behandlung Taiwans, unseres alten Verbündeten und Freundes, durch die Regierung Carter. Wir geloben, daß unsere Sorge um die Sicherheit und den Schutz der 17 Mill. Menschen Taiwans von Dauer sein wird. Wir würden jeden Versuch, Taiwans Status mit Gewalt zu verändern, als eine Bedrohung des Friedens in der Region betrachten.

Afrika

. . . In enger Zusammenarbeit mit unseren Verbündeten wird eine republikanische Regierung danach trachten, den Ländern Afrikas mit unserer Präsenz, unseren Märkten, unserem Wissen und unseren Investitionen beizustehen. Wir werden auf die Schaffung eines Klimas der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung und des Vertrauens hinarbeiten. Wir werden die Geschäftswelt dazu ermutigen und ihr dabei behilflich sein, eine wichtige Rolle bei der Unterstützung regionaler industrieller Entwicklungsprogramme, Förderanlagen für Mineralien und landwirtschaftlicher Selbstversorgung zu spielen . . .

Eine republikanische Regierung wird eine Politik verfolgen, die die vielfältigen Ursprünge der Konflikte in Afrika widerspiegelt, die unser Wissen darum demonstriert, wo die amerikanischen Interessen liegen, und die diese Interessen auf sinnvolle Weise unterstützt. Wir werden die bedeutsame Rolle der wirtschaftlichen und militärischen Beistandsprogramme anerkennen und

werden umfangreiche Hilfsmittel zur Verfügung stellen, um der Entwicklung und der Stabilität in Afrika beizustehen, wenn eine solche Hilfe auf bilateraler Grundlage gegeben wird und direkt zu amerikanischen Interessen auf dem Kontinent beiträgt.

Im südlichen Afrika muß eine amerikanische Politik von gesundem Menschenverstand und von unseren eigenen humanitären Prinzipien geleitet werden. Wir Republikaner glauben, daß unsere eigene Geschichte für Afrika dadurch Bedeutung hat, daß sie nachweist, daß eine vielrassige Gesellschaft mit Garantien für individuelle Rechte möglich ist und funktionieren kann. Wir müssen gegenüber allen Parteien offen und hilfreich sein – gleichgültig, ob im neuen Simbabwe, in Namibia oder in der Republik Südafrika. Eine republikanische Regierung wird keine Situationen oder Verfassungen unterstützen – in welcher Gesellschaft auch immer –, die ihrem Zweck oder ihrer Wirkung nach rassistisch sind. Sie wird keine Wunder erwarten, wird aber darauf drängen, daß es echten Fortschritt auf Ziele hin gibt, die in Einklang mit den amerikanischen Idealen stehen.

Auslandshilfe und regionale Sicherheit

Die Vereinigten Staaten haben seit vier Jahrzehnten Auslandshilfe und regionale Sicherheit als eines der wesentlichsten Elemente in ihre Außenpolitik eingebunden. Angemessen verwaltet und ausgerichtet, kann die Auslandshilfe ein wirkungsvolles Mittel zur Förderung der Zielsetzungen amerikanischer Außenpolitik sein und der Erhöhung der amerikanischen Sicherheit dienen, indem sie befreundeten Staaten dabei hilft, stärker und fähiger zu werden, sich selbst und ihr Umfeld gegen ausländische Subversion und Angriffe zu verteidigen.

Die Bedrohung, der die einzelnen Staaten der Dritten Welt ausgesetzt sind, ist weit größer, als daß sie sich ihr allein und einzeln stellen könnten. Eine republikanische Regierung wird sich darum bemühen, regionale Sicherheitsübereinkommen zwischen solchen Staaten zu unterstützen und zu stärken, die bereit sind, die Last ihrer Verteidigung auf sich zu nehmen.

Programme der amerikanischen Auslandshilfe sollten nicht mehr länger versuchen, die Übernahme amerikanischer Regierungsformen aufzuzwingen. Die wesentliche Überlegung sollte sein, ob Hilfeleistung an einen Staat oder eine Gruppe von Staaten Amerikas Interessen und Zielsetzungen fördert. Der zielbewußte Versuch, amerikanische Werte und Demokratieverständnis aufzuzwingen, hat verschiedene befreundete Staaten untergraben und in den vergangenen vier Jahren das Vordringen sowjetischer Interessen in Asien, im Mittleren Osten, Afrika und in der westlichen Hemisphäre ermöglicht.

Die Wirtschaftshilfe Amerikas im Ausland ist kein mildtätiges Unternehmen; Wohltätigkeit wird am wirkungsvollsten von privaten Körperschaften ausgeübt. Stets wurde die Armut allein durch private Wirtschaftsentwicklung und durch die Menschen der betroffenen Staaten überwunden. Die amerikanische Wirtschaftshilfe im Ausland sollte vielmehr einen katalytischen Effekt auf die eigenständige wirtschaftliche Entwicklung haben und nur dann gewährt werden, wenn sie im Einklang mit den außenpolitischen Interessen Amerikas steht. Die amerikanischen Hilfsprogramme im Ausland sollten ein Mittel sein, um die amerikanischen Wertvorstellungen zu exportieren.

Eine republikanische Regierung wird bilaterale Hilfsprogramme betonen, wo immer dies möglich ist. Bilaterale Programme bieten die beste Gewähr dafür, daß Hilfsprogramme dem amerikanischen Steuerzahler gegenüber eindeutig erklärbar sind und in völligem Einklang mit unseren außenpolitischen Interessen stehen.

Das Bemühen der Regierung Carter, die Rolle der amerikanischen Militärhilfe und der militärischen Verkäufe ins Ausland in unserer Außenpolitik zu vermindern, hat mehrere negative Auswirkungen gezeitigt:

Viele Tausende von amerikanischen Arbeitsplätzen gingen ans Ausland verloren, indem die Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich Lieferaufträge übernommen haben, die den amerikanischen Herstellern verboten waren;

es hat die Fähigkeit befreundeter Staaten verringert, ihre Unabhängigkeit gegenüber von den Sowjets unterstützter Subversion zu verteidigen – was in mehreren Fällen zu niederträchtigen Machtübernahmen durch offen prosowjetische Regime geführt hat; und

es hat das Gewebe der amerikanischen Bündnisstruktur geschwächt, weil dadurch die Vereinigten Staaten als unzuverlässiger Verbündeter erschienen – ein Trend, der nur zu dem unerwünschten Versuch des Erwerbs eigener Kernwaffen durch Staaten führen kann, die ihre Sicherheit besorgt sind.

Entscheidungen über die Vergabe von Militärhilfe sollten auf der Grundlage der außenpolitischen Zielsetzungen der Vereinigten Staaten gefällt werden. Solcher Beistand an Staaten muß nicht unbedingt gänzliche Zustimmung zur Innenpolitik einer Regierung beinhalten. Die Republikaner verpflichten sich zur Stärkung der Auslandspräsenz Amerikas durch wohlüberlegte Programme der Militärhilfe, um die nationale und regionale Sicherheit zu fördern . . .

Welthandel und Wirtschaftspolitik

. . . Die Republikaner werden die internationale Wirtschaftspolitik auf eine Weise betreiben, die den Wert des Dollars zu Hause und im Ausland stabilisiert.

Die Republikanische Partei ist der Überzeugung, daß die Vereinigten Staaten eine aggressive Exportpolitik annehmen müssen. Zu lange schon war unsere Handelspolitik darauf gerichtet, unseren ausländischen Handelspartnern zu helfen. Wir müssen nunmehr die Vereinigten Staaten wieder auf die Weltkarte der Exporte zurückbringen. Wir haben anderen Ländern dabei geholfen, sich aus dem wirtschaftlichen Chaos nach dem Zweiten Weltkrieg zu ziehen; es ist Zeit, unsere eigene Krise in den Griff zu bekommen. Handel – und insbesondere der Export – müssen auf der Liste unserer nationalen Prioritäten ganz oben stehen. Dorthin werden ihn die Republikaner stellen und den Handel fördern, um die langfristige Gesundheit der amerikanischen Wirtschaft zu sichern.

Exporte können eine Hauptrolle bei der Stärkung der amerikanischen Wirtschaft, bei der Schaffung von Arbeitsplätzen und bei der Verbesserung unseres Lebensstandards spielen.

. . . Die Förderung des Exports wird ein zentrales Ziel der Welthandelspolitik einer republikanischen Regierung sein.

Eine republikanische Regierung wird die Betonung auf eine Politik des freien Handels legen, wird aber gleiches von unseren Handelspartnern erwarten. Das Versagen der Regierung Carter, energisch solche Verhandlungen zu verfolgen, die geeignet sind, den Zugang der amerikanischen Exporte zu den ausländischen Märkten zu verbessern, hat zum Teil zu der protektionistischen Stimmung beigetragen.

Die Republikaner sind der Meinung, daß die internationale Handelsbilanz dieses Landes durch die Abschaffung der hemmenden Faktoren für unsere Exporteure verbessert werden kann. Gesetzliche und regulative Erfordernisse, die den Export behindern, sollten überprüft und, wo immer praktisch möglich, beseitigt werden. Weiterhin sind wir der Ansicht, daß die Regierung eine Rolle bei der Förderung des Welthandels spielen kann, indem sie Anreize für Exporte bietet, besonders für die kleinen und die mittleren Unternehmen. Wir verpflichten uns dazu, mit unseren Handelspartnern zusammenzuarbeiten, um Exportzuschüsse und Dumping zu beseitigen.

Interview mit Wadim Sagladin, Erster Stellvertreter des Leiters der Abteilung für internationale Beziehungen im ZK der KPdSU, in Radio Luxemburg am 5. Juli 1980

(Auszüge)

Der Kandidat des ZK der KPdSU, Wadim Sagladin, nahm am 5. Juli 1980 in einem Interview mit den Korrespondenten von Radio Luxemburg (RTL), Olivier Mazerolle und Christian Malar, zum jüngsten (das Problem Mittelstreckenraketen betreffende) Verhandlungsangebot der UdSSR und zu Afghanistan Stellung. Nachstehend dokumentieren wir Auszüge dieses Gespräches.
D. Red.

RTL: Wir beginnen jetzt unsere Diskussion und, wenn Sie nichts dagegen haben, gehen wir auf Rüstungen ein. In Europa gibt es eine Frage, die alle bewegt. Hier ist zu sagen, daß Vertreter des Westens Angst bekommen, wenn sie den Grad der Waffenkonzentration in der Sowjetunion feststellen. Was stellen wir also fest? Der Warschauer Vertrag hat je drei Panzer gegenüber je einem Panzer der NATO in Mitteleuropa. Worauf es aber ganz besonders ankommt, ist das Vorhandensein der sehr gefährlichen SS-20-Raketen. Uns wird gesagt, daß 160 solcher Raketen bereits stationiert worden sind. Jede dieser Raketen trägt drei Kernsprengköpfe, und diese Raketen wurden stationiert, bevor die NATO den Beschluß über die Unterbringung neuer amerikanischer Raketen faßte. Die SS-20-Raketen können nur das Territorium Europas treffen. Da drängt sich eine Frage auf. Wir wollen natürlich an die friedlichen Absichten der Sowjetunion glauben, wir wollen glauben, daß die Sowjetunion nicht in Europa eindringen will, wozu dann alle diese Rüstungen?

Sagladin: Gut, ich will diese Frage beantworten. Wenn es sich um die sowjetischen Rüstungen handelt, dann muß ich vor allem sagen, daß sie stark übertrieben werden. Wir sagen, daß in Europa strategisches Gleichgewicht besteht. Bis Oktober vorigen Jahres erkannte das auch der Westen an. Das Gleichgewicht bedeutet aber nicht, daß ein Panzer der einen Seite immer einem Panzer der anderen Seite, eine Rakete einer Rakete, ein Flugzeug einem Flugzeug usw. entsprechen. Der gesamte Stand der Rüstungen beider Seiten ist fast ins Gleichgewicht gebracht. Die militärische Stärke ist fast gleich.
Ich muß hier sagen, daß wir bereits seit ungefähr zehn Jahren (seit 7 bis 10 Jahren) unsere militärische Stärke nicht steigern. Sie sprechen von den SS-20-Raketen. Sie existieren, ich gebe das zu. Das ist aber keine Neuigkeit. Vorher gab es die SS-4-, dann die SS-5-Raketen, die fast die gleiche Reichweite wie die SS-20-Raketen, aber viel größere Zerstörungskraft als die SS-20-Raketen besaßen. Die SS-20-Raketen haben höhere Treffsicherheit, die SS-5 hatten aber, ich wiederhole, viel größere Zerstörungskraft. Zusammenfassend will ich sagen, daß wir im großen und ganzen heute über eine geringere Anzahl von Startrampen als früher verfügen. Die Gesamtstärke der Gefechtsköpfe unserer Raketen ist auch geringer. Somit existieren keine sowjetischen „Superrüstungen".
Wir schlugen übrigens immer vor, dieses Problem, das Problem der Mittel mittlerer Reichweite zu erörtern. Wir schlugen das den Amerikanern während der SALT-I-Gespräche vor, dann bei den SALT-II-Gesprächen, dann in Wien bei den Verhandlungen mit Herrn Carter im Zusammenhang mit der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrags. Schließlich schlugen wir im Oktober-November vorigen Jahres den NATO-Ländern nochmals vor, diese Frage zu erörtern.

RTL: Ja, Herr Sagladin, der westdeutsche Kanzler Helmut Schmidt hat nach dem Abschluß seines Besuchs in Moskau erklärt, daß sie, die sowjetischen Menschen, bereit seien, mit den Amerikanern den Dialog über die Pershing-2- und über die sowjetischen SS-20-Raketen wiederaufzunehmen. Es erfolgte aber keine diesbezügliche offizielle Bestätigung. Könnten Sie das heute bestätigen?

Sagladin: Heute wurde in unseren Zeitungen eine Mitteilung des Politbüros des Zentralkomitees unserer Partei, des Präsidiums des Obersten Sowjets und des Ministerrats der UdSSR veröffentlicht, die gerade das Streben der Sowjetunion bekräftigt, die Verhandlungen – nicht wie Sie sagen „wiederaufzunehmen", sondern so schnell wie nur möglich, unverzüglich zu beginnen. Wir lehnten einen Dialog nie ab. Nach Worten zu urteilen, haben sie ebenfalls vorgeschlagen, einen Dialog zu führen, praktisch stießen wir aber stets auf eine Ablehnung. Ich muß sagen, daß alle drei Male, da wir den Amerikanern den Vorschlag unterbreiteten, über die Mittel mittlerer Reichweite zu verhandeln, wir auf Ablehnungen stießen. Unser Vorschlag über die Aufnahme von Verhandlungen vom Oktober wurde mit dem Beschluß der Brüsseler Tagung des NATO-Rats über die Produktion neuer Arten amerikanischer Waffen, über Pershing-2 usw. beantwortet.
Hier ist zu sagen, daß unser SS-20-Raketen, ebenso wie die SS-4- und SS-5-Raketen, die früher bestanden, als Antwort auf die amerikanischen Kräfte geschaffen worden waren, die sich in Europa, dabei seit vielen Jahren, befinden. Sie heißen „Vorgeschobene Streitkräfte" der Vereinigten Staaten. Das sind vor allem mit Luft-Boden-Raketen bestückte Flugzeuge, das sind U-Boote usw. Ich muß sagen, daß die Gesamtzahl der amerikanischen auf die Sowjetunion, auf unser Territorium gerichteten Gefechtsköpfe die Zahl unserer Gefechtsköpfe, die als Antwort darauf geschaffen worden sind, beträchtlich übersteigt.

RTL: Ja, das Problem besteht aber darin, daß diese Raketen nur für europäisches Territorium bestimmt sind.

Sagladin: Diese Raketen sind dafür bestimmt, ein Gegenpart der Kernkampfmittel der NATO zu sein, die in Europa stationiert sind, vor allem der amerikanischen nuklearen Kampfmittel. Es kommt nicht darauf an, ob es strategische Raketen sind oder nicht. Sie sind auf unser Territorium gerichtet, und darin besteht für uns das Hauptproblem.
Wir schlagen immer noch vor, Verhandlungen aufzunehmen. Aber jetzt – und das ist in der heutigen Mitteilung betont – schlagen wir vor, das Problem aller Arten der atomaren Rüstungen, der nuklearen Rüstungen zu erörtern, die in Europa vorhanden sin. Das bedeutet, auch die Frage über die sowjetischen Raketen und über die amerikanischen vorgeschobenen Kampfmittel, die bereits existieren, über die Raketen der USA, die in Zukunft entstehen können, zu erörtern. Mit einem Wort, das Problem im ganzen zu erörtern. Wir sind bereit, es sogar zu erörtern, noch bevor der SALT-II-Vertrag ratifiziert wird.

RTL: Ist die Frage über französische Raketen in dieses Programm aufgenommen?

Sagladin: Vorläufig noch ist nur von den amerikanischen Raketen die Rede, weil die Verhandlungen nur darüber geführt worden sind. In Zukunft aber werden wir, wenn wir die allgemeine Abrüstung erreichen wollen, überall abrüsten müssen.

RTL: Was denken Sie über die Neutronenbombe, von der der Präsident der Französischen Republik vor kurzem auf einer Pressekonferenz gesprochen hat? Betrachten Sie sie als eine Gefahr?

Sagladin: In diesem Zusammenhang will ich mich auf L. I. Breshnew berufen, der in seiner Ansprache beim Frühstück zu Ehren des Bundeskanzlers Schmidt das Problem der Neutronenbombe streifte und sagte, er rufe alle Menschen guten Willens, alle Staaten auf, auf alle Arten neuer Waffen, darunter auch auf die Neutronenbombe, zu verzichten. So ist unser Standpunkt zu dieser Frage.

RTL: Herr Sagladin, ich möchte jetzt eine genaue Frage über Afghanistan stellen. Wie viele sowjetische Soldaten befinden sich in Afghanistan? Denn Sie haben darüber nie gesprochen. Haben Sie sich damit einverstanden erklärt, einen Kalenderplan für den Abzug der sowjetischen Truppen auszuarbeiten, wie dies insbesondere der Präsident der Französischen Republik vorgeschlagen hat?

Sagladin: Was die zahlenmäßige Stärke betrifft, so ist sie viel geringer als jene, von der im Westen gesprochen wird. Genaue Zahlen kann ich ihnen nicht nennen. Ich kann lediglich sagen, daß sie unserem Abkommen mit der afghanischen Regierung entsprechen.

RTL: Die Amerikaner sagen, daß die zahlenmäßige Stärke dort 85 000 bis 100 000 beträgt.

Sagladin: Weniger.

RTL: Um wieviel weniger, um 50 %?

Sagladin: Weniger, und damit punktum.

RTL: Schade. Hätten wir über genaue sowjetische Angaben verfügt, wären wir wahrscheinlich weniger empfindlich gegenüber den amerikanischen Zahlen.

Sagladin: Es wird eine Zeit kommen, da Sie alle Zahlen kennen werden. Vorläufig genügt es zu wissen, daß nach Afghanistan Tausende und Abertausende Menschen aus dem Ausland, aus Pakistan und dem Iran eingeschleust werden.
Was den Kalenderplan betrifft, so hängt das vom Kalenderplan der Einstellung der Provokationen gegen Afghanistan von außen ab. Folglich handelt es sich um zwei Kalenderpläne, wenn Sie wollen. Wird der eine augearbeitet werden, so wird auch der andere ausgearbeitet werden. Das ist eine kurze Antwort, ich muß aber sagen, daß wir bereits mit dem Truppenabzug begonnen haben. Eine recht große Gruppe sowjetischer Truppen ist bereits evakuiert worden. Im Westen wurde viel über die Gefährlichkeit der sowjetischen Präsenz für die südlichen Meere, für den Persischen Golf usw. gesprochen. Wir haben gerade schwere sowjetische Truppen abgezogen . . .

RTL: Sie haben vor kurzem 10 000 Mann abgezogen.

. . .

Sagladin: Ich glaube, daß man sagen muß, daß die Möglichkeit des Abzugs dieser Truppen durch die Verbesserung der Situation in Afghanistan bedingt war. Die Handlungen der afghanischen Armee, ihr Kampf gegen die von außen eingedrungenen Banden erwiesen sich als effektiv. Die Situation hat sich verbessert, und es wurde für uns möglich, einen Teil unserer Truppen abzuziehen . . .

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Helga Deppe-Wolfinger, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Dr. Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Reinhold Billstein, Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 54.
Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 4,00 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 3,50), zuzüglich DM 0,50 Versandgebühr. Das Einzelheft kostet DM 5,50. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Versandgebühr (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 52,–; öS 420,–; hfl 63,–; bfrs 925,–; FF 132,–; £ 15,–; Lit 28 000,–; dkr 180,–; nkr 168,–; skr 136,–; yen 7 800,–; $ 36,–. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 51. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Neo-Satz W. Geilenberg KG, 5030 Hürth-Efferen. Druck: Plambeck & Co., Neuss. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.
ISSN 0006–4416

Autoren dieses Heftes

Bernd GREINER, geb. 1952 in Pirmasens, Studium der Amerikanistik, Geschichte und Politik an den Universitäten Marburg und Frankfurt/M., Studienjahr in den USA, z. Z. Promotion über die Außenpolitik der USA; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen * * * *Dr. Dieter BORIS,* geb. 1943 in Bielitz, Professor am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften an der Universität Marburg; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. * * * *Christian SEEGERT,* geb. 1945 in Rostock/DDR, Studium der Rechtswissenschaft an den Universitäten Frankfurt/M. und Marburg, Wissenschaftlicher Angestellter an der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg. * * * *Helmut Wolfgang KAHN,* geb. 1922 in Mannheim, früher Tätigkeit beim „stern", danach freier Autor; veröffentlichte u.a. die Bücher „Die Russen kommen nicht: Fehlleistungen unserer Sicherheitspolitik", München/Bern/Wien 1969 und „Helmut Schmidt, Fallstudie über einen Populären", Hamburg 1973; bisher unveröffentlicht ist eine umfangreiche „Geschichte des Kalten Krieges". * * * *Dr. Heinz-Jürgen AXT,* geb. 1946 in Dillenburg, Wissenschaftlicher Assistent am Institut für Soziologie der TU Berlin; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen zur Staats-, Weltmarkt- und EG-Problematik. * * * *Josef SCHMITZ,* geb 1953 in Rumeln-Kaldenhausen, Studium der Politik- und Wirtschaftwissenschaften an der FU Berlin, Diplompolitologe. * * * *Dr. Hans-Dieter BAMBERG,* geb. 1942 in Dortmund, kaufmännischer Angestellter, Diplompolitologe, 1974 bis 1980 Referent bei der Hans-Böckler-Stiftung in Düsseldorf, Hochschullehrer im Fach Sozialwissenschaften an der Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik in Berlin; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen.

Bemerkungen

Einer Teilauflage dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des „Argument"-Verlages bei, den wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.

G 1800 EX

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt (8/80)

Pahl-Rugenstein Verlag
Gottesweg 54
5000 Köln 51

LANGWEG-BERHOERSTER
RENATE
0891
25366
TROSCHELSTR 12
5300 BONN

STOPPT STRAUSS

Anti-Strauß-Aufkleber

Die Aufkleber
„Stoppt STRAUSS" und
„STRAUSS – Nein Danke" sind
beim Pahl-Rugenstein Verlag
zu folgenden Preisen zu beziehen:

3 Stück DM 3,–
5 Stück DM 4,–
10 Stück DM 6,–
20 Stück und mehr DM 0,50 je Stück

Versandkosten pro Bestellung DM 1,–

Pahl-Rugenstein

Gottesweg 54 · 5000 Köln 51 Telefon (0221) 364051

Autoren dieses Heftes

Bernd GREINER, geb. 1952 in Pirmasens, Studium der Amerikanistik, Geschichte und Politik an den Universitäten Marburg und Frankfurt/M., Studienjahr in den USA, z. Z. Promotion über die Außenpolitik der USA; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen * * * *Dr. Dieter BORIS*, geb. 1943 in Bielitz, Professor am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften an der Universität Marburg; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. * * * *Christian SEEGERT*, geb. 1945 in Rostock/DDR, Studium der Rechtswissenschaft an den Universitäten Frankfurt/M. und Marburg, Wissenschaftlicher Angestellter an der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg. * * * *Helmut Wolfgang KAHN*, geb. 1922 in Mannheim, früher Tätigkeit beim „stern", danach freier Autor; veröffentlichte u.a. die Bücher „Die Russen kommen nicht: Fehlleistungen unserer Sicherheitspolitik", München/Bern/Wien 1969 und „Helmut Schmidt, Fallstudie über einen Populären", Hamburg 1973; bisher unveröffentlicht ist eine umfangreiche „Geschichte des Kalten Krieges". * * * *Dr. Heinz-Jürgen AXT*, geb. 1946 in Dillenburg, Wissenschaftlicher Assistent am Institut für Soziologie der TU Berlin; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen zur Staats-, Weltmarkt- und EG-Problematik. * * * *Josef SCHMITZ*, geb 1953 in Rumeln-Kaldenhausen, Studium der Politik- und Wirtschaftwissenschaften an der FU Berlin, Diplompolitologe. * * * *Dr. Hans-Dieter BAMBERG*, geb. 1942 in Dortmund, kaufmännischer Angestellter, Diplompolitologe, 1974 bis 1980 Referent bei der Hans-Böckler-Stiftung in Düsseldorf, Hochschullehrer im Fach Sozialwissenschaften an der Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik in Berlin; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen.

Bemerkungen

Einer Teilauflage dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des „Argument"-Verlages bei, den wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.